

DIE STRAF AUSSETZUNG ZUR BEWÄHRUNG IM DIENSTE DER ANDRAGOGIK oder DIE SELBSTVOLLSTRECKUNGSSTRAFE

Eine rechts- und erziehungswissenschaftliche Grundlegung
der Selbstvollstreckungsstrafe mit Begriffsrevision und Modellkritik
der Strafaussetzung zur Bewährung

Inaugural-Dissertation

der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen

vorgelegt von

GEORG HUM

Kitzingen am Main

1959

~~1961~~ № 124

Digitized by the Internet Archive
in 2026

DIE STRAFAUSSETZUNG
ZUR BEWÄHRUNG
IM DIENSTE DER ANDRAGOGIK
oder
DIE SELBSTVOLLSTRECKUNGSSTRAFE

Eine rechts- und erziehungswissenschaftliche Grundlegung
der Selbstvollstreckungsstrafe mit Begriffsrevision und Modellkritik
der Strafaussetzung zur Bewährung

Inaugural-Dissertation

der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen

vorgelegt von

GEORG HUM

Kitzingen am Main

Dekan: Professor Dr. Wolfgang Züchner

Referent: Professor Dr. Karl Seiler

Korreferent der Philosophischen Fakultät:

Professor Dr. Wilhelm Flitner

Korreferent der Juristischen Fakultät:

Professor D. Dr. Hans Liermann

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Juli 1959

D 29



Diese Arbeit erscheint gleichzeitig als Band 32 der Schriften zur Rechtslehre
und Politik, herausgegeben von Prof. Dr. Ernst von Hippel, Köln.

H. BOUVIER U. CO. VERLAG · BONN · 1961

Druck: Bernh. Vogel KG., Beckum

PARENTIBUS.

*Dem Gedenken meines Vaters,
Herrn Kaminkehrermeisters Johann Hum
zum 10. Todestag am 23. 10. 1961*

*Meiner Mutter, Frau Grete Katharine Hum,
in Verehrung und Dankbarkeit.*

VORWORT

Unter der Bezeichnung „Strafaussetzung zur Bewährung“ hat der Gesetzgeber vor geraumer Zeit für das Jugend- und für das Erwachsenenrecht ein neues strafrechtliches Reaktionsmittel bereitgestellt. Das Wesen dieses Rechtsinstitutes, dessen rechtlich-pädaeutische Gestaltung bisher im Schrifttum nirgends wiederkehrt, macht für die strafrechtliche und erziehungswissenschaftliche Dogmatik, wie für die gerichtliche und fürsorgerische Praxis eine befriedigende Charakterisierung erwünscht.

Der Versuch dazu darf, wenn er gelingen sollte, und nachdem er dankenswerterweise auch von Herrn Professor Dr. Ernst von Hippel, Köln, übernommen worden ist, in dessen Schriftenreihe als ein Beitrag zur bevorstehenden Großen Strafrechtsreform zu Ehren derjenigen Gelehrten stehen, deren Schüler zu sein ich dankbar bekenne: der Herren Professor Dr. Karl Seiler, Erlangen, Professor Dr. Wilhelm Flitner, Hamburg, Professor D. Dr. Hans Liermann, Erlangen, und Professor Dr. Andreas Flitner, Tübingen.

Besonderen Dank schulde ich dem Herrn Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und dem Protestantischen Landeskirchenrat der Pfalz sowie dem Evang.-Luth. Landeskirchenrat Bayerns, welche die Veröffentlichung der Arbeit finanziell förderten.

Die am Schluß beigegebenen Verzeichnisse, besonders ein umfassendes Sachregister, werden dem Praktiker der Strafrechtspflege die Handhabe des Buches erleichtern.

Köln — Lindenthal, September 1960

Georg Hum

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	
Inhaltsübersicht	

ERSTER TEIL

Einführung

Erster Abschnitt: Der rechts- und erziehungsphilosophische Standort

I. Erzieher und Richter in Personalunion; Grundlage und Ziel seiner Arbeit	1
II. Rechtsbewährung durch Verwirklichung des paideutisch wirk- samen Normgehaltes	4
III. Das Denken in Rechtsinstituten	5
IV. Die Einheit von Recht und Moral. Das Rechtsinstitut der Selbstvollstreckungsstrafe in seinem staatsphilosophisch-theo- nomen und andragogischen Sinnbezug	9

Zweiter Abschnitt: Die pragmatische Bedeutung für die gerichtliche und fürsorgliche Praxis

I. Das Gesetz unterstellt die Kenntnis vom Wesen des Rechts- instituts	17
II. Die Situation in der richterlichen Praxis	25
III. Die Situation in der anwaltschaftlichen Praxis	
1. Staatsanwalt	27
2. Rechtsanwalt	27
IV. Stellungnahme der Erziehungswissenschaften	
1. Von der Erziehung, Führung, Bildung des straffälligen Er- wachsenen. Die Andragogik	28
2. Die theoretische und praktische Funktion der Andragogik innerhalb des Rechtsinstituts; zugleich Zusammenfassung des zweiten Abschnittes	34

ZWEITER TEIL

Methodisches zur theoretischen Grundlegung	39
--	----

DRITTER TEIL

Theoretische Grundlegung

Erster Abschnitt: Übersicht des zur Charakteristik erschienenen Schrifttums

I. Die bisher entwickelten Theorien	41
II. Kritik	49

Zweiter Abschnitt: Die rechtswissenschaftliche Charakteristik

Erstes Kapitel: Das Rechtsinstitut lege lata	51
1. Formelle Voraussetzungen	52
2. Materielle Voraussetzungen	52
3. Prozeßuale Formerfordernisse	53
4. Die Maßnahmen zur Sicherstellung und Intensivierung der Strafsanktion	54
5. Die Strafsanktion im Strafbefehlsverfahren	55
6. Nachträgliche Entscheidungen	56
7. Die Wirkungen der Bewährung	56
Zweites Kapitel: Sind die von einer echten Strafe zu fordernden Voraussetzungen erfüllt?	56
1. Die Frage nach dem Strafübel und der Leidempfindung	59
2. Die Frage nach der Strafart	63
3. Die Frage nach Erfüllung der legalen Strafzwecke	63
4. Die Frage danach, ob eine dem rechtskräftigen Urteil unmittelbar folgende Strafvollstreckung die Befriedigung des Strafanspruches sicherstellt	65

Drittes Kapitel: Die dem Rechtsinstitut eigentümliche Rechtsnatur. Zusammenfassung und Ergebnis	67
---	----

Dritter Abschnitt: Die erziehungswissenschaftliche Charakteristik

Erstes Kapitel: Wesens- und Begriffsbestimmung

I. Vom Ursprung sozialer Institutionen. Die Projektionsgruppe	69
II. Die Ursituation des Rechtsinstituts	
1. Die heidnische Strafrechtspraxis in der Antike	71
2. Die christliche Auffassung von der Strafe	74
3. Die Verwirklichung der christlichen Lehre in der Strafrechtspraxis	
a) Das Synodalwesen	77
b) Die bischöfliche Intervention zugunsten der von den staatlichen Gerichten Verurteilten	79
c) Die Bußkanones	85
4. Der Wesensgehalt des Rechtsinstituts gemäß der Ursituation	89
III. Das Urerlebnis und seine wiederholte Neubelebung bis in die Gegenwart im naturrechtlichen Verständnis	
1. Zweites bis siebtes Jahrhundert	91
2. Siebtes bis neuntes Jahrhundert	93
3. Neuntes bis vierzehntes Jahrhundert	94
4. Vierzehntes bis achtzehntes Jahrhundert	98
5. Achtzehntes Jahrhundert bis Gegenwart	101

Vierter Abschnitt: Ergebnis der rechts- und erziehungswissenschaftlichen Wesens- und Begriffsbestimmung

I. Zusammenfassung. Die Selbstvollstreckungsstrafe	109
II. Der Begriff als strafprozessualer und andragogischer Wegweiser	111

Fünfter Abschnitt: Das Rechtsinstitut der Selbstvollstreckungsstrafe als erziehende Sozialordnung

<i>Erstes Kapitel: Der objektive andragogische Sachgehalt und Erziehungsweg der Selbstvollstreckungsstrafe</i>	<i>113</i>
I. Der andragogische Weg in individualpsychologischer Sicht	114
II. Der andragogische Weg in sozialpsychologischer Sicht	120

Zweites Kapitel: Methodik der Selbstvollstreckungsstrafe: Allgemeiner Teil	128
I. Erster methodischer Grundsatz: Die selbst vollstreckte Freiheitsstrafe anstelle der „Straf a u s- setzung“	130
II. Zweiter methodischer Grundsatz: Andragogisch sinnvolle Hindernisse	130
III. Dritter methodischer Grundsatz: Lern- und Sozialprozesse	132
IV. Viertes methodischer Grundsatz: Berücksichtigung der seelisch-geistigen Entwicklung, des Täter- motives und der Art der Rechtsgutverletzung	135
V. Fünfter methodischer Grundsatz: Liebe und Gespräch	137
VI. Sechster methodischer Grundsatz: Strenge	140
VII. Siebenter methodischer Grundsatz: Das öffentliche Interesse als Gebot zur Anwendung der Selbstvollstreckungsstrafe	141
VIII. Die methodischen Grundsätze als Maßstab bei der Nach- prüfung der erstrichterlichen Anordnungen gemäß §§ 305 a, 453/III StPO	146
Drittes Kapitel: Methodik der Selbstvollstreckungsstrafe: Besonderer Teil	146
I. Die Findung des Erkenntnisses der Selbstvollstreckungsstrafe. Strafzumessung	
1. Der Urteilstenor	149
2. Die Längsschnittanalyse	151
a) Überschaubarkeit der Bedingungen	152
b) Unvoreingenommenheit	152
c) Konkretheit der Aussagen	152

d) Vollständigkeit der Lebensgeschichte	153
e) Prägnanz der Aussage und der Schilderung	153
3. Hemmfaktoren und Fehlerquellen	154
4. Die Querschnittanalyse	155
5. Wirkungen, die infolge der Verurteilung zu erwarten sind	158
6. Das Finden der Strafdauer	159
II. Katalog der Auflagen und Weisungen	
Vorbemerkung	159
1. Die Beiordnung eines Bewährungshelfers	161
a) Wem kann das andragogische Amt übertragen werden?	162
b) Hauptberuflich?	162
2. Arbeitsverhältnis	
a) „Arbeit“ als Auflage	164
b) Durchführung der Auflage im Wege der Amtshilfe sei- tens der Arbeitbehörden	164
c) Besondere Möglichkeiten für Gesundheitsgeschädigte	164
3. Umgangsverbot	169
4. Tagebuch; Monatsbericht	169
5. Wiedergutmachung des Schadens	169
6. Sühneleistung durch schweren Hilfsdienst	170
7. Verkehrsunterricht; Fahrschule	171
8. Psychotherapie	172
9. Seelsorge	172
10. Volkshochschule; Selbstbildung; Lektüre	176
11. Musische Vereinigungen; Sportvereinigungen	179
12. Wehrdienst	181
13. Entschuldigung beim Verletzten?	184
14. Entrichtung eines Geldbetrages zugunsten einer gemein- nützigen Einrichtung?	184
15. Zur Methodik beim geltungsbedürftigen Angeklagten	185
III. Die Entscheidungsbegründung	190
IV. Die Belehrung des Angeklagten gemäß § 268 a StPO und Besprechung des Vollzugs der Selbstvollstreckung	192
V. Widerruf der Selbstvollstreckung und Internierungsstrafvollzug	193

Viertes Kapitel: Der subjektive Sachgehalt der Selbstvollstreckungs- strafe	193
<i>Sechster Abschnitt: Gesamtergebnis der theoretischen Grundlegung</i>	199

VIERTER TEIL

Macht und Grenzen der Andragogik

<i>Erster Abschnitt: Macht</i>	203
<i>Zweiter Abschnitt: Grenzen</i>	

I. Die Begrenzung intentionaler Andragogik abgeleitet aus dem Sinn der Freiheitsstrafvollstreckung	207
II. Die verfassungsrechtlichen Zulässigkeitsgrenzen der mit der Selbstvollstreckungsstrafe verbundenen Auflagen und Wei- sungen	209

FÜNFTER TEIL

Theorie und Praxis der Selbstvollstreckungsstrafe

<i>Erster Abschnitt: Zusammenfassung und Ausblick</i>	213
<i>Zweiter Abschnitt: Vorschläge de lege ferenda</i>	219
I. Einfügungen in das RStGB	
§ 18 a	219
§ 18 b	219
§ 18 c	221
II. Änderungen in der StPO	
§ 260 Absatz 4	222
§ 267 Absatz 3	222
§ 268 a	222
§ 305 a Absatz 1	224
§ 453	224
III. Aufzuhebende Vorschriften	225

	Seite
IV. Sinngemäß zu ändernde Vorschriften	225
<i>Dritter Abschnitt: Kurzkomentar zum Vorschlag</i>	
I. Zu § 18 a StGB	227
II. Zu § 18 b StGB	227
III. Zu § 18 c StGB	228
IV. Zu § 260 Absatz 4 StPO	229
V. Zu § 268 a StPO	229
VI. Zu § 305 a Absatz 1 StPO	230
VII. Andragogisch nicht vertretbare Regelungen lege lata	231
<i>Schlußbemerkung</i>	231
<i>Verzeichnis einschlägiger Gesetze und Richtlinien</i>	
1. Die materiellrechtlichen und verfahrensrechtlichen Vorschriften zur Strafaussetzung zur Bewährung gem. dem 3. Strafrechtsänderungsgesetz vom 4. 8. 1953 — BGBl. I, S. 735	235
a) StGB	235
b) StPO	237
2. Richtlinien für das Strafverfahren	240
3. Die materiellrechtliche Regelung in Mitteldeutschland . .	242
<i>Literaturverzeichnis</i>	245
<i>Sachverzeichnis</i>	263
<i>Konkordanz gesetzlicher Vorschriften und deren Erläuterung in der vorliegenden Untersuchung</i>	283
<i>Siglenverzeichnis</i>	287

ERSTER TEIL

EINFÜHRUNG

ERSTER ABSCHNITT

DER RECHTS- UND ERZIEHUNGSPHILOSOPHISCHE STANDORT

I.

Erzieher und Richter in Personalunion; Grundlage und Ziel seiner Arbeit

Es gibt kaum ein anderes Kulturgebiet, das den Menschen unvermeidlich näher angeht, als das Recht, das Wesenselement der Gemeinschaft. Der in die Gemeinschaft hineingeborene und sich in ihr entfaltende Mensch wird — von abnormen Fällen abgesehen — nie aus dieser Gemeinschaft entlassen. Es gibt daher keinen Menschen, der nicht unter dem Recht lebt und nicht ständig vom Recht berührt, gelenkt und in seiner Entfaltung begrenzt wird.

In diesem durch das Recht gestalteten Gemeinschaftsleben des einzelnen hat der Pädagoge und Andragoge den vom objektiven Recht vorgezeichneten Erziehungs- und Bildungsweg des Kindes und des Jugendlichen zum Beruf oder den rechtlich vorgezeichneten Weg zur Weiterbildung, sittlichen Höherführung und Vervollkommenung des Erwachsenen festzustellen und in diesem Weg zu erziehen und zu bilden¹⁾. Jeder Erziehungs- und Bildungsplan, der sich nicht die Begrenzung durch die Rechtsnormen auf-

¹⁾ So hat sich das Deutsche Reich durch das Konkordat vom Jahre 1933, einem völkerrechtlichen Vertrag zwischen ihm und dem Heiligen Stuhl, diesem gegenüber zur Beibehaltung der Bekenntnisschule in Deutschland verpflichtet (Art. 21 ff. RGBl. II, S. 679); der Erzieher aber, mag er aus seiner pädagogischen Einsicht diese Schulform befürworten oder ablehnen, ist — soweit er im staatlichen Lehramt tätig wird — gehalten, seine Erziehungsaufgabe auf jeden Fall nach den Möglichkeiten und im Rahmen einer Bekenntnisschule zu erfüllen.

Oder: Der verfassungsrechtlich garantierte Grundsatz von der Unantastbarkeit der Würde des Menschen (Art. 1 GG) verbietet eine uneingeschränkte Handhabung der Prügelstrafe als Erziehungsmaßregel. Derselbe Erzieher hat, ungeachtet

erlegt, ist eine Utopie, die sich bestenfalls als ein Vorschlag de lege ferenda eignen kann.

Der Wirkungsbereich des Erziehers ist also immer normativ begrenzt. Daß freilich gerade deswegen seine verantwortungsvollste Arbeit dort einzusetzen hat, wo es gilt, den letzten Sinnbezug des Rechts, den Wesensgehalt der jeweils zur Anwendung kommenden Norm des Gesetzes zu erfassen und über das positivistisch-normative Recht hinaus vorzudringen in den Bereich des seinsollenden Rechts, werden die folgenden Ausführungen zeigen.

Wenn der Erzieher hierbei auch innerhalb des ihm von den gesetzlichen Vorschriften belassenen Spielraumes diese vollständig in den Dienst seiner fachlichen Überzeugung nimmt, so weist doch seine Arbeit eine auffallende Gleichheit mit der des Richters auf. Beider Tun miteinander zu vergleichen, drängt sich hier am Anfang einer Untersuchung auf, die sich mit einem erzieherisch bedeutsamen Rechtsinstitut zu befassen hat. Wie bereits oben festgestellt, findet der Erzieher für seine Arbeit Normen vor; dasselbe gilt für den Richter. Beide stehen gleichermaßen im Dienste des Rechts. Eine gegenteilige Auffassung von Heinrich Meng²⁾ ist demgegenüber nicht haltbar. Sie ist begründet durch eine nicht sachlogische Folgerung hinsichtlich der beim Richter beziehungsweise Erzieher vorfindbaren Arbeitsgrundlage und beider Aufgaben.

Zutreffend stellt Meng zunächst fest, daß der Richter Normen vorfindet. Man hätte nunmehr als weitere Frage diejenige nach der *Aufgabe* des Richters erwarten dürfen (denn sie wäre hier, nachdem er dieselbe Frage beim Erzieher gestellt hatte, bei der von ihm gewählten antithetischen eigenen Auffassung, seine Schulzucht an der Verfassungsnorm zu orientieren).

Oder: Das Beamtenrecht bestimmt in sozialetischer und in disziplinärer Hinsicht das Verhalten des Beamten (§ 52 BBG) und stellt für seinen beruflichen Werdegang eine Laufbahnregelung bereit. Die Form der Lebensführung des Beamten und weitgehend der Inhalt seiner Lebensbestimmung werden mit Dienstantritt durch dieses Recht gestaltet.

Oder: Noch umfassender als das Beamtenrecht ergreifen die Vorschriften des Militärrechts die Lebensführung des Soldaten.

Die hier aus dem Bereich des Staats-, Verwaltungs- und Völkerrechts gewählten Beispiele ließen sich um solche auch aus anderen Rechtsgebieten beliebig vermehren.

²⁾ „Der staatliche Richter findet Normen vor, und darf meist zur Stütze an das Volk appellieren.“

Anders der Erzieher. Er hat in jedem einzelnen Fall die schwere Aufgabe, Normwerte — z. B. durch Liebe und Autorität — erst zu schaffen.“

(Zwang und Freiheit in der Erziehung. Bern 1953, S. 3)

schen Gegenüberstellung sachlogisch veranlaßt gewesen). Es ist also weiter zu fragen: Welche Aufgabe hat der Richter? Und die Antwort muß lauten:

Er hat mit den ihm zur sinnvollen Anwendung an die Hand gegebenen Normen Werterkenntnisse zu schaffen und Wertverwirklichungen zu gewährleisten. Immer dann, wenn er den Parteien des Zivil-, Arbeits- oder Verwaltungsgerichtsverfahrens beziehungsweise dem Beschuldigten im Strafprozeß den Sachgehalt normativen Rechts oder auch Gewohnheitsrechts beziehungsweise die Normverletzung, das Nichterkennen des der Norm immanenten Wertes vor Augen führt und durch Erlaß der vollstreckbaren richterlichen Entscheidung die Rechtsbewährung ermöglicht, genügt der Richter seiner Aufgabe.

Sinn und Zweck jeder richterlichen Entscheidung, gleichgültig in welcher Verfahrensart sie auch immer getroffen wird, ist es also immer, dem in der Norm verkörperten Wert Geltung zu verschaffen; dem die Norm verletzenden Rechtsgenossen dazu zu verhelfen, Normwerte zu erkennen, die tragenden Rechtsideen unserer konkreten Daseinsordnung zu erfassen.

Kein Erzieher hingegen wird — wie Meng — behaupten, Normwerte zu schaffen. Er hat seine Aufgabe vielmehr durch Weckung von Wertkenntnissen und Hineinbildung in die traditionellen Sitten zu erfüllen. Beim Erzieher unterläßt es Meng wiederum, die von ihm nur beim Richter aufgeworfene, für seine antithetische Gegenüberstellung andererseits hier nötige Frage nach der beim Erzieher vorfindbaren *Arbeitsgrundlage* zu stellen. So ist hier die Frage veranlaßt: Was findet der Erzieher für seine Arbeit vor? Und es ist zu antworten: Sowohl positiv-rechtliche Vorschriften, als auch dem Bereich des *ius divinum* zurechenbare Normwerte. Im ersteren Fall können es beispielsweise die eingangs erwähnten Gesetze des Verfassungs-, Verwaltungs-, Staats- und Völkerrechts oder etwa die den Gegenstand der vorliegenden Untersuchung überhaupt bildenden Gesetze des Strafrechts auf dem Gebiet der Strafaussetzung zur Bewährung sein. Im letzteren Fall sind es einmal die der Schöpfungsordnung eingestifteten und damit unserer Rechtsgemeinschaft inhärenten unverrückbaren Sittengesetze, zum anderen die jedem Menschen von Gott „in's Herz geschriebenen“ Normwerte (Paulus: Römer 2, 14), die ihm als lebendiges Gewissen, welches in einem materialen Sinn das Gesetz Gottes in sich trägt, nativistisch vorgegeben sind³⁾.

Aus den bisherigen Überlegungen folgt:

Der Erzieher findet ebenso wie der Richter für seine Arbeit *Normen* vor. Für die Methode seiner Arbeit wird er ebenso wie jener davon aus-

³⁾ W. Schöllgen: *Moralprobleme*, S. 176.

zugehen haben, daß jeder Mensch von Natur aus eine Anlage zum Sittlichen hat und auf gewisse sozialetisch wertvolle Grunderlebnisse des Lebens auch unmittelbar ansprechbar ist; und ebenso, wie eine Personalunion von Richter und Erzieher denkbar, ja für den Fall judizieller Rechtsanwendung die Regel ist, verkörpern auch *beide Male* die Normen *dieselben ethischen Werte*, die der menschlichen Natur, der konkreten Daseinsordnung, von Gott eingestiftet sind. Eine Antithetik zwischen dem Erzieher und demjenigen, der dem Anschein nach als der „geborene“ Garant der Verwirklichung von Normwerten und der Rechtsbewährung gilt, nämlich dem Richter, läßt sich also entgegen Meng nicht behaupten. Vielmehr wird gerade an diesem Vergleich unsere Aussage von der einheitlichen Arbeitsgrundlage und Aufgabe des Erziehers im Dienste des Rechts beziehungsweise des Richters im Dienste der Erziehung, wovon wir ausgingen, bestätigt und vertieft; wir können feststellen, daß beider, des Erziehers und des Richters Arbeit, sich gleicht und jeweils dasselbe Ziel erstrebt: die Weckung des Wertgewissens durch Normverwirklichung und Rechtsbewährung. Beider Arbeit ist dabei eine gemeinsame Methode, die gleichzeitig die Begrenzung ihres Tuns aufzeigt, eigen: Sie sind weder Wertschaffer, noch Gestalter von Idealen; sie gehen auf den Spuren des Sokrates, jenes Urbildes aller Menschenführer und -bildner: gleich ihm haben sie zu arbeiten mit der Methode der Maieutik, sie haben Hebammendienste zu leisten an einem Wertgewissen, das verdorrt oder auch nur verschüttet, schon nach den ersten richtigen Ansätzen an das Licht des Tages drängt.

II.

Rechtsbewährung durch Verwirklichung des paideutisch wirksamen Normgehaltes

In der wesensgemäßen und sachgerechten Erfüllung des Gesetzes liegt echte Rechtsbewährung, welche die Rechtsgemeinschaft aus sozialetischer Bindung zu garantieren hat. Für diese Aufgabe läßt sich das Recht gleichsam in einen äußeren und einen inneren Bereich unterscheiden. Der äußere fordert in erster Linie denjenigen, den die Gesellschaftsordnung als Garanten der Rechtsbewährung zur Rechtsanwendung berufen und ihm damit ein Mandat der Menschenführung und -bildung übertragen hat. Der Funktion des Rechts entspricht in diesem Bereich ein o b j e k t i v e r Normgehalt. Ihn findet der in Personalunion als Richter und Pädagoge oder Andragoge

im Jugend- oder Erwachsenenrecht zur Entscheidung Berufene jeweils als wesentliche Arbeitsgrundlage vor.

Die paideutische Relevanz dieses Normgehaltes involviert eine Erziehungs- und Bildungssituation. Ein echtes Erziehungs- und Bildungsverhältnis will aber dialektisch verstanden sein. Der vorfindbare objektive Sachgehalt in seiner ihm eigenen Werthaltigkeit und auch die redlichsten Bemühungen des einen solchen Wert vermittelnden Individuums müssen zerbrechen, wenn nicht derjenige, den das Recht in einer bestimmten Situation letztlich in Anspruch nimmt⁴⁾, die äußeren Möglichkeiten der Rechtsordnung als innere Pflicht ergreift. Damit betreten wir den inneren Bereich des Rechts. Diesem Bereich entspricht ein subjektiver Sachgehalt des Rechts und seiner Institute. Er löst über den im jeweiligen Rechtsinstitut vorgezeichneten Erziehungsweg und mit der aus diesem Institut erschießbaren und angewandten Methode im Individuum einen Bildungsprozeß aus; und in einer dem Richter / Erzieher wie dem Verurteilten / Zögling werdenden Erkenntnis von einer „dialogischen Verbundenheit“ (E. Lichtenstein), mit welcher hier beide in eine erzieherische Situation hineingestellt sind⁵⁾, vermag er zu dem dem Wesen des Rechtsinstituts innewohnenden Ziel der Erziehung, Führung und Bildung des diesem Gesetz Unterworfenen hinzuführen.

III.

Das Denken in Rechtsinstituten

Aus der Vielzahl der durch das Recht vorgegebenen Erziehungswirklichkeiten wählt die vorliegende Untersuchung eine solche aus dem Bereich des Strafrechts. Sie behandelt das Rechtsinstitut der sogenannten Straf-

⁴⁾ Z. B. der zu einem bestimmten Tun oder Unterlassen Verurteilte.

⁵⁾ Hierzu E. Lichtenstein: Vom Sinn der erzieherischen Situation. Vierteljahresschr. f. wiss. Päd. 31. 1955, S. 22 ff.

Immer dann, wenn der vom Recht Betroffene sittlich hinreichend gefestigt ist, sodaß er selbst zu der von der Rechtsordnung angestrebten Werterkenntnis und -verwirklichung vordringt, entfällt diese mindest zwei Individuen voraussetzende dialogische Verbundenheit. Es ist dann der Fall der Rechtstreue gegeben; ohne Einschaltung anderer Personen — m. a. W. ohne judiziellen Entscheid — wird hier der objektive und der subjektive Sachgehalt der Rechtsordnung in einem lebendigen Gewissen der autonomen sittlichen Persönlichkeit integrativ erfaßt. Die erzieherische Situation erschöpft sich in diesem Fall im Vorgang der Selbst-erziehung und der aus eigener sittlicher Kraft ermöglichten Rechtsbewährung.

aussetzung zur Bewährung im Erwachsenenstrafrecht. „Sogenannt“ bezieht sich auf diese Begriffsbildung des Gesetzgebers in den derzeit geltenden gesetzlichen Vorschriften; mit ihr werden wir uns weiter unten noch eingehend zu befassen haben. An dieser Stelle ist jedoch eine Erläuterung dessen veranlaßt, was gemeint ist, wenn in dieser Untersuchung immer wieder vom **Recht sinstitut** der Strafaussetzung zur Bewährung beziehungsweise der „Selbstvollstreckungsstrafe“ die Rede ist. Mit dieser Formulierung ist nämlich gleichzeitig eine ganz bestimmte rechtswissenschaftlich gefaßte Vorstellung wiedergegeben; sie ruht in einem institutionellen Rechtsdenken. Im Unterschied zu der Denkmethode, die das Recht normierend, nämlich als eine Regel, und zu der, die das Recht positivistisch-dezidierend, nämlich als Entscheidung im Rahmen einer normativ fixierten Legalität auffaßt, wird hier in konkreten Ordnungen und Gestaltungen gedacht. So werden die Rechtsphänomene der sittlichen Ordnung als objektive Institute begriffen, die ihre jeweils spezifische Gesetzlichkeit haben. Die Eigengesetzlichkeit wird erschlossen, indem bei der *lege lata* feststellbaren Ausgestaltung der Rechtsnormen nicht stehengeblieben, sondern vielmehr ihr lebendiger Zusammenhang festgestellt und das Wesen der Gesamtheit dieser Normen aus ihrer geschichtlichen und fortschreitenden Entwicklung erforscht wird. Diese Art juristischen Denkens entspringt der Erkenntnis, daß sich das Recht nicht in dem positiven Ausdruck erschöpft, den das Gesetz bereitstellt und daß es andere Funktionen haben muß, als lediglich diejenigen, einen Konfliktfall oder eine Interessenkollision durch eine Entscheidung zu überwinden. Denn das Recht ist mehr; es ist „eine Kulturerscheinung und als solche Teil der objektiven Kulturwerte, innerhalb deren die Erscheinungen des Rechts nach Rang und Sinnzusammenhang ihren festen Ort haben.“⁶⁾ Nach der Überwindung des im neunzehnten Jahrhundert vorherrschend gewesenen rechtswissenschaftlichen Positivismus⁷⁾ hat sich diese Einsicht, der sich der Positivismus entziehen und auf die hinter dem positiven Recht stehenden Rechtsideen verzichten zu können glaubte, mehr und mehr in der heutigen Rechtswissenschaft durchgesetzt.

Wenn auch noch der deutschen Rechtswissenschaft im allgemeinen ein systematisches institutionelles Rechtsdenken bisher fremd ist, so ist doch

⁶⁾ E. Forsthoff: Lehrbuch, S. 148.

⁷⁾ Er ist in den großen geistesgeschichtlichen Zusammenhang seiner Zeit einzuordnen; er berührt sich und ist verwandt sowohl mit dem von Auguste Comte begründeten philosophischen Positivismus als auch dem Positivismus der Naturwissenschaften. Als sein markantester Vertreter ist im Jahre 1892 Karl Bergbohm mit seiner Abhandlung „Jurisprudenz und Rechtsphilosophie“ hervorgetreten.

für den Bereich des Öffentlichen Rechts (dem auch das Strafrecht zugehört) aus einem Denken in Rechtsinstituten schon der Ausdruck „Institution“ zur Vorherrschaft gekommen⁸⁾. Die erste Grundlegung institutioneller Rechtsauffassung ist durch Friedrich Karl von Savigny⁹⁾ und Friedrich Julius Stahl¹⁰⁾ erfolgt. Seitdem wird von dieser Rechtsauffassung zutreffend dem Normativismus immer wieder entgegengehalten, daß seine Rechtsgestaltung von vornherein fragwürdig ist, wenn er glaubt, dabei mit einer Überbetonung der Normativität auf die Lebenswirklichkeit verzichten zu können. Bei diesem Rechtsdenken werden die Rechtssätze nur als Sollenssätze verstanden und in ihrer Auslegung ausschließlich aus sich selbst heraus begriffen, was notwendig den Verlust des Zusammenhanges mit der Seinsphäre zur Folge hat¹¹⁾.

Demgegenüber ist die Rechtsanwendung der institutionellen Methode — ohne einerseits das positive Recht in seiner Strenge zu beseitigen und ohne andererseits bei dem Offenhalten für die Lebenswirklichkeit sich dieser zu unterwerfen — bestrebt, das positive Recht im Zusammenhang mit den tragenden allgemeinen Rechtsgedanken zu verstehen und zu handhaben. Die dem positiven Recht zu entnehmenden Institute werden geistesgeschichtlich erfaßt. Damit betritt diese Art juristischen Denkens sachnotwendig auch den Bereich der Führung, Erziehung und Bildung und stößt dahin vor, wo demjenigen, dem Rechtsanwendung anvertraut ist, Aufgaben der Menschenführung und -bildung erwachsen.

Zutreffende Ausführungen finden sich hierzu bei Erich Kaufmann. Seine Worte sind: „In den Rechtsinstituten als solchen liegen gewisse letzte Normen eingeschlossen, deren Auffindung und Darlegung die eigentlich wesentliche Aufgabe der Rechtswissenschaft ist und die auch der Verwaltungsbeamte, der Richter und der Disziplinarrichter anzuwenden hat und ständig anwendet. . . . Um diese letzten Normen zu finden, ist es stets erforderlich, zurückzugehen auf den in den individuellen Rechtsinstituten verkörpert, sozusagen in ihnen Fleisch gewordenen ethischen Gehalt.“¹²⁾ Diese Einsicht hat er an anderer Stelle zur Beantwortung der Frage: „Was heißt gerecht?“ in individualetischer Hinsicht vertieft und

⁸⁾ E. Forsthoff, aaO., S. 149.

⁹⁾ System des heutigen Römischen Rechts. Bd. 1. Berlin 1840, S. 9 ff.

¹⁰⁾ Philosophie des Rechts. 3. Aufl. Bd. 2,2. Heidelberg 1856, S. 176 ff.

¹¹⁾ E. Forsthoff, aaO. S. 149; C. Schmitt: Über die drei Arten des rechtswiss. Denkens, S. 19; ders.: Polit. Theologie, Vorbem.; Fr. J. Stahl, aaO., S. 185 ff. Anm.

¹²⁾ Diskussionsrede zum Thema „Das Recht der freien Meinungsäußerung“ in: Veröffentl. d. Dt. Staatsrechtsl. H. 4. Berlin, Leipzig 1928, S. 81.

erweitert hinsichtlich jedermann, der vom Recht zum Handeln in Anspruch genommen wird¹³⁾. Seine Darlegungen zeigen die Überlegenheit institutionellen Rechtsdenkens, dem es im Gegensatz zu anderen juristischen Denkmethoden möglich ist, das dem Recht unterworfenen Individuum in dessen geist-seelischen Bereich und seinem von daher ausgelösten Bildungsprozeß zu erfassen.

Nun bedient man sich — nach Auswahl einer Einzelfrage der Erziehungswirklichkeit — zur Erforschung erzieherisch wichtiger Tatsachen einzelner oder kombinierter Methoden¹⁴⁾. Man wählt eine Kombination dann, wenn sich die zu untersuchende Einzelfrage nicht im Paideutischen erschöpft, sondern — wie z. B. in unserem Fall von positiv-rechtlichen Vorschriften bestimmt — auch andere Fachgebiete berührt. Soweit sich nun ein solches anderes Fachgebiet seinerseits, wie soeben für die Jurisprudenz aufgezeigt, verschiedener Denkmethoden bedient, ist es für die zu treffende Kombination von ausschlaggebender Bedeutung, daß die der vorgenommenen Erforschung sachdienlichste Denkmethode des anderen Fachgebietes herangezogen wird.

Als pragmatische Geisteswissenschaft hat sich die Pädagogik eben an der Struktur und den Grenzen des Erziehungsfeldes zu orientieren und dann, wenn sie, wie hier, ein paideutisch bedeutsames Rechtsproblem erforscht, den juristischen Befund zunächst nach der Methode der Rechtswissenschaft zu erheben. Sie hat weiterhin, um eine Theorie der paideutischen Einwirkung auf den erwachsenen Straffälligen zu erstellen und damit der rechtspflegerischen Praxis dienen zu können, das Material der positiven Forschung hineinzunehmen in die philosophische Reflexion.¹⁵⁾ Sie hat endlich diese Reflexion — entsprechend dem hier im Frühchristentum gründenden Befund, dem eine verschiedene Zeitalter umspannende Geschichtstiefe eigen ist — auf das geschichtlich gewordene Ganze zu erstrecken, d. h., in sie die rechtshistorischen, die naturrechtsphilosophischen

¹³⁾ Die Gleichheit vor dem Gesetz i. S. des Art. 109 der Reichsverf. (Veröffentl. d. Dt. Staatsrechtsl. H. 3) 1927, S. 11 ff.

¹⁴⁾ Wilh. Flitner: Allg. Päd., S. 21.

¹⁵⁾ Der Übergang von einer „positivistischen“ Pädagogik des 19. Jahrhunderts zu der modernen, in philosophischer Reflexion „verstehenden Pädagogik“ war durch die kritischen Untersuchungen von M. Frischeisen-Köhler und Th. Litt ermöglicht worden. (M. Frischeisen-Köhler: Philos. und Päd. Berlin 1917. Kant-Studien. Bd. 22; ders.: Bildung und Weltanschauung. Berlin 1921; ders.: Philos. und Päd. Langensalza 1931 = Kleine päd. Texte. H. 20; Th. Litt: Die Methodik des päd. Denkens. Berlin 1921. Kant-Studien Bd. 26.)

und die damit zusammenhängenden theologischen Gegebenheiten einzu-
beziehen und mit ihnen zu integrieren¹⁶⁾).

Damit ergibt sich, daß für die zur Durchführung jener Aufgaben
erforderliche kombinierte Forschungsmethode als juristische Methode nur
diejenige rechtsinstitutionellen Denkens in Betracht kommen kann.

IV.

Die Einheit von Recht und Moral.

Das Rechtsinstitut der Selbstvollstreckungsstrafe in seinem staatsphilosophisch-theonomen und andragogischen Sinnbezug

Unsere Zeit macht — und zwar nicht nur im nationalen Raum, es haben
alle Kulturländer daran teil — einen grundlegenden Umdenkungsprozeß
durch; was sich im Staatsleben wie in der Erziehung anbahnt, ist nicht
eine routinemäßige Ablösung veralteter Maßnahmen durch neue, sondern
eine fundamental veränderte Stellungnahme zu sämtlichen sozialen, juristi-
schen und paideutischen Problemen.

Ebenso wie im sozialen Bereich die durch die Erhöhung des Lebens-
standards und durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen bedingte Stei-
gerung der Produktivität und des Volkswirtschaftspotentials nicht als
Endzweck betrachtet, sondern vielmehr eine allmähliche Angleichung im
Sinne einer Solidarität des gesamten werktätigen Volkes angestrebt wird,
vollzieht sich auch im juristischen Bereich, vor allem auf dem Gebiete des
Strafrechts, eine völlige Umstellung. Hier erfolgt die zunehmende Human-
isierung der Strafe durch Bereitstellung verschiedener Rechtsinstitute zur
Verwirklichung des staatlichen Strafanspruches gegenüber dem Rechts-
brecher nicht etwa nur aus opportunistischen Gründen oder aus ökonomi-
schen und fiskalischen Erwägungen einer neuen Strafrechtstheorie. Jene
Bereitstellung beinhaltet vielmehr eine Schwerpunktverlagerung der Re-
aktion der strafenden Gesellschaft, welcher im Wissen um die psycho-
logischen und paideutischen Wechselwirkungen innerhalb der menschlichen
Gemeinschaft ganz allgemein die Mitschuld an den Delikten des einzelnen

¹⁶⁾ Hierbei wird mit einem Einblick in das Erziehungssystem der christlichen
Kirche reichlich Substanz erzieherischer Inhalte (auf ihr Vorhandensein beson-
ders im patristischen Schrifttum weist auch W. Flitner, Allg. Päd., S. 13, hin)
zum Vorschein kommen. Es wird gleichzeitig der geistesgeschichtliche Wandel
sichtbar, der es ermöglichte, ein Rechtsinstitut mit ursprünglich ausschließlich
eucharistisch gestalteten Bildungsgehalt in die moderne Strafrechtspflege zu
übernehmen.

und der Gruppe zur Erkenntnis kommt¹⁷⁾. Daher bahnt sich eine Einstellung an, die sich vom egoistischen Selbstschutz der Gesellschaft weg und hin zur brüderlichen Haltung der Gemeinschaft zu jedem ihrer Mitglieder vollzieht; die aus der richterlichen, der moralistischen, der Überlegenheitseinstellung des Strafenden den reinen Helferwillen, die menschliche Gleichordnung, die mittragende und lösende Haltung erstrebt.

Wo sich aber solche erneuernden Kräfte in einem Sozialkörper zeigen, ist es die vornehmste Aufgabe der Erziehungswissenschaften, eine Ausdrucksform dieser Kräfte ihrer Zeit zu sein, sie in ihren Dienst zu nehmen.

Die komplexe Natur des in dieser Untersuchung aufgegriffenen Rechtsproblems folgt einem ebenso juristischen und theologischen wie pädagogischen — richtiger, da es Erwachsene betrifft, andragogischen — Sinnbezug. Es ist ein synoptisches Verständnis der Einzelbetrachtungen anzustreben. Mit dem Nachweis des in einer immanenten theonomen Bezogenheit gründenden, historisch gegebenen Erziehungswillens der mit dem Strafrechtsänderungsgesetz des Jahres 1953 eingeführten Strafart, ist der Widerstreit zwischen der Idee dieses Rechtsinstituts und seiner gegenwärtigen Anwendung aufzuzeigen. Diese Aufgabe ist aktuell, ihre Notwendigkeit historisch begründet.

So hat die scheinbar große Errungenschaft der Strafrechtsdogmatik, die seit der Zeit der Aufklärung zwischen den Begriffen „Verbrechen“ und „Sünde“ so fein säuberlich zu scheiden weiß¹⁸⁾ und die seit Thomasius über Kant und Hegel möglich gewordene Emanzipation der Ethik und des Rechts von Gott, die anstelle des vordem als Maßstab des positiven Rechts und menschlichen Handelns genommenen geoffenbarten *ius divinum* ein souveränes, menschliches Vernunftrecht setzt, bereits im Jahre 1924 den Juristen durch Albert Schweitzer den Vorwurf eingebracht, sie hätten, weil ohne Weltanschauung, das Recht und das Rechtsbewußtsein verkommen lassen¹⁹⁾. Aber man erkannte auch in den Reihen der Juristen die Zeitkrankheit des Rechts. So galt es keinem geringeren als Gustav Radbruch — angeregt von den Lehrern Franz von Liszt und Rudolf Stammler²⁰⁾ — als Aufgabe und Lebenswerk, das „nur — juristische“ Arbeitsfeld zu sprengen und mit dem für die rechtsphilosophische Besinnung als Grundprinzip gewählten „Me-

¹⁷⁾ Zur Mitschuld der Gesellschaft am Verbrechen cf. Paul Reiwald: Die Gesellschaft und ihre Verbrecher. Zürich 1948; Heinrich Meng: Die Prophylaxe des Verbrechens. Basel 1948, S. 105 ff., bes. S. 251 ff.

¹⁸⁾ Hierzu: E. Landsberg, in *Gesch. der Wiss.* Bd. 18, S. 391.

¹⁹⁾ *Kulturphilos. T. 2.* München 1924, Vorr. S. XIX.

²⁰⁾ G. Radbruch: *Rechtsphilosophie*, S. 33.

thodendualismus“²¹⁾ in einer Konfrontierung der empirischen Rechtswirklichkeit mit einem normativen Rechtsmaßstab die durch das schwindende Bewußtsein vom religiösen Grund allen Rechts mehr und mehr fraglich gewordene Verbindung von Jurisprudenz und Ethik wieder zu erneuern. Hingegen ist doch noch unverkennbar, daß wir einem ständigen Rezidivieren in „Rechtsblindheit“ ausgesetzt und noch nicht von der Zeitkrankheit des Rechts genesen sind. Mit der seit dem Jahre 1914 hereingebrochenen Periode der Kriege ist das Recht durch eine mehr und mehr fortschreitende Entgöttlichung und durch seine Fundierung auf der bloßen Gewalt von einem hohen Ideal zu einem Mittel menschlicher Herrschaft degradiert worden²²⁾. In verschiedenen seit jener Zeit entwickelten Staatsformen und Rechtsdogmatiken vermißt man ein waches Gefühl für diese eine sittlich-humane Rechtsordnung untergrabende Tatsache.

Bei dieser Sachlage ist es von umso größerer Bedeutung, für eine rechtsdogmatische Untersuchung den richtigen rechtsphilosophischen Standort einzunehmen und die hierfür nötige Erkenntnis wachzurufen. Denn wenn es auch, wie Rudolf Kassner, das 19. Jahrhundert kritisierend²³⁾, aufzeigt, äußerlich den Anschein hat, als habe im Laufe der Neuzeit der Mensch ganz allgemein den Sinn für das Heilige verloren²⁴⁾, so wissen wir doch um den psychologischen Konflikt, den der Mensch im Erlebnis der werthaltigen Wirklichkeit durchzustehen hat, indem er ständig in einer vitalen Grundspannung lebt. Er ist einerseits ergriffen von ewigen Werten, andererseits betroffen von der Brutalität des Nur - Wirklichen. Diese zu allen Zeiten vorhanden gewesene Grundspannung ist heute — wie in der Gegenwart

²¹⁾ Radbruch ging es dabei darum, die Einheit in der Unterschiedenheit des Wertes von der Wirklichkeit, des „ethischen“ vom „ontologischen“ Erkenntnisprinzip durch Betonung der dialektischen Beziehung im Dualismus der Methode aufzuzeigen und der unzulässigen Vermischung verschiedener Methoden zu begegnen.

²²⁾ Carl August Emge sieht sich im Jahre 1955 veranlaßt, seine Rechtsphilosophie dem „christlichen Juristen“ zu widmen (inwieweit eine solche Widmung fragwürdig erscheint, lesen wir bereits bei Luther — Werke. Weimarer Ausg. Tischreden 3, 2817 —: „Ist er [scil. der Jurist] aber erleuchtet und neu geboren und ein Christ, so ist er wie ein Monstrum, Wundertier untern Juristen, er muß ein Bettler sein und wird von andern Juristen für aufrührerisch gehalten“) und er spricht davon, daß der heutige Jurist als „juristischer Funktionär“ „beinahe in sportlicher Weise dazu fähig“ sei, im Dienste des jeweiligen Machthabers „im Nu aus dem einen Wagen herauszuklettern, um mit dem anderen lustig loszufahren“. (Einf. in die Rechtsphil., S. 6 u. 8 f).

²³⁾ Das 19. Jahrh. Erlenbach-Zürich 1947.

²⁴⁾ So Walter Schönfeld: Über die Heiligkeit des Rechts, S. 7; Rud. Kassner, aaO., S. 44, 91 u. 279.

überhaupt alle Spannungen im Vergleich zu früher intensiver sind — bis ins Unerträgliche gesteigert, und der Mensch trachtet nach einer Lösung aus dieser Spannung zwischen Ergriffenheit und Betroffenheit²⁵). Wissen wir weiterhin, daß er diese Lösung immer fand und findet in der Religion und ihren überkommenen Formen, dann stellt sich uns der als eigentliches philosophisches Problem erkannte Spannungsausgleich²⁶) im Falle seiner wissenschaftlichen Auswertung für die Rechtswirklichkeit, gleichzeitig und im selben Maße auch als juristisches Problem; denn die philosophischen Aussagen liegen zuvorderst dort allen Wissenschaften zugrunde, wo es um ontologische Aussagen geht.

Jeder einzelne ist nun im Verband des Staates diesem und seiner Verfassung verpflichtet. Falls der einzelne Staatsbürger die in der Verfassungsgesetzgebung der Bundesrepublik gemachten vielversprechenden Ansätze, nämlich das kodifizierte „Bewußtsein der Verantwortung vor Gott, dem Ursprung des Rechts und Schöpfer aller menschlichen Gemeinschaft“²⁷), nicht als bloße Formel einer geistreichen Präambel und als Lippenbekenntnis empfinden, sondern vielmehr als Pflichtaufforderung erleben und danach in der Rechts- und Lebenswirklichkeit handeln will, dann kann es für ihn, wenn er sich zum christlichen Glauben bekennt²⁸) — sei er im Amt richterlicher Entscheidung oder ohne ein solches Amt im Handeln der Rechtswirklichkeit begriffen — nur *ein* Rechtsideal geben, welches ihm für sein Richten und Handeln auch eine Lösung aus der vitalen Grundspannung ermöglicht: nämlich das an dem in der Heiligen Schrift geoffenbarten *ius divinum* ein für allemal genormte, christliche Naturrecht²⁹).

Diese Einsicht und das Wissen um die Schwere der sozialen Verantwortung, die mit jeder Strafrechtspflege verbunden ist³⁰), sowie um die letzte Fragwürdigkeit allen Richtens und Strafens, erweist die Problem-

²⁵) Rud. Zocher: *Philos. in Begegnung*, S. 7.

²⁶) R. Zocher, aaO.

²⁷) So in der Präambel zur Verfassung von Rheinland-Pfalz vom 18. 5. 1947; Übersicht über die einschlägigen Normierungen des GG und der einzelnen Länderverfassungen bei Hermann von Mangoldt. Friedrich Klein: *Das Bonner Grundges.* Bd. 1, S. 42.

²⁸) Der die christliche Botschaft nicht bekennende wird dieses, den christlichen wie den nichtchristlichen Staatsbürger gleichermaßen bindende theonome Grundaxiom unserer Verfassungsrechtsordnung ebenso in seine jeweilige Konfession einzubeziehen haben.

²⁹) Hans Liermann, in: *Festschr. f. Alfred Bertholet*, S. 323.

³⁰) Wohl kaum ein anderer Bereich der Rechtspflege vermag u. U. mehr Tränen und Leid zu erzeugen als dieser, und häufig nicht nur den Verurteilten, sondern auch dessen Angehörige mit einer oft lebenslänglichen Hypothek zu

stellung dieser Arbeit auch als echtes andragogisches Anliegen. Mit diesem Anliegen reißen wir uns in die Bemühungen derjenigen ein, die im Dualismus von Rechtswirklichkeit und Rechtswertbetrachtung nicht die *S p a l t u n g*, sondern die *E i n h e i t* von Recht und Moral als Rechtsprinzip erkennen. Als Ausgangspunkt dient hierfür die Gewißheit, daß die menschliche Ratio nur an der göttlichen Revelatio einen festen Halt und Ausrichtung suchen kann und muß, und daß, um mit den Worten von Hans Liermann³¹⁾ zu reden, die zehn Gebote nicht nur den Theologen, sondern auch den Juristen unmittelbar angehen.

Friedrich Karl von Savigny, einer der Begründer der modernen Lehre vom Recht, hat deren Selbständigkeit verkündet. Diese Selbständigkeit ist aber ebensowenig aus sich heraus zu begreifen, wie Rechtswissenschaft und Rechtsbewährung etwa nur dem Juristen in Erbpacht gegeben sind. Vielmehr weist das Recht über sich selbst hinaus, auf das Unbedingte, das es heiligende Heilige, mit dem es steht und fällt. Schon Platon kennt neben seiner Unterscheidung des Rechts in ein *δίκαιον τῇ φύσει*, ein Naturrecht, und ein *δίκαιον τῷ νόμῳ*, das positive Recht, auch das *ᾧσιον*, das wir mit Walter Schönfeld³²⁾ als das von dem Heiligen verliehene Recht zum Recht begreifen wollen, als das jedem Recht stillschweigend voraus- und mitgesetzte Ur- und Vorrecht. Das platonische *ᾧσιον* entspricht der Rechtsauffassung der Römer, die ebenso neben ihren vielfältigen Unterscheidungen des *ius*, auch neben der des *ius naturale* und des *ius positum*, das „*fas*“ zugrundelegen³³⁾.

Von hier aus verstehen wir auch die Theonomie unserer Rechtsordnung³⁴⁾, wie sie nicht nur in dem scheinbar so einfachen Satz aus dem Prologus zum Sachsenspiegel „Got is selve recht“, sondern auch in der Moderne, besonders in unserer Strafrechtsordnung (vgl. hierzu S. 102 f. dieser Arbeit) zum Ausdruck kommt. Diese letzte, im Geheimnis der Schöpfung, auch der Neuschöpfung, der Inkarnation, liegende Größe für unser Sein zu erforschen, ist andererseits nicht der Theologie vorbehalten, wie der Modernismus in einer falschen Bescheidenheit, die in Wahrheit Hochmut ist,

belasten. Wenn auch unser Strafrecht nur eine Bestrafung allein des Täters kennt, so können wir doch die Imponderabilien eines Strafurteils bei unserer den nur-juristischen Ansatz erweiternden Fragestellung nicht außer acht lassen.

³¹⁾ H. Liermann, aaO.

³²⁾ Grundlegung der Rechtswiss., S. 162.

³³⁾ Darüber: Römisches Recht = Enzyklop. d. Rechts- u. Staatswiss. Abt. Rechtswiss. 2, 3. (3. Aufl. 1949). S. 19, Anm. 2.

³⁴⁾ Für den Juristen wertvolle Ausführungen finden sich hierzu bei Paul Tillich: Syst. Theol. Bd. 1. Stuttgart 1955, S. 103 f.

anzunehmen geneigt ist. Vielmehr muß sich jede Wissenschaft damit auseinandersetzen, wenn sie sich über sich und ihre verborgenen Voraussetzungen klarwerden will.

Auch bei Medizinern hat diese Erkenntnis bereits literarischen Niederschlag gefunden³⁵⁾.

Ob es die Medizin oder die Theologie, die Lehre von der Erziehung und Bildung des Menschen oder die Lehre vom Recht ist, jede dieser Wissenschaften macht eine Aussage vom Menschen und seinem Sein, jede ist damit sachnotwendig ebenso hermeneutisch wie normativ bestimmt. Indem jede in irgendeiner Weise auf das Sein bezogen ist, steht jeder voran als Grundwissenschaft die Lehre vom Sein, die Ontologie.

Die Gliederung der Wissenschaften entspricht nur der Gliederung des Seins, alle sind sie aber aufgehoben in einer *universitas litterarum*, die sowohl in systematischer als auch in historischer Hinsicht im letzten Grund in der ihnen gemeinsamen Ontologie ruht.

An dieser Stelle bedient sich also auch die Lehre vom Recht der Philosophie. Mit dieser wird es ihr ermöglicht, die Formen der Religion, in denen der Mensch im Erlebnis der Rechtswirklichkeit eine Lösung seiner aus Ergriffenheit und Betroffenheit gegebenen vitalen Spannung sucht, zu überwinden³⁶⁾ und — da die Philosophie als Ontologie ihrer Berufung als Grundwissenschaft gerecht zu werden sucht — über eine Philosophie der Natur und Vernunft fortzuschreiten, zu einer — um mit Schelling zu reden — Philosophie der Mythologie und Offenbarung.

Der Jurist, der sich diese Einsichten zu eigen macht, ist sich immer dann, wenn er auf Strafe erkennt, der Gottebenbildlichkeit selbst des verworfensten Verbrechers eingedenk. Er weiß um dessen kreatürliche Wesensart und darum, daß er dessen menschliche Seele, mag diese noch so verworren sein, doch stets als „*anima naturaliter christiana*“ zu achten und zu pflegen hat. Er wird dem rechtsuntreuen Sünder seine Christenpflicht ins Gewissen rufen und ihn so nicht richtend zugrunde richten, sondern, richtend und aufrichtend zugleich, erhalten für den mitmenschlichen Dienst an der Schöpfungsordnung.

Der rechts- und erziehungsphilosophische Standort ist umrissen. Ihm folgt das Ziel unserer Untersuchung: Im Dienste der Andragogik soll zu

³⁵⁾ Man vergleiche dazu: Victor von Weizsäcker: *Begegnungen und Entscheidungen*. Stuttgart 1949, S. 121 ff. u. 217 ff.; ders.: *Natur und Geist*. Göttingen 1954, S. 237; ders.: *Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde*. Göttingen 1954, S. 25, 53 u. 105. Wolfgang Kretschmer: *Psychol. Weisheit der Bibel*. München 1955.

³⁶⁾ Vgl. R. Zocher, aaO., S. 14.

einer theozentrisch ausgerichteten Anwendung und Vollziehung der neuen Straffart angeregt und damit gleichzeitig der Utilismus partieller Strafzwecksetzungen in einer letzten absoluten Zweckidee überwunden werden, um das Rechtsinstitut — seinem Wesen und Ursprung entsprechend — zu begreifen als eine „Selbstvollstreckungsstrafe“ des sich zur Sühneleistung verpflichtenden schuldeinsichtigen Täters; eines Verurteilten, der als selbstzwecksetzender Akteur den Straf- und Daseinszweck in seiner eigenen Person, in deren sittlichen Höherführung und Vervollkommenung sucht und findet.

ZWEITER ABSCHNITT

DIE PRAGMATISCHE BEDEUTUNG FÜR DIE GERICHTLICHE UND FÜRSORGERISCHE PRAXIS

I.

Das Gesetz unterstellt die Kenntnis vom Wesen des Rechtsinstituts

Die sogenannte „Strafaußsetzung zur Bewährung“¹⁾ wurde durch das RStGB²⁾ seit Ende 1953 in die westdeutsche Strafrechtspflege eingeführt.

Das Rechtsinstitut will die bisher übliche Herausnahme des straffällig gewordenen Erwachsenen aus der gewohnten Umwelt und seine Anstaltsinternierung ersetzt wissen durch Belassen in seiner bisherigen sozialen Gemeinschaft unter gleichzeitiger Überbürdung der Pflicht zur Bewährung während eines bestimmten Zeitraumes. Damit wird — nachdem seit längerer Zeit vor allem dem kurzfristigen Freiheitsentzug der Kampf angesagt worden war³⁾ — ein klares Bekenntnis zu den modernen sozialpsychologischen Einsichten abgelegt, welche die Schädlichkeit des plötzlichen

¹⁾ Im folgenden abgekürzt mit „StzB“; bezüglich der übrigen Abkürzungen siehe Siglenverzeichnis.

²⁾ Vom 15. 5. 1871 i. d. F. der Bekanntmachung vom 25. 8. 1953 (BGBl. I, 1083); zum einschlägigen Gesetzestext siehe Verzeichnis im Anhang.

³⁾ So hatte, schon kurze Zeit nach Einführung des RStGB von 1870, unter Führung des deutschen Strafrechtsnestors Franz von Liszt eine fortwährende Kritik besonders an der kurzzeitigen Einsperrungsstrafe eingesetzt, mit der Forderung, diese zu beseitigen, und an ihre Stelle erzieherische Maßnahmen einzuführen. (F. v. Liszt in: ZStrWiss. 9, S. 737 ff; E. Rosenfeld: Welche Strafmittel können an die Stelle der kurzzeitigen Freiheitsstrafe gesetzt werden? Berlin 1890, S. 109 ff; Robert von Hippel: Deutsches Strafrecht. Bd. 1. Berlin 1925, S. 553.)

Diese Kampfansage gegen die Einsperrungsstrafe hat unmittelbar auf die Gesetzgebung in Deutschland und im Ausland eingewirkt. Man war weiterhin bestrebt, die mit dieser Strafe und mit den an ihrer Stelle inzwischen praktizierten staatlichen Reaktionsmitteln gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse einem weiten Kreis der zivilisierten Welt zugänglich zu machen. Daher hat sich im Jahre 1946 die Internationale Gefängnis- und Strafrechtskommission (Sitz in Bern) mit den aus der kurzzeitigen Freiheitsstrafe sich ergebenden Mängeln auseinandergesetzt und in einer Entschliebung darauf hingewiesen; in ihr heißt es u. a.:

Entzuges der gewohnten Umwelt aufgezeigt haben. Zutreffend stellt Karl Seiler ⁴⁾ fest: „Mensch und Umwelt stehen sich . . . nicht etwa nur gegenüber; sie bilden zusammen ein Ganzes. Die Fähigkeiten und Tatbereitschaften eines Menschen sind auf seine Umwelt gerichtet, an der Umwelt gewachsen und entfaltet, mit den Gegebenheiten zusammen zu einer gestalteten Ordnung gekommen. Ein Mensch, der aus seiner Umgebung gerissen wird, büßt zunächst einmal einen großen Teil seiner Fähigkeiten ein; seine Tatbereitschaften springen nicht an, laufen nicht weiter, weil die gewohnten und in die Organisation, in die Struktur des persönlichen Verhaltens eingebauten Umweltreize fehlen oder weil in der neuen Umwelt

„Die Erfahrung hat gelehrt, daß in den meisten Ländern kurzfristige Freiheitsstrafen fast immer einen gewissen Schaden anrichten, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1) Die kurze Zeit macht es unmöglich, irgendwelche erzieherische Tätigkeit zu entfalten;
- 2) die Gefängnisanstalten verfügen nicht über ausreichende Einrichtungen und qualifiziertes Personal;
- 3) eine große Anzahl von Personen, die auf solche Weise verurteilt sind, kommt zum ersten Mal mit dem Strafgesetz in Berührung. Die Gefängnisstrafe lehrt sie, die Furcht vor dem Gefängnis zu verlieren und nimmt ihnen die Selbstachtung;
- 4) die Familien dieser „kleinen Sünder“ werden materiell und moralisch schwer getroffen;
- 5) nach ihrer Entlassung haben diese Menschen oft große Schwierigkeiten, ihre Stellung in der sozialen Gemeinschaft wieder zu erlangen; dadurch werden sie zur Begehung neuer Straftaten verleitet.“

(Résolution den 1948 de la C. I. P. P. Recueil de documents en matière pénale et pénitentiaire. Vol. 13. Berne 1948, S. 341 f, Anm. 1; Vol. 12, S. 100 f; — zitiert nach Horst Barrelet: Jur. Diss. 1950, S. 5).

Im Jahre 1948 hat dieselbe Kommission den Problembereich erneut behandelt. Fußend auf der 1946 erlassenen EntschlieÙung beschloÙ sie an ihre Mitgliedsstaaten folgende Empfehlung:

„Die Kommission ist, in voller Übereinstimmung mit der von der Versammlung der C. I. P. P. im August 1946 gefaÙten EntschlieÙung, der Ansicht, daß kurzfristige Freiheitsstrafen soweit wie möglich durch andere Maßnahmen ersetzt werden sollten. In dieser Beziehung können Einstellung des Verfahrens, Aussetzung der Bestrafung, Probation und Geldstrafen als geeignete Maßnahmen angesehen werden . . .“

(Recueil . . . Vol. 13, S. 341 f; — zitiert nach H. Barrelet, aaO.)

Diesen Bestrebungen folgend, wird heute in fast allen Kulturstaaten die kurzzeitige Einsperrungsstrafe durch besondere Maßnahmen ersetzt (vgl. hierzu Rolf Jauch: Bedingte Verurteilung und bedingte Entlassung im ausländischen Recht. Jur. Diss. Tübingen 1954: er stellt die einzelnen Systeme der Bewährungsstrafe in sorgfältigem systematischen Überblick dar).

- 4) Die Schule als Kinderheimat. Nürnberg 1952, S. 26.

Reize erlebt werden, die zur Störung oder sogar zur Sperrung des Verhaltens führen.“

Ebenso wie man Foltern und körperliche Züchtigungen nicht mehr als gerechte Straftat empfand und an ihre Stelle die heute üblichen Internierungsstrafen (ohne zusätzliche körperliche Belästigungen) setzte, ist nunmehr eine Schwerpunktverlagerung hinsichtlich der anerkannten Strafzwecke eingetreten.

Sind diese Zwecke

- a) Erziehung und Besserung des Täters durch echte Sühneleistung⁵⁾,
- b) Vergeltung für begangenes Unrecht⁵⁾,
- c) Rechtsbewährung sowie Stärkung der Rechtstreue der Allgemeinheit bzw. Abschreckung vor Rechtsuntreue und
- d) Genugtuung des Verletzten,

dann erkennt man bei richtiger Auslegung der neuen Regelung die Prävalenz des unter a) genannten Strafzweckes. Damit wird aber auch gleichzeitig, wie wir sehen werden, den übrigen Strafzwecken genügt; insbesondere wird das Rechtsinstitut — was bisher nicht genügend gesehen wird — den generalpräventiven Vorstellungen von Vergeltung und Abschreckung gerecht; immer kommt es dabei auf das Wesensverständnis und die jeweilige Ausgestaltung der Bewährungsstrafe an.

Der Gedanke, die Kriminalstrafe habe vor allem eine erzieherische Aufgabe zu erfüllen, fand zunächst im Jugendstrafrecht Eingang. Er hat sich dann zunehmend auch im Erwachsenenstrafrecht durchgesetzt⁶⁾ und mit der Einführung der Bewährungsstrafe eine klare Ausformung gefunden⁷⁾.

⁵⁾ Hans-Jürgen Bruns, in: GA 1956, S. 226, führt den Strafzweck der Sühne von dem der Erziehung und Besserung getrennt auf und setzt ihn offenbar für Vergeltung. Der Sühne — sie ist ein subjektiver Vorgang des Verurteilten — ist aber, worauf wir später eingehen werden, Erziehung und Besserung inhärent.

⁶⁾ An Stelle vieler: Werner Krause: Die Berechtigung des Erziehungsgedankens beim Vollzug der Freiheitsstrafe unter bes. Berücksichtigung der Erziehbarkeit erwachsener Strafgefangener. Hamburg, Jur. Diss. 1951, mit weiteren Quellennachweisen.

⁷⁾ A. Wahl, in: Bewährungshilfe. 1956, Nr. 3, S. 258, spricht von einer „fortschrittlichen kriminalpädagogischen Behandlungsmethode“;

Eb. Schmidt, in ZStrWiss. 64, S. 10 f, hebt bezüglich der Bewährungsstrafe hervor, es gehe — modernen strafrechtlichen Grundsätzen entsprechend — bei der Kriminalstrafe nicht darum, daß der Richter Taxen für begangenes Unrecht ausrechnet, sondern vielmehr darum, diejenige Unrechtsfolge zu finden, „die vom Standpunkt rechtschaffenen Denkens aus sittlich bejaht und kriminalpolitisch zugleich als vernünftig und erfolgverheißend angesehen werden kann“.

Nach Karl Peters (Die kriminalpolit. Stellung des Strafrichters, S. 165) liegt eine Anpassung der staatlichen Reaktion an die neuzeitlichen Anschauungen vor.

Sie ist ein neuartiges staatliches Reaktionsmittel, von dem man sich zu Recht mehr erhofft, als nur einen geeigneten Ersatz für den als schädlich erkannten, kurzzeitigen Freiheitsentzug: nämlich eine Senkung der Gesamtkriminalität⁸⁾).

Seit etwa sechs Jahren wird nunmehr diese Strafart in der Bundesrepublik Deutschland praktiziert. Die Bewährungszeit ist jeweils zwischen zwei und fünf Jahren festzulegen; daher lassen sich noch keine Aussagen darüber machen, inwieweit sich bereits die Hoffnungen bewahrheiteten. Immerhin werden wir aber einst zu einer sachgerechten Beurteilung erst dann kommen können, wenn wir der gerichtlichen und fürsorgerischen Praxis für ihre verantwortungsvolle Aufgabe eine der rechts- und erziehungswissenschaftlichen Verschränkung entsprechende erkenntnistheoretische Grundlegung vermittelt haben; eine Grundlegung, die dem Sinn des Rechtsinstituts, seinem Wesensgehalt, gerecht wird. Bisher fehlt eine solche. Es ist ein Desiderat, das umso dringender zu beheben ist, als in diesem Sinne auch die seit Mitte des Jahres 1954 laufenden Arbeitstagen der mit einer Gesetzesvorlage für die bevorstehende Große Strafrechtsform befaßten Großen Strafrechtskommission, hinsichtlich der StzB keine wesentlichen entsprechenden Neuerungen oder Abänderungen der (unzulänglichen) geltenden Gesetzesregelung ergeben haben⁹⁾.

Für eine theoretische Orientierung wären sowohl das philosophische, besonders das erziehungswissenschaftliche und psychologische, als auch das juristische Schrifttum zu befragen. Das erstere weist, soweit ersichtlich, bisher überhaupt noch keine Untersuchung zur StzB des Erwachsenenrechts auf. Im letzteren hat man sich wohl wiederholt damit befaßt, allerdings nur aus juristischer Sicht, d. h., ohne in die einschlägigen andragogischen und psychologischen Probleme der Fachdisziplin einzudringen.

Es besteht auch keine Einigkeit darüber, wie die Rechtsnormen überhaupt zu begreifen sind, die als äußerer Rahmen seiner Arbeit demjenigen an die Hand gegeben sind, dem das andragogische Mandat der Anwendung, Ausgestaltung und Durchführung des Rechtsinstituts anvertraut ist. Man hat zwar zutreffend festgestellt, daß der Gesetzgeber, wohl um der Entwicklung

⁸⁾ BGH, in: NJW 55, S. 996.

⁹⁾ Die Arbeitsberichte der Großen Strafrechtskommission werden laufend veröffentlicht; s. „Probleme der Strafrechtsreform“, jeweils als Beilage zum Bundesanzeiger, begonnen als Beilage zu Nr. 176 vom 14. 9. 1954. Der „Entwurf eines Strafgesetzbuches. E 1959 II“, nach den Beschlüssen der Großen Strafrechtskommission in zweiter Lesung zusammengest. und überarb. vom Bundesmin. der Justiz, Bonn 1959, ist das zuletzt veröffentlichte zusammengefaßte Arbeitsergebnis.

der sogenannten StzB einen angemessenen Spielraum zu belassen, von einer systematischen Festlegung im Rahmen der übrigen kriminalrechtlichen Reaktionsmittel abgesehen und damit die Frage der Eingliederung der Wissenschaft und Praxis als Aufgabe gestellt hat¹⁰⁾. Man hat auch wiederholt betont, daß der Lösung dieser Aufgabe, der Klärung der juristischen Eigenart der neuen Rechtseinrichtung, eine zentrale Bedeutung zukomme¹¹⁾. Von einer auch nur annähernden Klärung konnte aber — obwohl inzwischen das Rechtsinstitut seit einigen Jahren in der Erwachsenenstrafrechtspflege Eingang gefunden hat — im Jahre 1956 ebenso wenig die Rede sein¹²⁾, wie heute¹³⁾. Verständlicherweise besteht in der

¹⁰⁾ H. Maassen: Erste Zweifelsfragen zum Strafrechtsbereinigungsgesetz. In: MDR 1954, S. 2.

¹¹⁾ H. Jagusch, in: JZ 1953, S. 688; H.-J. Bruns, in: GA 1956, S. 198; W. Lindemann: Jur. Diss. Köln 1955, S. 63.

¹²⁾ Eine dahingehende Feststellung trifft Preiser, in: NJW 1956, S. 1221, „Die Streitfrage der Rechtsnatur, dem Wesen einer Strafe, hinsichtlich der dem Verurteilten StzB im Sinne des § 23 StGB bewilligt worden ist, kann heute als gelöst angesehen werden.“

Diese Aussage ist aber umso weniger zweifelsfrei, als hinsichtlich der „Rechtsnatur, dem Wesen“ der im § 23 StGB genannten Internierungsstrafen (Haft, Gefängnis, Einschließung) nie eine Streitfrage entstanden war.

¹³⁾ Letzte Veröffentlichungen zeugen davon:

Joachim Hellmer, der im Vorwort seiner Arbeit „Die Strafaussetzung im Jugendstrafrecht“, Berlin 1959, eine „vom rechtlichen und pädagogischen Gesichtspunkt her dogmatisch erarbeitete Grundlage“ für das Jugendstrafrecht, ja teilweise auch für die „entsprechende Regelung im Erwachsenenstrafrecht“ verspricht, bleibt die erwartete sachgerechte Klärung, die Antwort auf unsere Frage nach Rechtsnatur und Wesen schuldig. Er übersieht nicht nur den richtigen historischen Ansatz (S. 5); auch seiner „Überweisungstheorie“, die dem anstatt in die Strafanstalt in die Freiheit überwiesenen Verurteilten spüren lassen soll, daß er „den Erfolg, den eine Strafvollstreckung im Auge hat, ohne sie, (sic!) aus sich selber zu gewährleisten“ hat (S. 12), ist als theoretische Basis ebenso wenig für die Praxis, wie als begrifflicher Wegweiser für den Bewährungspflichtigen geeignet. (Hierzu s. a. unten, S. 110 f u. S. 150 Anm. 10.)

Alois Gerstner, der sich vor allem die Frage nach der rechtlichen Natur des Instituts stellt (Die StzB nach dem 3. Strafrechtsänderungsges. < Strafrechtsbereinigungsges. >, §§ 23—25 StGB. München, Jur. Diss. 1958, S. 9), bestätigt mit seinem Ergebnis eines „Nebeneinanders von echter Strafe und bessernder Maßnahmen“ nur die im wesentlichen bereits von R. Maurach (Dt. Strafrecht. Allg. T. Karlsruhe 1954, S. 661 f) entwickelte Auffassung. Seine Ausführungen können nicht überzeugen, wenn er einerseits feststellt „die Strafaussetzung zur Bewährung ist eine echte Strafe“ (S. 48), andererseits aber fordert „niemals kann die Entscheidung über die Strafaussetzung Bestandteil der Strafzumessung sein, da es sich um streng voneinander zu trennende Komplexe handelt.“ (S. 47). Man

Praxis ein starkes Interesse an einer Klärung¹⁴). Dieses Interesse ist aus den bereits dargelegten Gegebenheiten und insbesondere daraus zu erklären, daß sich das Gesetz in den für die Anordnung der StzB betreffenden Vorschriften (§§ 23, 24, 24 a StGB) einer *Wesensbestimmung* enthält, während es für die Widerrufsentscheidung der Anordnung die *Kenntnis des Wesens voraussetzt* (§ 25/II Nr. 1 StGB).

Historisch gesehen geht die Vorstellung einer Strafe durch Bewährung weit über den Zeitpunkt (erste Hälfte des 19. Jahrhunderts) zurück, wo sie im angelsächsischen Recht mit der Einführung des Probationssystems aufgenommen wurde. Bereits mit der Rezeption des Gedankengutes der christlichen Antike, in der die ganz ähnlich gestaltete Bewährungsstrafe im Rahmen der kirchlichen Bußpraxis der ersten Jahrhunderte vollzogen wurde, ist diese Vorstellung Bestandteil unserer christlich-abendländischen Rechtsanschauungen geworden. Das jeweils vom Landesherren ausgeübte Gnadenrecht in Strafsachen, die christliche und caritative Liebestätigkeit in der Gefangenenfürsorge, vorzeitige Haftentlassungen infolge einwandfreier Führung des Verurteilten und die zu allen Zeiten bestehende Seelsorge für die verurteilten Rechtsbrecher zeugen in abgewandelter Form von der Lebendigkeit dieser Vorstellung in unserer Strafrechtspflege.

Der ursprüngliche Gedanke aber war genügend historisch träftig und die außerdeutsche, vor allem die angelsächsische Gesetzgebung und Rechtspraxis mehr als die unsrige für den Gedanken der Bewährungsstrafe aufgeschlossen, um ihn lange vor uns rechtsinstitutionell neu zu beleben.¹⁵)

Hinsichtlich der Gesetzgebung der Deutschen Demokratischen Republik ist festzustellen, daß inzwischen auch dort die Strafrechtspflege entspre-

muß hier fragen: Wie sieht sich plötzlich der Bewährungspflichtige mit einer „echten Strafe“ überzogen, wenn sie ihm doch nicht „zugemessen“ werden darf?

Den übrigen Ausführungen des Verfassers, die im wesentlichen die geltenden gesetzlichen Regelungen rechtfertigend auslegen und teils auch — vor allem die Auflagen betreffend — erziehungstheoretischer Natur sind, kann vom fachwissenschaftlichen Standpunkt des Andragogen aus nicht zugestimmt werden.

¹⁴) Vgl. H. Dahs, in: NJW 1956, S. 255; Sarstedt, in: NJW 1955, S. 539.

¹⁵) England betreffend spricht Dora von Caemmerer (Probation, S. 41 f) von der religiös-humanitären Einsicht, auf der sich dort die gesamte Arbeit der Probation gründe;

Herbert Lattke (Soziale Arbeit, S. 79) weist darauf hin, daß der Wegfall des (vergeltenden) Strafgesichtspunktes in der gesamten heutigen Sozialarbeit der USA nicht nur zurückzuführen ist auf die Anerkennung des therapeutischen Grundsatzes, der besagt, daß Abneigung und Haß die in der helfenden Beziehung liegenden Möglichkeiten aufhebt; vor allem sei der Grund in der Übernahme der christlichen Auffassung zu suchen, nach der es möglich ist, wohl die Sünde zu verachten und zu verurteilen, den Sünder selbst aber zu lieben.

chend erweitert wurde. Die erste offizielle Forderung nach Einführung der sogenannten „bedingten Verurteilung“ und des „öffentlichen Tadels“ wurde auf einer Juristenkonferenz des Jahres 1956 erhoben¹⁶⁾. Bis zur gesetzlichen Regelung im Dezember 1957¹⁷⁾ wurden die neuen Straftaten sodann in analoger Anwendung verwandter Verfahrensvorschriften¹⁸⁾ einstweilen praktiziert¹⁹⁾. Als besonderer Unterschied zur westdeutschen Regelung ist hervorzuheben, daß man in der DDR die bedingte Verur-

¹⁶⁾ *Die bedingte Verurteilung soll danach Anwendung finden*

a) wenn der Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat sowie die Umstände, unter der die Tat begangen wurde und schließlich das Verhalten des Täters vor und nach der Tat dies zulassen und

b) eine Verurteilung zu Gefängnis erfolgt ist, deren maximale Begrenzung bei zwei Jahren liegt. Die Wirkungen der bedingten Verurteilung sind: vollständige Beseitigung des Strafmarkels durch Tilgung aus der Strafliste nach erfolgreichem Ablauf der Bewährungsfrist und Feststellung durch Gerichtsbeschluß, daß der Verurteilte als nicht bestraft gilt. Diese Wirkungen treten ein, wenn der Bewährungspflichtige während der vom Gericht festzusetzenden, zwischen zwölf und sechzig Monaten liegenden Bewährungsfrist keine Straftat begeht, für die mehr als drei Monate Gefängnis ausgesprochen werden muß.

(Hilde Benjamin, in: NJ 1956, S. 322; Ernst Melsheimer, in: NJ 1956, S. 293).

Öffentlicher Tadel bedeutet,

„daß der Täter durch eine in öffentlicher Gerichtsverhandlung vom Gericht ausgesprochene öffentliche Mißbilligung seines Verhaltens zur Erkenntnis der Verwerflichkeit und Gesetzwidrigkeit seines Handelns geführt und dadurch zur verantwortungsbewußten Erfüllung seiner Pflichten angehalten wird“. Man nimmt an, daß in zahlreichen Fällen „die Erziehung der Menschen, die bestraft werden müssen, durch die moralische Wirkung des Strafausspruches und durch die Kraft ihrer sozialistischen Umgebung“, vor allem der Umgebung, in der sich der Arbeitsprozeß des einzelnen abspielt, gewährleistet sei (Melsheimer, aaO., S. 293). Der Strafregistervermerk über den öffentlichen Tadel wird nach Ablauf von zwei Jahren gelöscht (Benjamin, aaO., S. 323).

¹⁷⁾ Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches — Strafrechtsergänzungsgesetz — vom 11. Dezember 1957. GBl. I, Nr. 78/1957, S. 643. (Text abgedruckt im Anhang dieser Arbeit).

¹⁸⁾ So des § 346 StPO, ausgelegt im Sinne der bedingten Verurteilung; bzw. des § 153 StPO, ausgelegt im Sinne des öffentlichen Tadels. Im einzelnen hierzu: E. Melsheimer: Das Strafrechtsergänzungsgesetz — ein Ges. der sozialist. Demokratie. In: NJ 1958, S. 41 ff, bes. S. 43 f; G. Krüger: Zur Anwendung des § 346 StPO. In: NJ 1957, S. 105.

¹⁹⁾ Zur Kritik vgl. R. Biebl. R. Hiller: Zur Anwendung der neuen Straftaten in der Rechtsprechung. In: NJ 1958, S. 235.

teilung bei Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren zur Anwendung bringt (im Gegensatz zu neun Monaten im Westen) und daß man außerdem (entgegen unserer Regelung) auf Auflagen und Weisungen jeder Art verzichtet und zwar „im Vertrauen auf die Kraft der Erziehung durch die Gesellschaft“²⁰⁾. Es kann nicht übersehen werden, daß dort die in einem geordneten Arbeitsprozeß und in der Dynamik verschiedener sozialer Gruppenbezüge liegenden erzieherischen Kräfte²¹⁾ zutreffend erkannt sind²²⁾. Im einzelnen wird auf die mitteldeutsche Regelung nicht eingegangen; festzuhalten ist jedenfalls, daß es in der Deutschen Demokratischen Republik wie in der Bundesrepublik Deutschland bei dem der Bewährungsstrafrechtspflege zugrundeliegenden Gedanken jeweils um denselben geht, weil nämlich hier wie dort der Wesensgehalt der neuen Strafart identisch ist.

Handelt es sich bei der hier zu untersuchenden westdeutschen Regelung ebenso wie bei der mitteldeutschen Ergänzung des Strafgesetzbuches nur um die strafrechtspflegerische Ordnung eines gesetzlichen Durchgangsstadiums, so wird der vorliegende Beitrag — wie wir hoffen — doch geeignet sein, auch die grundlegenden Einsichten für die Vorbereitung eines Rechtsinstituts zu vermitteln, welches sich bald nicht mehr in ein mitteldeutsches und ein westdeutsches unterscheiden, sondern sich nach der vaterländischen Gesamteinigung als das deutsche Rechtsinstitut der Selbstvollstreckungsstrafe in der gerichtlichen und fürsorgerischen Praxis zu bewähren haben wird.

²⁰⁾ H. Benjamin: Sozialist. Strafrecht. In: NJ 1957, S. 785 ff.

²¹⁾ Vgl. H. Benjamin, in: NJ 1956, S. 322 f; E. Melsheimer, in: NJ 1956, S. 293.

²²⁾ So wird einer Pressemeldung zufolge (Frankfurter Allgemeine. Ausg. D. Nr. 193 vom 19. 8. 1960, S. 1) gegenwärtig auch vom Ost-Berliner Justizministerium die Frage erörtert, ob die in der UdSSR als Strafmaßnahme gebräuchliche „Besserungsarbeit“ in das künftige Strafgesetzbuch aufgenommen werden soll. Für diese Strafart sollen Personen in Frage kommen, „die eine Straftat infolge ihrer Entfremdung von der produktiven, vor allem der körperlichen Arbeit und vom Leben der Werktätigen begangen haben“. Als Strafdauer werden sechs bis zwölf Monate erwogen; die Strafvollstreckung soll durch Verpflichtung für einen volkseigenen Betrieb erfolgen und mit einem Lohnabzug bis zu 20% verbunden sein.

Ebenso, wie die Auflage „Arbeit“ als eine die Selbstvollstreckungsstrafe intensivierende Maßnahme andragologisch wertvoll ist, kann es auch die „Besserungsarbeit“ als alleiniges Strafmittel sein. Auch F. v. Liszt trat schon dafür ein, die „Zwangsarbeit ohne Einsperrung“ für die anstelle einer uneinbringlichen Geldstrafe übliche kurzzeitige Einsperrungsstrafe einzuführen, weil sie nicht, wie letztere, entsittlichend wirke. „Ich halte es“, führt er aus, „für einen der schwersten Fehler unserer modernen deutschen Gesetzgebung, daß sie dieses Strafmittel verkümmern ließ“ (ZStrWiss. Bd. 9 [1889], S. 779 u. Bd. 10 [1890], S. 68).

II.

Die Situation in der richterlichen Praxis

Neue Aufgaben sind in erster Linie dem Strafrichter erwachsen. Diese Aufgaben mochten vielfach — wie die Kritik eines Bundesrichters aus dem Jahr 1956 zeigt²³⁾ — nicht immer einwandfrei bewältigt worden sein; denn in ihr wird eine seit Einführung der StzB zu verzeichnende „auffällige Häufung“ der „sonst nicht ohne weiteres gerechtfertigten Strafe“ von zehn Monaten beanstandet²⁴⁾. Eine Tatsache, die darauf schließen lasse, daß die Richter der Untergerichte eine Auseinandersetzung mit dem neuen Rechtsinstitut zu umgehen versuchen. Es drängt sich die Frage auf, ob nicht die Ursache zur Kritik wohl in einer Überforderung der Richter zu suchen ist. Einer Überforderung insoweit, als ihnen auf Grund ihrer juristischen Ausbildung und des zur Orientierung vorhandenen einschlägigen Schrifttums eine sinnvolle Anwendung und Ausgestaltung der Bewährungsstrafe nicht zugemutet werden kann. Während nun eine Anzahl der Richter für die Verwirklichung des Erziehungsgedankens in der Strafrechtspflege jugendgerichtliche Erfahrung im allgemeinen gesammelt hat und bezüglich der Bewährungsstrafe im besonderen im Jugendrecht eine mehrjährige Praxis geübt ist — die erste reichsrechtliche Regelung erfolgte durch das JGG vom Jahre 1923²⁵⁾ — fehlen solche Erfahrungen und Praxis im Erwachsenenstrafrecht.

Ebenso besteht Mangel an einschlägigem Schrifttum. Es ist eine umfassende Literatur zur Erziehung nicht erwachsener Krimineller vorhanden. Für den Erwachsenenstrafvollzug hingegen wird in geringem Umfange lediglich allgemein die Bedeutung und Berechtigung des Erziehungsgedankens auch für den erwachsenen Rechtsbrecher aufgezeigt; es fehlt aber eine erziehungswissenschaftliche-juristische Darstellung darüber, wie die Verwirklichung dieser Idee im Rahmen der „StzB“ auszusehen hat. Nichtsdestoweniger ist aber die Bewährungsgesetzgebung dem Richter zur Auslegung und Anwendung aufgegeben, er hat zu erkennen, wann an Stelle einer Internierungsstrafe die Bewährungsstrafe zu verhängen ist.

Der erkennende Richter befindet sich also in einem Dilemma. Der der oben zitierten Kritik des Bundesrichters zu entnehmende von den Unter-

²³⁾ E. Schalscha: 10 Monate Gefängnis und § 23 StGB. In: DRiZ 1956, S. 11.

²⁴⁾ Gemäß § 23 StGB liegt die maximale Begrenzung der verwirkten Einsperrungsstrafe bei neun Monaten.

²⁵⁾ Hierzu im einzelnen: Heinrich Fischer: Jur. Diss. 1927; Wilfred Lindemann: Jur. Diss. 1955, bes. S. 40—62.

richtern gewählte Ausweg ist ebensowenig eine Lösungsmöglichkeit wie etwa der, von der Bewährungsstrafe einfach deshalb keinen Gebrauch zu machen, weil sie im Erwachsenenstrafrecht — im Gegensatz zur Regelung des JGG — nicht zwingend vorgeschrieben sei²⁶). Das sind jedoch Wege, die am Problem vorbei, nicht aber durch das Problem hindurchführen. Eine neue Sicht muß dem Strafrichter das Verständnis für das neue Reaktionsmittel bereiten und zu einer sachgerechten Anwendung verhelfen. Diesen Gedanken brachte auch der Referent des Bundesjustizministeriums auf der Arbeitstagung für Bewährungshilfe in Kassel im Jahre 1955 zum Ausdruck. Er unterstrich die Tatsache, daß zugunsten der Überlegungen bezüglich der Bewährungshilfe im Jugendstrafrecht, dieselben im Erwachsenenstrafrecht nicht minder nötigen Überlegungen vernachlässigt werden. Im Schlußwort führt er diesbezüglich aus: „Gerade auf diesem Gebiet stehen wir noch ganz in den Anfängen. Ich glaube auch, daß auf diesem Gebiet noch viele Vorstellungen überwunden werden müssen, wenn sich der Wille des Gesetzgebers verwirklichen soll“²⁷).

²⁶) So ist nach Boertzler (in: *Bewährungshilfe* 1956, S. 175), dem Referenten für Bewährungshilfe im Bayer. Staatsministerium der Justiz, aus diesem Grund die Bewährungshilfe in Bayern weitgehend auf das Gebiet des Jugendstrafrechts beschränkt.

(Einen weiteren Grund für den „nur sehr zögernden Gebrauch“ des neuen Rechtsinstituts seitens der Erwachsenengerichte sieht Boertzler aaO. in der Tatsache, daß in Bayern schon seit Jahrzehnten die Gerichte das Recht haben, gnadenweise Strafen zu erlassen; sie hätten sich daran gewöhnt, diese Gnadenmaßnahmen gewissermaßen als Rechtsinstitut anzusehen und sie würden nun „offensichtlich in der gewohnten Weise“ weiter verfahren.

Die Ursache für die Abneigung der Richter wird man aber woanders zu suchen haben, denn dieser weitere vom Referenten angeführte Grund ist jedenfalls *lege lata* nicht denkbar: nach der heute verbindlichen „Bekanntmachung über die vorläufige Neuregelung des Begnadigungswesens in Bayern“ vom 18. 9. 1953 — JMBI 1953/237 — wurden gerade wegen der Einführung der StzB in das materielle Strafrecht die Bestimmungen der §§ 25–56 der Bayer. Gnadenordnung, die den bedingten Erlaß von Strafen und Strafresten durch den Richter betrafen, *aufgehoben* — Ziff. 1 der Bekanntmachung —. Lediglich dem Staatsministerium der Justiz verbleibt noch die Möglichkeit, im Gnadenwege auch noch nach dem 1. Oktober 1953 die Vollstreckung von Strafen oder Strafresten zur Bewährung auszusetzen — Ziff. 4 der Bekanntmachung —).

²⁷) A. Wahl, in: *Bewährungshilfe* 1956, S. 122.

III.

Die Situation in der anwaltschaftlichen Praxis

1. Staatsanwalt

Wenn auch der Staatsanwalt auf dem ihm eigens übertragenen Gebiet der Strafvollstreckung mehr als der Strafrichter Praxis üben und Erfahrungen sammeln konnte — Lehrer, Seelsorger, Erzieher, Ärzte, Psychologen, Psychotherapeuten, Fürsorger, Polizeibeamte usw. sind unter der Aufsicht der Staatsanwaltschaft stets auch im Erwachsenenstrafvollzug eingesetzt worden — so reicht doch dieses Wissen allein noch nicht aus, um auch den besonderen Forderungen der Bewährungsstrafe zu genügen. Denn hier geht es um den „ambulanten Strafvollzug in der Freiheit, im Unterschied zum stationären innerhalb einer Strafanstalt“²⁸⁾, der eigenen pädagogischen und psychologischen Bedingungen unterliegt.²⁹⁾ Die fehlende Möglichkeit literarischer Information gilt auch für den Staatsanwalt. Es wird aber von ihm gefordert, daß er in den Fällen, in denen die Tat einer Gefängnis- oder Einschließungsstrafe bis zu neun Monaten oder einer Haftstrafe schuldangemessen ist, auch zur Frage Stellung zu nehmen, ob nicht eine Bewährungsstrafe verhängt werden kann (§ 160/III StPO, Nr. 15 RiStV); er soll erörtern, ob er mit ihrer Anordnung die „Wiedereingliederung des Angeklagten in die Gemeinschaft“ für erfolgversprechend hält und welche besonderen Maßnahmen ihm angebracht scheinen. Die entsprechenden Auflagen soll er gemäß § 24 StGB bereits in seinem Schlußwort vorschlagen (Nr. 119/III RiStV).

2. Rechtsanwalt

Der vom Angeklagten selbst gewählte oder der ihm beigeordnete Strafverteidiger hat, soweit er Rechtsanwalt ist, in der Regel auch keine andere Ausbildung genossen als der Richter und der Staatsanwalt; er mag mit der Bewährungsstrafe im Jugendstrafrecht ebensoviel oder -wenig praktische Erfahrung gesammelt haben wie diese; im Erwachsenenstrafrecht ist sie auch für ihn neu und seine Stellungnahme hierzu sowie seine Vorschläge

²⁸⁾ Gotthilf Flik: Ansatzmöglichkeiten der Psychol. in der Bewährungshilfe. Aus: PsychR Bd. 6/3. 1955, S. 172.

²⁹⁾ Die ganz anders geartete Situation beim Freiheitsentzug beschreibt Rudolf Sieverts: Die Wirkungen der Freiheitsstrafe u. Untersuchungshaft auf die Psyche der Gefangenen. Mannheim, Berlin, Leipzig 1929.

zur Ausgestaltung im jeweiligen Straffall erwartet man von ihm ebenso, wie vom Staatsanwalt.

Wenn auch stets die Entscheidung letztlich beim Gericht liegt, so ist hier doch die große Aufgabe und Verantwortung sowohl des Rechtsanwalts wie des Staatsanwalts unverkennbar: ihre Plädoyers im Hauptverfahren und ihre Vorschläge oder Stellungnahmen während des Vollstreckungsverfahrens bereiten die richterlichen Entscheidungen vor und sie werden hierbei um so mehr der Verwirklichung des Bewährungsgedankens dienen, je mehr sie diesen im andragogischen Verständnis erfaßt haben.

IV.

Stellungnahme der Erziehungswissenschaften

1. Von der Erziehung, Führung, Bildung des straffälligen Erwachsenen Die Andragogik

Seit Gerhard Jacobi die resignierte Feststellung traf, daß die hinsichtlich der Erziehung erwachsener Krimineller zu verzeichnende literarische Lücke deshalb nicht geschlossen werden könne, weil die Frage der Erziehbarkeit der Erwachsenen in kein Schulfach der Spezialwissenschaften hineinpasse,³⁰⁾ ist geraume Zeit vergangen. Die Begründung dieser Feststellung mag ihre Berechtigung gehabt haben zu einer Zeit, als E. v. Kármán³¹⁾ und E. Wulffen³²⁾ ein erzieherisches Bemühen nur für die Bekämpfung der Kriminalität beim Kinde und beim Jugendlichen für nötig hielten. Der auch in die Erwachsenenstrafrechtspflege eingedrungene Erziehungsgedanke konnte jedoch nur von einer erziehungswissenschaftlichen Theorie her gefördert und begründet werden, die den von den genannten Autoren gezogenen engen Kreis auf alle Lebensalter ausdehnte. Weil nun aber der überkommene Begriff „Kriminalpädagogik“ durch seine vorherige Beschränkung gewissermaßen „vorbelastet“ ist mit dem Aspekt eines nur auf den nicht erwachsenen Rechtsbrecher ausgerichteten erzieherischen Bemühens, halten wir diesen Terminus entgegen Wilhelm Hehlmann³³⁾

³⁰⁾ G. Jacobi: Die Erziehbarkeit der Erwachsenen. In: Jahrbuch der Gefängnisges. f. d. Provinz Sachsen u. Anhalt. 40. Halle/Saale 1924.

³¹⁾ Einf. in die Kriminalpädagogik. Bd. 1. — 1923, S. 15.

³²⁾ Kriminalpädagogie. — 1915.

³³⁾ Wörterbuch der Päd. 4. Aufl. Stuttgart 1953, S. 253.

und Karl Peters³⁴⁾ nicht für geeignet, die neue auf den erwachsenen Rechtsbrecher ausgedehnte Erkenntnis ohne Mißverständnis begrifflich klar zu umschreiben.

Aber nicht nur aus der „vorbelasteten“ Tradition, auch aus etymologischer Einsicht könnten sich Zweifel und Mißverständnis einstellen. In „Pädagogik“ steckt die Bedeutung des griechischen Wortes *pais* = Kind, Jugendlicher beiderlei Geschlechts. Für das paideutische Bemühen am Erwachsenen hat sich indes in der erziehungswissenschaftlichen Nomenklatur der Begriff „Andragogik“ eingebürgert³⁵⁾.

Mit ihm soll eine von der Pädagogik „wesensmäßig, ziel- und wegmäßig“ verschiedene, eigene Sache³⁶⁾ gekennzeichnet werden³⁷⁾. Die eigene Sache, die wir hierbei unter Übernahme dieses Begriffes meinen, umfaßt, worauf noch eingegangen wird, nicht allein die Erwachsenenbildung,

³⁴⁾ Kriminalpädagogik. In: Lex. der Päd. Freiburg i. B. 1952–54.

³⁵⁾ Die Vorstellung von einer Andragogik sowie der Begriff finden sich bereits bei Alex. Kapp, der den 3. Teil seiner Erziehungslehre Platons (Minden, Leipzig 1833) einer „Andragogik oder Bildung im männlichen Alter“ widmet; außerdem (ablehnend) bei Joh. Fr. Herbart (Werke. Hrsg.: G. Hartenstein. Bd. 9, 2. Leipzig 1851, S. 437).

Neuerdings wieder bei:

Werner Picht, Eugen Rosenstock: Im Kampf um die Erwachsenenbildung 1912–1926. Leipzig 1926, S. 119 u. 193; Wilhelm Flitner: Allgem. Päd. Stuttgart 1950. S. 37; Heinrich Hanselmann: Andragogik. Zürich 1951; Georg Raeder-scheidt: Andragogik/Erwachsenenbildung. In Lex. der Päd. Freiburg i. B. 1952–54; Wilhelm Hehlmann, aaO., S. 12 u. 111; Martin Buber: Reden über Erziehung. Heidelberg 1953, S. 56; Franz Pöggeler: Einf. in die Andragogik. Ratingen b. Düsseldorf 1957.

Der Begriff wird abgeleitet vom griechischen Wort *άνήρ* (Gen.: *άνδρῶς*) = zunächst der erwachsene Mann, aber ebenso ist damit gemeint die erwachsene Frau, und zwar im Verständnis der dem griechischen Wort außerdem zukommenden Bedeutung „Mensch“ (im Unterschied zur Gottheit. Man vergleiche auch das griechische *πᾶς άνήρ* = „jedermann“). Die zweite Hälfte des Begriffes entstammt dem griechischen Wort *άγειν* = führen, anleiten, erziehen.

³⁶⁾ H. Hanselmann, aaO., S. 20.

³⁷⁾ Als nicht annehmbar muß der Versuch von Karl Artur Werner gelten, im hier erwähnten Sinn die Wortbildung „Erwachsenenpädagogik“ als Begriff einzuführen (so in: Das Abendgymnasium. Jg. 4 [1933], S. 1–22; ders.: Handbuch der Erwachsenenpäd. Bd. 1. Köln, Berlin 1959). Diese Bezeichnung stellt – abgesehen davon, daß sie sich nicht durchzusetzen vermochte – semantisch gesehen eine Unmöglichkeit dar. Wenn K. A. Werner überdies (aaO.) seiner „Erwachsenenpädagogik“ eine „Jugendpädagogik“ gegenüberstellt, muß wie in der ersten Bezeichnung der Widersinn, in der letzteren die Tautologie des Ausdrucks das Sprachgefühl verletzen und das Bemühen um semantische Klarheit beeinträchtigen.

etwa in dem Sinne, wie sie durch die beachtlichen und aner kennenswerten Leistungen führender Vertreter des Hohenrodter Bundes (Wilhelm Flitner, Werner Picht, Robert von Erdberg u. a.) systematisch-theoretisch erschlossen wurde³⁸; sie umfaßt auch die Erwachsenenführung, ja im Bereich der Straffälligkeit auch die Erwachsenen erziehung mit der grundsätzlichen Möglichkeit eigener Mittel und Wege, die für das hier zu untersuchende Rechtsinstitut im besonderen aufgezeigt werden.

Es läge nun nahe, in unserem Zusammenhang nicht von „Andragogik“, sondern „genauer“ von „Kriminalandragogik“ zu sprechen, ebenso, wie man von der allgemeinen Pädagogik die Jugend erziehung im Rahmen der Strafrechtspflege durch den erweiterten Terminus „Kriminalpädagogik“ abhob. Wir vermeiden hier aber absichtlich diese zusätzliche Umschreibung, weil der Begriff „Andragogik“ bereits alles umfaßt. Diese Beschränkung — die richtig verstanden keine solche ist — ist aus vier weiteren wichtigen Gründen gerechtfertigt:

- a) Der strafrechtlich erfaßte Rechtsbruch (crimen, criminis) ist für den Erzieher kein besonderes Phänomen. Er signalisiert ihm lediglich einen Erziehungsnotstand, den er nicht anders und nicht höher oder geringer einschätzt, als die vielen anderen Notstände, die ihm etwa aus dem Bereich der Heilerziehung entgegentreten. Abgesehen von den medizinisch-pathologischen Fällen, ist für den Erzieher der Rechtsbruch Ausdruck eines Erziehungs- und Bildungsmangels der verantwortlichen Täterpersönlichkeit. Die zur Behebung dieser Lücke sich ergebende erzieherische Aufgabe ist von der allgemeinen erzieherischen Aufgabe nicht so wesensverschieden, daß sie einer weiteren begrifflichen Spezifizierung bedürfte.
- b) Mit der Erkenntnis, daß sowohl in anthropologischer und hereditärer als auch in psychologischer Hinsicht der Verbrecher als allgemeiner Typ überhaupt nicht existiert,⁴⁰ ist heute die Lehre vom geborenen

³⁸) Die Mitglieder des am 1. Juni 1923 in Hohenrodt (Schwarzwald) gegründeten Bundes sowie ihr Programm sind im Archiv f. Erwachsenenbildung, Jg. 1 (1924), S. 39—41, verzeichnet.

³⁹) Vgl. Wilh. Flitner, in: Bildungsfragen der Gegenwart, S. 34—64.

⁴⁰) Fr. W. Foerster: Schuld und Sühne, S. 48: „Das Wort von den ‚uns wenig verwandten Kreaturen‘ stammt aus dem Lombrosischen Gedankenkreise ... und ist eine wissenschaftlich gänzlich unbegründete Phantasie.“

H. W. Gruhle: Verstehende Psychologie, S. 502: „Das Objekt der richterlichen Tätigkeit, der Verbrecher, existiert als allgemeiner Typ nur in den Lehrbüchern.“

W. Krause: Jur. Diss., S. 68: „Wir müssen lernen, grundsätzlich im Rechtssehen.“

brecher einen normalen Menschen mit allen seinen Fehlern und Schwächen zu

Verbrecher⁴¹⁾ endgültig überwunden. Man kann folglich des Zusatzes „Kriminal-“ entraten, der früher einmal zum Ausdruck bringen konnte, daß es um die Umformung eines besonderen, anomalen, weil „kriminellen“ Charakters gehe.

- c) Die Erziehungswirklichkeit der Bewährungsstrafe gestaltet sich — dem ihr grundsätzlichen eigenen „ambulanten“ Strafvollzug entsprechend — nicht hinter den Mauern einer Strafanstalt, sondern in einer unausgegliederten Gemeinschaft des Bewährungspflichtigen mit den nicht straffällig gewordenen Gesellschaftsgliedern. Es besteht also keine Veranlassung, etwa eine durch Vergesellschaftung mit anderen Kriminellen geprägte besondere erzieherische Situation kennzeichnen zu müssen.
- d) Schließlich ist das zusätzliche Wort „Kriminal-“ aus psychologischen Erwägungen nicht angebracht. Es kann bei jedem, der mit Bewährungsstrafe — insbesondere während ihres Vollzuges — etwas zu tun hat, einen etwas diffamierenden Beigeschmack im Hinblick auf den Bewährungspflichtigen auslösen; es könnte dadurch das zwischen dem Andragogen (Richter, Staatsanwalt, Bewährungshelfer u. a.) und dem Bewährungspflichtigen bestehende Ranggefälle zu stark betonen und so der ganzen Sache mehr schaden als nützen, weil das für jede Erziehungssituation nötige Vertrauensverhältnis möglicherweise nicht zustande kommt oder doch mindest bewußt oder unbewußt beeinträchtigt wird.

Demnach bliebe für den Zusatz „Kriminal-“ nur noch der Umstand übrig, daß bei der Bewährungsstrafe das erzieherische Einwirken auf Grund des strafrechtlich erfaßten Rechtsbruches durch Richterspruch ausgelöst wird. Dieser Umstand reicht aber nicht aus für eine zusätzliche Umschreibung, denn er ist für den Vorgang des Erziehungsaktes selbst nicht von essentieller Bedeutung. Durch eine solche Umschreibung könnte bestenfalls nicht mehr als der Eindruck erweckt werden, es könne eine „Kriminalandragogik“ als Theorie und Praxis für sich allein bestehen⁴²⁾. Dasselbe gilt für

Hans Krüger, in: Psych. Rundschau, Jg. 1 (1949/50), S. 252: „Das Heer der Verbrecher unterscheidet sich charakterologisch nicht von der allgemeinen Bevölkerung.“

⁴¹⁾ Sie wurde zuerst von Lombroso aufgestellt; vgl. hierzu E. Wulffen: Psychol. des Verbrechers. Bd. 1, S. 234 ff.

⁴²⁾ Es ist ein Hauptanliegen von Oswald Kroh (Revision der Erziehung, Heidelberg 1952), zugunsten einer erziehungswissenschaftlichen Ganzheitsschau die gesonderte Betrachtung scheinbar selbständiger Teilgebiete zu vermeiden und eine Integration des gesamterzieherischen Wirkens herbeizuführen.

die ebenfalls denkbare Bezeichnung „Sozialandragogik“. Abgesehen davon, daß sich wohl jede Erziehung auch mit dem Problem der sozialen Anpassung zu befassen hat, wäre die letztere Bezeichnung gerade in Verbindung mit der Bewährungsstrafe unzutreffend; denn diesem Rechtsinstitut ist — obwohl es nach seinem Sachgehalt im Ganzen betrachtet eine erziehende Sozialordnung darstellt⁴³⁾ — wesensmäßig ein Selbsterziehungsvorgang, eine Andragogik der individuellen Täterpersönlichkeit eigen.

Die Mittel, der Weg, das methodisch-didaktische Einwirken und das über die Legalität hinausgehende, auf Moralität hin ausgerichtete Ziel des andragogischen Prozesses, sind hier, wo sich die Andragogik zur Erfüllung ihrer Aufgaben der StzB bedient — abgesehen von wenigen unwesentlichen Besonderheiten — dieselben, die auch in jedem anderen außerhalb des Rechtsinstituts ablaufenden andragogischen Prozeß gelten.

Aus all diesen Gründen ist vorliegendenfalls der Terminus „Andragogik“ als zutreffend ausgewiesen. Allerdings verstehen wir ihn nicht in dem begrenzten Umfang, den ihm W. Hehlmann⁴⁴⁾ sowie W. Picht und E. Rosenstock⁴⁵⁾ zuweisen, nämlich im wesentlichen beschränkt auf eine allgemeine Volksbildungsarbeit, wie sie etwa von den Veranstaltungen der Volkshochschulen ausgeht.⁴⁶⁾ Georg Raederscheidt⁴⁷⁾ führt uns hier weiter, indem er die Andragogik als eine „existentielle“ und eine „akzidentelle“ Notwendigkeit erkennt. Existentiell: als Selbstbildung und Selbsterziehung mit oder ohne fremde Hilfe, weil mit der Schulentlassung des Jugendlichen seine Persönlichkeitsbildung noch nicht abgeschlossen ist, weil die Persönlichkeit im endgültigen Sinne auch nach Eintritt der Wachstumsreife wohl nie „fertig“ ist; akzidentell: um einer Summe von Lebensnöten zu begegnen, die sich aus der Differenziertheit der Lebenssituationen und der Vielfalt der einzelnen Schicksale ergeben.

⁴³⁾ Wird unten, S. 113 ff. im einzelnen dargelegt.

⁴⁴⁾ Wörterbuch der Pädagogik, S. 12 und 111.

⁴⁵⁾ Im Kampf um die Erwachsenenbildung, Leipzig 1926.

⁴⁶⁾ Zutreffend stellt O. Kroh, aaO., S. 34, fest, daß der Bereich der Erwachsenen-erziehung umfassender gesehen werden müsse.

Auch von Franz Pöggeler wird das bisherige andragogische Verständnis kritisiert. Ohne den Wert einer allgemeinen Volksbildungsarbeit schulischen Stils, die er an ihren rechten Ort innerhalb der Andragogik stellt, zu schmälern, weitet er den Blick für das andragogische Arbeitsfeld mit seiner gut gelungenen Darstellung der „Institutional-Formen der Erwachsenenbildung“ (Einf. i. d. Andr., S. 117 ff.).

Der Verfasser ist überzeugt, diesem institutionellen Grundlagenschema neuzeitlicher Andragogik darüberhinaus mit der vorliegenden Untersuchung einen weiteren Bereich zu erschließen, nämlich denjenigen institutioneller Strafrechts-

Die in unserem Fall gegebene Lebensnot, der strafrechtlich erfaßte Rechtsbruch, wäre im Sinne Raederscheidts die akzidentelle Notwendigkeit. Sie ist darin begründet, daß dieser Erwachsene seine mangelnde Selbstzucht und Bildung, seine soziale Anpassungsschwierigkeit durch eine rechtswidrige schuldhafte Tat aufgewiesen hat.⁴⁸⁾

Oswald Kroh⁴⁹⁾ zeigt allgemein umfassend die Ansatzmöglichkeiten auf und Martin Buber⁵⁰⁾ den Inhalt und Sinnbezug jeglichen andragogischen Bemühens. Darauf, wie wir uns die StzB im besonderen im Dienste der Andragogik vorstellen, wird im Hauptteil dieser Arbeit eingegangen.

pflege, insoweit dieser geeignet ist, den (körperlich) wohl ausgewachsenen, charakterlich aber „unmündigen“ Erwachsenen umzuformen, zu erziehen und zu bilden, zu „resozialisieren“; denn auch auf diesem Gebiet bewährt sich echte Andragogik.

Die von Pöggeler hiergegen vorgebrachten, vom rein erziehungswissenschaftlichen Standpunkt aus verständlichen, Einwände bestehen für den andragogisch orientierten Juristen nicht: er vermag selbst eine mehr oder weniger oktroyierte Erziehung und gezielte Führung des erwachsenen Staatsbürgers verfassungsrechtlich zu rechtfertigen. Des ersteren Bedenken gehen dahin: „Der Staat wird sich heute kaum zumuten, seine erwachsenen Bürger weiter zu ‚erziehen‘; sie würden es— selbst die verantwortungslosesten Bürger — als unerlaubte Gängelei auffassen“ (p. 29); jede Erwachsenenführung in diesem Sinne setze nicht nur eine Bankerotterklärung der erlangten Mündigkeit voraus, man würde auch „D e m a - g o g i k statt A n d r a - g o g i k wittern“ (p. 14). Hierzu läßt sich aber vorbringen: Ein rechtsstaatlich legalisiertes Rechtsinstitut, dessen andragogischer Sachgehalt auch einwandfrei belegbar ist (wie es bei der StzB zutrifft), schließt als eine erziehende Sozialordnung lege lata eine Verkehrung in Demagogie aus.

⁴⁷⁾ Lexikon der Pädagogik, Bd. 1, Sp. 114 u. 1014.

⁴⁸⁾ In diesem Sinne faßt wohl auch Hanselmann den Terminus Andragogik, indem er als Ziel fordert, den vielfältigen Erziehungsnotständen der Erwachsenen, von welchen „die immer wieder erschütternde Erfahrung des Richters, des Arztes, des Erziehungs- und Eheberaters, des Seelsorgers“ zu berichten weiß, dadurch zu begegnen, daß dem Erwachsenen „die ‚rechte‘ Anwendung des erworbenen Wissens, seine Umwandlung in das ‚rechte Tun‘“ gelehrt wird (p. 62 f.).

In ähnlicher Weise wie bei Raederscheidt wird die Situation von Erich Weniger gesehen, in: *Bücherei und Bildung*. Jg. 7 (1955), H. 12 A. Weniger weist außerdem darauf hin, daß sich in jeder individuellen Lebensnot zugleich die universale (Volks-) Not der Gegenwart konkretisiert, weil sie deren Folgeerscheinung ist, diese aber ebenso stets aufs neue verursacht (aaO., S. 417). Hieraus wird deutlich, in welchem Ausmaß der Notwendigkeit andragogischer Besinnung und Bemühung die soziale Verantwortung des Andragogen korrespondiert, die ihm aus dem Wissen um die sich gegenseitig bedingenden Wirkungen des menschlichen Sozialorganismus erwächst.

⁴⁹⁾ Revision der Erziehung, S. 34 ff.

⁵⁰⁾ Reden über Erziehung, S. 49 ff.

Hier ist allgemein festzuhalten, was die Andragogik der StzB nach unserer Auffassung umfaßt:

Sie erstreckt sich auf alle paideutischen⁵¹⁾, juristischen, medizinisch-psychologischen, seelsorgerischen und soziologischen Besinnungen, die geeignet sind, dem bei der StzB beteiligten Personenkreis Erkenntnisse und Methoden zur Verfügung zu stellen, die geeignet sind,

- a) die sozialen Anpassungsschwierigkeiten des Bewährungspflichtigen zu beseitigen,
- b) ihn einzugliedern in verschiedene Sozialgebilde der mitmenschlichen Gemeinschaft,
- c) seine mit dem Rechtsbruch offenbarte Erziehungs- und Bildungslücke zu schließen und ihn zu geistig — sittlicher Selbständigkeit und Selbsttätigkeit hinzuführen und
- d) ihm an Hand der aufgezeigten Schuld durch Weckung des Sühnebedürfnisses den letzten Sinnbezug des Lebens und die sich daraus ergebende sozialetische Verantwortung erleben zu lassen.

2. Die theoretische und praktische Funktion der Andragogik innerhalb des Rechtsinstituts; zugleich Zusammenfassung des zweiten Abschnittes

Die Erkenntnis, daß jedes Delikt einen Erziehungsfehler und Bildungsmangel dessen offenbart, der das Unrecht zu verantworten hat — die Mitschuld der strafenden Gesellschaft selbst ist nicht ausgeschlossen — verschaffte im Nachgang zur Regelung im Jugendstrafrecht der StzB auch im Erwachsenenstrafrecht gesetzliche Geltung. Damit ist die bisherige Erwachsenenstrafrechtspflege durch ein besonderes staatliches Reaktionsmittel bereichert worden. Der Gedanke der Bewährungshilfe, der Erziehung und sozialen Regenerierung des Verurteilten, entspricht modernen strafrechtlichen Grundsätzen und einer sinnvollen, erfolgversprechenden Kriminalpolitik, die der Kriminalstrafe im Erwachsenenrecht eine prävalierende andragogische Funktion zuerkennt.

Es gilt

- 1) mit dem strafrechtlich erfaßten Rechtsbruch den Erziehungsnotstand aufzudecken,

⁵¹⁾ Unter „paideutisch“ verstehen wir das *gesamte* Einwirken auf Menschen jeglicher Altersstufe. Zusammenfassend meinen wir damit das, was etwa Franz Xaver Eggersdorfer unterscheidet in Pflege (als Formung des Leiblich-Biologischen), Führung (als Formung des Charakters) und Bildung (als Formung des Geistes).

- 2) einen Erziehungsplan aufzustellen und
- 3) nach dem aufgestellten Plan zu erziehen.

Die Aufgabe zu 1) ist dem Strafrichter geläufig: es geht um die Aufklärung des strafwürdigen Lebensvorganges und um die Feststellung der Täterschuld. Anders bei den dem Richter ebenfalls übertragenen beiden übrigen Aufgaben. Hier geht es darum,

- a) herauszufinden, wann die Anordnung und wann die Versagung der StzB andragogisch indiziert ist (§ 23 StGB, § 268a/I StPO);
- b) die richterlichen Überlegungen und Einsichten, die zur Anordnung bzw. zur Versagung der StzB geführt haben, in der Urteilsbegründung andragogisch stichhaltig und nachprüfbar darzulegen (§ 267/III StPO);
- c) einen andragogisch fundierten Erziehungsplan, vor allem durch Erteilung entsprechender Bewährungsaufgaben und Festsetzung der Bewährungszeit aufzustellen (§ 24 StGB, § 268a/I StPO);
- d) den Bewährungspflichtigen zu belehren (§§ 268a/II, 453a StPO); d. h., diesem mit andragogischem Takt in einer formelhafter Belehrung entkleideten, echten Gespräch den Sinngehalt und das Ziel der StzB und der Bewährungsanordnungen sowie die Widerrufsmöglichkeiten aufzuzeigen;
- e) zu überwachen, ob die andragogischen Erfordernisse bei der Durchführung des Erziehungsplanes beobachtet werden (§ 24 a StGB);
- f) herauszufinden, wann der Widerruf der Bewährungsanordnung andragogisch indiziert ist (§ 25/II StGB, § 453 StPO).

Analoges gilt für den Anklagevertreter und für den Strafverteidiger. Beide sind lediglich einiger weniger der hier genannten Aufgaben enthoben.

Die Tatsache, daß weder der Richter noch der Staatsanwalt sowie der Rechtsanwalt für die Durchführung dieser andragogischen Aufgaben die ihnen in der Regel mangelnde, einschlägige Vorbildung auch nicht mit Hilfe einer langjährigen Praxis oder geeigneter Literatur zu kompensieren vermögen, bedingt das Erfordernis, das Rechtsinstitut im Blickfeld der Erziehungswissenschaften zu durchleuchten. Es fällt, nachdem es sich hier nur um die Behandlung straffälliger Erwachsener handelt, in die erziehungswissenschaftliche Disziplin der Andragogik.

Weder der Umstand, daß eine in sich geschlossene, allgemeine Systematik dieser Disziplin noch nicht vorhanden ist, noch die Tatsache, daß sich die Andragogik bei uns noch nicht zu einer selbständigen *Hochschuldiszi-*

plin entwickelt hat⁵²⁾, könnte es uns ersparen, die spezifischen andragogischen Wege und Methoden des Rechtsinstituts herauszufinden⁵³⁾. Unter

⁵²⁾ Im Gegensatz zu den Universitäten von Großbritannien z. B., wo es für die Forschungsgebiete der Andragogik ein — vom „Departement of Education“ (= Pädagogik) unabhängiges — „Departement of Adult Education“ gibt; hierzu im einzelnen: R. Livingstone: *The Future in education*. London 1945, deutsche Übersetzung 1949 und S. G. Raybould: *The English Universities and adult education*. London 1951.

Es wäre erforderlich, daß man auch in Deutschland dem Beispiel Großbritanniens folgend, Andragogik als Lehrfach an den Hochschulen einführt. Denn immer drängender stellt die Moderne in ihrer teils sehr fraglichen pädagogischen Mannigfaltigkeit und mit ihrer Gefahr zur Gleichschaltung und Verflachung dem Erziehungswissenschaftler Aufträge zur andragogischen Besinnung.

Wie könnten auch die andragogischen Wirklichkeitszonen, die in der Rechtspflege, in der Politik, in verschiedenen staatlichen Institutionen, durch Theater, Kino, Presse, Funk, Sport usw. vorhanden sind und die den erwachsenen Menschen ständig formend beeinflussen, in ihren tatsächlichen Auswirkungen (d. h. ob es sich letztlich um Andragogik oder um Demagogie handelt) systematisch und objektiv wissenschaftlich anders erfaßt werden, als im Rahmen eines selbständigen akademischen Forschungsfeldes, das ein eigener Stab von Wissenschaftlern verantwortlich betreut?

Es würden damit endlich alte platonische Einsichten, auf die bereits Alexander Kapp, aaO., hinwies und schon seiner Zeit zur Beachtung empfahl, in vollendeter Form auch praktisch vollzogen. Daß dies übrigens bis heute in Deutschland noch nicht geschehen konnte, dürfte nicht zuletzt der Autorität Herbarts zuzuschreiben sein. Seine völlige Ablehnung der Andragogik (Päd. Schriften, 1875. Bd. 2, S. 246, 478 u. 487) fand ihre prägnanteste Ausformung in der Aussage: „Die Übertreibung der Pädagogik zur Andragogik ist zu rügen. Dadurch würde allgemein Unmündigkeit entstehen.“ (Werke, Bd. 9, T. 2, S. 437). Wohl war, wie auch die vorliegende Untersuchung belegen soll, diese Auffassung Herbarts zu seiner Zeit ebensowenig frei von gewichtigen Bedenken, wie sie es heute ist; und leider war sie geeignet, die allgemeine Einsicht in die Notwendigkeit einer systematisch-wissenschaftlichen Durchdringung der andragogischen Lebensbereiche zu verhindern. Immerhin weisen aber doch einige beachtenswerte, hier wiederholt zitierte, dogmatische Ansätze den Weg, der grundsätzlich über die Herbart-Konzeption hinausführt. Wenn hierbei auch bisweilen noch seine Worte nachklingen (cf. Pöggeler, S. 14: „Erwachsenen - F ü h r u n g“ = „Bankerrotterklärung der erlangten Mündigkeit“), so sind wir doch sicher, daß gerade die sich daraus ergebende innere Spannung weiteren andragogischen Forschungen sachdienlich sein kann: Sie löst sich in dem Augenblick, in dem eine erschöpfende systematisch-methodische Analyse auch alle diejenigen andragogischen Bereiche erfaßt hat, denen — wie bei der StzB — von Rechts wegen die Funktion einer gegebenenfalls unentrinnbaren erziehenden Sozialordnung zukommt.

⁵³⁾ Damit verneinen wir aber auch einen Beitrag zur allgemeinen Theorie der Andragogik insofern zu liefern, als die vorliegende Untersuchung andragogische Grundeinsichten herausstellen wird, die auch außerhalb des Rechtsinstituts Geltung beanspruchen können.

Hervorhebung der Grundeinsichten wird ein genereller Erziehungsplan zu erstellen und gleichzeitig aufzuzeigen sein, wie dieser Plan vom Bewährungspflichtigen, vom Richter, vom Anwalt und Bewährungshelfer im andragogischen Verständnis durchzuführen ist.

Zu diesem Zweck ist zunächst an Hand des Gesetzes, des vorhandenen Schrifttums und des geistesgeschichtlich tradierten Erbes der Sachgehalt des Rechtsinstituts erkenntnistheoretisch zu ergründen.

ZWEITER TEIL

METHODISCHES ZUR THEORETISCHEN GRUNDLEGUNG

In der Einführung wurde bereits auf die Abhängigkeit des Andragogen von der positiv-rechtlichen Norm hingewiesen. Im folgenden soll nun eine Charakteristik des Rechtsinstituts in juristischer und andragogischer Hinsicht folgen. Wegen der erwähnten Abhängigkeit hat der andragogischen Befunderhebung und Aussage die Feststellung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften voranzugehen.

Die juristische Befunderhebung darf sich ihrerseits nicht allein mit dieser Feststellung bescheiden; sie muß vielmehr auch die betreffenden Normen nicht nur deuten d. h. sie nach ihrer Rechtsnatur bestimmen und in ein System bringen¹⁾, sondern darüber hinaus²⁾ auch die Frage nach ihrer causa, ihrem Woher und Warum beantworten³⁾.

¹⁾ worin sich die Aufgabe der Jurisprudenz oder Rechtsdogmatik als Normwissenschaft erschöpft.

²⁾ im Sinne der juristischen Grundlehre, die als Kausalwissenschaft von Normen ein Teil der — wie Alexander Hold-Ferneck, in: Anzeiger der Österr. Akad. d. Wiss., Philos.-Hist. Klasse. Wien 1950, S. 415 f zutreffend feststellt — Gesellschaftslehre ist. (Andere Darlegungen Hold-Fernecks aaO. begegnen Bedenken; insbesondere seine Vorstellung, daß die Schaffung und Aufrechterhaltung von „Ordnung, Frieden und Sicherheit im Leben der Menschen“ allein „der Androhung nachteiliger Rechtsfolgen“ zu verdanken sei (aaO., S. 423). Er erkennt dabei, daß auch ohne Androhung nachteiliger Rechtsfolgen ein in der autonomen sittlichen Persönlichkeit lebendiges Wertgewissen die Mehrzahl der Menschen zum recht Handeln veranlaßt und dadurch ebenso Ordnung, Frieden und Sicherheit gestiftet werden.)

³⁾ wobei der Grundlehre zwei weitere Wissenschaften zu Hilfe kommen:

- a) die der Rechtsgeschichte, deren Anliegen es ist, den Widerstreit zwischen der Idee des Rechts, dem seinsollenden Recht, und den Rechtsbegriffen, den Trägern des seienden, des positiven Rechts, herauszustellen (Hans Planitz: Deutsche Rechtsgeschichte. Graz 1950, S. 1) und
- b) die der Rechtsphilosophie, welche die wertbezogenen Tatsachen des jeweils erhobenen Befunds aufzeigt, sie in einen weltanschaulichen Zusammenhang bringt und zum Zwecke der Klärung des gesollten Rechtszieles, die dieses Ziel verwirklichenden Mittel einer Wertbetrachtung unterwirft (Gustav Radbruch: Rechtsphilosophie, S. 100 f).

Die im juristischen Schrifttum vorhandenen Untersuchungen und deren Ergebnisse lassen aber gerade diese Antwort vermissen. Deshalb können wir auch nicht die bereitgestellten Ergebnisse einfach übernehmen und die andragogischen Aussagen daran anschließen, sondern sind vielmehr zu einer rechtsdogmatischen Untersuchung des Rechtsinstituts genötigt, die erst, wie wir sehen werden, mit der sie ergänzenden erziehungswissenschaftlichen Charakteristik eine erkenntnistheoretische Erfassung im Sinn des institutionellen Rechtsverständnisses⁴⁾ ermöglicht.

Während die juristische Vorarbeit positivistisch—normativ orientiert sein wird, wird die abschließende andragogische Untersuchung, die Ergebnisse im Sinne der juristischen Grundlehre erzielen wird, aufzeigen, daß die Normwissenschaft auf sich allein gestellt, nicht imstande ist, Normwerte und ethische Verpflichtungen zu vergegenständlichen. Gleichzeitig erfahren wir die enge Verknüpfung der Jurisprudenz — hier des Strafrechts im besonderen — mit Erziehung und Bildung, mit Ethik und Theologie.

⁴⁾ s. oben, S. 5 ff.

⁵⁾ s. Anm. 2) u. 3) der vorhergehenden Seite

DRITTER TEIL

THEORETISCHE GRUNDLEGUNG

ERSTER ABSCHNITT

ÜBERSICHT DES ZUR CHARAKTERISTIK ERSCHIENENEN SCHRIFTTUMS

I.

Die bisher entwickelten Theorien

Um dem in der Einführung näher dargestellten Interesse der Rechtspraxis entsprechen zu können, d. h., um eine sachgerechte und erschöpfende Charakteristik des Rechtsinstituts zu entwickeln, ist eine Untersuchung in dem im zweiten Teil dieser Arbeit beschriebenen Umfang vorzunehmen.

In diesem Sinne sind wohl alle bisher vorhandenen Untersuchungen unvollständig; in ihrer Vielfalt bieten sie aber immerhin einen gewissen Ansatz für eine eingehende, umfassende Befunderhebung, weshalb hier eine Übersicht der einzelnen Ansichten angebracht erscheint. Hierbei sind alle bisher zum Bewährungsgedanken entwickelten Theorien zu berücksichtigen, und zwar unbeschadet der heutigen oder früheren rechtsformalen Ausgestaltung des Rechtsinstituts, von der sie ausgehen; denn ob es sich um die bedingte Begnadigung, die bedingte Verurteilung, die bedingte Strafaussetzung oder die StzB handelt: allen gemeinsam ist ein und derselbe Wesensgehalt.

Im wesentlichen lassen sich zehn verschiedene Theorien feststellen:

Die Mehrzahl der Autoren erkennen in der Anwendung des Rechtsinstituts

die Verhängung einer Strafe¹⁾

¹⁾ H. Jagusch, in: JZ 1953, S. 688 ff; J. Cüppers, in: NJW 1952, S. 993; K.-H. Nüse, in: JR 1952, S. 424; R. Lange, in: NJW 1953, S. 1163 (III, 4); K. Lackner, in: JZ 1953, S. 428 ff; F. v. Liszt, in: VD AT Bd. 3, Berlin 1908, S. 1 ff, bes. S. 87 ff; Bachem: Die bedingte Verurteilung. Köln 1894, S. 45; M. Grünhut, in: ZStrWiss. 1951, S. 295 f; H. Maassen, in: MDR 1954, S. 2 ff; G. Flik, in: PsychR 1955, S. 172; Amelunxen, in: DRiZ 1953, S. 148; H. Welzel: Das dt. Strafrecht. Berlin 1958, S. 211, Eb. Schmidt, in: ZStrWiss. 1952, S. 7; R. Maurach: Dt. Strafrecht. Allg. T. Karlsruhe 1954, S. 661; A. Gerstner: Jur. Diss. München 1958, S. 54; H. Schröder, in: NJW 1952, S. 7; W. Lindemann: Jur. Diss. Köln 1955, S. 75 ff; H. Mittelbach, in: NJW 1951, S. 99.

oder

einen Akt der richterlichen Strafzumessung²⁾).

Die restlichen vertreten davon teils recht verschiedene Auffassungen. So wird das Rechtsinstitut erkannt als

eine Modifikation der Freiheitsstrafe
hinsichtlich der Vollstreckung³⁾,
eine Modalität der Strafvollstreckung⁴⁾,
ein Sicherungs- und Besserungsmittel⁵⁾,
ein Akt vikariierender Koppelung von
bessernder Maßnahme und Strafe⁶⁾,
ein Akt der Strafökonomie⁷⁾,
eine Maßnahme der Reaktionsbeweglichkeit⁸⁾,
ein Akt lohnender Vergeltung⁹⁾,
eine Gnadenmaßnahme¹⁰⁾.

²⁾ R. v. Hippel, in: ZStrWiss. Bd. 42 (1921), S. 197 f; ders.: Dt. Strafrecht. Bd. 1. Berlin 1925, S. 554 Anm. 2; Löbell, in: GA Bd. 38 (1891), S. 20 ff, bes. S. 26 u. 41; W. Dallinger, in: JZ 1953, S. 435; H.-Eb. Egner, in: NJW 1953, S. 1860; A. Dalcke. E. Fuhrmann. K. Schäfer: Strafrecht u. Strafverfahren 36. Aufl. Berlin 1955, zu § 23 StGB; H.-G. Meister, in: DRiZ 1953, S. 218; H.-J. Bruns, in: GA 1956, S. 202.

³⁾ H.-J. Bruns, in: GA 1956, S. 201 f; KMR: 3. Aufl., S. 931, 952, 987, 999, 1163 u. 1522; H. H. Eckels, in: NJW 1954, S. 1672; A. Schönke. H. Schröder: Strafgesetzbuch. Kommentar. 8. Aufl. München, Berlin 1957, Anm. II zu § 23 StGB.

⁴⁾ H. F. Pfenninger, in: Schweizerischer Juristentag 1928. Festgabe. Hrsg.: Rechts- u. Staatswiss. Fak. der Univ. Zürich. Zürich 1928, S. 167 ff.

⁵⁾ Maria Widmer: Jur. Diss. Zürich 1925, S. 18; E. Zürcher, in: Festgabe für Emil Zürcher. Bern 1920, S. 70.

⁶⁾ Ed. Dreher, in: ZStrWiss. Bd. 65 (1953), S. 481 ff; Ed. Dreher. H. Maassen: Strafgesetzbuch. 2. Aufl. München, Berlin 1956 zu § 23 StGB.

⁷⁾ von Overbeck: Grundlagen und Grundfragen der Strafrechtsreform. Jahresbericht d. Görresges. 1927/28. Anhang. Köln 1929, S. 133; H. Pfenniger, in: SchwZStr. Jg. 32 (1919), S. 344 ff, bes. S. 384.

⁸⁾ K. Peters: Die kriminalpolit. Stellung des Strafrichters bei der Bestimmung der Strafrechtsfolgen. Berlin 1932, S. 152 u. 167 f; Maria Demski: Jur. Diss. Münster 1955, S. 26 ff; vgl. auch K. Lackner, in: JZ 1953, S. 430.

⁹⁾ F. von Oetker, in: GS Bd. 70 (1907), S. 363 ff; H. Fischer: Jur. Diss. Würzburg 1927, S. 40.

¹⁰⁾ Boertzler, in: Bewährungshilfe 1956, S. 175 ff; H.-G. Meister, in: DRiZ 1953, S. 218; A. Hellwig: Die bedingte Aussetzung der Strafvollstreckung in Preußen. Berlin 1921, S. 8 u. 14; Junker, in: ZStrWiss. Bd. 63 (1950), S. 448; Ph. Allfeld: Der bedingte Straferlaß. Festschr. für Luitpold von Bayern. Erlangen, Leipzig 1901, S. 193 u. 181; H. Henkel: Verfahrensrecht. Strafverfahren. In: Die Verwaltung. Hrsg.: F. Giese. 4. Aufl. H. 24. Braunschweig 1957, S. 50.

In der folgenden Übersicht werden die zur Begründung der jeweiligen Theorie wesentlichen Feststellungen der einzelnen Autoren kurz zusammengefaßt.

Das Rechtsinstitut als

1. Strafe:

Es liegt eine eigenständige, im Rahmen der bisher üblichen Strafskala eingebaute neue Straftat vor (Jagusch, Cüppers, Nüse, Lange, Eb. Schmidt, Maurach, Gerstner).

Für den Strafbegriff spricht einerseits die Tatsache, daß Ausgestaltung und Anwendung des Rechtsinstituts nicht etwa der Ausdruck sind für Gnade oder Milde, sondern vielmehr für ein Strafübel (Lackner, v. Liszt, Bachem, Lindemann); andererseits ist der überkommene Strafbegriff genügend elastisch und wandlungsfähig, um auch derartige zusätzliche Rechtsfolgen des Unrechts zu umspannen (Grünhut, Lindemann), die an ihrer Eigentümlichkeit als echte Strafe deshalb, weil sie von einem ambulanten Strafvollzug mit einem Chancestadium gekennzeichnet sind (Maassen, Flik), nichts einbüßen.

So ist diese neue Art der Kriminalstrafe im eigentlichen Sinn eine „Erziehungsstrafe“ (Amelunxen); sie ist ein Strafmittel besonderer Art (Welzel), nämlich formal eine Sonderfreiheitsstrafe (Maurach), eine Freiheitsstrafe im weiteren Sinne (Lindemann), die in ihrer Wirkung einer bessernden Maßnahme (Eb. Schmidt, Jagusch, Maurach, Gerstner) gleichkommt.

2. ein Akt der richterlichen Strafzumessung:

Um einen solchen Akt handelt es sich deshalb, weil

- a) in Anwendung des Rechtsinstituts ein Strafübel verhängt wird (R. v. Hippel), auf welches der Richter erkennt und das als richterliche Erkenntnis Bestandteil des Urteils wird (Loebell) und nicht etwa eine von der Strafvollstreckungs- oder Strafvollzugsbehörde angeordnete Modalität der Strafvollstreckung darstellt (Dallinger);
- b) diese strafrichterliche Erkenntnis keinen anderen Charakter hat, als etwa die Zubilligung mildernder Umstände (§ 267 Abs. 3 StPO) oder die Anwendung einer zweckmäßigeren Straftat (§ 27 b StGB) (Egner);
- c) jedenfalls die formale Betrachtung für einen Akt richterlicher Strafzumessung spricht. Daran ändert auch nichts der Umstand, daß man in materieller Hinsicht verschiedener Ansicht sein kann; so mag materiell — wie von Dalcke und Schäfer — eine Besserungsmaßnahme,

— wie von Meister — eine Gnadenmaßnahme oder — wie von H.-J. Bruns — eine neuartige Vollstreckungsregelung einer modifizierten Freiheitsstrafe erkannt werden: die Vorschrift des § 267 Abs. 3 StPO und die des § 263 Abs. 4 StPO, auf welche H.-J. Bruns bzw. Meister verweisen, sind ein eindeutiger Beleg für Strafzumessung (Dalcke, Schäfer, Meister).

3. eine Modifikation der Freiheitsstrafe hinsichtlich der Vollstreckung:

Die zur Bewährung ausgesetzte Strafe ist die unserem Strafsystem geläufige Freiheitsstrafe. Sie wird im Rahmen des Rechtsinstituts dazu verwendet, in bestimmten Fällen den Versuch eines ambulanten Strafvollzuges durchzuführen. Es liegt also keine neue Straftat, sondern lediglich eine neuartige Regelung des Strafvollzuges vor.

Die Vollstreckung der verhängten Freiheitsstrafe hängt von der Bedingung der Bewährung des Verurteilten ab, d. h. von dem Erfolg des ambulanten Strafvollzuges. Somit liegt also eine Modifikation der Freiheitsstrafe hinsichtlich ihrer Vollstreckung vor (H.-J. Bruns, Kleinknecht, Müller, Reitberger, Eckels, Schönke, Schröder).

4. eine Modalität der Strafvollstreckung:

Es handelt sich um eine im Rahmen des generalpräventiven Strafrechts ausschließlich der Spezialprävention dienende Maßnahme, die wohl Strafnatur besitzt und das gesamte Strafsystem ergänzt, selbst aber weder Strafe, sichernde Maßnahme oder gar Begnadigung ist.

Die ausschließlich spezialpräventive Funktion dieser Maßnahme kennzeichnet eine eigene Modalität der Strafvollstreckung: der Staat begnügt sich nämlich mit einer Androhung der Strafvollstreckung, weil von der Anordnung dieser Maßnahme ein Bewährungserfolg erwartet wird (Pfenninger).

5. ein Sicherungs- und Besserungsmittel:

Wie bei der Sicherungsmaßnahme hat die Reaktion des Staates auf das strafwürdige Unrecht ihren Grund und ihre Ausgestaltung nicht in der Tat, sondern in der Person des Täters. Es wird hier wie dort auf die Vergeltungsstrafe verzichtet zugunsten eines Besserungsversuches, der seiner Wirkung nach einer Strafe ähnlich ist (Maria Widmer, E. Zürcher).

6. ein Akt vikariierender Koppelung von bessernder Maßnahme und Strafe:

Die StzB ist eine Erziehungsmaßregel. In den Fällen, in denen die Maßnahme ihren Zweck nicht erreicht hat, wird an ihrer Stelle die erkannte Freiheitsstrafe vollzogen. Es handelt sich also um ein Vikariieren zwischen der Einsperrungsstrafe und der Maßregel, mit der Besonderheit, daß zunächst versucht wird, ob die letztere ausreicht (Dreher, Maassen).

7. ein Akt der Strafökonomie:

Das Rechtsinstitut geht von der Zweckmäßigkeitserwägung aus, die besagt, daß auf den Strafvollzug in den Fällen zu verzichten ist, in denen durch einen solchen Verzicht eine gleiche oder gar eine wertvollere Spezialprävention ermöglicht wird. Diese Überlegung entspricht der Strafökonomie (v. Overbeck, Pfenninger¹¹⁾).

8. eine Maßnahme der Reaktionsbeweglichkeit:

Es handelt sich immer darum, daß die Gewißheit der staatlichen Reaktion genommen ist, weil Art oder Maß der Reaktion von den jeweiligen Umständen abhängig gemacht wird. Die „Nichtdurchführung des Strafverfahrens“ bei guter Führung entspricht Zweckmäßigkeitserwägungen und kennzeichnet die Beweglichkeit der staatlichen Reaktion auf begangenes Unrecht (K. Peters, Maria Demski).

Das Rechtsinstitut gibt den Gerichten eine Reaktionsmöglichkeit in die Hand, die hinsichtlich einer „sozialpädagogischen Betreuung“ des Straffälligen erfolgreicher eingesetzt werden kann, als die bisher übliche bedingte Begnadigung, die in ganz Deutschland versagt hat (K. Lackner, der aber im Gegensatz zu K. Peters und M. Demski davon ausgeht, daß das Rechtsinstitut den Charakter einer Strafe und des Straf Übels trägt).

9. ein Akt lohnender Vergeltung:

Kriminelles Unrecht kann auf zweifache Weise vergolten werden: a) durch Bestrafung, b) durch Belohnung des Wohlverhaltens während eines bestimmten Zeitraumes nach ausgesetzter Vollstreckung der Einsperrungsstrafe, durch „lohnweise Vergeltung“ (F. v. Oetker, H. Fischer).

¹¹⁾ Karl Peters sympathisiert mit dieser Auffassung und kommt über eine Ersetzung des Ausdruckes „Strafökonomie“ durch „Reaktionsökonomie“ zur Auffassung, daß es sich um eine „Maßnahme der Reaktionsbeweglichkeit“ handle (Die kriminalpolit. Stellung des Strafrichters, S. 167).

Es geht hier um den dem geltenden Strafrecht auch sonst geläufigen Lohngedanken, wie er etwa bei tätiger Reue, bei Rücktritt vom Versuch und bei bedingter Entlassung hervortritt (H. Fischer). Der Verurteilte bleibt, obwohl er seine Freiheit verwirkt hat, Herr seines Schicksals, indem er sich durch Wohlverhalten Straffreiheit verdienen kann (F. v. Oetker).

10. eine Gnadenmaßnahme:

Es liegt eine Ausübung des Gnadenrechts im Rahmen eines Rechtsinstituts vor (Boertzler, Meister, Hellwig).

Die Entscheidung über Schuld und Strafhöhe ist gesondert zu betrachten von der Gewährung der Strafaussetzung, welche lediglich die Aufgabe hat, als Gnadenakt die auf die Tatschuld bezogene Vergeltungsstrafe zu korrigieren (Junker, Allfeld). Diese Korrektur des Straf-erkenntnisses erfolgt nach Verwaltungsermessen aus kriminalpolitischer Zweckmäßigkeit oder sonstiger sozialer oder politischer Nützlichkeit (Junker), sie hat also nichts mit Rechtsprechung zu tun.

Weil das Gnadenrecht einen Verzicht auf Vollstreckung rechtskräftig ausgesprochener Strafen kennt, ist auch der bedingte Straferlaß mit Bewährungsfrist ein gnadenweiser Verzicht auf Strafe (Henkel)¹²⁾.

Allen Ansichten dient es als gemeinsames Merkmal, herauszustellen, daß es sich hier um eine von der bisher üblichen Form des Freiheitsentzuges abweichende, staatliche Reaktion handelt auf ein als kriminelles Unrecht geringeren Ausmaßes mißbilligtes menschliches Verhalten. Hervorgehoben wird die Überwindung der kurzzeitigen Einsperrung, die sich als erzieherisch unwirksam erwiesen habe und deshalb auch kriminalpolitisch nicht sinnvoll sei. Bei der StzB entfalle die Vorstellung einer bloßen Wiedervergeltung, ebenso eine Diffamierung des Verurteilten und seiner Familie, indem er sich den Erlaß der Gefängnis-, Haft- oder Einschließungsstrafe während eines „ambulanten Chancestadiums“ durch Wohlverhalten sichern könne. Betont wird das Hoffen auf eine Besserung des Täters dahingehend, daß es mit dieser vorwiegend erziehlichen Maßnahme während der Bewährungszeit gelingen wird, eine Entkräftigung und Umdeter-

¹²⁾ Für seine weiteren irreführenden, die gesetzliche Regelung ignorierenden Behauptungen, daß das Rechtsinstitut „in der Gnadenordnung vom 6. 2. 1935“ — nicht aber in den §§ 23 ff. StGB — geregelt sei und „als Anhang des Strafverfahrens“ durch „die Staatsregierung bzw. den Staatspräsidenten, den Justizminister oder die Staatsanwaltschaft“ — nicht aber durch den rechtsprechenden Strafrichter — zur Anwendung gebracht werde (Verfahrensrecht. Strafverfahren. In: Die Verwaltung. Hrsg.: F. Giese. 4. Aufl. H. 24. Braunschweig 1957, S. 50), bleibt H. Henkel die Erklärung schuldig.

minierung seiner sozialwidrigen Determinationen herbeizuführen und damit gleichzeitig die soziale Ansteckungskraft seiner kriminellen Einstellung zu beseitigen. Das Aufgeben der sozialfeindlichen Einstellung des Rechtsbrechers wird aus einem Appell an sein Verantwortungsgefühl erwartet, welcher allein schon in der bloßen (nämlich ohne besondere Auflagen ausgestalteten) Anordnung der StzB gem. § 23 StGB begründet ist. Wird ihm doch mit dieser Anordnung klar gemacht, daß die Gesellschaft seine strafbare Handlung nicht mit Rache erwidert, sondern vielmehr helfend um die Beseitigung seiner sozialen Anpassungsschwierigkeiten bemüht ist! Freilich wird von ihm erwartet, daß er sich durch Bewährung im freien Leben der sozialen Gemeinschaft den in Aussicht gestellten Erlaß des durch Urteil erkannten Freiheitsentzuges verdient: Die Herbeiführung der Wirkung, die für den Fall erfolgter Bewährung in Aussicht gestellt wird (§ 25/I StGB), wird dem Bewährungspflichtigen zur selbstverantwortlichen Aufgabe gemacht. Mit dem öffentlichen Strafverfahren und der dieses abschließenden richterlichen Straferkenntnis werden um der Idee der verletzten Gerechtigkeit willen aus sozialpsychologischer Generalprävention deklarativ der Handlungsunwert und die Unrechtsfolgen der Tat aufgezeigt. Individualpsychologisch wird dem Rechtsbrecher Schuld aufgewiesen und ihm gleichzeitig der Weg eröffnet, durch echte Sühneleistung zur Tateinsicht und zur Anerkennung seiner Schuld zu gelangen. Es wird ihm Gelegenheit geboten, ohne die Schädigungen, das nur Peinigende der bloßen Vergeltungsstrafe auf sich nehmen zu müssen, das in ihn gesetzte Vertrauen zu bestätigen und zu beweisen, daß etwas Gutes in ihm ist. Es tritt also die gesetzestreue Gesellschaft dem Rechtsbrecher richtend und aufrichtend zugleich gegenüber.

Soviel läßt sich — teils integrativ — aus den mitunter recht verschiedenen Auffassungen zur Charakteristik des Rechtsinstituts derjenigen Autoren entnehmen, die das Institut als solches als ein den herkömmlichen Strafmitteln gegenüber fortschrittliches staatliches Reaktionsmittel überhaupt bejahen. Wenn dies auch nahezu ausschließlich der Fall ist, so soll nicht übersehen werden, daß es freilich auch namhafte Juristen gibt, welche die Existenzberechtigung und Anwendung des Rechtsinstituts, besonders in Verbindung mit der Auflage eines bestimmten Verhaltens, mit beachtlichen Gründen ablehnen¹³⁾. Je mehr aber mit diesen Gründen auf die — auch im

¹³⁾ Der Festvortrag, den Hans-Jürgen Bruns bei der Rektoratsfeier der Universität Erlangen am 4. November 1958 zum Thema „Soll der Strafrichter der Zukunft Sozialarzt sein?“ hielt, gibt diesen Standpunkt sehr entschieden wieder. Gedanken des ungedruckten Vortrags finden sich in Aufsätzen desselben Verfassers in GA 1959, S. 193—228 und in NJW 1959, S. 1393—1398.

ersten Teil dieser Arbeit aufgezeigt — Überforderung, um nicht zu sagen Unfähigkeit des Erkenntnisrichters, sein in der Auflagenpraxis augenscheinlich hervortretendes andragogisches Mandat fachgerecht zu erfüllen, aufmerksam gemacht wird, umso weniger vermag doch dieser tatsächliche Mangel am andragogischen Wesensgehalt des Rechtsinstituts als solchem und seiner kriminalpolitischen Berechtigung zu rütteln. Dieser Mangel ist auch nicht etwa, wie von den negativen Stimmen vorgetragen wird, darin begründet, daß dem erkennenden Strafrichter heutzutage Funktionen unterschoben würden, für die er schlechterdings nicht zuständig sei. Es liegt kein Funktionswandel vor, sondern vielmehr eine Neuorientierung der strafrechtlichen Reaktion des Staates an den modernen Erkenntnissen der anthropologischen Wissenschaften. Wenn sich gemessen darin, in der Praxis ein pathologischer Zustand der dem erkennenden Strafrichter angestammten Funktion des Strafens feststellen läßt, ist dies noch lange kein Grund dafür, unter Ablehnung des Rechtsinstituts und unter Berufung auf einen vermeintlichen Funktionswandel, vor den neuen kriminalpolitischen Aufgaben zu kapitulieren. Der heutige Zustand ist genau besehen lediglich das Ergebnis einer Entwicklung, die bereits um die Jahrhundertwende eingesetzt haben mag und schon in statu nascendi eine kategorische Reformforderung des Nestors moderner Strafrechtspolitik, Franz von Liszt, auslöste. Diese soll hier, anstelle eines weiteren Eingehens auf die negativen Stimmen, als Antwort dienen, gleichzeitig aber auch zu entsprechenden Maßnahmen anregen, die einer künftig in jeder Hinsicht fachgerechten Bewältigung der Aufgaben moderner Strafrechtspflege den Weg zu bereiten hätten. F. v. Liszts Worte sind:

„Viel ernster ist der Einwand, daß kriminalpolitische Untersuchungen nicht mehr zur Aufgabe und Zuständigkeit des Juristen gehören. Hier handelt es sich in der Tat um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung. Hier scheiden sich die Heerlager. Ich vertrete mit aller mir möglichen Bestimmtheit die Ansicht, daß der Kriminalist, sei er Lehrer des Strafrechts, sei er Polizeibeamter, Staatsanwalt, Untersuchungs- oder Erkenntnisrichter, sei er Verteidiger in Strafsachen oder Leiter einer Strafanstalt, eben nicht nur Jurist sein darf. Ich erblicke den tiefsten Grund für gar manchen Mangel unserer heutigen Zustände in der rein juristischen Ausbildung unserer theoretischen und praktischen Kriminalisten; und ich werde, solange ich kann, meine Ansicht immer und immer wiederholen und zu begründen versuchen. Es kommt mir nicht in den Sinn, von den Kriminalisten selbständige anthropologische oder statistische Untersuchungen zu verlangen; aber ich fordere von ihm, daß er mit den

Ergebnissen der Kriminal-Biologie und der Kriminal-Soziologie¹⁴⁾ ebenso gut vertraut ist, wie mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches und den Entscheidungen des Reichsgerichts.“¹⁵⁾

II. Kritik

Die dargelegten Theorien sind nicht frei von Bedenken. Unsere Kritik an ihnen kann allerdings nicht auf Einzelheiten eingehen. Wir begnügen uns mit grundsätzlichen Erwägungen.

Die Ergebnisse sind allein hinsichtlich der Methodik von vornherein fragwürdig. Die meisten Autoren beschränken sich auf rechtsdogmatische Darlegungen. Dabei wird fast durchweg von der juristisch unverständlichen Annahme ausgegangen, das Rechtsinstitut kenne *keine Strafvollstreckung im unmittelbaren Anschluß an das Urteil*¹⁶⁾, indem die (im einzelnen noch zu erörternde) Tatsache übersehen wird, daß es sich bei der Bewährungszeit um den *Vollzug* der erkannten Strafsanktion handelt und daß sich nach Ablauf der Bewährungszeit der staatliche Strafanspruch nicht dadurch erledigt, weil die Vollstreckung der Internierungsstrafe erlassen wird, sondern allein dadurch, weil der Verurteilte die ihm zuerkannte zwei- bis fünfjährige Bewährungsstrafe selbst vollstreckt hat.

¹⁴⁾ Nach dem heutigen Stand der anthropologischen Wissenschaften werden die von F. von Liszt für die Fachbildung des Kriminalisten geforderten Forschungsergebnisse von der Pädagogik, Andragogik, Psychologie und Soziologie bereitgestellt.

Wenn sich heute nach dem Titel einer gleichnamigen Fachzeitschrift die Bezeichnung „gesamte Strafrechtswissenschaft“ eingebürgert hat, dann ist damit eine Strafrechtspflege umschrieben, die diese Disziplinen für ihre Belange auswertet und sich nicht auf ein nur juristisches Vorgehen beschränkt.

Vgl. hierzu auch F. von Liszt, in: ZStrWiss. Bd. 9 (1889), S. 455.

¹⁵⁾ F. von Liszt, in: ZStrWiss. Bd. 9 (1889), S. 456.

¹⁶⁾ Für viele: Ed. Dreher, H. Massen:

Keine Strafvollstreckung, sondern eine „Erziehungsmaßregel“ schließt sich dem Urteil an;

v. Overbeck, H. Pfenninger:

Die Bewährungszeit bedeutet einen „Verzicht auf den Strafvollzug aus Zweckmäßigkeitserwägungen“;

K. Peters, M. Demski:

Es liegt eine „Nichtdurchführung des Strafverfahrens“ vor;

H. Henkel:

Wie beim Gnadenrecht, liegt auch hier „ein Verzicht auf Vollstreckung“ einer rechtskräftig ausgesprochenen Strafe vor.

Zudem wird in keiner der Untersuchungen der Wesensgestalt des Rechtsinstituts erkannt. Die wenigen der Autoren, die der Auffassung sind, bis zum Wesensgehalt vorzudringen, meinen offenbar dies verbindlich unter teilweisen oder vollständigem Verzicht auf die übrigen juristischen Forschungsgebiete tun zu können. Besonders wird verkannt, daß es für die Wesensbestimmung nie ausreichen kann, das Rechtsinstitut lediglich in der Breite seiner heutigen Gestalt und der heutigen Bedingtheiten zu würdigen, sondern daß es auch in der Tiefe seiner geschichtlichen Entwicklung ins Auge gefaßt werden muß. Denn die Vergangenheit ist „nicht bloß transitorische, sie ist immanente Ursache der Gegenwart, sie ist als das, was sie war, noch in ihr enthalten. Der gegenwärtige Rechtszustand ist, unbeschadet der neu hinzukommenden Elemente, dennoch seinem Hauptinhalte nach der Inbegriff früher entstandener Rechtsbegriffe und Rechtsinstitute, deren wahrer Sinn und gegenwärtige Anwendung nur in der Bedeutung, die sie bei ihrer Entstehung hatten, gesucht werden kann“¹⁷⁾. Demnach muß also die soziale Ursituation dieser sozialen Erscheinung „Bewährungsstrafe / Bewährungshilfe“ aufgesucht werden, weil nur so eine sinnvolle und wesensgerechte Auslegung des heutigen Rechtsinstituts möglich ist.

Mit einer rechts- und erziehungswissenschaftlich jeweils gesonderten, erkenntnistheoretisch einheitlichen Charakteristik wird im folgenden versucht werden, der vorstehenden Kritik gerecht zu werden.

¹⁷⁾ F. J. Stahl: Philos. des Rechts, S. 577, gegen P. v. Feuerbachs These, daß „alles, was der Vergangenheit angehöre, schon dem Leben abgestorben“ sei.

ZWEITER ABSCHNITT

DIE RECHTSWISSENSCHAFTLICHE CHARAKTERISTIK

Erstes Kapitel

Das Rechtsinstitut lege lata

§ 23/I StGB bestimmt als Grundsatz:

„Das Gericht kann die Vollstreckung einer Gefängnis- oder Einschließungsstrafe von nicht mehr als neun Monaten oder einer Haftstrafe aussetzen, damit der Verurteilte durch gute Führung während einer Bewährungszeit Straferlaß erlangen kann.“

Diese Regelung faßt der Gesetzgeber aaO. zusammen unter dem Begriff „Strafaussetzung zur Bewährung“, der, wie darzulegen sein wird, durchaus nicht frei ist von rechtlichen und tatsächlichen Bedenken.

Die Bereitstellung des in den §§ 23 ff StGB geregelten Rechtsinstituts stellt, wie zutreffend gesehen wurde¹⁾, ein dem Richter an die Hand gegebenes, neuartiges Mittel der Strafsanktion dar. In Anlehnung daran werden wir für die folgenden Erörterungen zunächst anstelle des, wie uns scheint unkorrekten, Begriffes „Strafaussetzung zur Bewährung“, ganz allgemein kurz den Ausdruck „Strafsanktion“ verwenden.

Nach materiellrechtlichen Vorschriften des StGB ist die Verhängung der Strafsanktion an formelle und materielle Voraussetzungen geknüpft. Verschiedene formellrechtliche, der StPO zu entnehmende Vorschriften²⁾ regeln die Erörterung dieser Voraussetzungen in der Hauptverhandlung und die Auseinandersetzung des Gerichtes mit ihnen im Strafurteil. Als wesentliches, der Strafsanktion inhärentes Kriterium dafür, inwieweit der staatliche Strafanspruch als getilgt anzusehen ist, stellt sich die Verpflichtung des Verurteilten zur „guten Führung während einer Bewährungszeit“ dar, die mit der Weisung, jeden Wechsel des Aufenthalts während der Bewäh-

¹⁾ Mittelbach, in: JR 1955, S. 6

²⁾ (In Anlehnung daran sind in die „Richtlinien für das Strafverfahren“ entsprechende Punkte aufgenommen worden — siehe Anhang —, die für die Staatsanwaltschaft als Dienstanweisung, für den Richter als erläuternde Hinweise und Empfehlungen gelten.)

rungszeit der Behörde anzuzeigen, obligatorisch zu ergänzen und durch weitere Auflagen und Weisungen grundsätzlich zu erhöhen ist.

Im einzelnen:

1. Formelle Voraussetzungen

- a) Auf die Strafsanktion wird nur dann erkannt, wenn es sich bei der im Falle der Nichtbewährung des Verurteilten zu vollstreckenden Internierungsstrafe³⁾ entweder um eine Haftstrafe handelt oder um eine solche Gefängnis- oder Einschließungsstrafe, deren Dauer des Freiheitsentzuges mit höchstens neun Monaten als schuldangemessen erkannt wird (§ 23/I StGB).
- b) Trotz Vorliegens der unter a) genannten Voraussetzungen erfolgt die Strafsanktion nicht, wenn
 - a. bereits bestimmte Verurteilungen des Täters vorliegen (§ 23/III Ziff. 2. und 3.),
 - b. „das öffentliche Interesse die Vollstreckung der Strafe erfordert“ d. h. wenn das öffentliche Interesse der in Freiheit möglichen Bewährung des Verurteilten die vollzugsbehördliche Vollstreckung der verwirkten Internierungsstrafe vorzieht, also seine Absonderung in einer Strafanstalt fordert (§ 23/III Ziff. 1.)

2. Materielle Voraussetzungen

Sind die unter 1. a) genannten Bedingungen erfüllt und die unter 1. b) genannten ausgeschlossen, dann ist schließlich für die Anwendung der Strafsanktion die „prognostische Täterbeurteilung“⁴⁾ ausschlaggebend: Das Gericht muß davon überzeugt sein, daß der Täter während eines begrenzten Zeitraumes, unabgesondert von der menschlichen Gesellschaft, durch entsprechendes Verhalten den Strafanspruch der Gesellschaft zu befriedigen in der Lage sein wird. Für diese Sozialprognose haben fünf Momente Berücksichtigung zu finden:

- a. Die Persönlichkeit des Täters
- b. sein Vorleben
- c. sein Verhalten nach der Tat
- d. der Status seiner Lebensumstände
- e. die Wirkungen, die von der Strafsanktion zu erwarten sind.

³⁾ Unter Internierungsstrafe verstehen wir jede Freiheitsstrafe, die der Verurteilte durch vollzugsbehördliche Vollstreckung in einer öffentlichen Strafanstalt erleidet. Die Zuchthausstrafe scheidet im Rahmen des § 23/I StGB aus den Gründen des § 14/II StGB aus.

⁴⁾ Maurach, Dt. Strafrecht A. T., S. 661.

Dabei ist die Prüfung der unter c. und d. genannten Momente insofern fakultativ, als bereits eines der beiden Momente bei günstiger Beurteilung i. S. der Sozialprognose geeignet ist, letztere positiv zu beeinflussen. Die materiellen Voraussetzungen regelt § 23/II StGB.

3. Prozessuale Formerfordernisse

Um das Gericht für die Hauptverhandlung genügend vorzubereiten, erstreckt sich die Ermittlungspflicht der Staatsanwaltschaft auch auf die Umstände, die für die Anwendung der Strafsanktion von Bedeutung sein können (§ 160/III StPO).

Das Gericht hat dafür zu sorgen, daß alle für die Strafsanktion bedeutsamen Umstände in der Hauptverhandlung erörtert werden (§§ 244/II, 261 StPO; Nr. 115 RiStV). Der Sitzungsstaatsanwalt wirkt in diesem Sinn durch geeignete Fragen und Anregungen (Nrn. 15, 109, 119 RiStV).

Das Gericht hat, wenn es feststellt, daß sämtliche für die Strafsanktion nötigen Voraussetzungen gegeben sind, auf diese zu erkennen und zwar besteht diese richterliche Pflicht auch dann, wenn weder der Angeklagte noch der Anklagevertreter einen entsprechenden Antrag gestellt haben. Insoweit wird also die Kann-Vorschrift des § 23 StGB zu einer Muß-Vorschrift.⁵⁾ Der Urteilsspruch hat zum Ausdruck zu bringen, daß auf die Strafsanktion erkannt wurde (§§ 260, 263 StPO) und die Urteilsgründe müssen die für die Entscheidung maßgebenden Gesichtspunkte erkennen lassen (§ 267/III StPO).

Auf die Strafsanktion darf, wenn ihre Voraussetzungen ganz oder teilweise fehlen, nicht erkannt werden. Das Gericht braucht in diesem Fall in den Gründen des Strafurteils sich nicht damit auseinanderzusetzen, warum es auf eine Internierungsstrafe und nicht auf die Strafsanktion erkannt hat (§ 267/III StPO e contr.); war hingegen ein Antrag i. S. des § 23 StGB gestellt worden, dann hat das Gericht in den Urteilsgründen seine diesen Antrag ablehnende Entscheidung zu rechtfertigen (§ 267/III StPO).

⁵⁾ Bei Vorliegen aller Voraussetzungen wird die Möglichkeit fakultativer Entscheidung zwischen einer der in § 23 StGB genannten Internierungsstrafen und der Strafsanktion des § 23 StGB ebenso zu einer obligatorischen, wie in all den Fällen, wo das Gesetz für die richterliche Entscheidung eine Geldstrafe und eine Internierungsstrafe wahlweise zur Verfügung stellt und der Richter auch auf die Strafe erkennen muß, deren Voraussetzungen gegeben sind.

4. Die Maßnahmen zur Sicherstellung und Intensivierung der Strafsanktion

Die Entscheidung ergeht in der Form des Urteils. Die so im Urteilsspruch dem Verurteilten erteilte generelle Auflage „gute Führung während einer Bewährungszeit“⁶⁾ hat das erkennende Gericht in der Form eines Beschlusses

1) zu ergänzen, durch

a. Festlegung der Bewährungszeit, die zwei Jahre nicht unter- und fünf Jahre nicht überschreiten darf (§ 24/IV StGB),

b. die weitere Auflage, jeden Wechsel des Aufenthaltes während der Bewährungszeit der Justizbehörde anzuzeigen (§ 268 a StPO), und

2) grundsätzlich auch zu intensivieren durch weitere geeignete Auflagen und Weisungen, von denen einige beispielsweise im Gesetz aufgeführt sind (§§ 24/I, 24 a StGB).

Der Beschluß ist mit dem Urteil zu verkünden (§ 268 a/I StPO)⁷⁾.

In der Regel hat im Anschluß an die Verkündung des Urteils und des

⁶⁾ Daß die in der Praxis übliche Formulierung im Urteilstenor: „Die Strafe wird zur Bewährung ausgesetzt“ weder psychologisch und andragogisch wirksam sein kann, noch überhaupt dem Wesen des Rechtsinstituts entspricht, werden die weiteren Ausführungen zeigen. Es ist vielmehr, wie wir sehen werden, unerlässlich, den erziehenden Willen des Strafurteils bereits in dessen Entscheidungssatz begrifflich klar umschrieben zum Ausdruck zu bringen; dann ist es auch weniger schädlich, wenn die Belehrung des Angeklagten, die an sich obligatorisch unmittelbar, also am Schluß der Hauptverhandlung, zu erfolgen hat (§ 268a/II StPO), unterblieben ist und erst später im Rahmen des § 453a StPO erfolgt. Im Kommentar zur StPO von KMR³, § 268a Anm. 2, wird dieser Mangel im Urteilsausspruch erkannt und zu Recht — ohne uns damit der aaO. vorgeschlagenen Formulierung anzuschließen — empfohlen, die generelle Auflage der Bewährung mit in den Urteilsspruch aufzunehmen.

⁷⁾ Das gesetzliche Erfordernis, im Gegensatz zur Entscheidung über die Strafsanktion, die sie ausgestaltenden Anordnungen nicht wie jene in der Form des Urteils, sondern in der eines Beschlusses, entspricht dem Bedürfnis, die Anordnungen gemäß der Wandelbarkeit der Verhältnisse des Bewährungspflichtigen und seinem Selbsterziehungsfortgang während der sich über Jahre erstreckenden Bewährungszeit jederzeit abändern zu können.

Daß freilich im Ergebnis diesem Entscheidungsvorgang ein *unbestimmtes Strafurteil* mit der Eigentümlichkeit einer im Beschlußwege (bis zur maximalen Grenze von fünf Jahren) festlegbaren Strafgröße folgt, ist ein Problem, das sich besonders demjenigen aufdrängen muß, der die StzB als Strafe oder in ihr einen Strafzumessungsvorgang erkennt. Es ist, soweit ersichtlich, bisher nicht behandelt. Besonders dürfte der für das Erwachsenenstrafrecht zur allgemeinen Überzeugung feststehende Grundsatz (s. R. Maurach, S. 673; H. Welzel, S. 216) der gesetzlichen Bestimmtheit der Strafe und eines bestimmten Strafurteils erschüttert sein.

eben erwähnten Beschlusses der Vorsitzende des Gerichts den Angeklagten über die Bedeutung der Strafsanktion, über die sie ergänzenden und intensivierenden Anordnungen sowie über ihren — im Falle der Nichtbewährung möglichen — Widerruf zu belehren (§ 268 a/II StPO). Diese Belehrung kann aber auch, wenn es im Einzelfall zweckmäßig erscheint, noch durch das Gericht erteilt werden, das für die gegebenenfalls noch zu treffenden nachträglichen Entscheidungen zuständig ist (§ 453 a StPO).

Unter bestimmten Umständen kann von den intensivierenden Maßnahmen abgesehen werden (§ 24/II StGB). Sie können aber auch erst während der Bewährungszeit getroffen werden, bereits getroffene können geändert oder aufgehoben werden (§ 24/III StGB).

Wenn sich später herausstellt, daß die bei Aburteilung gewonnene Überzeugung, der Täter werde die Auflage der Bewährung erfüllen, eine Fehlprognose war, dann widerruft das Gericht unter Verfallserklärung der vom Verurteilten auf Grund intensivierender Anordnungen gegfs. erbrachter Leistungen die Strafsanktion und verzichtet damit auf die weitere freiwillige Mitarbeit des Verurteilten bei der Tilgung des staatlichen Strafanspruches. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Umstände bekannt werden, die bei „Würdigung des Wesens“ der Strafsanktion nicht zu ihrer Anwendung, sondern zum Erkenntnis auf eine Internierungsstrafe geführt hätten; oder wenn der Bewährungspflichtige erneut straffällig wurde und zu gewissen Verurteilungen Anlaß gab; oder wenn er schließlich den intensivierenden Maßnahmen gröblich zuwidergehandelt hat (§ 25/II und III StGB).

Der Widerruf hat die Wirkung, daß die mit der Strafsanktion deklaratorisch verkündete Internierungsstrafe nunmehr vollzogen wird (§ 25/I,1 StGB e contr.).

5. Die Strafsanktion im Strafbefehlsverfahren

Auch im Strafbefehlsverfahren kann auf die Strafsanktion erkannt werden. Entsprechend dem System dieses Verfahrens, das von dem Grundsatz beherrscht wird, daß Richter und Staatsanwalt übereinstimmen, hat der Amtsrichter jedoch dann die Hauptverhandlung anzuberaumen, wenn er abweichend vom Antrag des Staatsanwalts über die Strafsanktion entscheiden will, während dieser bei seinem Antrag beharrt (§ 408/II StPO). Im übrigen gelten in diesem Verfahren die bereits dargelegten Vorschriften sinngemäß.

6. Nachträgliche Entscheidungen

Die nachträglichen Entscheidungen, die bei der Durchführung der Strafsanktion erforderlich werden, z. B. eine Verlängerung oder Abkürzung der Bewährungszeit, Änderung der intensivierenden Maßnahmen, Widerruf der Strafsanktion (§§ 24, 25 StGB), werden nach Anhörung des Angeklagten und der Staatsanwaltschaft durch Beschluß getroffen. Hierfür ist grundsätzlich das Gericht zuständig, das in der Strafsache im ersten Rechtszug erkannt hat. Dieses Gericht kann aber auch durch eine teilweise oder vollständige Übertragung an das Gericht des Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes des Bewährungspflichtigen dessen Zuständigkeit für die nachträglichen Entscheidungen im Rahmen der übertragenen Entscheidungsbefugnis begründen (§ 453/I und II StPO). Der Bewährungspflichtige soll auch über die nachträglichen Entscheidungen belehrt werden (§ 453 a/III StPO).

7. Die Wirkungen der Bewährung

Der Verurteilte hat nach Ablauf der ohne Widerruf überstandenen Bewährungsfrist durch seine Bewährung den Strafanspruch des Staates befriedigt. Die deklaratorisch mit der Strafsanktion verkündete *Internierungsstrafe* ist damit endgültig hinfällig geworden. Diese Tatsache hat das Gericht durch Beschluß festzustellen (§ 25/I StGB, § 453 StPO). Gleichzeitig kann das Gericht anordnen, daß über die im Strafregister eingetragene Verurteilung nur mehr beschränkt Auskunft erteilt wird (§ 25/I StGB).

Zweites Kapitel

Sind die von einer echten Strafe zu fordernden Voraussetzungen erfüllt?

Die Darlegungen im vorigen Kapitel haben gezeigt, daß sich die einschlägigen Vorschriften im materiellen wie im formellen Recht vorfinden.

Die im ersten Teil des Strafgesetzbuches unter dem Abschnitt „Strafen“ eingeordneten Vorschriften der §§ 23 ff. sind, wie die übrigen materiellrechtlichen Regelungen dieses Teiles, dem zweiten Teil des Strafgesetzbuches, der „von den einzelnen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen und deren Bestrafung“ handelt, vorangestellt. Sie sind als generelle Regelungen gleichsam vor die Klammer gezogen. Die §§ 23 ff. haben damit gleichzeitig in alle diejenigen Straftatbestände des zweiten Teiles Eingang gefunden, deren Strafdrohung auf eine Gefängnis-Einschließungs- oder Haftstrafe lautet.

Die prozeßrechtliche Ausgestaltung des Rechtsinstituts stellt sich in den besprochenen Vorschriften der Strafprozeßordnung und der Richtlinien für das Strafverfahren dar. Diese Vorschriften verbürgen die Realisierung des materiellen Rechts. Sie zeigen den Weg, den jeweils zutreffenden Straftatbestand auf den konkreten Sachverhalt anzuwenden, das materielle Recht prozessual zu gestalten durch Urteil und Vollstreckung.

Die Verschränkung und gegenseitige Ergänzung der materiellrechtlichen und der prozeßrechtlichen Regelungen des Rechtsinstituts wird augenscheinlich in der Art, wie dieses — prävalierend vor einer bedingt vollstreckbaren Einsperrungsstrafe — die (ohne Aufschub zu vollstreckende) Strafsanktion in die Strafrechtspflege einführt. Die dadurch der Strafsanktion eigentümliche komplexe Natur gestattet es nicht, sie, wie dies überwiegend geschieht⁸⁾, in ihrer juristischen Eigenart entweder nur im materiellen oder nur im formellen Recht zu suchen. Es ist vielmehr eine einheitliche Betrachtung erforderlich. Soweit hierbei die vom geltenden Strafgesetz gewählte Formulierung ausgewertet wird, ist freilich Vorsicht geboten; sie erweckt den Eindruck, als würde sich die Aufgabe des Rechtsinstituts in der Findung eines Straferkenntnisses erschöpfen und nicht aber auch für eine Strafvollstreckung Vorsorge treffen. Das Gesetz führt nämlich in § 23 StGB den Begriff „Straf a u s s e t z u n g zur Bewährung“ ein und spricht in § 268 a StPO davon, daß „in dem Urteil die S t r a f e zur Bewährung a u s g e s e t z t“ wird; man könnte demnach schließen, es würde im unmittelbaren Anschluß an das rechtskräftige Strafurteil keine Strafe verwirklicht werden, und es würde das jedes rechtskräftige Strafurteil unabdingbar ergänzende sofortige Vollstreckungsverfahren in Fortfall kommen. Das ist natürlich nicht der Fall. Es handelt sich hier lediglich um eine unglückliche, de lege ferenda revisible Terminologie des Gesetzes⁹⁾.

⁸⁾ s. hierzu die Schrifttumsübersicht, S. 41 ff.

⁹⁾ Diese Unklarheit im Ausdruck hat offenbar auch die Auffassung beeinflusst, die eine „zunächst bedingte Vollstreckungsstrafe“ annimmt (KMR, § 268a Anm. 1; H.-J. Bruns, in: GA 1956, S. 201).

K. Peters hatte schon eine „Nichtdurchführung des Strafverfahrens“ gefolgert für den Fall guter Führung des Verurteilten während der Bewährungszeit (Stellung des Strafrichters. 1932, S. 152); seine Feststellung ist mit einer gleichen semantischen Unklarheit der einschlägigen gesetzlichen Terminologie früherer Jahre in Beziehung zu setzen. (Weil nämlich lediglich die Einsperrung, also nur eine Modalität des Strafvollzugs innerhalb des bis zum Ende der Bewährungszeit laufenden Strafverfahrens zum Wegfall kommt, verzichtet hier der Staat durchaus nicht auf das Strafverwirklichungsverfahren. Einen solchen Verzicht kennt nur das Gnadenrecht, das auch — anders als das vorliegende Rechtsinstitut — nicht zur Zuständigkeit des Erkenntnisrichters gehört.)

Umso mehr ist demgegenüber hervorzuheben, daß mit der ideellen Sachgestaltung, die ihren Abschluß in dem im Urteil gestalteten Recht erreicht, die Aufgabe des Rechtsinstituts nur zur Hälfte erfüllt ist. Das Ziel seiner Aufgabe wird erst mit der an das Urteil anschließenden realen Sachgestaltung erreicht; denn jedes Recht, mithin auch das Recht der Strafe durch Bewährung, soll sich in Wirklichkeit umsetzen, soll sich in der Wirklichkeit bewähren, soll sich konkretisieren. Nur so, nämlich nicht auf dem Papier, sondern im praktischen Vollzug und in der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit des gelebten Lebens, kann auch die jedem Recht innewohnende andragogische Funktion wirken.

Mit dem verurteilenden strafrichterlichen Erkenntnis ist ideell die Gewißheit eingetreten, daß die dem Verurteilten zurechenbare, schuldhaft, im Urteil vergoltene Handlung auch S ü h n e erheischt. Diese Gewißheit ist für die Beteiligten verbindlich, bedingt durch die materielle Rechtskraft des Strafurteils. Nach ihr hat der Verurteilte seine Sühneleistung in dem an das Urteil anschließenden Vollstreckungsverfahren zu erbringen. Dieselbe Rechtskraft bindet andererseits das Gericht dahin, das Recht der Bewährung durch Strafe im wesentlichen durch den Bewährungspflichtigen während der Bewährungsfrist gestalten zu lassen und über die Vollstreckung der mit der Strafsanktion deklaratorisch verkündeten Internierungsstrafe erst später, anhand des Bewährungserfolges zu befinden.

Die Sühneleistung hat der Verurteilte zu erbringen durch gute Führung während eines zwischen zwei und fünf Jahren liegenden Bewährungszeitraumes, durch Bekanntgabe seines jeweiligen Aufenthaltsortes während dieser Zeit und grundsätzlich auch durch Erfüllung besonderer, die generelle Auflage der Bewährung intensivierender Auflagen und Weisungen.

Nach der Einordnung des Rechtsinstituts in den materiellen Vorschriften des Strafgesetzbuches und nach der Bereitstellung der formellen Vor-

Aus unerfindlichen Gründen fand Maria Demski den Ausdruck „Bewährungsaussetzung“ und verwandte darauf eine ganze Dissertation. Es ist naheliegend, daß diese terminologische Entgleisung nicht als Grundlage für eine Erkenntnis der juristischen Eigenart des Rechtsinstituts dienen und nur geeignet sein kann, die verwirrend-unzutreffende Begriffsbildung des Gesetzes zu überbieten.

Die Unzulänglichkeit der gesetzlichen Terminologie wird auch von W. Lindemann kritisiert (Jur. Diss., S. 78 f.) Er schlägt vor, die Bezeichnung „Bewährungsstrafe“ einzuführen und davon die „Vollstreckungsstrafe“ (als solche bezeichnet er — *nur* — die Einsperrungsstrafe) zu unterscheiden. Weil er damit aber übersieht, daß die vom Verurteilten zu vollziehende Bewährungsstrafe ebenso wie der Vollzug der Einsperrungsstrafe eine Strafvollstreckung darstellt, kann auch nicht mit seinen Bezeichnungen dem Mangel des Gesetzes begegnet werden.

schriften, die die Verwirklichung dieses materiellen Rechts im Sinne vergeltender Gerechtigkeit sicherstellen, ist der Schluß berechtigt, daß der erkennende Richter bei Anwendung des Rechtsinstituts eine *e c h t e S t r a f e* verhängt.

Um dieses Ergebnis zu bestätigen, stellt sich die Frage, ob hier auch die an eine Strafe zu stellenden Anforderungen erfüllt sind. Danach ist im einzelnen zu beantworten:

- 1) Ist die Strafe der §§ 23 ff. StGB geeignet, dem Verurteilten ein Straf-
übel aufzuerlegen und von diesem als Leid empfunden zu werden?
- 2) Um welche Art von Strafe handelt es sich und entspricht diese Strafart
auch den Vorstellungen unseres Kulturkreises von Recht und Huma-
nität?
- 3) Wird die Strafe der §§ 23 ff. StGB allen legalen Strafzwecken gerecht?
- 4) Stellt ein sich dem rechtskräftigen Straferkenntnis unmittelbar anschlie-
ßendes Vollstreckungsverfahren die Befriedigung des Strafanspruches
sicher?

1. Die Frage nach dem Strafübel und der Leidempfindung

Diese Frage ist gerechtfertigt aus der anerkannten Vorstellung, dem Täter müsse für seine Negierung der gesetzlich gebotenen Normen des mitmenschlichen Verkehrs mit empfindlichem Nachdruck klar gemacht werden, daß sein Verhalten von der Rechtsordnung mißbilligt wird, welche mit der Übelszufügung gleichzeitig die bessere Einsicht des Täters für dessen künftige Lebensführung nachhaltig zu erreichen sucht. In dieser an jede Überlegung staatlichen Strafens prinzipiell zu stellenden Forderung sind auch die in der dritten Frage erwähnten anerkannten Strafzwecke integrativ erfaßt. Nun läßt sich das Empfinden des Verurteilten, das immer der subjektive Ausdruck einer jeweils verschiedenen Individualität ist, für eine einheitliche Beantwortung der Frage nicht bindend festlegen; denn wenn auch alle Umstände dafür sprechen, daß es sich bei den hier einschlägigen Tätern oft um erstmals straffällig gewordene handelt, die möglicherweise bereits ein Ermittlungsverfahren wie ein Alpdruck belastet, meist aber mindest um solche Menschen, die schon mit dem Schuldspruch und mit dem in der richterlichen Straferkenntnis bezüglich ihres Tuns zum Ausdruck gebrachten Unwerturteil empfindlich getroffen werden, so ist damit noch nicht gesagt, ob auch jeder zur Bewährungsstrafe verurteilte mit dem Straferkenntnis und der anschließenden Vollstreckung ein Übel empfindet und Leid überwindet. Daher ist zur einheitlichen Beantwortung der Frage

ein objektiver Maßstab erforderlich. Sauer hat bereits im Jahre 1928 mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß wir das der Strafe inhärente Übel und Leid keineswegs aufzufassen haben als ein körperliches Leiden oder eine seelische Peinigung des Verurteilten, sondern daß das Wesen der Strafe vielmehr darin bestehe, dem Verurteilten als Folge seiner Schuld Rechtsnachteile erwachsen zu lassen. Diese Rechtsnachteile äußern sich in einer Schmälerung von Rechtsgütern. Zu den der Strafe zugänglichen Rechtsgütern gehören vor allem das Vermögen und die Freiheit. Die Strafe ist also demnach ein Übel i. S. von Rechtsnachteil. Diesem Übel korrespondiert als Leid eine Steigerung von Pflichten, die mit dem Vollzug der Strafe, insbesondere den damit gesetzten Auflagen und Beschränkungen herbeigeführt wird.¹⁰⁾ Zustimmung übernehmen wir diese Gedankengänge und gewinnen für die Beantwortung unserer Frage folgendes Ergebnis:

Dem zur Bewährungsstrafe Verurteilten erwachsen Nachteile an seiner Freiheit und an seinem Vermögen:

Die Vermögensnachteile sind mit den Imponderabilien gegeben, die durch die Tatsache des Bestraftseins, besonders durch den langjährigen Niederschlag im Strafregister und in polizeilichen Führungszeugnissen und durch Auskunft aus dem Strafregister, ausgelöst werden¹¹⁾.

Um die Rechtsnachteile an der Freiheit des Verurteilten zu erkennen, ist diese im weitesten Sinn zu erfassen:

Jede Beeinträchtigung, die einem freien Individuum im Gegensatz zu anderen freien Staatsbürgern an seiner Freiheit widerfährt, ist ein Rechtsnachteil an der allen Staatsbürgern verfassungsrechtlich garantierten Freiheit und Gleichheit. Hier wird nun in der Beschränkung der Betätigungs- und Entschließungsfreiheit des Willens des Verurteilten (dessen von der Rechtsordnung negativ zu bewertende Tendenzen für die Zukunft ausgeräumt werden sollen) der Rechtsnachteil bereits gesetzt mit der generellen Auflage der Bewährung durch gute Führung während eines jahrelangen Zeitraumes und der Verpflichtung, jeden Wechsel des Aufenthaltsortes der Justizbehörde anzuzeigen. Grundsätzlich treten auch durch intensivierende Auflagen und Weisungen weitere Freiheitsbeschränkungen, insbesondere

¹⁰⁾ W. Sauer: Die Strafe als Steigerung von Pflichten. In: Der Gerichtssaal. Bd. 97 (1928), S. 27 ff., bes. 30 ff.

¹¹⁾ Diese sind, wenn auch im einzelnen nicht generell aufweisbar, so doch unwiderleglich vorhanden. Sie können sich beispielsweise vom Ausschluß als Bewerber für eine finanziell günstige Mietwohnung, über verminderte Heiratsaussichten bis zum beruflichen Nachteil des Stellungssuchenden erstrecken.

solche des kurzfristigen Freiheitsentzuges¹²⁾ und möglicherweise auch weitere Vermögensnachteile¹³⁾ hinzu.

Was schließlich das im Vollzug der Bewährungsstrafe zu überwindende Leid durch Pflichtensteigerung anbelangt, so ist diese bei dem Vollzug keiner anderen Strafe augenscheinlicher, als bei dem der Bewährungsstrafe: Der Täter hat durch seine Handlung die Rechtsordnung negiert und dadurch die Mangelhaftigkeit seiner Willensbetätigung und Willensentschließung im Hinblick auf das rechtlich zulässige aufgewiesen: bei der Bewährungsstrafe wird nun die Steigerung der Pflichten des Subjekts als das von Sauer herausgestellte „einheitliche Ziel der Strafe“¹⁴⁾, dessen Sinnerfüllung in der Herbeiführung des von der Rechtsordnung gebotenen Zustandes, nämlich der Befriedigung des staatlichen Strafanspruches liegt, in einer einzigartigen Verschränkung mit der an erster Stelle als Strafsanktion stehenden Determinierung des subjektiven Willens des Verurteilten offenkundig.

Im Gegensatz zum Bewährungspflichtigen hat der gesetzestreue Rechtsgenosse die Befugnis, im Umkreis seines Rechts so zu handeln, wie es ihm seine eigenen Motive eingeben; sein subjektives Recht basiert also auf der psychologischen Tatsache des Willens. Auf derselben Tatsache basiert auch die Pflicht; wenn deshalb das Gericht in Anwendung des Rechtsinstituts dem Verurteilten Pflichten auferlegt, dann wendet es sich an den Willen dieses Menschen, indem es motivsetzend auf ihn einwirkt. Der Bewährungspflichtige soll so handeln, wie es ihm das Gericht mit dem Urteilspruch und möglicherweise auch während der anschließenden Urteilsvollstreckung jeweils vorschreibt.

Aber wie beim subjektiven Recht die Willensherrschaft, so ist bei der Pflicht die Unterwerfung des Willens nicht Selbstzweck der Rechtsordnung: Die Willensherrschaft ist dem Subjekt verliehen, damit es seine Interessen in freier Betätigung fördere und schütze. Die Verpflichtung wird dem Verurteilten auferlegt, damit er durch sein Verhalten ein der Rechtsordnung erwünschtes und ein für den durch seine Tat Verletzten günstiges Resultat

¹²⁾ Beispielsweise folgende Auflagen: Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen der Volkshochschule oder an einem Unterricht der Verkehrspolizei; die Verpflichtung, zu bestimmten Zeiten Dienst in einer caritativen Organisation zu verrichten; oder in bestimmten Zeitabständen wiederholt beim Bewährungshelfer, beim Geistlichen oder beim Psychotherapeuten vorzusprechen usw.

¹³⁾ Beispielsweise die Weisung, die Durchführung eines zur Auflage gemachten Fernstudiums zu finanzieren oder die Studiengebühren einer zur Auflage gemachten Fachausbildung zu entrichten.

¹⁴⁾ W. Sauer, aaO., S. 35.

herbeiführe, das — dem erziehenden Willen des Rechtsinstituts entsprechend — letztlich dem Verurteilten selbst zugute kommen soll. So wird in dieser Tatsache gleichzeitig die andragogische Funktion des Rechtsinstituts erkennbar: statt durch eigene Organe das gewünschte Resultat herbeizuführen¹⁵⁾, wendet sich der Staat an den Willen des Subjekts, zu dessen — gleichzeitig die sittliche Läuterung involvierenden — Rechtsnachteil die Veränderung stattfinden soll. Durch diesen Umweg, den der Staat über den Willen des Bewährungspflichtigen nimmt, wird dessen Persönlichkeit in ihrem selbständigen Wert anerkannt.

Der staatliche Strafanspruch kann wohl auch anders als durch das Verhalten des Verpflichteten liquidiert werden: durch Amnestierung, durch Einzelbegnadigung oder durch vollzugsbehördliche Vollstreckung der mit der Bewährungsstrafe deklaratorisch verkündeten Internierungsstrafe im Falle der Nichtbewährung des Verurteilten. Solange aber der Staat den Weg über den Willen des Verurteilten nimmt, erlegt er diesem die Aufgabe des Vollzugs der Strafe und ihrer Vollstreckung als Pflicht auf und in demselben Maße, in dem der Bewährungspflichtige in seiner Person und in eigener Regie den Vollzug und die Vollstreckung der ihm zuerkannten Strafe übernimmt, wird ihm das Übel bewußt, das ihm durch die Verurteilung auferlegt wurde;¹⁶⁾ er wird auch das damit verbundene Leid empfinden während der jahrelangen Bewährungszeit, die grundsätzlich durch intensivierende Anordnungen mit entsprechendem Nachdruck ausgestaltet ist, und durch die Tatsache der lange Jahre nachhaltenden, das weitere Fortkommen in der Regel äußerst hemmenden Registrierung seiner Verurteilung im Strafregister¹⁷⁾.

In Beantwortung der ersten Frage steht somit fest, daß die Strafe der §§ 23 ff. StGB geeignet ist, dem Verurteilten ein Strafübel aufzuerlegen und von diesem auch als Leid empfunden zu werden.

¹⁵⁾ Wie dies der Fall ist bei Vollstreckung der Zuchthaus-, Gefängnis-, Haft-, Einschließungs- und Geldstrafen.

¹⁶⁾ Es ist auch nirgends dekretiert, daß das „Strafübel“ nur in einem durch staatliche Internierung vollzogenen Freiheitsentzug bestehen dürfe. Schließlich spricht man auch nicht der Geldstrafe die Funktion eines Strafübels ab.

¹⁷⁾ Auch für den Fall einer nach § 25/I StGB möglichen Anordnung beschränkter Auskunft aus dem Strafregister ist sichergestellt, daß dem Bestraften trotz Verbüßung der Strafe der Makel der Verurteilung noch lange Jahre anhaftet. (Nur eine Tilgung des Strafeintrages würde diesen Makel ausräumen).

2. Die Frage nach der Straftat

Wir sind eingangs davon ausgegangen, daß eine echte Strafe verhängt wird. Bei Beantwortung der Frage zu 1. sahen wir weiter: mit der Straf-sanktion der §§ 23 ff. StGB werden, den an eine echte Strafe zu stellenden Anforderungen von Strafübel und Leidempfindung entsprechend, Rechts-nachteile verhängt, die sich überwiegend auf die persönliche Freiheit des Verurteilten auswirken; gleichzeitig wird auf eine Steigerung von Pflichten des Verurteilten erkannt, die geeignet ist, die Verbüßung der Strafe in der Freiheit auch zu gewährleisten und schließlich ist auch für den Fall des Mißachtens der Verpflichtung seitens des Verurteilten die Vollstreckung seiner Freiheitsstrafe durch vollzugsbehördlichen Zugriff mit Gewißheit sichergestellt.

Es liegt demnach eine Freiheitsstrafe vor und damit eine Straftat, die auch den Vorstellungen unseres Kulturkreises von Recht und Humanität entspricht.

3. Die Frage nach Erfüllung der legalen Strafzwecke

Ausgehend von der empirischen Erkenntnis, daß für die Gesellschaft, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, die Einrichtung der Strafe eine soziale Notwendigkeit ist, haben Lehre und Rechtssprechung zur Beantwortung der Frage nach dem Wesen und der Zielrichtung des staatlichen Strafen-Müssens und Strafen-Dürfens verschiedene Zwecke¹⁸⁾ herausgearbeitet, deren Niederschlag auch in dem geltenden Strafgesetz unverkennbar ist¹⁹⁾. Ein staatliches Reaktionsmittel, das den anerkannten Strafzwecken entspricht, wird, indem es damit seine sozioethische Rechtfertigung als staatliche Strafe erfährt, gleichzeitig als solche ausgewiesen. Aus dieser Überlegung erweist sich die Notwendigkeit der Beantwortung der zu 3. gestellten Frage.

Die legalen Strafzwecke sind:

- a) Vergeltung für begangenes Unrecht
- b) Rechtsbewährung sowie Stärkung der Rechtstreue der Rechtsgenossen
 bzw. Abschreckung vor Rechtsuntreue
- c) Erziehung und Besserung des Täters durch Sühneleistung
- d) Genugtuung des Verletzten.

¹⁸⁾ Vgl. R. Maurach: Strafrecht. Allg. T., S. 39 ff. mit weiteren Nachweisen.

¹⁹⁾ Vgl. Ed. Dreher: Strafe, S. 18.

Der unter a) genannte Strafzweck wird dadurch erfüllt, daß die Bewährungsstrafe, die, wie oben festgestellt, ein Strafübel darstellt und Leidempfindung auszulösen vermag, gesetzlich verankert ist (§§ 23 ff. StGB) als eine von Rechts wegen ausgelöste Folge schuldhafter Tat: eine Rechtstatsache, die die Vorstellung gerechter Vergeltung für begangenes Unrecht in sich schließt.

Mit dem unter a) genannten Strafzweck entspricht die Strafsanktion aber gleichzeitig auch den unter b) und c) genannten Zwecken. Denn hier handelt es sich einerseits um die sozialpsychologische Auswirkung des Vergeltungsgedankens: Durch die Tatsache des Ausspruches und der mit der Rechtskraft des Urteils eintretenden Vollstreckung der Strafe²⁰⁾ wird in der Allgemeinheit die Überzeugung wachgerufen, daß die Strafe dem Verbrechen unausbleiblich folgt und eine Auflehnung gegen das Gesetz zwecklos ist; andererseits handelt es sich um die individualpsychologische Auswirkung²¹⁾: Im persönlichen Straferlebnis widerfährt dem Täter die sühnende Funktion der Vergeltungsstrafe; sie erlegt ihm Beschämung auf, indem sie sein Tun tadelt und seine Ehre mindert; sie nimmt ihm das Recht und die Würde der freien Person, uneingeschränkt über sich selbst zu bestimmen; sie legt ihm Entbehrungen auf, indem sie seine Begierden anfaßt und ihn in Furcht versetzt vor dem Damoklesschwert des vollständigen Freiheitsentzuges und Ausschlusses aus der Gemeinschaft durch vollzugsbehördliche Vollstreckung für den Fall, daß er der Gemeinschaft die ihm auferlegten Opfer vorenthält.

Ebenso wie die böse Tat Ausfluß des freien Willens ist, kann hier der Täter von ihr durch seine freiwillige Sühneleistung gelöst und von ihrem Makel gereinigt werden²²⁾ und immer dann, wenn diese Reinigung auch zu einer inneren Umkehr geführt hat, ist das in der sühnenden Funktion liegende andragogische Ziel erreicht: der Täter ist wieder gemeinschaftsfähig geworden²³⁾.

Schließlich wird auch der unter d) genannte Strafzweck erfüllt: Als Mitglied der strafenden Gesellschaft erfährt der Verletzte als Einzelperson im selben Maße wie jene, Genugtuung, nachdem die Strafsanktion den bisher erörterten Strafzwecken entspricht. Um einem über das Sozialinteresse an der Sühneleistung des Verurteilten hinausgehenden Einzelinteresse eines durch die Tat in seiner rechtlich geschützten Individualsphäre verletzten

²⁰⁾ Auf das bereits oben angeschnittene Vollstreckungsverfahren wird bei Beantwortung der Frage zu 4. nochmals einzugehen sein.

²¹⁾ Der damit verbundene Bildungsprozeß wird weiter unten dargestellt.

²²⁾ Platon, Gorg.

²³⁾ M. Scheler: Formalismus, S. 378 f.

Rechtsgenossen Genugtuung zu verschaffen, bietet gerade die durch geeignete Auflagen und Weisungen intensivierte Strafsanktion in besonderem Maße Gewähr für eine ausgleichende Gerechtigkeit.

In Beantwortung der dritten Frage ist damit festzustellen, daß die Strafe der §§ 23 ff. StGB allen legalen Strafzwecken gerecht wird.

4. Die Frage danach, ob eine dem rechtskräftigen Urteil unmittelbar folgende Strafvollstreckung die Befriedigung des Strafanspruches sicherstellt

Die Berechtigung und positive Beantwortung dieser Frage wurde bereits zu Beginn dieses Kapitels aufgezeigt. Insoweit darf hier auf das dort Gesagte verwiesen werden.

Die Vollstreckung der zu Recht erkannten Haft-, Einschließungs- oder Gefängnisstrafe wird durch das Rechtsinstitut „zur Bewährung ausgesetzt“. In diesem „Zur-Bewährung-Ausgesetzt“ liegt aber, wie wir sahen, der Vollzug einer eigenen Strafe begründet, bei der es sich ebenso wie bei den hier genannten Internierungsstrafen, um eine Freiheitsstrafe handelt.

Hier setzt also mit dem ersten Tag der Bewährungsfrist durch den Verurteilten selbst der Vollzug einer Freiheitsstrafe ein und zwar mit dem Ziel der Strafvollstreckung²⁴⁾, die auch für den Ausnahmefall eines Versagens des Bewährungspflichtigen durch vollzugsbehördliche Vollstreckung sichergestellt ist.

Der demgegenüber feststehende Regelfall ist freilich besonders hervorzuheben, weil er — wie dem Ergebnis unserer Wesens- und Begriffsbe-

²⁴⁾ Irreführend ist hier eine andere Ansicht von W. Lindemann: er charakterisiert die Bewährungszeit als Vollzug einer Freiheitsstrafe durch den Bewährungshelfer (Jur. Diss., S. 84). Abgesehen davon, daß diese Auffassung in den Fällen versagen muß, in denen kein Bewährungshelfer bestellt wird, wird hier übersehen, daß die Unterstellung des Verurteilten unter einen Bewährungshelfer als Auflage selbst einen Teil der Bewährungsstrafe ausmacht, den außer dem Verurteilten ein anderer Mensch überhaupt nicht zu vollziehen vermag. Auch verkennt W. Lindemann, indem er nur einen Vollzug der Bewährungsstrafe im Auge hat, das Wesen und damit die Intention des Rechtsinstituts. Diese reicht nämlich weiter: Sie geht dahin, den staatlichen Strafanspruch mit Hilfe der Aktivität des Verurteilten zu liquidieren, m. a. W., das Strafurteil durch ihn auch zu vollstrecken.

stimmung zu entnehmen sein wird — ebenso den essentiellen Bestand des dem Rechtsinstitut eigenen Wesensgehaltes ausmacht, wie er für die Formulierung des diesem Gehalt entsprechenden Rechtsbegriffes bestimmend sein muß:

Der Verurteilte stellt die Befriedigung des staatlichen Anspruches auf seine, des Verurteilten, Bestrafung und deren Vollstreckung sicher, indem er das Rechts- (= Straf-) verwirklichungsverfahren, welches unmittelbar an das gegen ihn ausgesprochene rechtskräftige Strafurteil angeschlossen wurde, über das Stadium eines teilweisen Selbstvollzugs erfolgreich zum Endpunkt dieses Verfahrens und damit zur Urteilsvollstreckung hinführt. Das ist der Regelfall. Diese Rechtstatsache einer vom Bewährungspflichtigen selbstvollzogenen Strafvollstreckung wird auch nicht dadurch beeinträchtigt, daß im Zeitpunkt ihres Eintrittes der das Strafverfahren beendigende richterliche Beschluß gemäß § 25 Abs. 1, Satz 1 StGB, § 453 StPO getroffen wird. Er verleiht dieser Rechtstatsache vielmehr die judizielle Deklaration. Wie einerseits dieser Beschluß aufgrund der Selbstvollstreckung des Bestraften rechtsnotwendig ausgelöst wird, hat letzterer andererseits in diesem Fall ein Recht auf seinen Erlaß. Inhaltlich betrachtet, stellt der Beschluß lediglich den Wegfall des staatlichen Anspruches auf Vollstreckung der vor Jahren hilfsweise verhängten *Internierungsstrafe* fest. Auf jeden Fall kann der Richter diese Feststellung erst treffen, nachdem eine Strafvollstreckungsleistung des Verurteilten vorangegangen ist, die geeignet war, den gegen denselben bestandenen Anspruch des Staates auf verwirklichte Bestrafung zum Erlöschen zu bringen. Die Entscheidung ist zu begründen; vor ihren Erlaß muß dem Bestraften rechtliches Gehör gewährt werden (§ 453 Abs. 1, Satz 2 StPO).

Aus alledem ergibt sich, daß die gemäß § 25 Abs. 1, Satz 1 StGB, § 453 StPO getroffene Entscheidung *nicht* etwa eine behördliche, den Selbstvollstreckungsstrafvollzug abschließende konstitutive *Vollstreckungsmaßnahme* darstellt.

Hinsichtlich unserer zuletzt aufgeworfenen Frage kommen wir gleichzeitig zu dem positiven Ergebnis, daß das auf Freiheitsstrafe (grundsätzlich ohne und hilfsweise mit Einsperrung) lautende Urteil auf jeden Fall die diesem Urteil entsprechende Gestaltung des tatsächlichen Zustandes erfährt: Der Strafanspruch wird erfüllt entweder durch freiwillige Sühneleistung des Verurteilten in selbstvollzogener Strafvollstreckung oder zwangsweise, durch vollzugsbehördliche Strafvollstreckung.

Drittes Kapitel

Die dem Rechtsinstitut eigentümliche Rechtsnatur Zusammenfassung und Ergebnis

- a) Das in der juristischen Fachliteratur vielbesprochene, im Hinblick auf seine Rechtsnatur bisher jedoch ungeklärte Rechtsinstitut der sogenannten Strafaussetzung zur Bewährung stellt sich nach seiner Regelung *lege lata* als ein neuartiges strafrechtliches Reaktionsmittel dar, das alle Voraussetzungen einer staatlichen Strafe erfüllt.
- b) Das *Vollstreckungsverfahren* zeigt sich in einer einzigartigen, andragologisch wirksamen, ganzheitlichen Verschränkung als notwendige Folge und Ergänzung des rechtskräftigen *Straferkenntnisses*. Das ist eine Rechtstatsache, die der Gesetzgeber bei der Begriffsbildung „Strafaussetzung zur Bewährung“ außer acht gelassen hat und die deshalb die Nomenklatur des Gesetzes als unzutreffend ausweist.
- c) Es handelt sich um eine neuartige Freiheitsstrafe; um eine Freiheitsstrafe mit modifizierter Vollstreckung:
Die Verwirklichung des zu Recht erkannten Strafanspruches des Staates wird sichergestellt durch eigene Vollstreckung der Strafe (selbstvollziehende Strafvollstreckung) seitens des Verurteilten (= Sühneleistung durch Bewährung in gebundener Freiheit), die vikariierend gekoppelt ist mit vollzugsbehördlicher Strafvollstreckung (= Internierung des Verurteilten in einer Strafanstalt).
- d) Die modifizierte Strafvollstreckung erschöpft sich grundsätzlich in der Vollstreckung, zu deren Ausführung sich der Bewährungspflichtige verpflichtet hat, d. h. also, daß die Vollstreckung durch den Verurteilten selbst, den Vorrang vor der vollzugsbehördlichen Vollstreckung hat.

DRITTER ABSCHNITT

DIE ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTLICHE CHARAKTERISTIK

Erstes Kapitel

Wesens- und Begriffsbestimmung

I.

Vom Ursprung sozialer Institutionen Die Projektionsgruppe

Der vorangegangenen rechtswissenschaftlichen Charakteristik lag das Rechtsinstitut in seiner lege lata bestimmten Form zu Grunde. Wir konnten dabei feststellen, daß der Gesetzgeber das Institut in den Dienst der Andragogik gestellt hat. Dieses In-den-Dienst-Stellen durch den Gesetzgeber entspricht dem — wie im folgenden nachzuweisen sein wird — geschichtstiefen andragogischen Sachgehalt, aus welchem heraus sich auch die Andragogik zur In-den-Dienst-Nahme des Rechtsinstituts berufen und verpflichtet weiß.

Um das Wesen einer Erscheinung zu bestimmen, ist es erforderlich, ihren Gehalt aufzudecken, der stets gegeben ist, wie auch immer sie ausgestaltet sein mag. Daher interessieren im folgenden nicht, wie oben, die Ausgestaltungsmerkmale des Rechtsinstituts, sondern die früheste historische Gegebenheit, aus der sich ein lebendiger Zusammenhang mit der Gegenwart vermuten läßt. Der Anfang der Entwicklung liegt dort, wo zum ersten Mal mit einer rechtspflegerischen Institution derselbe Zweck verfolgt wurde, dem heute das Rechtsinstitut dient. Jede andere historische Erscheinung, der ein anderer oder abgewandelter Zweck zu Grunde liegt, scheidet damit von vornherein aus der zur Wesens- und Begriffsbestimmung notwendigen geschichtlichen Betrachtung aus. Das Wissen um die nicht seltene Tatsache eines Zweckwandels sozialer Institutionen¹⁾ bewahrt uns davor, Erscheinungen zu erörtern, die nur scheinbar die Entwicklung tragen, die einzeln betrachtet als Rechtsaltertümer interessant und

¹⁾ W. Wundt: Ethik, 4. Aufl. Bd. 1, S. 118 ff.

Gg. Jellinek: Allg. Staatslehre, S. 42 ff.

L. Brütt: Kunst der Rechtsanwendung, S. 62 ff.

wissenswert sein mögen, für das Verständnis des Wesens einer Institution aber nicht mehr als toter Ballast wären.

Wenn Georg Jellinek in diesem Zusammenhang herausstellt, daß jede soziale Institution ihren Ursprung „bewußten Willensakten“ verdankt²⁾, und jede Zweckabsicht letztlich dem sozialen Gemeinschaftsbezug entspringt³⁾, dann korrespondiert diese Einsicht im Grunde der Arbeitsmethode des Andragogen, der die einzelnen Entwicklungserscheinungen nach ihren sozialen Denkprodukten auswertet. Unter letzteren verstehen wir geistige Verabsolutierungen, die sich bei der Kontaktnahme einzelner Menschen im Spannungsfeld der sozialen Auseinandersetzungen mit den Lebensbedürfnissen und Lebensnötigungen gebildet haben.

Immer, wenn eine unmittelbare Kontaktnahme erfolgt, mit dem Ziel, einen konkreten Lebensvorgang gemeinsam zu bewältigen, entstehen „echte Gruppen“ (Karl Seiler) und ein gemeinsames Gruppenerlebnis, welches die geistigen Potenzen der einzelnen Gruppenmitglieder wirksam werden läßt und ihr Handeln und Denken determinierend bestimmt. So ergeben sich Gruppendeterminationen, die dann ihrerseits die individuellen Determinationen beeinflussen und aus der Summe aller Determinationen entwickelt sich schließlich der Gruppengeist, d. h. die aus der konkreten Lebenssituation gemeinsam gefundenen geistigen Abstraktionen oder, wie wir es nennen werden, das soziale Denkprodukt.

Jede historische Gegebenheit verkörpert in diesem Sinn soziales Leben, ist gegenständlich und inhaltlich der geistig verabsolutierte Erlebniskern (Gruppengeist) einer echten Gruppe. Solange dieser Geist noch subjektiv von den Mitgliedern der echten Gruppe getragen wurde, handelte es sich um die aktuelle Auseinandersetzung mit der in der jeweiligen Gegenwart zur Bewältigung anstehenden Lebenssituation. Er wurde aber zur geschichtlichen Gegebenheit, sobald die einzelnen Gruppenmitglieder durch irgendwelche innere und äußere Umstände bedingt, wegfielen. Von nun an wirkte er als latente, projektiv-prägende Kraft, welche den Anstoß gibt zur Bildung einer neuen echten Gruppe, sobald wiederum eine gleiche Lebenssituation zur Bewältigung ansteht. Mit Karl Seiler bezeichnen wir diese geschichtsträchtige Kraft als „Projektion“; aus der damals gegenwärtigen echten Gruppe ist die geschichtliche „Projektionsgruppe“ geworden, der sich eine neue echte Gruppe jeweils unterordnet, und von der sie ihre Kraft und

²⁾ aaO., S. 49

³⁾ aaO., S. 48

Ausrichtung erhält⁴⁾). Daraus ergibt sich auch, daß die sozialen Denkprodukte zu verschiedenen Zeiten nicht eigentlich selbständig sind. Sie besagen nur soviel, daß die alten Projektionen zu einer bestimmten Zeit unter bestimmten Bedingungen neu erlebt wurden. Auf die historische Tradition unseres Rechtsproblems übertragen bedeutet dies, daß wir die einzelnen Resultate, welche zeitlich nach der von der Ursituation gestifteten Projektion liegen, wohl achten und schätzen, sie aber nicht als Maßstab für unsere heutige Situation anlegen. Sie sind uns nur eine Bestätigung dafür, daß die alte Projektionsgruppe einerseits eine Vielzahl echter Gruppen zu umfassen und damit ihre Geschichtstiefe zu vergrößern vermochte, und daß sie sich ungeachtet des Bestandes dieser echten Gruppen auch kontinuierlich bis in unsere Zeit erhalten hat. Wir werden weiter erkennen, daß wir die Antworten zum Verständnis für die heutige Situation der Bewährungshilfe unverfälscht aus dem Prozeß der Projektionsgruppe, aus dem sozialen Urerlebnis, erhalten können. In zweiter Linie würden wir erst Rückgriff nehmen auch auf die späteren Gruppenprozesse, nämlich dann, wenn wir von den ursprünglichen Projektionen auf eine bestimmte Gegebenheit keine Antwort erhalten können.

II.

Die Ursituation des Rechtsinstituts

1. Die heidnische Strafrechtspraxis in der Antike

Das Urerlebnis der Bewährungshilfe erfolgt im Frühchristentum; zu einer Zeit also, in der die christliche Kirche am Ende der Antike in eine Weltordnung eintritt, die sich längst im inneren Verfall befindet und dem Untergang entgegensieht. Die vorchristliche Welt des Imperium Romanum war eine „Welt ohne Liebe“⁵⁾, der ein mitfühlendes Verständnis für das Elend des gesellschaftlich Gebrandmarkten mangelte. Die Strafe diente der Rache und Wiedervergeltung. Nicht die Aufrichtung und Besserung des Täters, sondern sein Tod und seine Vernichtung, bestenfalls seine Unschädlichmachung, Diffamierung und Sicherung sollten erreicht werden. Diese Auffassung vom Sinn und Zweck der Strafe spiegelte sich im Strafvollzug der Völker des Imperium Romanum wieder⁶⁾:

⁴⁾ In diesem Verständnis sind auch wir heute mit unseren Bemühungen um eine sinnvolle Anwendung und Ausrichtung der Bewährungshilfe in einem Gruppenprozeß begriffen.

⁵⁾ G. Uhlhorn: Christl. Liebestätigkeit. Bd. 1, S. 3 ff.

⁶⁾ Darstellungen des Strafrechts der Antike überhaupt sowie der einzelnen Völker des Imperiums im besonderen betreffende Literaturangaben finden sich in: RE, in den Abschnitten zu „Strafrecht“, „Strafprozeß“ und „Crimen“.

Bei den *Römern* erfolgte die Exekution der Todesstrafe durch die sogenannte Präzipitation, d. h. durch Hinabstürzen des Verurteilten von einem Felsen, wobei nicht selten Geißelung mit Rutenbündeln oder Folterungen vorausgingen; oder aber sie erfolgte durch Erdrosselung, durch Folterung bis zum Eintritt des Todes oder durch Aushungerung während der Exekutionshaft.

Als weitere Strafarten kannten die Römer u. a.:

Prügelung; Folterung; das später an Stelle der Leibesstrafen getretene freiwillige Exil; die vom höheren Volksgerecht verhängte Landesverweisung; die Internierung im „carcer“⁷⁾ und die Verpflichtung, öffentliche Arbeiten zu verrichten (opus publicum), besonders Bergwerksarbeiten, Arbeit in den staatlichen Mühlen, bei den Gladiatorenspielen und Tierkämpfen (damnatio ad metalla, ad pistrinum, ad ludum gladiatorum oder ad gladium und ad bestias).

Die *Griechen* vollstreckten die Todesstrafe durch das Gift, den Strang, die Keule oder das Schwert; durch Ertränken oder Pfählen; durch Hinabstoßen von einem Felsen oder in eine tiefe Höhle. Weitere Strafarten waren u. a.: die Atimie (bürgerliche Ehrlosigkeit), die Knechtschaft (Versetzung in den Sklavenstand), die Beschimpfung (ὄνειδος, durch allerlei öffentliche Bloßstellungen, z. B. Reiten auf einem Esel), die Steliteusis, d. i. die Aufrichtung einer Schandsäule für flüchtige oder geächtete oder für hingerichtete Verbrecher. Außerdem: Geld- und Vermögensstrafen, zu denen als strafscharfende Zusatzstrafe eine zeitlich begrenzte Gefängnishaft hinzutreten konnte; die Verbannung; die Prügelstrafe (die Verurteilten wurden bisweilen durch die Stadt gepeitscht). Die Gefängnisstrafe als solche war weniger üblich; wenn jedoch eine Einsperrung erfolgte, wurde sie unter Fesselung durchgeführt (vgl.: δέσμος = die Fessel, δεσμοτήριον = das Haus der Fesseln — vulgärer Ausdruck für das Gefängnis). Die Fesseln waren verschiedener Art: entweder ein hölzernes, jochähnliches Halsband, das den Gefangenen nötigte, sein Haupt niederzubeugen, oder eine hölzerne Fessel mit fünf Löchern zum gleichzeitigen Fesseln von Hals, Händen und Füßen, oder auch ein Beineisen zum Einzwängen der Schenkel und Waden.

Die *Juden* kannten vor allem die Wiedervergeltung durch Blutrache und eine Reihe leiblicher Strafen; u. a. die Kreuzigung, den Galgen, die Erdrosselung, die vielgestaltige Ausrottung (exterminium), die Enthauptung, den

⁷⁾ Die lebenslängliche Internierung wurde in der Kaiserzeit wohl abgeschafft: Dig. 48 tit. 19 de poen. 1. 35; daß aber die Statthalter nicht immer und überall dieses Gesetz beachtet haben mochten, ist einer Kritik Ulpians (Dig. 48 tit. 19 de poen. 1. 8 § 9 Solent.) zu entnehmen.

Feuertod auf verschiedene Arten, die Steinigung, die Präzipitation, das Ertränken in einem Sack, das Lebendigzersägen, das Prügeln, Geißeln und Verstümmeln.

Die Ägypter kannten u. a. die Todesstrafe (gewöhnlich durch Schwert oder Strang); die Verstümmelung (Herausschneiden der Zunge, Abhacken der Hände, Abschneiden der Nase; Gefängnishaft; Prügelstrafe; Zwangsarbeit (vor allem zu Bauarbeiten und Bergwerksarbeiten bei Fesselung der Füße der Verurteilten und unter strenger Aufsicht bei Stockschlägen).

Die Assyrier und Babylonier vollstreckten die Todesstrafe durch Enthauptung, Pfählung, Abziehen der Haut, Vorwerfen vor Hunde, vor wilde Tiere oder Verbrennung; sie kannten die Freiheitsstrafe im Gefängnis, meist unter Fesselung und Auferlegung sonstiger Qualen; Verstümmelungen, wie Abhacken der Hände, Abschneiden der Nase, der Ohren, oder Ausstechen der Augen.

Die durch eine solche Strafrechtspraxis im sozialen Organismus eingetretene Verhärtung wurde von einzelnen heidnischen Philosophen erkannt, die von ihnen zur Entspannung der Situation entworfenen Straftheorien konnten sich jedoch nicht in der Praxis durchsetzen.

So hatte P l a t o n im Protagoras (324, A) vergeblich gefordert, daß die Strafe nicht tatbezogen rückwärts- sondern vielmehr täterbezogen vorwärtsschauend sein müsse. Aus einer Erklärung des Ursprungs der Delikte, die aus verschiedenen Schichten des Seelenlebens ihre psychische Nötigung erfahren⁸⁾, hat er die Möglichkeit einer Strafeinwirkung aufgezeigt, die für den Täter, wie für die Gesellschaft und den Staat von paideutischem Wert ist⁹⁾.

Auch A r i s t o t e l e s hatte in der Nikomachischen Ethik (X, c. 10, 1179, b. 23) die Strafe vor allem unter dem paideutischen Gesichtspunkt betrachtet. Nur die „unheilbaren“ Rechtsbrecher sollten aus dem Staat ausgeschlossen werden¹⁰⁾, bei den übrigen sollte mit der Strafzufügung eine Art Heilverfahren angestrebt werden. Die Strafzwecke der Generalprävention (Strafandrohung und Ausscheidung der Unverbesserlichen) und der Spezialprävention (Heilung der Verbesserungsfähigen) sollten der Erreichung des diesen Zwecken übergeordneten einheitlichen Zweckes dienen: die Erziehung des Volkes zur Tugend dadurch, daß das Streben nach ihr im Gesellschaftsleben zur stehenden Gewohnheit gemacht werde.

⁸⁾ Zur Bedeutung dieser platonischen Erkenntnis auch für unsere moderne Auffassung von der Strafe vgl. H. Nohl: Päd. aus 30 Jahren, S. 161 ff.

⁹⁾ Vgl. Gorg. 472, E ff. 479, B ff. 480, A ff. 525, B.

¹⁰⁾ Eth. Nicom. V, c. 13, 1137, a, 12 und X, c. 10, 1180, a, 4 ff.

Cicero¹¹⁾ hatte ebenfalls den Strafzweck der Besserung und Resozialisierung hervorgehoben und eingebaut in ein System von Strafen und Belohnungen, welches der als notwendig geforderten allgemeinen Volks-erziehung dienen müsse¹²⁾.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß das von den heidnischen Philosophen entworfene moralische Weltbild, das immer auch die Würde der menschlichen Freiheit an einer göttlichen Ordnung orientiert, die Folgezeit tief beeindruckt hat und in irgendeiner Form auch immer wieder aufgegriffen wurde; so von den Kirchenvätern, wie z. B. von Ambrosius und Augustinus, aber auch von Albertus Magnus und Thomas von Aquin¹³⁾. Damit blieb es letztlich dem Christentum vorbehalten, die gegen die geschilderte Verhärtung wachgerufene soziale Opposition auch in der Praxis zu behaupten; eine rasche Verbreitung der christlichen Lehre im Imperium Romanum und schließlich die Anerkennung als Staatsreligion, boten hierfür den realen Ausgangspunkt und nötigen Rückhalt¹⁴⁾.

2. Die christliche Auffassung von der Strafe

In christlicher Sicht handelt es sich bei dem Menschen, der gegen die soziale Ordnung verstößt, um einen Sünder vor Gott, denn die soziale Ordnung ist von Gott zur Erhaltung seiner Schöpfung gestiftet. Unrecht tun bedeutet Auflehnung des Geschöpfes gegen seinen Schöpfer und ist dem-

¹¹⁾ De Off. I, 11, 33; De N. D. III, 25, 84; De Orat. I, 43, 194.

¹²⁾ Livius berichtet wohl auch schon aus dem Jahre 494 v. Chr. von einer Suspension von Schuldgesetzen für die Dauer eines Feldzuges und einem damit verbundenen Gebot, die Schuldgefangenen, die zum Kriegsdienst bereit seien, zu entfesseln und aus der Haft zu entlassen; die meisten Schuldgefangenen schworen dann auch den Fahneneid und bewiesen dem Staat ihren Dank durch unübertroffene Tapferkeit (Liv. II, 23 ff.).

Diese auf einen kurzen Zeitraum beschränkt gebliebene Maßnahme kann nicht als eine solche zur Bewährung im Sinne der Besserung des Rechtsbrechers angesehen werden. Nicht nur, weil es sich hier nicht um kriminelle Rechtsbrecher handelte, sondern weil diese Maßnahme ohne jegliche erzieherische Intention angeordnet worden war und nur aus einer zeitbedingten, staatspolitischen Notwendigkeit heraus (Verweigerung des Volkes, bei den bestehenden strengen Schuldgesetzen den Kriegsdienst anzutreten) zu begreifen ist.

¹³⁾ Hierzu E. v. Hippel: Staatsphilosophie, Bd. 1.

¹⁴⁾ Ohne geschichtliche Perioden des Römischen Reiches zu unterscheiden, stellt W. Dahlinger: Jur. Diss., S. 24, eine „harmonische Vereinigung so gut wie sämtlicher Strafzwecke“, also auch desjenigen der Besserung und Resozialisierung, fest. Davon kann jedenfalls aber erst bei der von der christlichen Lehre beeinflussten römischen Strafrechtspflege der nachchristlichen Jahrhunderte gesprochen werden.

nach nicht ein soziales und sittliches Phänomen, sondern ein religiöses. Das Unrecht ist generell Verstoß gegen den göttlichen Willen und darum generell Sünde. Die christliche Lehre verachtet und verurteilt wohl die Sünde, den Sünder selbst aber will sie um der Sünde willen nicht verstoßen, nicht sein Leben zerstören; sie will ihn vielmehr aufrichtend richten und ihn mit Liebe zu einem besseren Leben hinführen. Denn auch dann, wenn Gott selbst richtet, geschieht das nicht zum Tode, sondern zum Leben. Nach seinem Vorbild, nämlich wie er sich im Alten Testament selbst und im Neuen Testament durch seinen Sohn Jesus Christus den Menschen offenbart, gibt er das Maß für alles menschliche Recht tun, das nach seiner Weisung geschehen soll und zuletzt im Endgericht sich verantworten muß. So erscheint Gott in der alttestamentlichen Offenbarung¹⁵⁾ als „Deus Iustus“ und schließt mit den Menschen einen „Bund“¹⁶⁾, den er stets wieder erneuert, sooft er gebrochen wird. Im adamitischen¹⁷⁾, noachitischen¹⁸⁾, sinaitischen¹⁹⁾, prophetischen²⁰⁾ Bund entfaltet Gott als Richter seine Gerechtigkeit und gleichzeitig seine Gnade und Vergebung, indem er bezeugt, daß dieses Gericht für die Menschen ihr Dasein erhaltend ist²¹⁾. Gott gibt den Menschen s e i n Gesetz, in dem er das menschliche Verhalten und die Pflichten der Menschen gegenüber ihren Schöpfer, aber auch untereinander, dem Nächsten gegenüber, bestimmt. Mit der Anerkennung dieses Gesetzes im Neuen Testament als des „den Heiden ins Herz geschriebenen“ Gesetzes²²⁾ und neben der von Christus selbst als Weisung verkündeten „Goldenen Regel“²³⁾ des Alten Testaments übernimmt die christliche Lehre diese Offenbarungsreligion, um nach ihr und dem Beispiel Jesu Christi, welcher gekommen ist, „nicht die (vor Gott) Gerechten, sondern die Sünder

¹⁵⁾ Hierzu s. K. H. Fahlgren: Theol. Diss. 1932.

¹⁶⁾ Zum Bundesgedanken s. W. Eichrodt: Theologie Bd. 1.

¹⁷⁾ Gen. 1, 27 ff.

¹⁸⁾ Gen. 9, 1–17.

¹⁹⁾ Ex. 19, 5 ff., Deut. 5, 2 ff.

²⁰⁾ Is. 55, 3; 59, 21.

Ir. 31, 31.

Ez. 16, 62 f; 37, 26.

²¹⁾ Denn „wenn Gott richtet, dann geschieht es aus Gnade und wenn er gnädig ist, dann entfaltet er sein Recht. Gott richtet nicht zugrunde, sondern er richtet auf, um wiederherzustellen, was verdorben ist“ (J. Ellul: Fondement (dt.), S. 35).

²²⁾ Zur Auslegung der Römerbriefstellen (2, 14; vgl. 1, 18–32) s. evang. Autoren: K. Barth: Römerbrief, S. 40 ff; G. Bornkamm: Ende, S. 13 f; F. Flückiger: Werke, S. 17 ff. Kathol. Autoren: J. Fuchs: Lex, S. 22 f; G. Staffebach: Vereinigung.

²³⁾ Hierzu H. Reiner: Goldene Regel, S. 74 ff.

zur Buße zu rufen“, der ferner keine „Opfer“, wohl aber „Barmherzigkeit“ von den Seinigen geübt wissen will (Matth. 9, 13), eine der heidnisch-barbarischen Auffassung von menschlichem Unrechtun entgegengesetzte Auffassung vom sündigen Menschen und dem Sinn und Zweck seiner Bestrafung zu verkünden.

Nach dieser Auffassung ist die die Strafe verhängende weltliche Gewalt Gott nachgeordnet. Sie hat in der diesseitigen göttlichen Erhaltungsordnung eine Ordnungsfunktion, die sie kraft göttlicher Ermächtigung vollzieht. Der Mensch, der gegen diese Erhaltungsordnung sündigt, zerwirft sich nicht nur mit der menschlichen Gesellschaft, sondern auch mit Gott; er verstößt gegen den göttlichen Heilswillen, der darauf bedacht ist, die ursprünglich gute und gesunde Schöpfung wiederherzustellen. Wenn die Staatsgewalt den Schuldigen bestraft, darf sie nicht strafen, um diesen zu vernichten, sondern als Gehilfin Gottes²⁴⁾, dem Sünder zugute. Der Schuldige seinerseits muß zur Einsicht kommen, daß die vom weltlichen Richter verhängte Strafe zugleich eine Strafe Gottes ist, von diesem gewollt und zugelassen, daß er sie also als notwendige Grundlage des Heilsprozesses geduldig ertrage, weil er Gott beleidigt hat.²⁵⁾ Die Heilung des Verbrechers wird erreicht, indem er die über ihn verhängte Strafe im eigentlichen, tiefen Sinn des Wortes verbüßt, d. h. seine Schuld gegenüber Gott erkennt und bereut, die Strafe willig auf sich nimmt, sie in das Sühnewerk Christi, der für das Heil der Welt am Kreuz gestorben ist, hineinbezieht, und so Gott versöhnt. Nur mit diesem Freiwerden der Person zur Aufnahme der versöhnenden Liebe Gottes stellt die christliche Lehre in Aussicht, was der bisherigen Strafrechtspraxis des Imperium Romanum nie möglich sein konnte: der Schuldiggewordene kann auf diesem Wege seine sittliche Freiheit wiedergewinnen und seine Schuld Gott und den Menschen gegenüber sühnen; er wird für die Gesellschaft nicht vernichtet, kann ihr vielmehr erhalten, und geläutert und gebessert wieder zurückgegeben werden.²⁶⁾

²⁴⁾ Römer 13, 4.

²⁵⁾ Daß die Strafe um des Heils des Verbrechers willen sinnvoll ist, ist seitdem über Augustinus und Thomas von Aquin ständige Lehre der Kirche. Vgl. Summa Theologica, quaestio 108, 4: „Die Strafe ist Heilmittel (poena est medicina), das nicht nur eine vergangene Sünde gutmacht (sanativa), sondern auch vor künftigem Fehltritt bewahrt (praeservativa) und zum Guten anspornt (promotiva)“ (Dt. Thomas-Ausgabe. Bd. 20, S. 116).

In der geltenden „Pastoralinstruktion für die katholischen Geistlichen an Gefangenenanstalten“ (vom 29. 3. 1925), veröffentlicht in: Sammlung kirchl. Erlasse (Hrsg.: W. Corsten), S. 95 ff., hat diese Auffassung ebenfalls ihren Niederschlag gefunden.

²⁶⁾ Hesekiel 18, bes. 21–23, 31 und 32.

Im Vollzug dieser Lehre geht die Kirche auch zur Tat über: sie verwirklicht ihr Gedankengut mit Hilfe staatlicherseits gebilligter und geförderter Kirchenversammlungen und deren Beschlüsse, sowie durch Fürsprache ihrer Bischöfe beim weltlichen Richter für die verurteilten Verbrecher. Nachfolgend ist diese Entwicklung im einzelnen aufzuzeigen; erst aus einem synoptischen Verständnis der ineinandergreifenden Vorgänge werden wir dann zu einer gesicherten Aussage über den Wesensgehalt des Rechtsinstituts gemäß der Ursituation kommen können.

3. Die Verwirklichung der christlichen Lehre in der Strafrechtspraxis

a) Das Synodalwesen

Synoden sind seit der zweiten Hälfte des zweiten Jahrhunderts übliche Versammlungen, bei denen sich die Bischöfe einer Provinz zur Beratung wichtiger Angelegenheiten trafen²⁷⁾. Zuerst, soweit bekannt, in Kleinasien²⁸⁾. Die Synoden dienten zunächst der Erhaltung und Stärkung der kirchlichen Einheit. Die Gegenstände der Beratung und Beschlußfassung waren mannigfachster Art; sie betrafen die Glaubenslehre, die kirchliche Verfassung, Kirchendisziplin und Kultus. Die Beschlüsse hießen „Canones“²⁹⁾. (Die für die staatliche Strafrechtspflege bedeutsamen Synodalbeschlüsse, die Bußkanones, werden unter 3 c) gesondert betrachtet.) Konstantin d. Gr. führte regelmäßige Synoden in jeder Kirchenprovinz ein. Über diesen standen als höchste kirchliche Institution die allgemeinen Reichskonzilien. Diese berief der Kaiser ein. Die Synoden selbst und die Päpste anerkannten das kaiserliche Berufungsrecht. Die Kaiser wachten entweder selbst oder durch Kommissäre über die äußere Ordnung. Die kirchlichen Beratungen und die Beschlußfassung selbst lagen aber bei den Bischöfen,

²⁷⁾ Die Einrichtung der Synoden knüpft an das politische Vorbild der Provinziallandtage in Kleinasien (κοινόν, conventus) an.

²⁸⁾ Anlaß waren die montanistischen Streitigkeiten. Die innerhalb der christlichen Kirche entstandene Sekte der Montanisten trat für eine äußerste Strenge der Disziplin ein, ja für eine nahezu völlige Weltflucht. Sie wandte sich — soweit es hier interessiert — gegen die größere Milde, die sich im Laufe des dritten Jahrhunderts für die Hauptklassen der Kapitalsünden durchzusetzen begann, und statuierte den Mord, die Hurerei und den Götzendienst als von der Kirche nicht behebbar Sünden. Diese bekämpfte Übung der Milde ist aber nicht eine Neuerung, sondern nur die autoritative Betätigung und Sicherung einer schon von Anfang an geübten, nur von Rigoristen bestrittene Praxis der christlichen Kirche. Zur Bewegung des Montanismus s. im einzelnen: RE, Bd. 16, 1 Sp. 206 ff.

²⁹⁾ (canon = Richtschnur, Regel.)

wobei eine staatliche Beeinflussung natürlich leicht möglich war und auch wiederholt vorkam. Endlich bestätigten die Kaiser die Konzilsbeschlüsse, stellten sie mit Gesetzeskraft für das ganze Reich aus und liehen ihrer Durchführung den weltlichen Arm. Die kaiserliche Bestätigung wurde sofort nach dem Zustandekommen der Beschlüsse oder nach dem Schluß der Synoden erteilt. Wenn auch wegen der räumlichen Entfernung die Bischöfe des Abendlandes an den Konzilien, deren Tagungsorte im Ostreich lagen, nur ganz schwach vertreten waren, und die Päpste nie persönlich erschienen, so sandten diese in der Regel ihre Legaten. Es war die allgemeine Überzeugung, daß ohne die Beteiligung Roms in irgendeiner Form ökumenische Kirchenversammlungen und allgemeingültige Beschlüsse nicht zustande kommen könnten. In der Zustimmung der Legaten zu den Beschlüssen, die auf Grund der ihnen von den Päpsten bzw. von einer römischen Synode gegebenen Weisungen erfolgte, erblickte man die päpstliche Approbation selbst. Daher entfiel auch eine Bestätigung der allgemeinen Synoden seitens des Papstes durch einen besonderen nachfolgenden Akt³⁰⁾.

Die mit Gesetzeskraft ausgestatteten Canones der Reichskonzilien waren also inhaltlich vom Willen der gesamten Kirche des Imperium Romanum getragen. Wohl kam das Kirchenvolk auf den Synoden unmittelbar nicht zu Worte, aber innerhalb der Kirche hatte jeder die Möglichkeit, zu den höchsten Stellen emporzusteigen, um dann auf den Synoden seine Ansichten frei vorzutragen. Wenn auch die Synoden aristokratische Versammlungen waren, so kamen diese Aristokraten — dem damals üblichen Bewerbungs- und Bestallungsverfahren für geistliche Ämter entsprechend —³¹⁾ nicht etwa aus einer exklusiven Kaste, sondern aus der Mitte des Volkes. So bildeten diese Versammlungen das demokratische Gegengewicht gegen den Staat, der in den Absolutismus hinübergeglitten war³²⁾. „Daß die Kirche durch das Synodalwesen die Institution des Reichskonzils in dem Verfassungsleben verankerte, ist vielleicht ihr größtes Verdienst“³³⁾. Auf

³⁰⁾ Jos. Funk, in: Arch. f. Urkundenforsch. (gegen J. Blötzer, in: Zs. f. kath. Theol. 1886, S. 86 ff.)

³¹⁾ Die Bestallung der Geistlichen erfolgte nach Befragung der Gemeinde durch den Bischof. Die Bestallung des Bischofs fiel der Gemeinde und den Bischöfen der Provinz anheim. Die Gemeinde hatte nach Cyprian (Ep. 55, 8; 59, 5.6; 67, 3—5; cf. Hippolyt, *Traditio apostol.* 31) die Wahl (suffragium) der Persönlichkeit. Den Komprovinzialbischöfen stand die Zustimmung bzw. Entscheidung über die richtige Ausübung der Wahl (consensus, iudicium) und die Weihe des Gewählten zu. Zur Bischofswahl: H. Leclercq, *DictAC* IV, 2618/52.

³²⁾ W. Schubart: *Justinian*, S. 64.

³³⁾ E. Kornemann: *Weltgeschichte*, Bd. 2, S. 308.

diesem Wege war es möglich, an Stelle der fehlenden nationalen Einheit des Volkstums im spätantiken Imperium Romanum, die Einheit der Religion als feste Grundlage des Staates zu schaffen. Das Gedankengut der einheitlichen Religion war die stärkste Wurzel, aus der die spätantike Kultur ihre Lebenskraft gezogen hat. Die christliche Lehre der Nächstenliebe war ein unerschöpflicher Quell für die Ausgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Innerhalb dieses christlichen Gesellschaftslebens kam für dessen Reinhaltung der Kirchenbuße eine besondere Bedeutung zu. Nach dem Geiste der Kirche konnte es für den Christen, mochte er was immer für ein Verbrechen begangen haben, nur ein Strafmittel geben, nämlich die Kirchenbuße. Daher mußte das Bestreben der Kirche dahin gehen, die von der staatlichen Gerichtsbarkeit abgeurteilten Täter dieser zu entziehen, um sie unter die Bußdisziplin der Kirche zu bekommen. Dieses Ziel wurde dadurch erreicht, daß die Bischöfe bei den staatlichen Gerichten intervenierten und dadurch, daß sich die Kirche – um bei der Intervention auf ein der bürgerlichen Strafe äquivalentes Strafübel hinweisen zu können – eingehend damit beschäftigte, die Bußen zu bestimmen, welche die befreiten Verbrecher in Gemäßheit der Schwere ihres Vergehens zu leisten hatten. An der hier aufgezeigten Wirkungsbreite des Synodalwesens läßt sich die Bedeutung dieser Bußkanones ermessen. Fassen wir zunächst vor deren Erörterung die Voraussetzung für ihr Erfordernis ins Auge: die Übung der bischöflichen Intervention.

b) Die bischöfliche Intervention zugunsten der von den staatlichen Gerichten Verurteilten

Im allgemeinen war es im römischen Strafprozeß nicht verwehrt, für den rechtskräftig Verurteilten Fürbitte einzulegen³⁴⁾. Von dieser Möglichkeit machten die christlichen Bischöfe in umfassender Weise Gebrauch, nachdem innerhalb der im allgemeinen menschenunwürdigen Strafrechtspraxis³⁵⁾ hierzu vor allem das Gefängniselend akuten Anlaß gab und diese Mißstände von heidnischer Seite³⁶⁾ wiederum nur mit dem Wort und nicht auch durch die Tat angegriffen wurden. Wenn auch das Römische Recht die öffentliche Strafhaft im formalen Sinn nicht kannte, so war doch einem Straferkenntnis auf zeitweilige oder lebenslängliche Zwangsarbeit die Haft-

³⁴⁾ Th. Mommsen, in: Syst. Handbuch, S. 296.

³⁵⁾ s. oben, S. 71–73.

³⁶⁾ Am Ausgang der römischen Republik: Cicero, in seinen Reden gegen Verres. Gegen Ende des griechisch-römischen Heidentums: der oströmische Sophist und Rhetor Libanios. Im einzelnen s. hierzu H. Niemax: Phil. Diss. 1933.

haltung (nicht selten in Fesseln) inhärent³⁷⁾; Ausnahmen von dem römisch-rechtlichen Grundsatz „carcer ad continendos homines, non ad puniendos haberi solet“³⁸⁾ konnten auch in der Haltung der Vollstreckungsinstanz begründet sein³⁹⁾, und schließlich gab es neben der Untersuchungshaft der noch nicht Abgeurteilten, die — auch formal begründete — Exekutionshaft für die zum Tode Verurteilten bis zur Hinrichtung. Die bischöfliche Intervention galt nun vor allem der Beseitigung des Gefängniselends und der Freigabe der verurteilten Häftlinge. Durch Kaisergesetze des 4.—6. Jahrhunderts⁴⁰⁾ wurde es der Kirche zunächst möglich, in zunehmendem Maße auf die Ausgestaltung des Gefängniswesens Einfluß zu gewinnen. Diese gesetzlich sanktionierte Einflußnahme gipfelte schließlich in einer dem bischöflichen Interventionsrecht korrespondierenden Pflicht der weltlichen Richter, die Interventionen auch entgegenzunehmen und zu würdigen.⁴¹⁾ Auf dieser Basis war es der Kirche leicht möglich, im Rahmen der Intervention mit ihrem Hauptanliegen zu operieren: der Freigabe des verurteilten Häftlings mit dem Ziel, diesem den Weg zu eröffnen, die Strafvollstreckung für die vom staatlichen Richter abgeurteilte Tat mit den reichen zur Sühne und Besserung dienenden Gnadenmitteln der Kirche selbst zu vollziehen. Die Ausübung des Interventionsrechts galt als

³⁷⁾ Th. Mommsen, aaO., S. 963.

³⁸⁾ L. 8 § 9 Dig. de poenis (48. 19).

³⁹⁾ Vgl. hierzu E. Levy: Kapitalstrafe, S. 16 f.

⁴⁰⁾ Sie wurden in den Jahren 340, 353, 354, 367, 371, 380, 388, 409, 419 und 529 von Konstantin und seinen Nachfolgern erlassen. Sie finden sich gesammelt in dem im Jahre 435 erlassenen Theodosischen, sowie in dem späteren, im Jahre 529 bekanntgemachten Justinianischen Gesetzbuch:

Cod. Theod. L. IX Tit. 2, de exhibendis vel transmittendis reis

L. IX Tit. 3, de custodia reorum

L. IX Tit. 11, de privati carceris custodia

L. IX Tit. 38, de indulgentiis criminum Appendix Constit. XIII. Ravennae 419.

(Quelle: Theodosiani libri... ed. Th. Mommsen et P. Mayer. Berolini 1905)

Cod. Just. L. I Tit. 3, de Episcopis et Clericis

L. I Tit. 4 § 9, 22 und 23,

L. IX Tit. 3, de exhibendis vel transmittendis reis

L. IX Tit. 4, de custodia reorum

L. IX Tit. 5 (teilw.), de privatis carceribus inhibendis.

(Quelle: Corpus legum... Ed.: Gustav Haenel. Lipsiae 1857)

Einzelheiten hierzu bei Jos. Hergenröther: Handbuch. 6. Aufl. Bd. 1, S. 460 f.

⁴¹⁾ Constit. Sirmondi XIII; 1. 24. Cod. Theod. IX, 40; vgl. auch C. J. von Heffele: Konziliengeschichte. 2. Aufl. Bd. 1, S. 584 sowie Epist. Aug. CLII, n. 3 (Macedonius Augustino).

wesentliche Amtspflicht der Bischöfe. Im patristischen Schrifttum ist uns eine Reihe von Briefen der Bischöfe überliefert, aus denen die christliche Einstellung zum Verbrechen und seiner Bestrafung sowie das hier angedeutete Ziel der Fürsprache klar zum Ausdruck kommt.

So schreibt *Augustinus* an Macedonius, den kaiserlichen Statthalter in Afrika:

„Keineswegs billigen wir das Verbrechen, sondern wir wollen, daß es gesühnt werde; auch wünschen wir nicht die Straflosigkeit des Verbrechens, als hätten wir ein Wohlgefallen an ihm; wir verabscheuen die böse T a t, aber wir haben Erbarmen mit dem M e n s c h e n, der sie beging, und gerade je größer und aufrichtiger jener Abscheu ist, desto weniger können wir wollen, daß der Missetäter ungebessert untergehe. Denn es ist leicht und alltäglich, die Bösen zu hassen, weil sie böse sind; selten aber und ein Werk der Frömmigkeit ist es, sie zu lieben, weil sie Menschen sind, sodaß man an derselben Person zugleich die Sünde mißbilligt, die Natur aber achtet und gerade deshalb mit umso größerem Recht die Sünde haßt, weil durch sie die Natur, die man liebt, befleckt ist. . . . Muß man also gottlose Leute lieben? . . . Ganz gewiß, denn Gott ist es, der dies befiehlt. Aber hierdurch führt uns Gott nicht zur Vereinigung mit den Gottlosen; geht er doch selbst mit ihnen keine Vereinigung ein, wenn er ihrer schon und ihnen Leben und Gesundheit verleiht. Seine Absicht, soweit es einem guten Menschen sie zu erkennen verliehen ist, erklärt der Apostel mit den Worten: ‚Weißt du nicht, daß die Langmut Gottes dich zur Buße führen will?‘ Zur Buße also sollen die, für die wir Fürbitte einlegen, geführt werden; ihren Verbrechen aber wenden wir weder Schonung noch Gunst zu.

So versagen wir manchen, deren Verbrechen offenkundig sind, auch wenn sie Eurer Strenge entronnen sind, die Gemeinschaft mit uns am Altare, damit sie durch Übernahme schwerer Kirchenbuße sich selbst strafen und mit demjenigen sich versöhnen, den sie durch ihre Freveltaten verachtet hatten. Denn der auferlegten Buße sich wahrhaft unterziehen, ist ja nichts anderes, als das eigene Bestreben, die böse Tat nicht ungestraft zu lassen (nam nihil aliud agit, quem veraciter paenitet, nisi ut id, quod male fecerit, inpunitum esse non sinat) und durch freigewählte Züchtigung die Gnade des ewigen Richters wiederzuerlangen.

Wenn nun Gott die Ungerechten und Lasterhaften schon und ihnen Leben und Gesundheit schenkt, selbst vielen von denen, die, wie er weiß, keine Buße tun werden, um wieviel mehr müssen wir barmherzig sein gegen diejenigen, die Besserung versprechen und von denen wir nur im

Ungewissen sind, ob sie ihr Versprechen halten werden . . .

Indessen gibt es noch eine andere Erwägung, welche uns Bischöfe antreibt, für die Verbrecher zu bitten und die Richter auffordert, die Bitte zu gewähren. Als die Juden eine Ehebrecherin vor den Herrn brachten und jene verhängliche Frage stellten, antwortete er ihnen: „Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!“ Durch dieses einzige Wort setzte er ihre Verfolger, die nach dem Gesetz die Strafe der Steinigung hätten vollstrecken können, so in Schrecken, daß sie alsbald zum Mitleid gestimmt wurden, und ich glaube, der eigene Ehemann würde, falls er gegenwärtig gewesen, seinen Strafantrag zurückgenommen und um Schonung für sie gefleht haben. . . .

Der Herr selbst hat für die Sünderin bei den Menschen Fürbitte eingelegt, daß die Strafe des Gesetzes sie nicht treffe und auf diese Weise uns verpflichtet, seinem Beispiele zu folgen, nur daß wir durch Bitten erlangen sollen, was er durch Einjagung von Schrecken bewirkte, denn er ist der Herr und wir die Diener.

In Folge jenes fürchterlichen Wortes schlichen die Juden, einer nach dem andern, davon und ließen die Ehebrecherin allein zurück. Wer von uns ist ohne Sünden? Sollten wir Christen hartherziger sein als die Juden und Christi Wort über uns weniger vermögen als über sie? Beten wir nicht täglich: vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern? . . .

Damit es aber nicht den Anschein gewinne, als liege in seiner Handlungsweise eine Billigung des verübten Ehebruches, fügte der Herr noch bei: gehe hin und sündige nicht mehr.

Aus all dem kannst Du ersehen, daß die Religion es ist, die uns die Pflicht der Interzession auferlegt und daß wir, indem wir sie erfüllen, nicht das Verbrechen billigen, sondern nur den Verbrecher vor dem Untergange erretten wollen.“⁴²⁾

Ambrosius macht ähnliche Gründe wie *Augustinus* geltend. Er hebt die Möglichkeit einer Besserung des Verurteilten hervor; nachdem er eben-

⁴²⁾ Aug. Epist. CLIII ad Macedonium, n. 5, 6, 9.

[Die Wiedergabe der (lateinischen) Textstelle ist hier in Übersetzung veranlaßt, um diese grundlegenden patristischen Einsichten zur „Lebens-tatsache Strafe“ (H. Nohl) auch dem Nichtlateiner ohne Schwierigkeiten zugänglich zu machen.]

Vgl. außerdem die aufschlußreichen Ausführungen Augustins in: Epist. CXIII–CXVI, MSL XXXIII, col. 428 ff. und Epist. CXXVII, CXXXIII, CXXXIV, CLIII, MSL XXXIII, col. 485, 509, 511, 654, 661.

falls auf die von Christus für die Ehebrecherin eingelegte Fürbitte hingewiesen hat, führt er aus:

„Hier hast Du ein Beispiel zur Nacheiferung, denn es ist möglich, daß jener Verbrecher Aussicht auf Besserung gewährt, es kann geschehen, daß er, wenn er schon getauft ist, der öffentlichen Buße sich unterzieht und so seinen Leib Christo zum Opfer bringt.“⁴³⁾

Chrysostomus hebt den Unterschied zwischen der staatlichen Bestrafung und ihrer Vollstreckung zur kirchlichen hervor: während für jene allein das vindikative Moment ausschlaggebend sei, wirke diese vindikativ und therapeutisch zugleich.

„Wenn jener einen Verbrecher ergreift, so verhängt er sogleich und ohne weiteres die Strafe; dies heißt nicht die böse Tat beseitigen, sühnen und heilen, sondern die Seele verwundet von dannen schicken. Der kirchliche Richter dagegen ist bestrebt, nicht eine bloße Strafe zu verhängen, sondern die Sünde hinwegzunehmen. Jener verfährt nicht vernünftiger als ein Arzt, welcher, um eine am Kopf entstandene Krankheit zu beheben, den Kopf selbst abschneidet. Nicht so der kirchliche Richter: er sucht nur die Krankheit zu entfernen, er schließt den Sünder von den heiligen Mysterien aus und nimmt ihn, nachdem er durch Buße besser geworden, wieder in ihre Gemeinschaft auf.“⁴⁴⁾

Die zitierten Briefstellen der Kirchenväter lassen erschöpfend Sinn und Ziel der bischöflichen Intervention erkennen.⁴⁵⁾ In formaljuristischer Hinsicht war diese deshalb erforderlich, weil der Kirche eine Strafgerichtsbarkeit etwa in dem Sinn, daß die kirchlichen Gerichte als auf staatliche Strafe erkennende Gerichte in die öffentliche Gerichtsverfassung eingeordnet gewesen wären⁴⁶⁾, nicht eingeräumt war. Wollte also die Kirche sicherstellen, daß das Verbrechen nach christlicher Auffassung gebüßt werde, dann blieb ihr nur der Weg, für einen christlichen Strafvollzug dem Staat das Institut der Kirchenbuße anzubieten und zur Verfügung zu stellen bzw. den von

⁴³⁾ Ambros. Epist. XXV, n. 8.

⁴⁴⁾ Homil. XV. p. I Cor.

⁴⁵⁾ Weitere Stellungnahmen zur Handhabe dieses Rechtsinstituts sind u. a. überliefert von *Hieronymus* (s. F. X. Zech. in Ant. Schmidt: Thesaurus Iuris Eccl. Bd. 5, S. 303), *Ambrosius* (s. C. Baronius: Annales Eccl. Bd. 5, S. 57) und *Chrysostomus* (MSGr XLVII, col. 175, 176).

⁴⁶⁾ Den Bischöfen war lediglich eine Schiedsgerichtsbarkeit in Zivilsachen eingeräumt (Th. Mommsen, in: Syst. Handbuch, S. 295), die seit der Konstantinischen Gesetzgebung als eine in die öffentliche Gerichtsverfassung eingeordnete außerordentliche Gerichtsbarkeit erscheint (W. Hildebrandt: Jur. Diss., S. 22 u. S. 5 ff.).

der staatlichen Gerichtsbarkeit erfaßten Rechtsbrecher fürbittend herauszufordern, um in eigener Überwachung den Bußvorgang zu leiten.

Begünstigt durch die gemeinsame Konzeption eines *orbis terrarum christianus* hielten sich beide soziale Ordnungsfaktoren, Kirche und Staat, für zuständig, Verbrechen zu ahnden und ließen sich hierfür gegenseitig ihre Einrichtungen zur Verfügung stellen. Damit aber eine Gleichwertigkeit hinsichtlich der Strafbeschwerne zwischen kirchlicher und staatlicher Strafvollstreckung gewährleistet blieb, ließ die Kirche im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit vor dem staatlichen Richter und dem Fürsten, die der Intervention entsprochen hatten, Art und Maß der Kirchenbuße weder vom Verbrecher selbst wählen, noch nach Gutdünken irgendeiner, wenn auch hervorragenden privaten Persönlichkeit bestimmen, ja sie wollte die Bestimmung der Buße nicht einmal dem Ermessen des Bußpriesters überlassen; vielmehr legte sie auf den Provinzialsynoden und in päpstlichen Dekretalien allgemein Art und Maß der Bußen fest, um dann auf den Reichskonzilien der gesamten Kirche und dem Staat die Möglichkeit zu geben, bei Fassung dieser Vorentscheidungen zu Bußkanones (mit Gesetzeskraft für das gesamte Imperium, cf. oben zum Synodalwesen) eine Kollision mit staatlichen Interessen auszuschalten.

So zeichnet sich der Weg ab, auf dem sich das Urerlebnis des Bewährungsgedankens vollzieht: die sittlich höherstehende christliche Auffassung setzt sich im Kampf mit der unmenschlichen heidnischen bei der gemeinsamen Bewältigung des aktuellen Lebenstatbestandes Strafrechtspflege über die Übung der bischöflichen Intervention mit Hilfe des gemeinsam für diese Bewältigung als geeignet erkannten Synodalwesens durch. Eine neue Erkenntnis von der Strafe, die sich in erster Linie nicht an der Tat, sondern am Täter orientierte, der Gedanke des selbstgewählten Strafvollzugs durch freiwillige Sühneleistung, war von diesem Zeitpunkt an Bestandteil der römischen Strafrechtspflege⁴⁷⁾.

Eine kurze Erörterung der Bußkanones wird geeignet sein, diese Einsicht vom Wesensgehalt des Rechtsinstituts in der Ursituation zu vertiefen; eine nähere Befassung im einzelnen kann dabei unterbleiben, nachdem diese

⁴⁷⁾ Die ursprüngliche Annahme, das synodal geordnete Bußwesen der ersten Jahrhunderte habe lediglich kirchliche Strafmittel zur Aufrechterhaltung der äußeren Disziplin der Kirche bereitstellen wollen (so Joh. Chr. W. Augusti: *Denkwürdigkeiten*. Bd. 9, S. 60, vgl. auch Chr. Meurer, in: *Arch. f. kath. Kirchenr.*, N. F. Bd. 43, S. 198), wurde durch spätere Forschungen (H. J. Schmitz, in: *Der Katholik*. Jg. 64 (1884), S. 505; F. A. K. Krauß: *Kerker*, S. 120; Eb. Stromberg: *Jur. Diss.* 1954, S. 31) einhellig widerlegt.

Kanones mehr die damalige Rechtsnatur bzw. die formale Ausgestaltung betreffen.

c) Die Bußkanones

Das Bußwesen der Kirche kannte drei Möglichkeiten der Buße: die geheime, die halböffentliche und die öffentliche. Die geheime wurde vor dem Bischof oder Priester abgeleistet und war möglich für die der Öffentlichkeit verborgen gebliebenen Sünden. Bei der halböffentlichen fand das Sündenbekenntnis im geheimen und die Ableistung der Bußwerke in der Öffentlichkeit statt. Bei der öffentlichen gestaltete sich der gesamte Bußvorgang vor Klerus und Gemeinde. Für diese Bußart galt der Grundsatz „*corripienda sunt coram omnibus, quae peccantur coram omnibus*“⁴⁸⁾. Für die vom weltlichen Forum bereits abgeurteilten Büßer kam nur die letztere Bußart in Frage; hier steht für den erwähnten Grundsatz die strafrechtliche Überlegung im Vordergrund, daß das öffentlich geschädigte Rechtsleben wieder hergestellt werden müsse⁴⁹⁾. Die entsprechenden Bußkanones wurden vor allem von den Synoden von Elvira, 306, Arles, 312, Ancyra, 314, Neocäsarea, zwischen 314 und 325 und von Reims, 624/625, beschlossen. Weil nun die im Vollzug der Bußkanones vorgesehene Pönitentz an Stelle des staatlichen Strafvollzugs zu treten hatte, war es erforderlich, die Kanones im Anschluß und in Nachbildung strafrechtlicher Bestimmungen des Römischen Rechts zu gestalten. Deshalb wurden auf diesen Synoden neben den kirchlichen Straftatbeständen auch die Tatbestände behandelt, die das Römische Strafrecht normierte, wie z. B. Mord, Ehebruch, Unzucht, Inzest, Sodomie, Kuppelei, Verfolgung Unschuldiger, falsche Anschuldigung, Meineid, Diebstahl, Wucher, Zauberei. Es wurden vier Bußstationen festgelegt. Das Aufrücken in die jeweils höhere Stufe wurde vom Erfolg in der vorhergehenden Station abhängig gemacht. Die in den *Ordo poenitentium* Eingereihten wurden zu einer asketischen Lebensweise verpflichtet, also mit nach außen hin tief einschneidenden Wirkungen. Sie mußten beten, fasten, Almosen geben, ihre Haare scheren lassen und Mönchs- oder Trauerkleider anlegen, Handelsgeschäfte, Advokatur und Kriegsdienste aufgeben; die Verheirateten sollten sich des ehelichen Verkehrs enthalten, weshalb die letzteren nur mit Zustimmung des Ehegatten zur Buße zugelassen wurden.

Die erste Bußstation war die der Weinenden, *flentes*. Die Büßer hatten als erstes Reue zu bekunden. Diese hatte sich zu erstrecken auf die Ver-

⁴⁸⁾ Augustinus, *sermo* 82, 7, 10. MSL XXXVIII, 511.

⁴⁹⁾ Chr. Meurer, aaO., S. 195.

gangenheit, durch Schmerz und Abscheu über das begangene Unrecht, und auf die Zukunft durch den guten Vorsatz, das bisherige Sündenleben zu lassen und bei Bekenntnis zur Kirche ein neues, besseres Leben zu führen. Die weiteren Stationen der Hörenden, audientes, der Liegenden bzw. Knieenden, substrati, genuflectentes und der Mitstehenden, consistentes, betrafen das Ausmaß, inwieweit der Büsser jeweils dem Gottesdienst beiwohnen durfte. Vor allem die Bußkanones von Ancyra und Neocäsarea enthielten zahlreiche Bestimmungen darüber, in welcher Weise und wie lange für die einzelnen Vergehen in den jeweiligen Bußstationen zu büßen sei⁵⁰). Danach ergibt sich, daß die Zeit der Bewährung durch Buße, d. h. die Zeit vom Beginn der untersten Stufe bis zur völligen Wiederaufnahme in die christliche Gemeinschaft, verhältnismäßig lang, also die Bußdisziplin hart war (bei Unzucht mit Tieren z. B. bestimmt can. 16 der Synode von Ancyra eine Bewährungszeit von 20 und 30 Jahren; außerdem, daß die Büsser auf der vorletzten Stufe, der der Liegenden bzw. Knieenden, am längsten verbleiben mußten. (Nach den Ansätzen von Ancyra übersteigt die Dauer derselben die der Station der Hörenden gewöhnlich um ein oder zwei Jahre, die der Mitstehenden um ein Jahr, bei längeren Gesamtbußzeiten aber beide Stationen noch um mehr als diese Zeiten; so setzt can. 9 für die Hörenden eine Bußzeit von drei, für die Liegenden von sechs Jahren und für die Mitstehenden von einem Jahr fest.) Diese Station war damit zur wichtigsten ausgebaut. In ihr hatte der Büsser, nachdem er auf der vorangehenden Stufe durch das Anhören der Heiligen Schriften während des Gottesdienstes gehörig vorbereitet war, nunmehr vor allem durch entsprechende Bußwerke und Entsagungen seine Besserung zu bestätigen⁵¹) und sich der Wiederzulassung zur vollen Kirchengemeinschaft würdig zu zeigen. Nach Durchlaufen auch der letzten Station, die eine Prüfung dahingehend sein sollte, ob die Buße ihre bessernde oder reinigende Wirkung geäußert hatte, erfolgte die Absolution unter Handauflegung des Bischofs bzw. Priesters vor versammelter Gemeinde. Die Gemeinde begleitete den

⁵⁰) Hierzu C. J. von Hefele: Konziliengeschichte. 2. Aufl. Bd. 1. Der von F. X. von Funk — K. Bihlmeyer, Kirchengeschichte, Bd. 1, S. 124, vertretenen Ansicht, diese Bußstationen seien nur in der morgenländischen Kirche in Geltung gewesen, steht die Tatsache entgegen, daß auch für das Abendland die Beschlüsse der beiden erwähnten Synoden — und damit die dort festgelegten Stationen — anerkannt wurden.

⁵¹) So mußte sich der Büsser beispielsweise um eine Schadensausgleichung bemühen: Er hatte die durch seine Tat verletzten Rechte Dritter zu befriedigen. Vgl. Aug. Epist. CLIII, n. 20. MSL XXXIII, col. 662: „Non remittitur peccatum, nisi restituatur oblatum“.

Akt mit ihrem Fürbittegebet. Damit trat der Büsser wieder in die vollen Rechte der Gläubigen ein, also auch in das Recht zum Empfang der Eucharistie und zur Darbringung von Opfern. Durch die Rekonziliation wurde der Büsser dafür belohnt, daß er das mit der Intervention in ihn gesetzte Vertrauen nicht mißbraucht hat; die christliche Gesellschaft bestätigte ihm damit auch, daß sie seine in der langen Zeit der Bewährung durch Buße erbrachte Sühneleistung anerkennt und seine Tat unter Wegfall des vom weltlichen Richter ursprünglich beabsichtigten Strafvollzugs für voll gesühnt erachtet.

Über die Einhaltung der Bußkanones hatten die Bischöfe zu wachen. Im Westen des Römischen Reiches führten sie die Bußpraxis auch selbst durch; in größeren Gemeinden des Orients hingegen zogen sie zu ihrer Unterstützung eigene Bußpriester hinzu. Dort ging dann auch die Durchführung seit dem 4./5. Jahrhundert mehr und mehr in die Hände der Mönche und Einsiedler über, die, wie früher die Märtyrer und Konfessoren, als „Geistesmänner“ (ἄνδρες πνευματικοί) im Besitz besonderer Seelenkenntnis und Gebetskräfte stehend angesehen wurden. Unter Umständen konnten auch Laienmönche solche Beichtväter und Seelenführer sein. Das ist daraus zu erklären, daß im Orient seit alters (so namentlich von *Origines*) nicht wie im Abendland, auf die richterliche Funktion des Bischofs oder Priesters, als vielmehr auf das therapeutisch-erziehlche Moment, d. h. auf die Heilung des Bußfertigen von seinen sittlichen Gebrechen, das Hauptgewicht gelegt wurde.⁵²⁾

Erwähnenswert ist noch, daß, wennschon die allgemeinen Anordnungen der Bußkanones die Innehaltung der einzelnen Stufen als Regel voraussetzten⁵³⁾, der Bischof doch nicht genötigt war, an den für die einzelnen Bußstationen vorgeschriebenen Zeiten starr festzuhalten. Dies würde dem Wesen und Zweck der Buße, ihrer individuellen Applikation, widersprochen haben. Vielmehr hatte er das Recht, je nach dem geringeren oder größeren Eifer, welchen der Verurteilte bei seinen Bußleistungen bewies, die Zeiten für die einzelnen Stationen zu verlängern oder abzukürzen⁵⁴⁾, ja auch vom Durchlaufen einer Station überhaupt zu entbinden⁵⁵⁾.

Von besonderer Wichtigkeit für die Wesensbestimmung ist der Umstand, daß die öffentliche Kirchenbuße nicht erzwungen werden konnte. Inwieweit

⁵²⁾ Vgl. K. Holl: *Enthusiasmus*; dazu H. Koch, in: *Hist. Jahrbuch*. Bd. 21, S. 58–78; J. Hörmann: *Untersuchungen*; F. Diekamp, in: *Aus Ethik u. Leben*, S. 43 ff.

⁵³⁾ Vgl. *Ancyra*, can. 20, 21, 23, 25.

⁵⁴⁾ So ausdrücklich: *Ancyra*, can. 5. 16; *Neocaesarea*, can. 3; *Nicaea*, can. 12.

⁵⁵⁾ Vgl. *Nicaea*, can. 12.

man aus dieser Tatsache die Rechtsnatur der canonischen Poenitentz im Rahmen des Systems des Römischen Strafrechts in Abrede stellen⁵⁶⁾ und schließen kann, es handle sich um ein kirchlicherseits entwickeltes Surrogat bzw. Substitut staatlicher Strafe⁵⁷⁾, kann dahinstehen, und braucht hier im Zusammenhang mit der Wesensbestimmung nicht näher untersucht zu werden. Bedeutsam ist jedenfalls, daß ergänzend zu den Normen des Römischen Strafrechts mit den Bußkanones eine öffentlich-rechtliche Institution geschaffen wurde, die vom Staat als gleichwertiges Reaktionsmittel gegen begangenes kriminelles Unrecht und den Täter, gegen seine Verletzung der Rechtsordnung in Anwendung gebracht wurde und daß der abgeurteilte Täter die freie Wahl hatte, die verwirkte Strafe gemäß den Normen des Römischen Strafrechts durch staatliche Organe vollstrecken zu lassen, oder diese gemäß den Bußkanones selbst zu vollstrecken. Dieses Moment der Unerzwingbarkeit, der freiwilligen Befolgung der Bußkanones, gewährleistete auch deren andragogische Wirkung: Selbst der verworfenste Verbrecher kam durch sie zur Lebensänderung, ja nicht selten sogar zur Tugendhaftigkeit⁵⁸⁾; einer erzwungenen Buße hätte die Sühnebereitschaft und damit die seelische Grundlage für eine Gewissensbefreiung gemangelt. Diese Tatsache entspricht auch dem Verhältnis, in dem das Verbrechen, die Sünde, zur Buße steht: Ebenso, wie die schuldhafte Handlung des Rechtsbrechers dessen freie Willensbetätigung darstellt, mit der er sich einerseits Schuld vor Gott auflädt und die innere heiligende göttliche Gnade verliert und andererseits gegen die Erhaltungsordnung verstößt, ist die Buße eine freie, verwerfende Abkehr des Menschen von seiner früheren schuldhaften Tat (Reue) mit dem Willen der künftigen Beachtung des göttlichen Gesetzes und der von diesem abgeleiteten weltlichen Rechtsordnung (Vorsatz). Diese Abkehr von der Sünde und die Hinwendung zu Gott mit dem Erfolg eines gesetzestreuen und gottgefälligen Lebenswandels geschieht aus der dem Menschen zuvorkommenden Gnade Gottes heraus, der dem Sünder die Möglichkeit der Buße durch das freie Angebot seiner Vergebung eröffnet; sie vollendet sich im Ergreifen der inneren rechtfertigenden Gnade des Heiligen Geistes. So wird die innere Umkehr des schlechten Willens mittels der sich selbst bezwingenden und entsagenden Bußübungen zu einem personalen Geschehen, zur „Tugend“.

Diesem für den Erfolg des Strafvollzuges wesentlichen Element der Freiwilligkeit entsprachen die Bußkanones selbst in den Fällen, in denen der

⁵⁶⁾ Ch. Meurer, in: Arch. f. kath. Kirchenr., N. F. Bd. 43 (1883), S. 184.

⁵⁷⁾ Th. Mommsen, in: Syst. Handbuch, S. 291.

⁵⁸⁾ F. A. K. Krauß: Kerker, S. 123.

auf die bischöfliche Intervention hin freigegebene Verbrecher die Buße nicht auf sich nahm: die Bußeleistungen wurden keinesfalls erzwungen.⁵⁹⁾ Nachdem aber solche Fälle geeignet waren, den staatlichen Anspruch auf Durchführung der Strafvollstreckung zu vereiteln, wurde hier — wiederum unter Wahrung der freien Willensentscheidung des Verurteilten — vorgebeugt; in can. 7 der Synode von Reims vom Jahre 624/625 wird die Freigabe des Verurteilten zur Leistung der canonischen Buße von dessen ausdrücklichem Versprechen, sich der Poenitentz unterziehen zu wollen, abhängig gemacht:

„Ille vero, qui sanctae ecclesiae beneficio liberatur a morte, non pius egrediendi accipiat libertatem quam poenitentiam se pro scelere esse facturum promittat et quod ipsi canonice imponetur impleturum“⁶⁰⁾.

Nach der erfolgten Vorerörterung der das Urerlebnis gestaltenden Inhalte können wir nunmehr als Ergebnis das Wesen des Rechtsinstituts der Strafe zur Bewährung, wie es sich an Hand der Ursituation darstellt, erschließen.

4. Der Wesensgehalt des Rechtsinstituts gemäß der Ursituation

Die Vorstellungen, Kriminalstrafe habe der Rache am Täter, seiner Vernichtung und Ausschließung von der Gesellschaft zu dienen, werden überwunden. Die Strafe wird in den Dienst der Besserung und Läuterung des Täters und der Erhaltung der Gesellschaft gestellt. Sie soll nicht mehr allein ein vindikatives, sondern zugleich auch ein therapeutisch — erziehliches staatliches Reaktionsmittel sein. In diesem Sinn muß auch der Täter aus seiner bisherigen nur passiven Rolle bei der Strafvollstreckung in die aktive Rolle freiwilliger Sühneleistung überführt werden. Der staatliche Richter fällt mit dem Schuldkenntnis ein Unwerturteil über die begangene Tat, legt gleichzeitig wohl auch Art und Maß fest für den staatlichen Vollzug der erkannten Strafe, gibt aber auch dem tateinsichtigen und bußfertigen Verbrecher die Gelegenheit, sich aktiv in den Strafvollzug einzuschalten. Über die Reue wegen des begangenen Unrechts und des darin enthaltenen Zerwürfnisses mit Gott und der Gesellschaft, über das Bekenntnis der Sündhaftigkeit vor Gott und den Menschen und den Vorsatz, ein neues, besseres Leben zu führen, wird das Bestreben des Verurteilten, sein „Inpunitum-esse- non-sinere“ zu einem personalen Geschehen; dieses Geschehen

⁵⁹⁾ Der nicht bußfertige Christ konnte äußerstenfalls nur aus der christlichen Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Dieser Exkommunikation begegnen wir schon beim Apostel Paulus: 1. Kor. 5, 9 ff.

⁶⁰⁾ J. D. Mansi: Collectio. Bd. 10, S. 595.

führt durch den Einbezug der Wandlung des bösen Willens in das Sühnwerk Jesu Christi zur Versöhnung des ewigen Richters, aber auch ebenso zur Versöhnung mit der menschlichen Gesellschaft, die mit einer der öffentlichen Schädigung des Rechtslebens entsprechenden *coram publico* vollzogenen kanonischen Sühneleistung Genugtuung erfährt.

Das Aufzeigen der Verwerflichkeit der Handlung durch ihre Verurteilung und der daraus folgende staatliche Strafvollstreckungsanspruch gegenüber dem abgeurteilten Täter werden in dessen personalem Geschehen integrativ erfaßt und münden in die Einsicht und das Bekenntnis zur Selbstbestrafung, die sachlogisch auch nur vom Täter selbst vollstreckt werden kann. Dies tut er durch Übernahme und Erfüllung harter Bußauflagen während einer langen Zeit der Bewährung.

Damit ist der Wesensgehalt erschlossen:

In der Ursituation wird jeder staatlichen Strafe, bei welcher der Bewährungsgedanke verwirklicht werden soll, die (ausschließlich vindikative) vollzugsbehördliche Vollstreckung genommen, und an ihrer Stelle wird eine (therapeutisch-erziehlche) *Selbstvollstreckungsstrafe* praktiziert, welche Bestrafung und Vollzug in sich vereinigt.

Wir haben die einzelnen sozialen Kontaktnahmen und Auseinandersetzungen der Ursituation verfolgt und gesehen, wie die geistigen Verabsolutierungen dieser Sozialerlebnisse mit der Idee der Selbstvollstreckungsstrafe in das damalige Strafrechtsdenken eingegangen sind. Sie wirken seitdem als Projektion in der Strafrechtspflege; sie lassen die Lebensnötigungen des Urerlebnisses mit projektiv prägender Kraft immer wieder neu erleben und stifteten schließlich auch die moderne Erkenntnis vom Erfordernis ihrer rechtsinstitutionellen Ausgestaltung. In ihrer Möglichkeit, ja in ihrer Notwendigkeit, jederzeit aktiviert zu werden, entspricht diese projektive Kraft dem Kampf, der den Menschen in ihrem sozialen Dasein bei der Suche nach dem „rechten“ Recht eh und je aufgegeben und von jeder Generation neu durchzustehen ist, wenn der Mensch in seinem rechtlichen Dasein wahrhaft zu sich selbst kommen und damit seiner Wesensbestimmung genügen will. So vollzieht sich auch die *hic et nunc* zur Lösung aufgegebene Problemstellung wie zu allen Zeiten mit naturgesetzlicher Notwendigkeit; sie wurde im sozialen Urtraining zugunsten einer christlichen Naturrechtslehre entschieden, die das Recht begreift von einer Natur des Menschen aus, die der geschöpflichen Ordnung Gottes entspricht. Damit ist uns, wenn wir uns heute mit der Selbstvollstreckungsstrafe auseinandersetzen, auch ihre naturrechtliche Begründung und Entscheidung zwingend vorgezeichnet. Es ist eine doppelte Funktion des Naturrechts, die

immer wirkt: einmal, indem dieses Recht als legitimierender Grund, als Rechtfertigungsgrund allen „positiven“ Rechts gesucht wird, sei es, daß ein solcher Legitimationsgrund behauptet oder gefordert wird; sodann, daß dieses Recht auch als normierendes Richtmaß, als Regulativ allen empirisch — historischen Rechts aufgefaßt und mit dem die Frage nach dem wirklichen Recht — Sein immer wieder neu aufgeworfen und die Verbindlichkeit des *nur* — positiven Rechts in Frage gestellt wird.

Aus dieser doppelten Funktion des Naturrechts vollzog sich die Projektion der Selbstvollstreckungsstrafe, ihr ordnet sie sich jedesmal neu unter, sooft sie neu erlebt wird.

Wir werden deshalb nach einer kurzen Betrachtung der naturrechtlichen Begründung der Ursituation die nach ihr liegenden Gruppenprozesse aus ihrer naturrechtlichen Zwangsläufigkeit heraus zu verstehen suchen — diese nur in groben Strichen aufzuzeichnen, ist nach der ausführlichen Darstellung der Ursituation, aus der ja aller Inhalt und Ausrichtung der späteren Denkprodukte fließt, gerechtfertigt —, um dann als Ergebnis unserer Wesensbestimmung die Richtigkeit des erschlossenen Wesensgehaltes der „StzB“ zu begründen, so, wie er für uns aus dem Verständnis der Ursituation und der Konsequenz der Forderung des Naturrechtsgedankens allein verbindlich sein kann.

III.

Das Urerlebnis und seine wiederholte Neubelebung bis in die Gegenwart im naturrechtlichen Verständnis

1. Zweites bis siebtes Jahrhundert

Für die christliche Auffassung von der Strafe waren die heilsgeschichtlichen Tatsachen wegweisend, wie sie sich aus dem gemeinsamen Befund der Heiligen Schrift beider Testamente ergeben.

Um die Wende vom zweiten zum dritten Jahrhundert nahm die christliche Theologie hauptsächlich durch die Alexandriner Clemens (etwa 150–212) und Origines (etwa 185–255) den griechischen Begriff der *Physis* auf. Er mußte aber gleichzeitig eine Bedeutungswandlung erfahren; denn während die Naturrechtslehre der griechischen Philosophie nach dem Zerfall des Götterglaubens ein Ersatz für das untergegangene Sakralrecht war — das Naturrecht ersetzte göttliches Recht und wurde schon von Platon und Aristoteles, wie dann auch von der Stoa, als *ius divinum* verstanden — konnte sich die christliche Lehre von der gefallenen und sündigen Natur

nicht gut vereinbaren mit einer Ansicht, die auf der Annahme einer letzten Identität von Gott und Natur beruhte und welche deshalb die Natur zum höchsten Gesetz und zum Prinzip der Sittlichkeit machen konnte.

Deshalb wurde in der kirchlichen Theologie, vor allem durch Augustinus (354–430), der philosophische Begriff der „natura“ i. S. von „creatura“, „Geschöpf“, verstanden und meinte die menschliche Natur, so wie sie Gott erschaffen hat. Diese war ursprünglich gut. So berichtet die Heilige Schrift: „Und Gott sah an alles, was er gemacht hatte; und siehe da, es war sehr gut“ (Gen. 1, 31). Doch mit dem Sündenfall wird die reine Natur verderben, sie ist nicht mehr natura, sondern natura corrupta. Der Mensch, wie ihn Gott schuf (homo primigenius), steht dem gefallen Menschen (homo lapsus) gegenüber und dementsprechend die unverdorbene Natur (status naturae integrae) der sündhaften Natur (status naturae lapsae). Nach dem göttlichen Heilswillen soll die ursprünglich gute Schöpfung wiederhergestellt werden. Die durch Adams Fall verlorengegangene erste Natur wird nun in Christus wieder erneuert, d. h., seine Menschwerdung offenbart die wahre, ursprüngliche Menschennatur. Er hat den Willen Gottes kundgetan und erfüllt. Sein Gesetz ist als das Gesetz Gottes auch das Gesetz der gottgeschaffenen Natur. Das mosaische Gesetz und das Liebesgebot sind identisch mit dem Naturgesetz, das im Anfang bestand und im Reich Gottes wieder vollkommen befolgt werden wird. Nach dem Gesetz Christi zu leben, heißt sich abwenden von der Verderbtheit der Natur, sich von der Sünde reinigen und auf den Tag der vollkommenen Erlösung hin erneuert werden zur wiederhergestellten Natur und Gerechtigkeit des neuen Menschen. Alles Natürliche muß sich in den Grenzen von Gottes Schöpferwillen bewegen. Nicht als Chaos, sondern als Kosmos hat Gott die Welt erschaffen, und deshalb muß jegliches Geschaffenes seine bleibende Ordnung haben und mit dem anderen Geschaffenen in bleibender Zuordnung stehen. Das gilt insbesondere für das Verhältnis, das der Mensch zu sich selbst und zu seinen Mitmenschen hat. Das ist die Ordnung, die den Inbegriff des „Naturrechts“ ausmacht. Das Naturrecht in dieser Sicht ist nun nicht mit dem „absoluten“, allein in Gott denkbaren Recht identisch. Es ist als geschöpfliche Ordnung gegenüber der Ordnung Gottes höchstens ein Abglanz des göttlichen Rechts oder eine Hinweisung auf dieses: Als Ordnung der objektiven Menschennatur (lex naturae) spiegelt sie sich subjektiv im menschlichen Bewußtsein (Gewissen, Seele) wider; der Mensch vermag sie mit Gefühl und Verstand zu erfassen und mit sittlichem Willen zu verwirklichen. Obwohl in Sünde verstrickt, trotz Verlustes seines Urstandes vermag er dies kraft der seiner Vernunft ver-

bliebenen *participatio luminis Dei*. Zur Erkenntnis dieses Rechts der göttlich-menschlichen Vernunft-Natur ist jeder Mensch fähig. Und es hieße das Naturrecht mißachten, wollte man diese Fähigkeit nicht auch denen zusprechen, die über die Ursünde hinaus weitere Sünde und Schuld auf sich geladen haben. Es entspricht dem Sinn der Erhaltungsordnung, diese Menschen nicht zu vernichten, damit ihnen die Möglichkeit des menschlichen Erkennens und die Möglichkeit, sich durch diese Erkenntnis geläutert in den Dienst der Erhaltungsordnung zu stellen, nicht genommen werden. Wenn auch die Natur des Menschen (*natura pura*) durch den Sündenfall getrübt ist und durch das postlapsarische Unrecht des Verbrechens besonders befleckt erscheint, so ist diese Natur doch nicht total verderbt. Ein Rest von der ursprünglichen „*Imago Dei*“ ist sowohl dem Gerechten vor Gott, wie dem Sünder erhalten geblieben. Damit kann man auch nicht selbst dem Verworfensten unter den Menschen die *participatio luminis Dei* absprechen, die ihn zur Vervollkommenung und zur Annäherung an die von Gott der Menschengemeinschaft eingestifteten Naturordnung und der in dieser Ordnung vom menschlichen Bewußtsein rational entworfenen Gesetzesordnung von sich aus befähigt. Aus der strafenden, richtenden und gleichzeitig erhaltenden Gerechtigkeit Gottes, die sich in dem mehrfach bestätigten Bund mit dem Menschen diesem offenbart und aus der Offenbarung Gottes in Jesus Christus werden die Aussagen über die Naturordnung bestimmt. Das Strafrecht der menschlichen Gesetzesordnung erfährt daraus nicht nur seine Legitimation, sondern auch das Regulativ, welches ein Richten nicht zur Vernichtung durch Rache und Wiedervergeltung, sondern zur Erhaltung durch selbstlose Liebe, eingedenk der eigenen Sündhaftigkeit, vorzeichnet.

Soviel zur naturrechtlichen Begründung der Ursituation⁶¹⁾, mit der wir die soziale Auseinandersetzung um die römische Strafrechtspflege meinten, wie sich diese unter Einbezug der kanonischen Bußpraxis bis zum siebten Jahrhundert gestaltete.

2. Siebtes bis neuntes Jahrhundert

Die auf die dargelegte naturrechtliche Betrachtung aufbauende Projektion der Selbstvollstreckungsstrafe wurde bis in die Gegenwart wiederholt neu erlebt.

⁶¹⁾ Ausführlich bei F. Flückiger: *Geschichte*. Bd. 1, S. 284 ff; O. Schilling: *Staats- u. Soziallehre*, S. 41 ff; Marg. Huebner: *Phil. Diss.*, S. 18 ff.

Bei der gewöhnlich als zweite Periode bezeichneten Bußpraxis des 7.—9. Jahrhunderts handelt es sich wohl weniger schon um eine Neubelebung, als noch um die Kontinuität des Urerlebnisses selbst. Die besonderen Kennzeichen des Bußwesens dieser Periode: die mit der ausdrücklichen Festlegung des Grundsatzes „*corripienda sunt coram omnibus, quae peccantur coram omnibus*“ in den Synodalbeschlüssen⁶²⁾ fast ausschließlich in den Dienst der bürgerlichen Strafrechtspraxis gestellten öffentlichen kanonischen Buße⁶³⁾, die synodale Approbation der von den Bischöfen der griechischen Kirche verfaßten kanonischen Briefe⁶⁴⁾, die schon bisher die Bußkanones und das gesamte Bußwesen stark beeinflußt hatten und schließlich der Wegfall der Bußstation der Substrati, betreffen zwar die Ausgestaltung der Selbstvollstreckungsstrafe in dieser Periode, bestätigen aber auch die fortwirkende Erkenntnis ihres Wesens nach der christlichen Intention.

3. Neuntes bis vierzehntes Jahrhundert

Über die abendländische Kirche fand mit der Rezeption der christlichen Naturrechtslehre in der altbritischen, angelsächsischen und fränkischen Kirche die Selbstvollstreckungsstrafe Eingang in unseren Rechts- und Kulturkreis. In die (in Bußbüchern zusammengefaßten) altbritischen, irischen, angelsächsischen und fränkischen Pönitentialien wird die frühchristliche Pönitenz übernommen: Konzilsbeschlüsse der Gesamtkirche des Imperium Romanum werden in diesen Bußbüchern und in dem Reginonischen Sammelwerk (nach Regino, Abt von Prüm i. d. Eifel, gest. 915) zum Teil wörtlich aufgenommen und die patristische Naturrechtslehre durch zahlreiche Berufungen auf die Aussagen der Kirchenväter⁶⁵⁾, namentlich

⁶²⁾ So schreiben die Synoden von Arles (813) in can. 26 und von Mainz (847) in can. 31 übereinstimmend vor: „Wer öffentlich gesündigt hat, soll auch öffentlich büßen nach den Kanones“.

⁶³⁾ Vgl. P. Hinschius: Kirchenrecht. Bd. 5, S. 375.

⁶⁴⁾ So wird in can. 2 der trullanischen Synode (692) verfügt: „In Kraft sollen bleiben die Kanones der Synoden von Nicaea, Ancyra, Neocäsarea . . . , ebenso die Kanones des Dionys d. Gr. von Alexandrien, des Petrus von Alexandrien, des Gregorius Thaumaturgus von Neocäsarea, des Athanasius, Basilius, Gregor von Nyssa und Nazianz, des Amphilochius von Ikonien, Timotheus von Alexandrien, Cyrill von Alexandrien etc.“ (C. J. Hefele: Konziliengeschichte. 2. Aufl. Bd. 3, S. 330 ff.)

⁶⁵⁾ Vgl. die Bußordnungen der abendländischen Kirche. Im folgenden bedeuten: „P.“ = „Poenitentiale“; die Ziffern = Fundstelle (Seitenzahl); jeweils in: Herm. Wasserschleben, Bußordnungen, 1851:

des Augustinus, Basilius, Gregor von Nazianz und Hieronymus, zur Begründung herangezogen. Im unmittelbaren und bewußten Anschluß an die altkirchliche Bußpraxis wird hier also der strafrechtliche Bewährungsge-
danke erlebt und fortgebildet.

Die altgermanische Rechtsauffassung kannte nun schon die (säkulare) Buße als Strafsanktion. Dem Sinn dieser Buße entsprach es bereits, nicht nur eine Sache zum Ausgleich für die Rechtsgüterverletzung hinzugeben, um den Zorn des Verletzten zu beschwichtigen und den Rechtsfrieden wiederherzustellen, sondern in diesem Hingeben lag zugleich das Bekenntnis der Schuld, des Unrechts, eine versöhnende Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Zornes des Verletzten (cf. Sachsenspiegel II, 20). Mit dem Bußgeben verband der Germane die Vorstellung einer Selbstdemütigung, eines Beugens und Unterwerfens des stolz-trotzigen Sinnes unter die Gemeindeordnung, unter das Recht des anderen⁶⁶). Doch unter dem Einfluß der christlichen Naturrechtslehre betrachtete der germanische Mensch eine solche Versöhnung des Rechtsbrechers lediglich mit der irdischen Rechtsordnung als nicht mehr ausreichend. Die christlich-germanische Rechtsphilosophie ließ deshalb in Ergänzung zu dem Bußrecht, wie es in den seit dem fünften Jahrhundert entstandenen Germanenreichen praktiziert wurde, die durch ihre selbststrafende Intention wesensverwandte kanonische poenitentia publica treten⁶⁷); mit ihr war es nun möglich, dem bußfertigen Rechtsbrecher außer einer Versöhnung mit den Menschen, auch den Weg zu eröffnen für eine Versöhnung mit Gott.

Für das Frankenreich ist hervorzuheben, daß sich hier gerade auf dem Gebiete der Religion und der Theologie ein enger Anschluß an die Kirchenväter (namentlich Gregor den Großen und Augustinus) und an das klassische Altertum vollzog, der vorwiegend den Charakter der Rückwärtschau und Nachahmung trug, weithin der Selbständigkeit entbehrte und das national-germanische Element stark zurücktreten ließ⁶⁸). Beeinflußt

a) *Angels. Buß-O.*: P. Theodori, 197–200, 209, 210; P. Bedae, 221; P. Egberti, 233, 236; P. Pseudo-Bedae, 250, 270, 280; P. Martenianum, 285; *Confessionale Pseudo-Egberti*, 303.

b) *Fränk. Buß-O.*: P. Columbani, 353; P. Pseudo-Romanum, 366; P. Vindobonense, 419; P. Sangallense, 426; P. Bigotianum, 441; P. Cummeani, 464, 473, 482, 488; P. XXXV Capitulorum, 506, 516.

c) *Bußordnungen des 9. Jahrhunderts*: P. Pseudo-Gregorii III 535; P. Valicellianum II., 560; P. Pseudo-Theodori, 568, 584.

⁶⁶) W. Ed. Wilda: *Strafrecht*, S. 314, 340, 530 ff.

⁶⁷) Vgl. *Poenit. Bobiense* c. 47 (Herm. Wassersleben: *Bußordnungen*, S. 412).

⁶⁸) E. Patzelt: *Renaissance*; S. Singer, in: *German.-Roman. Monatsschr.* Bd. 13 (1925), S. 187 ff. u. 243 ff.; K. Seiler: *Erziehungsstaat*.

von Augustinus „Gottesstaat“ und der Tatsache des Staatskirchentums der Spätantike war das Ziel Karls des Großen die Schaffung eines christlichen Universalreiches durch Aus- und Umbau des Frankenreiches. Und damit dieses christliche Reich seinen Namen auch wirklich verdiente, mußten seine Bewohner in christliche Zucht genommen werden. Die Ergänzung der säkularen Bußzucht durch die sakrale entsprach dem Missionsdenken Karls des Großen, der sich als christlicher König dem göttlichen Auftrag verpflichtet fühlte, sowohl für das irdische, wie für das ewige Heil seiner Untertanen zu sorgen⁶⁹). So stellt die „karolingische“ und später die „ottonische Renaissance“, wie man zu sagen pflegt, wohl eine der schönsten Seiten in der Geschichte des Frühmittelalters dar: Sie bekundet die Vermählung des germanischen mit dem antik-christlichen Geiste, die sich gerade für die Belebung der Projektion der kanonischen Pönitenz, diesem für das christlich-staatliche Erziehungsstreben jener Zeit besonders geeigneten Erziehungsmittel, als sehr fruchtbar erwies.

Für das Westgotenreich ist hervorzuheben, daß seit dem Verlauf des siebten Jahrhunderts eine Verquickung von Kirche und Staat eingetreten war, die mit einer gegenseitigen Durchdringung staatlicher und kirchlicher Elemente auch die Grenzen zwischen staatlicher und kirchlicher Jurisdiktion vollkommen flüssig werden ließ. Die beiden sozialen Ordnungsfaktoren stellten sich gegenseitig für die Ahndung von Verbrechen ihre Institutionen zur Verfügung.

Das bischöfliche Interventionsrecht wurde von der Kirche bis weit in das Mittelalter hinein wahrgenommen. Die dieser Rechtspflege korrespondierenden Bußkanones des (außer der erwähnten zweiten Periode des Bußwesens noch eine „dritte“ und „vierte“ Periode umfassenden) Zeitraumes vom siebten bis sechzehnten Jahrhundert, sind ebenfalls in Bußbüchern zusammengefaßt.⁷⁰) Die Tatsache, daß der Vollzug der Selbstvollstreckungsstrafe im Gegensatz zur Bußpraxis der ersten Jahrhunderte im Mittelalter erzwungen werden konnte — Meurer⁷¹) unterscheidet dem-

⁶⁹) K. Seiler: Erziehungsstaat, S. 29 f u. S. 54.

⁷⁰) In systematischer Übersicht dargestellt von Herm. Jos. Schmitz: Bußbücher. 1883.

⁷¹) Chr. Meurer, in: Arch. f. kath. Kirchenr., N. F. Bd. 43 (1883), S. 185 ff. Nach dieser Auffassung, der nicht zugestimmt werden kann (s. oben, S. 84 mit Anm.), ist die kanonische Pönitenz erst vom Mittelalter ab Bestandteil der staatlichen Strafrechtspflege: Nach Meurer, aaO., S. 210, tritt zu der von den Anfängen bis tief in das Mittelalter hinein ausschließlich der Kirchenzucht dienenden „moralischen Pönitenz“ erst vom zehnten Jahrhundert an eine „Judizialpönitenz“ mit ausschließlich strafrechtlicher Funktion.

entsprechend zwischen der anfänglichen „moralischen Pönitenz“ und der späteren „Judizialpönitenz“ — spricht nicht dagegen, daß das Wesen dieses Rechtsinstituts in jener Zeit im christlichen Naturrechtsverständnis erfaßt wurde: Es war das Verdienst von Thomas von Aquino, das frühchristliche Naturrechtsdenken, insbesondere die augustinische Naturrechtslehre in eine abschließende⁷²⁾ Systemform gebracht zu haben⁷³⁾. Das wesentliche Moment der Freiwilligkeit⁷⁴⁾ blieb der Pönitenz trotz ihrer Erzwingbarkeit erhalten; die Sühneleistung als solche blieb immer dem Büßer selbst überlassen und ihn im Laufe der langen Bewährungszeit zu einer *contritio cordis* zu bringen, war der Sinn der staatlichen Erzwingung. Bei der sittlichen Höhe der Christen der ersten Jahrhunderte war die Anwendung von Zwang überflüssig; doch die Moral der Occidentalen, namentlich der Franken, die keineswegs diesen seltenen Grad sittlicher Vollendung teilten, erforderte für die Selbstvollstreckungsstrafe dieses Ausgestaltungsmerkmal. Im übrigen räumt die staatsrechtliche Auffassung des Mittelalters dem Bischof eine Doppelstellung ein: er übt die Funktion eines königlichen Beamten ebenso aus, wie die eines Geistlichen. Schon in ihrer Auferlegung durch diesen geistlich—weltlichen Richter war also der kanonischen Buße der staatliche Zwangscharakter inhärent und kam dadurch zur Auswirkung, daß die wegen verweigerter Bußeleistung eingetretene Exkommunikation eine Strafvollstreckung durch die nur staatliche Vollzugsbehörde zur Folge hatte⁷⁵⁾. So verschmilzt in jener Zeit mehr als vordem die kanonische Pönitenz mit der staatlichen Strafrechtspflege zu einer Einheit — Meurer⁷⁶⁾ spricht von einem „ausschließlich strafrechtlichen Institut“ — und die Ausgestaltung, die die Pönitenz in Erweiterung ihrer bisherigen Form erfährt, z. B. Einweisung in ein Kloster zur Übernahme harter Buße, eine Prozession im Bußgewande zum Grab des Er-

⁷²⁾ Zur Entwicklung der scholastischen Naturrechtslehre vgl. M. Grabmann, in: Arch. f. Rechts- u. Wirtschaftsphilos. Bd. 16 (1922/23), S. 12 ff; bezüglich Albertus Magnus ergänzt und vertieft durch K. M. Liehner: Jur. Diss. 1954; s. auch E. von Hippel: Geschichte. Bd. 1, die Hauptkapitel über Augustinus und Thomas von Aquino.

⁷³⁾ Hans Meyer: Thomas v. Aquin, bes. S. 519 ff; A. F. Utz, in: Die dt. Thomas-Ausgabe. Bd. 18, S. 425 ff; R. Linhardt: Sozialprinzipien.

⁷⁴⁾ Gerade die bereits von Albertus Magnus vorgetragene Erkenntnis von der moralischen Freiheit des Menschen, der durch seine Vernunft verpflichtet ist, findet bei Thomas von Aquino besondere Ausprägung. Vgl. E. von Hippel, aaO., sowie Bd. 1, S. 291.

⁷⁵⁾ Joh. Chr. Augusti: Denkwürdigkeiten. Bd. 9, S. 131; W. E. Wilda: Strafrecht, S. 532.

⁷⁶⁾ Chr. Meurer, aaO., S. 217.

mordeten und harte Bußleistungen daselbst, bestätigen die Lebendigkeit der Idee der Selbstbestrafung und Bewährung durch eigene Sühneleistung⁷⁷⁾.

4. Vierzehntes bis achtzehntes Jahrhundert

Wie das Staatskirchentum und das Königpriestertum der Spätantike bzw. des Mittelalters einer staatsrechtlichen Auffassung weichen mußten, die in der Neuzeit eine Trennung von Kirche und Staat bedingte, so nahm ein schon am Ausgang des Mittelalters einsetzendes, von der Naturrechtslehre der christlichen Spätantike abweichendes Naturrechtsdenken auch die Stelbstvollstreckungsstrafe aus dem sakralen Raum heraus, um sie mit einer antitraditionellen, revolutionären Naturrechtsbegründung der Neuzeit schließlich seit dem 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart in den verschiedensten Kulturstaaen als säkulares Rechtsinstitut neu zu beleben. Eine Erinnerung an die patristische Naturrechtslehre klingt — freilich in einem, wie noch darzulegen sein wird, falschen Verständnis des als Vorbild gewußten göttlichen Gnadenrechts — in den Fällen auf, wo die Selbstvollstreckungsstrafe als Gnadenmaßnahme eingeführt wurde, oder als Rechtsinstitut in diesem Sinne verstanden wird.

Bereits im 14. Jahrhundert wird die Vorstellung, das Naturrecht aus einer allgemeinen Ordnung der Kreatürlichkeit zu begründen, verdrängt: Marsilius von Padua⁷⁸⁾ erblickt im selbständigen Schöpfungstum des Menschen, in seinem endlichen Sein als geschichtliches Wesen, eine autonome Gesetzlichkeit, die sich in den Formen sozialer Gruppierungen bis zum Staat hin selbst Ordnung gibt. Aus der selbtherrlichen schöpferischen

⁷⁷⁾ Es geht hier immer um die Institution des kanonischen Bußwesens, wie sie in der (staatlichen) Strafrechtspflege wirkt, d. h. inwieweit sie von der Kirche dem Staat für die Strafvollstreckung bereitgestellt wird.

Nicht weiter interessiert deshalb in unserem Zusammenhang etwa die Tatsache, daß sich seit ungefähr dem zwölften Jahrhundert für die Handhabung der internen, also ausschließlich der Kirchenzucht dienenden Bußdisziplin, die Vorstellung von einer Stellvertretung, Loskaufung und Vertauschung der Sünden und der Buße durchsetzte und das Ablasswesen begründete (Bußredemtionen durch Geld waren vereinzelt bereits im sechsten Jahrhundert in der britischen Kirche bekannt — A. J. Binterim: *Denkwürdigkeiten*. Bd. 5, 3. S. 169 — und die Möglichkeit, die Bußwerke durch bezahlte Vertreter verrichten zu lassen, ist erstmals schon für das achte Jahrhundert bezeugt — J. D. Mansi: *Collectio*. Bd. 18, col. 525 und J. Harduinus: *Acta*. Bd. 3, S. 674; H. Wasserschleben: *Bußordnungen*, S. 50).

⁷⁸⁾ Zu Marsilius: E. von Hippel: *Geschichte*. Bd. 1, S. 359 — 365 und Ch. W. Previté — Orton: *Marsilius of Padua*.

Vernunft und dem zielstrebigem Willen des Menschen vollzieht sich diese Selbstgesetzgebung zwangsläufig.

Im reformatorisch-theologischen Verständnis wird dann vollends gebrochen mit der eschatologischen Begründung des Naturrechts, wie sie die römisch-katholische Rechtstheologie entwickelt hatte. Alles menschliche Recht wird nunmehr aufgefaßt als ein Ausdruck der postlapsarischen Verfallenheit des Menschen. Weil die „Imago Dei“, der vollkommene (in seiner Natürlichkeit Gott ebenbildliche und daher der göttlichen Rechtswahrheit einsichtige) Mensch allein in Christus erschienen ist, ist nur eine christologische Rechtsbegründung denkbar⁷⁹⁾; der in Sünde gefallene Mensch vermag das Recht auch nicht mehr nur teilweise zu erkennen.

Nach Luther⁸⁰⁾ existiert ein doppeltes Naturrecht: die *lex divina*, das göttliche Naturgesetz, das aber in der Welt nicht anerkannt wird, zumal es „Geist“ und nicht etwa eine Institution oder Norm ist, und das menschliche Naturrecht, das aus menschlicher Vernunftbegabung entspringt. Der Bruch mit der überlieferten Einheit des Rechts wird hier deutlich; das göttliche Recht rückt in eine jenseitige, unzugängliche Ferne, es ist als „Gesetz“ unerfüllbar, alles „Naturrecht“ wird diesseitig und als ein Ausfluß des *status corruptus* dem göttlichen Recht wesensmäßig unähnlich. Abgesehen von dem göttlichen, im Dekalog enthaltenen Naturgesetz für den Sündenstand, wird bei Luther das Naturrecht begriffen als ein Ausdruck des vom Gewissen geleiteten, natürlich-vernünftigen Rechtsgefühls des *status corruptus*: der zur Erbsünde zusätzlich schuldbeladene Rechtsbrecher vermag kraft seiner am Dekalog und an seinem Schuldgewissen orientierten Selbstbestrafungseinsicht wieder das rechte Verhältnis zu sich selbst, zu Gott und zur menschlichen Gesellschaft zu finden.

Bei Calvin⁸¹⁾ erfährt der Naturrechtsgedanke eine weitere für die Projektion der Selbstvollstreckungsstrafe charakteristische Umformung: a) Von der theologischen Lehre der absoluten Souveränität Gottes her wird die Souveränität der christlichen Gemeinde als Schar der Erwählten begründet. Die Gemeinde wird als „Volk Gottes“ beispielhaft, sie zeigt vorbildlich auf, was rechte Sozialordnung für alle Menschen sein kann. Gemeinde wird also nicht statisch, konservativ begriffen, sondern revolutionär-

⁷⁹⁾ Zur Lehre von der christologischen Rechtsbegründung s. K. Barth: *Rechtsetzung*. Vgl. auch Ernst Wolf, in: *Evang. Theologie*. Jg. 7 (1947/48), S. 233–254.

⁸⁰⁾ Zu Luthers Rechtslehre vor allem: Joh. Heckel: *Initia iuris eccl. prot.*; und ders.: *Lex Charitatis*.

⁸¹⁾ Hierzu vor allem: Jos. Bohatec: Calvin; ferner Erik Wolf, in: *Arch. f. Reformationsgesch.* Bd. 42 (1951), S. 11–13.

dynamisch. Sie wird durch ihr beispielhaftes soziales Leben zum „Ereignis“, zum Ort der Bewährung.

b) Die Souveränität des Rechts wird von der theologischen Lehre der absoluten Gerechtigkeit Gottes her begründet, die Gott in dem mit den Menschen geschlossenen und richtend-erhaltend durch erlösende Gnade wiederholt bestätigten Bund als „Deus Iustus“ offenbart hat. Das Recht ist als göttliches Recht in der Heiligen Schrift vorgezeichnet; zwar nicht in Form wörtlicher „gesetzlicher“ Normen, wohl aber in Form von Leitbildern und Richtlinien, die dem Ordnungswillen des menschlichen Rechtsbewußtseins Wege weisen und Grenzen setzen. Dem göttlichen Rechtsvorbild steht das von den menschlichen Gesetzgebern herrührende strenge Gesetzes- oder billige Gewohnheitsrecht gegenüber. Dem Menschen, der mit dieser positiven Rechtsordnung in Konflikt geraten ist, eröffnet sich aus dem ihm als „Anlage zum Rechtsein“ (*sémençe de droiture*) wirkenden natürlichen Recht die Möglichkeit, durch Bewährung in der christlichen Gemeinde den sozialen Kontakt und Halt wiederzugewinnen.

In dieser Grundauffassung von einem Naturrecht, dem kein höherer (namentlich metaphysischer) Rang zukommt, als dem gesetzten, positiven, geschichtlich wandelbaren Recht, einem Naturrecht, das als ein Ausdruck der kosmischen Ordnung verstanden wird und das sich lediglich als ein Inbegriff von Grundsätzen vernünftiger Billigkeit, gesunden Gerechtigkeitsgefühls und praktischen Rechtsverständes darstellt, stimmen alle Reformatoren überein⁸²⁾. Von dieser Auffassung her ist es — das christlich-antike Erbe gleichsam vertiefend und erweiternd — möglich, vom 16. Jahrhundert ab ein von der kirchlichen Moraltheologie abgelöstes Naturrechtsdenken zu fördern und über die Epoche der Aufklärungsphilosophie⁸³⁾ hinweg zu intensivieren und zu systematisieren. Die Freiheitsproklamation der Vernunft setzt mit einer Naturrechtsphilosophie ein, bei der die Vernunft, von dem alten Fluche, der seit dem Sündenfall auf ihr geruht hatte, erlöst, mit der ganzen Präention auftritt, welche Emanzipierten eigen zu sein pflegt. Während noch für Grotius, der im allgemeinen zu Unrecht an den Anfang des säkularisierten Naturrechtsdenkens gestellt wird, für die Begründung seiner Lehre die Bindung des Menschen an Gott als unerlässliche Voraussetzung zumindest für die rechtliche Bindung der Menschen untereinander gilt, geht der Anstoß zu diesem neuen, Gott und Welt auseinanderreißenden Denken von Descartes aus⁸⁴⁾; mit einer Spaltung von

⁸²⁾ S. dazu H. Liermann, in: Festschr. Alfred Bertholet, S. 294 ff.

⁸³⁾ Hierzu O. Fischl: Einfluß.

⁸⁴⁾ H. Liermann, aaO., S. 307 f.

Materie und Seele dringt er auch in den Bereich des Rechts ein, um auch diesen von Gott und damit von der Ethik abzuspalten und so eine neue, rationalistische Rechtslehre zu begründen. Über Pufendorf und Thomasius⁸⁵⁾ wird durch die späteren Systematiker die Naturrechtslehre zu einer allgemeinen Wissenschaft vom Sozialleben überhaupt und zu einer umfassenden sozialen Pflichtenlehre entwickelt. Während noch Pufendorf ein insbesondere im Dekalog gesetztes *ius divinum positivum* sowie ein letztlich von Gott stammendes *ius naturale* anerkennt und nur die Geltung einer *lex aeterna*, eines ewigen, unmittelbar aus Gott fließenden Gesetzes, welches das göttliche Wesen des Rechts in Gott selbst verkörpere, bestreitet, (weil sonst nämlich Gott selbst der *lex aeterna* wie einem *Fatum* unterstellt sei), wird bei Thomasius der Rechtscharakter des *ius divinum* überhaupt in Abrede gestellt und lediglich als ein Moralkodex ohne rechtlich bindenden Charakter betrachtet, d. h. die Gesetze dieses Moralkodex' werden nicht mehr als objektive Sollensnormen, sondern als Aufruf des Gewissens zu jeweils richtigem Handeln, als subjektive Gewissenspflichten verstanden. Forderungen, die die Rechtsordnung an den einzelnen stellt, metaphysisch zu begründen, allgemeine Rechtsbegriffe mit Methoden der Theologie oder der spekulativen Philosophie zu gewinnen, wird verworfen. Lediglich die Summe aller Rechtserfahrungen macht die Rechtsidee aus. Das Urteil der Subjektivität wird damit in den Vordergrund gerückt. Ausschlaggebend ist der Wille des Individuums; gemeint ist jedoch nicht der „freie“ (ethische) Wille, sondern das triebhafte Verlangen, das aus empirisch-psychologischen Erlebnissen erwächst.

5. Achtzehntes Jahrhundert bis Gegenwart

Infolge ihres emanzipierenden, aufklärerischen Charakters ist diese ganze nachreformatorische Naturrechtsphilosophie offenbar wohl nicht geeignet, die vornehmlich vom Offenbarungsglauben getragene Projektion der Selbstvollstreckungsstrafe neu zu beleben (und tatsächlich ist ihr auch während dieser Epoche die Existenzmöglichkeit entzogen). Sie hätte, nunmehr entkleidet ihrer bisherigen christlich-eschatologischen Rechtsverbindlichkeit, hinsichtlich der freien Willensbetätigung und Willensentscheidung und der Selbstbestrafungseinsicht des Rechtsbrechers nur mehr als eine ausschließlich im menschlichen Selbstbewußtsein und Gewissen gründende voluntative Verpflichtung verstanden werden können. Welcher normal

⁸⁵⁾ Zu Pufendorf und Thomasius s. Erik Wolf: Rechtsdenker.

Veranlagte erleidet aber schon etwas ihm Unangenehmes (selbst wenn es eine ohne Zweifel verdiente Strafe ist) gerne? Könnte so etwas ein egozentrisch verstandenes Gewissen befehlen?

Dennoch ist diese ganze Epoche mit ihrem (bei Thomasius vollzogenen) subjektivistischen Naturrechtsdenken hier deswegen von Wichtigkeit, weil sie das von Kant entwickelte individualistische Naturrechtsverständnis ermöglichte und vorbereitete⁸⁶⁾. Kant nimmt eine Verschiedenheit von autonomer „Moralität“ und heteronomer „Legalität“ an. Er trennt damit die natürliche Sittlichkeit von einem natürlichen Recht und schafft mit der Begründung einer vom Offenbarungsglauben unabhängigen, lediglich aus der Natur des Menschen vermöge der Vernunft abgeleiteten materialen Anthropologie die philosophische Grundlage, von der aus die Projektion der Selbstvollstreckungsstrafe dem Denken der Neuzeit entsprechend wieder erlebt werden konnte⁸⁷⁾: In einer von der Denknötigung des Cartesianischen Rationalismus bestimmten Zeit wird es damit immerhin möglich, die vordem prävalierende eschatologische Intention der Selbstvollstreckungsstrafe hintanzusetzen und sie in der wohl weithin säkularisierten, jedoch theonom orientierten⁸⁸⁾ modernen Strafrechtsordnung erneut gesetzlich zu verankern.

⁸⁶⁾ Hierzu, mit kritischer Betrachtung der älteren Lehren, G. Dulckelt: Naturrecht.

⁸⁷⁾ Die Verschränkung neuzeitlichen Denkens mit der Philosophie Kants wird im einzelnen bei E. v. Hippel: Staatsphilosophie, Bd. 2, S. 135–151, bes. S. 149 f., entwickelt.

⁸⁸⁾ Die Strafrechtsordnung betritt den ethisch-metaphysischen Raum besonders in folgenden Fällen:

- a) Bei Leistung eines Eides wird Gott als Zeuge und gleichsam als Richter angerufen. Dies ist sowohl bei dem vom Strafrichter als Beamten abgelegten Diensteid (§ 58/I BBG) wie auch bei dem im Strafprozeß geforderten Zeugen- und Sachverständigeneid (§§ 66c/I, 66d/I StPO) und Sachverständigeneid (§§ 79, 72 StPO) grundsätzlich der Fall. Die religiöse Eidesformel ist wohl der prägnanteste Ausdruck für die Theonomie des politischen Ethos.
- b) Die moderne Verbrechenssystematik erkennt als zu schützende Rechtsgüter solche an, die in den ethischen Grundlagen des Gemeinschaftslebens begründet sind (z. B. die Ahndung von Handlungen, die sich gegen das Pietätsempfinden richten, insbesondere solche, die mit der Religion in Beziehung zu setzen sind); zu der im Dekalog vorgezeichneten und nach ihm entwickelten Methode des unserer Strafrechtssystembildung zugrundeliegenden „Rechtsgutdenkens“ vgl. H. v. Weber; in: Festschr. Wilh. Sauer, S. 44 ff.
- c) Die Gefängnis- und Seelsorge ist verfassungsrechtlich garantiert (Art. 140 GG i. V. m. Art. 141 WV).
- d) In der Präambel zum Grundgesetz vom 23. 5. 1949, (dem ja jedes Gesetz, also auch das Strafgesetz nachgeordnet ist und an dem sich die gesamte

Kant sieht die Würde des Menschen darin, daß dieser, wie es der Kantianer Schiller treffend ausdrückt, „das Wesen ist, welches will“, während alle anderen Geschöpfe lediglich „müssen“. Der Mensch ist also das Wesen, das für seine Taten zur Verantwortung gezogen werden kann, ja das gerade zur Verantwortung gezogen werden will. Es kann einem Menschen nichts Schlimmeres widerfahren, als für „unzurechnungsfähig“ erklärt zu werden: er wird damit der menschlichen Rechtsgemeinschaft verlustig und zum Tier degradiert. Es ist sicher mehr, als nur eine List der Erziehung, dem Menschen das Motiv des Ehrgeizes hinzuschieben, von seinen Mitmenschen für zurechnungs- und verantwortungsfähig gehalten zu werden. Gewiß wäre dies bei rein psychologischer Betrachtung nichts als lediglich ein Motiv unter anderen. Aber das Geheimnis der Kant'schen Beweisführung ist es, aufgezeigt zu haben, daß dieses Motiv als einziges von allen einer unbegrenzten Selbststeigerung fähig ist, weil hier eine höhere Welt in die Welt des rein naturgesetzlichen Ablaufs eingreift. Die grundsätzliche Unüberwindlichkeit des sittlichen Willens beruht auf einer Bindung, die nicht von dieser Welt ist. Oder nach Kant nüchtern ausgedrückt: Wir berühren hier einen Bereich, wo die Zuständigkeit der Wissenschaft aufhört. Hier tritt nun die eigentliche bleibende Leistung Kants im allgemeinen und hinsichtlich der Neubelebung der Bewährungsstrafe im besonderen in ihre volle Wirksamkeit. Indem er die Souveränität aller Wissenschaft in den Bereich der „Erfahrung“, d. h. der logisch bearbeiteten sinnlichen Wahrnehmung einschließt, wird es ihm möglich, auch alle übrigen dem Menschen zukommenden Prädikate mit eigener Souveränität auszustatten: Der Mensch ist das Wesen, das der Wissenschaft

Rechtspflege zu orientieren hat), wird das Bewußtsein der Verantwortung des Gesetzgebers vor Gott hervorgehoben und damit einer absoluten Volkssouveränität eine im Metaphysischen verwurzelte, rechtliche Schranke gesetzt (vgl. A. Hamann: Grundgesetz, S. 62). Dies trifft auch zu, insoweit sich die Strafrechtsgesetzgebung und -pflege im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 72/I, 74 Nr. 1 GG) an der jeweiligen Landesverfassung orientiert: Nahezu sämtliche Verfassungen der Bundesländer (Übersicht bei H. v. Mangoldt — F. Klein: Grundgesetz, S. 42) bejahen diese Pflicht zur Unterwerfung unter Gottes Gebot. Besonders prägnant erscheint dies in der Verfassung von Rheinland-Pfalz vom 18. 5. 1947, wo mit dem Leitsatz „Im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott, dem Urgrund des Rechts und Schöpfer aller menschlichen Gemeinschaft“ sowohl die Verantwortung des Verfassungsgesetzgebers vor Gott objektiviert und mit normativer Kraft ausgestattet, als darüber hinaus auch der Einbezug von Recht und Staat in die göttliche Schöpfungsordnung noch besonders anerkannt wird (Süsterhenn — Schäfer: Kommentar, S. 62 f).

fähig ist; das sittlich zu handeln vermag; dem die göttliche Gabe verliehen ist, das Schöne und das Gute zu erfüllen und hervorzubringen. Was hier interessiert, ist die Fähigkeit des Menschen zum sittlichen Handeln. Diese individualistische Auffassung von einer autonomen sittlichen Persönlichkeit, deren Existenz aus der Erfahrungswelt begriffen wird, scheint nun mit einer in Gott gründenden oder einer christologischen Naturrechtsphilosophie, wie sie den tradierten Gedanken der Bewährungsstrafe rechtfertigt, schon wegen der dieser Philosophie eigenen „Unwissenschaftlichkeit“ unvereinbar zu sein. Daß hier aber doch eine Synthese gefunden und nunmehr auch (mittelbar) eine „wissenschaftliche“ Rechtfertigung der eschatologischen Begründung möglich wird, liegt daran, daß der Philosoph nicht umhin kann, sich auch über diejenigen Gebiete der menschlichen Gesamtexistenz, die jenseits der wissenschaftlichen Erfahrung liegen, Gedanken zu machen, schon deswegen, weil sie alle ein organisches Ganzes ausmachen. So wird deduziert, daß der Mensch aus der „Erfahrung“ seiner sittlichen Person — die eine Erfahrung ganz anderer Art ist als die wissenschaftliche — mit Notwendigkeit auf eine sittliche Weltordnung schließen wird (wobei sich der Philosoph bewußt ist, daß daraus kein wissenschaftlicher Beweis für das Dasein Gottes geführt werden kann). Wohl wird der Mensch zwischen der Tatsache, daß alle menschlichen Handlungen lückenlos motiviert sind und der Behauptung einer „Freiheit“, die von dem sittlichen Sollen auf das sittliche Können schließt, einen Widerspruch erfahren: doch die Strukturnotwendigkeit solcher „Antinomien“ wird indes in der „Kritik der reinen Vernunft“ bewiesen.

Von hier aus erst gelingt es, auf das unschätzbar wertvolle Erbe einer kanonisch-christlichen Strafrechtspflege nicht verzichten zu müssen; so verdankt es der moderne Mensch Kant'scher Gedankenführung, dieses Erbe übernehmen und erneut erleben zu können. Daß die rechtsphilosophische und logische Begründung dieses Erbes in seiner Wissenschaftlichkeit bewahrt und in seinem eschatologischen Wahrheitsgehalt im Grunde unangetastet bleibt, ist hierbei das Besondere.

Dieser Wahrheitsgehalt wird selbst dort nicht berührt, wo man den Eindruck gewinnt, die Kant'sche Sittenlehre als solche könnte mit der Verwerfung der von ihr als „trivial“ abgetanen „Goldenen Regel“ eine die christlich-ethische Begründung der Selbstvollstreckungsstrafe tragende Handlungsmaxime erschüttern oder ersetzen. Der von Kant gegen diese Regel⁸⁹⁾ vorgetragene Einwand, sie werde in ihrer negativen (= apokryphi-

⁸⁹⁾ Tobit 4, 15 (16): „Was du nicht leiden magst (wenn es dir von einem andern geschieht), das tue auch keinem (andern) an“;

schen) Fassung gerade vom Verbrecher gegen den strafenden Richter ausgespielt und könne schon um deswillen nicht als sittliches Handlungsprinzip gelten⁹⁰), ist im Hinblick auf die Selbstvollstreckungsstrafe ebenso wenig durchgreifend, wie der anstelle der „Goldenen Regel“ angebotene „kategorische Imperativ“ „wissenschaftlicher“ wäre. Kant's „Handle so, daß die Maxime deines Handelns jederzeit zur Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung dienen könne“, ist im wesentlichen nichts anderes, als eine Wiedergabe der „Goldenen Regel“ (in deren negativen und positiven Formulierung, wie sie auch nur einheitlich für die Selbstvollstreckungsstrafe verstanden wird und wie sie überhaupt in ihrer ganzen Bedeutung zu begreifen ist) mit anderen Worten⁹¹).

Auch könnte sich der Verurteilte nicht unter Berufung auf die nur apokryphische Fassung der „Goldenen Regel“ einer gerechten Strafe entziehen; denn der erkennende Richter spricht ja in Anwendung gesetzlicher Normen gerade R e c h t. Er fügt dem Täter mit dem Strafurteil auch kein ungerechtfertigtes Übel zu, sondern erkennt damit vielmehr dessen in der sittlichen Person gründende Sühnefähigkeit und Sühnebereitschaft an. Endlich würde nur dem schuldunfähigen (=unzurechnungsfähigen) und dem schuldlosen Angeklagten das Recht einer Argumentation aus der „Goldenen Regel“ zukommen, niemals aber dem für schuldig befundenen. Dieser hat jenes Recht durch seine rechtswidrige, schuldhafte Tat verwirkt. Eine Berufung auf die eigene Unredlichkeit würde daher der „Goldenen Regel“ nicht weniger widersprechen, als dem unstreitig anerkannten Rechtsgrundsatz „*turpitudinem suam allegans non auditur*“⁹²).

Matth. 7, 12. Luk. 6, 31: „(Alles) was ihr wollt, daß euch die Leute tun, also tuet ihr auch ihnen“;

im Sinne der Selbstvollstreckungsstrafe: „Du erträgst nicht gern Unrecht, also tue auch selbst keines. Ebenso wie du Sühne forderst, wenn dir ein anderer Unrecht tut, leiste selbst Sühne, wenn du Unrecht getan hast“.

⁹⁰) I. Kant: Grundlegung, S. 45, Anm.

⁹¹) Im übrigen ist der „kategorische Imperativ“ ein blutleeres Gebilde, das seine Formulierung nur dem apodiktischen Verlangen seines Autors nach einer gleichmäßigen Architektonik des entworfenen Systems verdankt: Es sollte durchaus ein „rein synthetischer Satz a priori“ sein! Was Kant darunter versteht, ist in unserem Zusammenhang umso unwesentlicher, als die eigentliche Grundlage seiner Sittenlehre das Gefühl der „Achtung vor dem Sittengesetz“ ist und dieses Sittengesetz doch einen sehr klaren Inhalt erfährt durch die Vorschrift, den Menschen jederzeit nur als Zweck, niemals aber als Mittel zu behandeln.

⁹²) Barbosa: Thesaurus locorum communium. 5. Aufl. Leipzig 1719, Lib. 19, cap. 37, 5.

So erweist sich, daß der vermeintliche Vorstoß Kant's an dieser in unserem Zusammenhang wichtigen Stelle gegen die christliche Sittenmaxime, diese nicht zu beseitigen oder auch nur abzuschwächen vermochte. Nicht zuletzt liegt es darin begründet, daß das, was mit der für ein streng grundsätzliches philosophisches Denken „brauchbareren“ Formulierung des „kategorischen Imperativs“ erreicht werden sollte, der „Goldenen Regel“ schon inhärent ist, nämlich die Funktion einer auch außerhalb des christlich-ethischen Bannkreises verbindlichen Handlungsmaxime. Selbst ein ausgesprochen egozentrischer, irreligiöser⁹³⁾ Mensch wird sein Handeln nach ihr ohne Zuhilfenahme des „kategorischen Imperativs“ bestimmen können und auch bestimmen (denn er könnte auch mit dem „kategorischen Imperativ“ nicht weiter kommen, könnte nicht mehr erreichen). Kann doch die „Goldene Regel“ durchaus sogar in einem außersittlichen Sinn und zwar vom Standpunkt eines weitsichtigen Egoismus aus als eine „Klugheitsregel des sozialen Verhaltens“⁹⁴⁾, dem Prinzip „do ut des“ entsprechend, aufgefaßt werden! Und die in dieser Regel enthaltene Berechnung, daß man für das eigene Verhalten eine entsprechende Vergeltung empfangen werde, kann verschieden weit gespannt und begründet sein⁹⁵⁾. *Dem Verurteilten, der dem Staat die Aufgabe der Strafvollstreckung durch Bewährung in gebundener Freiheit und in einer unausgegliederten mitmenschlichen Rechtsgemeinschaft durch seine selbst vollzogene Strafvollstreckung erfolgreich abnimmt, ist der Verdienst, die lohnende Vergeltung*⁹⁶⁾, sicher: *Es bleibt ihm die für ihn nachteilige, mit einer Einsperrung verknüpfte, vollzugsbehördliche Strafvollstreckung erspart.*

Die durch Kant und seine Zeit jedenfalls auch profaner Deutung zugänglich gewordene christlich-abendländische Projektion der Selbstvollstreckungsstrafe wird sodann zunächst in Amerika erlebt. Im Jahre 1841 wohnte der Schuhmachermeister John Augustus in Boston, der Hauptstadt von Massachusetts, einer Gerichtsverhandlung bei. Nach der Verurteilung des Angeklagten erbat er sich diesen vom Richter aus: er wolle sich dafür verbürgen, daß der Verurteilte ohne Verbüßung der auferlegten Freiheitsstrafe in einer öffentlichen Strafanstalt, durch Bewährung im freien Leben dem Strafanspruch des Staates gerecht werde. Der freigegebene Bewährungspflichtige enttäuschte das in ihn gesetzte Vertrauen nicht. Seine in

⁹³⁾ Die Existenz eines bar jeglicher religiösen Anlage, Erziehung und Erfahrung heranwachsenden Menschen kann nur hypothetisch angenommen werden; vgl. Ed. Spranger: *Lebensformen*, S. 274 ff; W. Kunzemann: *Diss.*, S. 119.

⁹⁴⁾ H. Reiner: *Gold. Regel*, S. 103 ff.

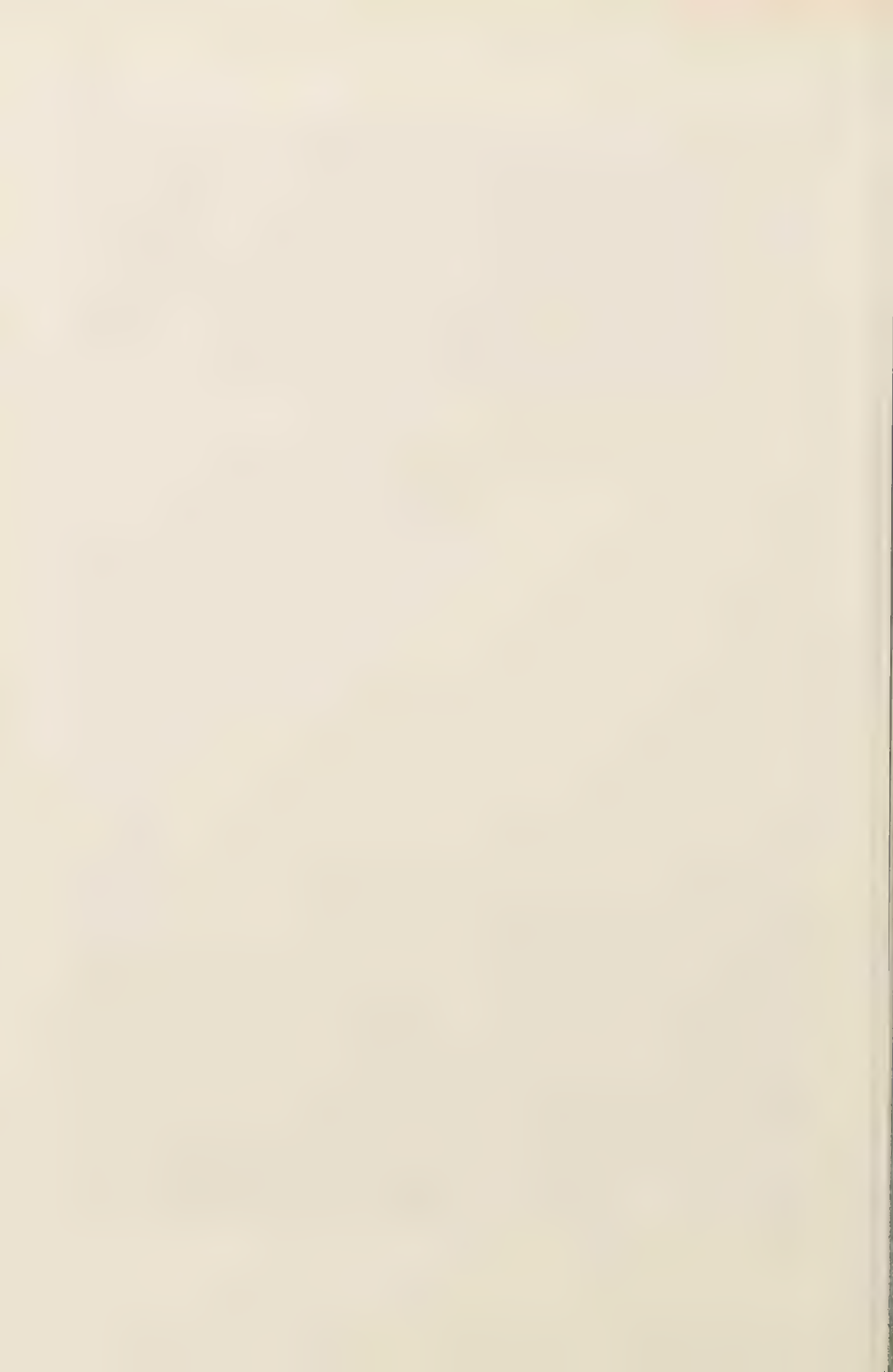
⁹⁵⁾ H. Reiner, aaO.

⁹⁶⁾ So F. v. Oetker und H. Fischer; s. oben, S. 42 u. 45.

eigener Verantwortlichkeit ohne Internierung erbrachte Sühneleistung ersetzte den Internierungsstrafvollzug und damit die vollzugsbehördliche Strafvollstreckung. An die Stelle des Bußpriesters früherer Jahrhunderte konnte nunmehr als Bewährungshelfer jeder beliebige rechtschaffene Mitbürger treten. Die Selbstvollstreckungsstrafe moderner Ausgestaltung wird seit jener Zeit in der Strafrechtspflege fast sämtlicher Kulturländer praktiziert⁹⁷⁾. Mögen auch die Ausgestaltungsmerkmale der jeweiligen Rechtsinstitute verschieden sein: allen gemeinsam ist dieselbe in der Ursituation der ersten nachchristlichen Jahrhunderte gründende Projektion.

⁹⁷⁾ Hierüber eingehend Rolf Jauch, dessen Diss. einen wesentlichen rechtsvergleichenden Beitrag (mit Quellenangaben) bringt; ders. außerdem in: *Materialien zur Strafrechtsreform*, S. 125 ff.

Inwieweit die Projektion gegenwärtig bei uns ihre normative Ausstattung erfahren hat, wurde oben, S. 51 ff., dargetan. Über die dieser Gesetzgebung seit den zwanziger Jahren in Deutschland vorangegangenen Entwicklung unterrichtet in sorgfältiger Zusammenstellung W. Lindemann: *Jur. Diss.*, S. 40–62; außerdem A. Gerstner: *Jur. Diss.*, S. 19–30. Besonders die dortigen Ausführungen über den Einfluß der Gesetzgebung hinsichtlich des Jugend- und Gnadenrechts, der Gerichtshilfe und Schutzaufsicht sowie auch über die Bedeutung der nach 1945 außerhalb der Gesetzgebung einsetzenden Bestrebungen (u. a. die Vereinsgründung „Bewährungshilfe e. V.“) sind beachtenswert. Nur dieser ergänzende Hinweis, nicht aber eine eingehende Erörterung dieser Gruppenprozesse, ist hier veranlaßt: Letztere vermöchte zur Erkenntnis des dem heutigen Rechtsinstitut eigenen Wesens — worauf es uns allein ankommt — nichts beizusteuern (vgl. hierzu auch oben, S. 71).



VIERTER ABSCHNITT

ERGEBNIS DER RECHTS- UND ERZIEHUNGS- WISSENSCHAFTLICHEN WESENS- UND BEGRIFFSBESTIMMUNG

I.

Zusammenfassung. Die Selbstvollstreckungsstrafe

Der Zweck, den das Rechtsinstitut heute verfolgt, wurde bei der rechtswissenschaftlichen Charakterisierung herausgearbeitet: Über eine Anerkennung des eigenen Wertes der Persönlichkeit des Verurteilten, über seinen freien Willen, wird der Weg gefunden, die ihm auferlegte Strafe zu tilgen. In der erziehungswissenschaftlichen Charakterisierung gingen wir sodann zum sozialen Urerlebnis dieser Zweckabsicht zurück. Wir fanden sie begründet in der sozialen Auseinandersetzung, die sich aus der heilsgeschichtlichen Botschaft des Christentums einerseits und der römischen Strafrechtspflege vom zweiten Jahrhundert ab andererseits, ergeben hatte. Wir verfolgten dann von da ab die Entwicklung bis in die Gegenwart. Wir erkannten im naturrechtsphilosophischen Verständnis den lebendigen Zusammenhang des heutigen Rechtsinstituts mit dem des Frühchristentums und sahen anhand des geistesgeschichtlichen Entwicklungsganges, wie es möglich wurde, das Rechtsinstitut, ohne es in seinem eschatologischen Sachgehalt anzutasten, aus einer Zeit, in der man noch nichts vom cartesianischen Rationalismus wußte, in die moderne Strafrechtspflege zu übernehmen.

Die legale Form des Rechtsinstituts wechselte dementsprechend von den kanonischen Gesetzen in die Normen des geltenden Strafrechts über. Diese haben — wie überhaupt unsere moderne Legislatur — beide Elemente in sich aufgenommen: die unabhängige, sittliche Handlungsfähigkeit des eigenständigen Menschen ebenso, wie dessen metaphysische Gebundenheit. Das Gesetz deklariert einerseits seinen theonomen Bezug und seine eschatologische Fundierung¹⁾, andererseits stellt es den Weg, über den der einzelne Rechtsgenosse die Erfüllung des Gesetzes findet, diesem selbst, nämlich der souveränen Funktion seines sittlichen Willens anheim.

¹⁾ Vgl. hierzu oben, S. 102 f, Anm. 88.

Dieselbe Projektion, die es dem Bewährungspflichtigen im Frühchristentum und bis hinein in die beginnende Neuzeit ermöglichte, diesen Weg unter Einbezug seiner Sühneleistung in das Sühnewerk Jesu Christi zu finden, erschließt auch dem Bewährungspflichtigen der heutigen Zeit die — nunmehr um die Kantische Gedankenführung erweiterte — Möglichkeit der Bewährung: Vermochte bisher der Mensch allein des Glaubens, um sich der Kraft bewußt zu werden, die durch eine höhere Welt in ihm wirkt, so wird ihm jetzt hierzu eine weitere Sphäre eröffnet, nämlich seine autonome sittliche Persönlichkeit.

Sei es die eine oder andere Sphäre, oder beide zusammen, immer ist der Weg vorgezeichnet zur Erfüllung des paideutischen Willens, der den Normen des Rechtsinstituts inhärent ist. Beide Sphären umreißen aber auch den geschichtsphilosophischen und sozialetischen Hintergrund, von welchem aus wir den heutigen Bewährungspflichtigen verstehen; denn sie zeigen, daß der Mensch immer durch eine bestimmte Geschichte geprägt ist und daß eine Theorie seiner Bildsamkeit — hier mittels des Rechtsinstituts — deshalb auch nur an dem geschichtlichen Menschen gewonnen werden und allein von hier aus gerechtfertigt sein kann²⁾.

Wir sind an dem Punkt angelangt, wo wir dieser Einsicht Rechnung tragend, als Ergebnis unserer juristisch-andragogischen Begriffsentwicklung und als Richtpunkt für die abschließende theoretische Grundlegung an die Stelle des nicht sachgerechten gesetzlichen Terminus „Strafaussetzung zur Bewährung“ den richtigen setzen müssen. Mit

„Selbstvollstreckungsstrafe“

haben wir diesen Begriff bereits bei der Bestimmung des Wesensgehaltes der Ursituation gefunden. Ihn unverändert in die heutige Situation zu übernehmen, rechtfertigt nicht nur die Auswertung des Entwicklungsprozesses des Gedankens der Selbstvollstreckungsstrafe, sondern auch unser Untersuchungsergebnis zur Rechtsnatur *lege lata*. Mit beidem haben wir uns sichere Kenntnis und Gewißheit verschafft, daß dem heutigen Rechtsinstitut derselbe Wesensgehalt eigen ist, wie dem anfänglichen im Frühchristentum.

²⁾ Vgl. Wilh. Flitner: Syst. Pädagogik, S. 81.

II.

Der Begriff als strafprozessualer und andragogischer Wegweiser

„Begriff ist Gesetz für mögliche Wegstrecken, damit zugleich für mögliche Ziele, Voraussetzung, unter der jedes Ziel steht“³⁾. Begriffe sind gleichzeitig auch „Bedingungskonstellationen für die Vorstellung“ (Karl Seiler), die das menschliche Handeln motiviert. Je mehr vom Begriff her das Vorstellungsleben bereichert, je lebendiger die Phantasie des Menschen für die mögliche Wegstrecke gestaltet wird, umso wahrscheinlicher wird der Sinn der Erscheinung erfüllt, die der Begriff meint.

Die bisher übliche Straferkenntnis, welche (beispielsweise) zu einer „sechsmonatigen Gefängnisstrafe“⁴⁾ verurteilt, deren „Vollstreckung zur Bewährung aussetzt“, und die „Bewährungsfrist auf drei Jahre“ festlegt, vermag dem Bewährungspflichtigen die äußeren Möglichkeiten des Rechtsinstituts nicht schlüssig aufzuzeigen, damit er sie zur Erfüllung des Gesetzes (und damit zur Befriedigung des staatlichen Strafvollstreckungsanspruches) als innere Pflicht begriffe.

Hingegen zeigt ihm stattdessen ein Urteil, das ihm (dem Beispiel entsprechend) eine „dreijährige Selbstvollstreckungsstrafe, hilfsweise eine sechsmonatige Gefängnisstrafe“ auferlegt, allein schon mit dem Begriff „Selbstvollstreckungsstrafe“ die mögliche Wegstrecke auf, um das mögliche Ziel: persönliche Reifung und Läuterung durch freiwillige Sühneleistung zu erreichen und damit dem Gesetz gerecht zu werden.

Aber auch sowohl der Rechtsanwalt und der Staatsanwalt (unter Umständen auch ein Bewährungshelfer), die bei der Durchführung des Rechtsinstituts eingeschaltet sind, als auch insbesondere der Richter, der die Strafe verhängt und sich (in der Regel) veranlaßt sieht, ihren Erfolg durch intensivierende Maßnahmen besonders sicherzustellen, erfahren mit dem Begriff „Selbstvollstreckungsstrafe“ eine theoretische Fundierung ihres andragogischen Tuns, erkennen aus der mit diesem Begriff vermittelten hermeneutischen Deutung Ziel und Umfang ihrer Strafrechtspflege.

³⁾ A. Petzelt: Grundzüge, S. 36.

⁴⁾ oder Haft- oder Einschließungsstrafe



FÜNFTER ABSCHNITT

DAS RECHTSINSTITUT DER SELBSTVOLLSTRECKUNGSSTRAFE ALS ERZIEHENDE SOZIALORDNUNG

Begriffe ohne Anschauungen sind leer.¹⁾ Die ermittelte Wesens- und Begriffsbestimmung bedarf deshalb auch einer notwendigen Ergänzung; mit dem Begriff allein ist die andragogische Existenz der Selbstvollstreckungsstrafe noch nicht bewiesen. Die Anschauung, die also auch hier zur begrifflichen Erkenntnis hinzutreten muß, läßt sich aus einer Betrachtung der sozialen paideutischen Funktion gewinnen, die das Rechtsinstitut erfüllt. Sie ist ausgewiesen durch den Bildungsgehalt, der durch die erzieherische Tradition der Selbstvollstreckungsstrafe zustande gekommen ist. Er stellt das Material für den Bildungsprozeß, der hier in der Strafrechtspflege statthat und letztlich sozialerzieherischen Absichten dient. Je nachdem, aus wessen Sicht wir diesen Prozeß analysieren, sprechen wir auf Seiten des Bewährungspflichtigen von einem subjektiven, und auf Seiten des Andragogen von einem objektiven Sachgehalt. Gleichzeitig sind mit dem Bildungsgehalt auch ein bestimmter Erziehungsweg und eine fest umrissene Methode vorgegeben²⁾.

Erstes Kapitel

Der objektive andragogische Sachgehalt und Erziehungsweg der Selbstvollstreckungsstrafe

Das als Selbstvollstreckungsstrafe verstandene Rechtsinstitut dient im Erziehungserfolg der sittlichen Höherführung und Vervollkommenung der Gesellschaft, indem es vorher einen gleichen Erfolg des Bewährungspflichtigen selbst bewirkt hat. Der soziale Erziehungs- und Bildungseffekt entspricht der jedem Gruppenprozeß eigenen Gesetzmäßigkeit: Eine Gruppe von Menschen — hier die Gesellschaft des Staates — reift sittlich in dem Maße, in welchem es ihre Mitglieder tun. Es ist der Bildungsgehalt, der als Gehalt einer geschichtlich objektivierten Geisteswelt in den individuellen

¹⁾ Hierzu I. Kant: Kritik der reinen Vernunft, S. 100.

²⁾ Vgl. Wilh. Flitners „Theorie des päd. Wegs und der Methode“.

Entwicklungsprozeß eingeht³⁾); der als Projektion selbst bis in das Unterbewußtsein des Individuums hineinwirkt, um dann von hier aus gefühls- oder triebähnlich im Bewußtsein des einzelnen zu erscheinen und den Anstoß zur Bildung einer echten Gruppe zu geben, deren gemeinsames Zentralerlebnis von der Projektion getragen ist (Karl Seiler). Immer wo hier der Weg vom Erlebnis des einzelnen zu einem Gruppenerlebnis gelingt⁴⁾), ist gleichzeitig die soziale Anpassung des Bewährungspflichtigen und damit die Gesundung der Gesellschaft von dessen sozialer Krüppelhaftigkeit gewährleistet. Sozialpsychologische Bedingtheiten korrespondieren hierbei den individualpsychologischen; zusammen bilden sie eine dynamische Ganzheit.

Dementsprechend beantwortet sich auch die Frage nach dem objektiven andragogischen Sachgehalt mit einer Klärung der psychologischen Tatsachen dieses doppelgleisigen Erziehungsweges.

I.

Der andragogische Weg in individualpsychologischer Sicht

Bei der Selbstvollstreckungsstrafe wechselt die Strafvollstreckung von der Leideform in die Tätigkeitsform über, von einem heteronomen Zwang in eine autonome Aktivität. Die darin liegende Anerkenntnis der sittlichen Entscheidungsfreiheit des Verurteilten ist orientiert an der Dynamik und Genetik des Seelenlebens, entsprechend der in der modernen psychologischen Wissenschaft vorherrschenden Lehre der genetischen Ganzheitspsychologie⁵⁾).

Die Verhängung und objektive Durchführung der Selbstvollstreckungsstrafe ist ein didaktisches Anliegen. Das Hauptproblem aller Didaktik ist immer, daß ein Mensch bemüht ist, den Ablauf der Vorgänge im anderen Menschen zu verändern. Bei der subjektiven Durchführung stellt sich andererseits beim Bewährungspflichtigen ein Denk- und Lernvorgang ein, so daß hier individualpsychologisch der Ablauf menschlichen Denkens und

³⁾ Wilh. Flitner: Allg. Päd., S. 103; ders.: Systemat. Päd., S. 93.

⁴⁾ Die andragogische Methode ist in diesem Sinn zu entwickeln und anzusetzen; s. unten, S. 128 ff., bes. S. 132 ff.

⁵⁾ Karl Seiler: Gesamtunterricht; Felix Krueger: Zur Philos. u. Psychol. d. Ganzheit; Bruno Petermann: Wesensfragen seelischen Seins; Georg Anschütz: Die Intelligenz; ders.: Psychologie; Arnold Gehlen: Der Mensch; Wolfgang Metzger: Psychologie.

Lernens interessiert, um später didaktisch-methodische Folgerungen daran anknüpfen zu können⁶⁾.

Die Denknötigung stellt sich bereits mit der begrifflichen Problemstellung ein. In der Forderung an den Bewährungspflichtigen, eine „Selbstvollstreckungsstrafe“ von bestimmter Dauer zu vollziehen, ist die Möglichkeit des Bewußtseins antizipiert, sowohl diese Strafe in ihrer Existenz, als auch die Art ihrer Vollstreckung gegenständlich zu denken. Wenn wir mit K. Seiler drei Formen des menschlichen Denkens unterscheiden, nämlich a) das An-irgend-etwas-Denken, b) das Über-irgend-etwas-Nachdenken und c) das Problem-Lösen, erkennen wir, daß hier — insbesondere im Gegenstandsbewußtsein der Art der Strafvollstreckung — die Denknötigung in der dritten Denkform ablaufen muß. Man hat diese Form auch als das eigentliche Denken, als „produktives Denken“ bezeichnet⁷⁾. Der Weg zur Problemlösung führt über einen Lernvorgang. Aus dem in ihm liegenden Widerstandserlebnis und dessen Überwindung kommt der andragogische Erfolg und damit die Erfüllung des Strafzwecks der Selbstvollstreckungsstrafe. Die Funktionen des Denkens und Lernens laufen in einem dynamisch-genetischen Geschehen des Seelenlebens ab, welches wir in seiner Ganzheit nach einem noetischen Oberbau und einem endothymen Grund unterscheiden. Bei letzterem differenzieren wir eine emotionale von einer vitalen Sphäre.

So wie jedes Erlebnis, wird hier nun die Problemstellung „Selbstvollstreckungsstrafe“ dem Bewußtsein in dreifacher Weise signalisiert: 1) in gegenständlicher Projektion, das ist das Gegenstandsbewußtsein; 2) als Zustandserlebnis, das heißt, es ist dem Bewährungspflichtigen hierbei irgendwie zumute und 3) als Erlebnis des Strebens, das ist das Strebungsbewußtsein. Diese drei Möglichkeiten des Bewußtseinserlebnisses treten immer gleichzeitig auf; nie eines allein. Stets wirkt das eine auf das andere ein. Es gibt deshalb kein reines Streben, kein reines Gefühl, kein reines Zustandserlebnis. Es ist nur die Aufmerksamkeit einmal mehr auf das eine oder das andere gerichtet.

Für eine erfolgreiche Problemlösung durch den Bewährungspflichtigen ist es nun von Bedeutung, daß er den Wesensgehalt der Selbstvollstreckungsstrafe erfaßt und seine Handlungen entsprechend steuert. Dem We-

⁶⁾ Der Andragoge setzt das Funktionieren des Denkens und Lernens bei jedem erwachsenen Menschen, der nicht krankhaft geistig gestört ist, voraus. Er kann mit diesem Funktionieren auch beim Bewährungspflichtigen rechnen, denn gegen einen Geistesgestörten wird aus den Gründen des § 51/I StGB keine Strafe verhängt.

⁷⁾ K. Duncker: Zur Psychol. des produkt. Denkens.

sensgehalt ist, wie aufgezeigt wurde, eine höhere Sinnbildung alles menschlichen Handelns und eine die empirischen Erlebnisse übergreifende eschatologische Ordnung als Richtpunkt inhärent. Für den didaktischen Ansatz kann mit dem potentiellen Vermögen des Bewährungspflichtigen, aus einem echten Wesensverständnis der Selbstvollstreckungsstrafe heraus sein Handeln zu steuern, in Ansehung der Tatsache gerechnet werden, daß der Mensch nicht nur ein denkendes, sondern auch ein geistiges Wesen ist. Seine Denknötigung ist dementsprechend stets dualistisch: Er hat einmal ein gegenständliches Denken, das die Dinge als entlebendigte, körperliche Gegenstände erfaßt und aufeinander bezieht; er denkt zudem aber auch gleichzeitig die Dinge gerichtet auf sein Ich, sein Wollen und Handeln, und setzt sie hierbei in Beziehung zu einer höheren Sinnhaftigkeit. Einer Sinnhaftigkeit, die, um mit Martin Luther zu sprechen, den Menschen in seinem „arbitrium“ aufgehoben sieht.⁸⁾ Diese zweite Denknötigung richtet die Bewußtseinserlebnisse generell auf Lebendigkeit aus. Die Welt des Lebendigen gruppiert sich schlechthin um einen Zentralpunkt, der die Quelle aller Sinnggebung überhaupt darstellt. Alle Wahrnehmungen werden also nicht nur als Gegenstände nebeneinander gesehen und aufeinander bezogen, sie werden auch auf etwas bezogen, was über das menschliche Erleben hinausreicht – wie Wahrheit, Schönheit, Heiligkeit – und was von dort aus dem, was gerade erlebt wird, eine bestimmte Richtung gibt. Erst durch diese Denknötigung in ihrer komplexen Form eines das Gegenstandsbewußtsein ergänzenden Sinnerlebnisses wird der Mensch als lebendiges, geistiges Wesen ausgewiesen. Eine menschliche Potenz, mit der jeder Andragoge rechnen kann und muß.

Das Vermögen, die Denkfunktionen selbsteinsichtig oder auf didaktische Einwirkung hin in diese Richtung in Gang zu bringen, ist mit der Propulsivität des psychischen Wesens vorgegeben, welches den Menschen nach Vervollkommen streben und ihm eine solche Tendenz mit jeder Wahrnehmung, jedem Begriff, jedem Problem, welches aufgegeben wird, verbinden läßt⁹⁾. Es sind Tendenzen, die im einzelnen Menschen subjektiviert sind, objektiv aber oft von der gesamten Menschheit getragen werden. Hier ist der Inzidenzpunkt gegeben, der im einzelnen durch ein echtes Erlebnis,

⁸⁾ M. Luther: Von der Freiheit eines Christenmenschen; vgl. auch: De servo arbitrio (vom selben Verf.)

Luther zeigt auf, daß der Mensch in seiner Freiheit nur dann wirklich frei ist, wenn er sich von seinen Zuständen löst und erfährt, daß sein Wille in Gott ruht.

⁹⁾ Hierzu: H. Bergson: L'Évolution créatrice. Fr. O. Copei: Der fruchtbare Moment. William James: The Varieties of religious experience.

durch einen echten Lernerfolg Projektionen fruchtbar werden läßt, von denen objektiv eine Mehrheit von Menschen bereits ergriffen ist und ihren Sachgehalt erfaßt hat¹⁰⁾.

Aus der vitalen Sphäre des endothyment Grundes drängt der Selbsterhaltungstrieb, der bei der Forderung nach Selbstvollstreckung der Strafe gereizt wird. Es ist der Trieb, der auf Durchsetzung des Lebens, auf Bewährung, auf Erfolg gerichtet ist. Vom Erlebnis des Erfolges her, der im emotionalen Bereich Lust auslöst, wird im noetischen Oberbau die Funktion des Denkens zu einem Steuerungserlebnis in Richtung Lustbefriedigung. Darin liegt gleichsam eine biologische Funktion des Denkens, die bei jedem andragogisch-didaktischem Ansatz in Rechnung gestellt werden kann. Denn bei ihren Grundlagen handelt es sich um „angeborene Schemata“ (Karl Seiler; Konrad Lorenz), um „Instinktausrüstungen“¹¹⁾, seelische Gegebenheiten also, die immer vorhanden sind. Sobald der Mensch mit den Umweltreizen in Berührung kommt¹²⁾, ist er bestrebt, die ihm angeborenen, latenten Verhaltensweisen wirken zu lassen und sie den Reizen anzupassen. Hier setzt der Lernvorgang ein; er geschieht — der Organisation des Seelenlebens entsprechend — in drei Schritten¹³⁾:

Erst erwachen auf die zugehörigen Schlüsselreize hin, d. h. auf Reize, die wie Schlüssel zu den Verhaltensweisen passen und sie auslösen, die angeborenen Schemata; das sind biologisch sinnvoll geordnete, zweckgebundene Handlungsfolgen. Erfahrung irgendwelcher Art geht solchem schematischen Ablauf nicht voraus. Bewußtsein und Wille und jegliche Absicht sind bei seiner Auslösung und bei seinem ersten Erscheinen unbeteiligt.

Der zweite Schritt ist die Gefühlssteuerung, die in der Emotionalsphäre dadurch erworben und aufgebaut wird, daß eine Anpassung der schematischen Aktfolgen an die Situationen, die den Menschen umgeben, erfolgt. Jedes angeborene Schema wird mit einem Drang erlebt, der seine erfolgreiche, für das Leben zweckvolle Durchführung bis zu Ende erzwingt. Ist aber infolge der Situation das Schema erfolglos oder irgendwie im Erfolg beeinträchtigt, dann stellt sich Unlust ein, im umgekehrten Fall, tritt, wenn der Ablauf des Schemas ohne Hindernis geschieht und der biologische Sinn

¹⁰⁾ Wie in unserem Fall die Projektion der Selbstvollstreckungsstrafe, die heute beinahe in sämtlichen Kulturländern erlebt wird und als Rechtsinstitut legalisiert ist.

¹¹⁾ K. Seiler: Gesamtunterricht, S. 103

¹²⁾ Hier: der Bewährungspflichtige mit den Forderungen und Aufgaben, die ihm im Vollzug der Selbstvollstreckungsstrafe gestellt werden.

¹³⁾ K. Seiler: Gesamtunterricht; ders.: Schule als Kinderheimat.

erreicht wird, Lustgefühl ein. Unlustgefühle und Lustgefühle werden erinnert und wirken auf die Öffnung oder Hemmung der Lebensenergien beim Ablauf des Schemas. So kann bei Mißerfolg ein Teil des Schemas wegfallen, weil die Lebensenergie gesperrt ist, oder das Schema kann sich innerhalb der angeborenen Variationsbreite an die Situation der Umwelt so anpassen, daß künftig Unlust vermieden und Lust gewonnen wird. In einem dritten Schritt wird sodann in der noetischen Sphäre die Bewußtseinssteuerung aufgebaut. Dies geschieht durch Verknüpfung des Schemas mit Aufmerksamkeitsakten, die nach Ausbau und Übung einen willentlichen, absichtlichen, bewußten Einsatz des an die Situation angepaßten Schemas erlauben. Die Aufmerksamkeitsakte sind es auch, die das menschliche Lernen kennzeichnende Fähigkeit ausmachen, die dargebotenen fremden Gestalten zu sprengen¹⁴⁾, unter gleichzeitigem Festhalten der Richtung und des Zusammenhanges, dem Stiften von Determinationen. Hier werden die durch das Lernen gebildeten Handlungsgestalten eingefügt in das System der ichhaft bewußt gesteuerten Handlungsgestalten, in die Ichgestalt der verantwortlichen Persönlichkeit. Durch diesen Einbau, Regulierung und Ausrichtung der gefügten Gestalt in das übergeordnete, ebenfalls gestalthafte Steuerungssystem der Persönlichkeit wird das Gelernte in der Erinnerung erreichbar und damit für eine jederzeitige, freie, willkürliche Wiederholung der Gestalt verfügbar¹⁵⁾.

Wir sind von der Feststellung ausgegangen, daß der Weg zur Lösung des Problems „Selbstvollstreckungsstrafe“ beim Bewährungspflichtigen über einen Lernvorgang führt; wir haben den Vorgang des Lernens untersucht und erkannt, daß alles menschliche Lernen nie in der Leideform abläuft¹⁶⁾. Es ist vielmehr stets aktiv; es ist eine Tat, eine Tat des Entdeckens, Erfindens, Eroberns, eine Tat der Bewährung in der Freiheit des Lebens.

Nur die Gestaltbildung, die durch das autogene Lernen entstanden ist, ist ganz besonders dauerhaft und den wechselnden Einflüssen des Lebens gegenüber widerstandsfähig; denn sie ist aufgebaut auf der untersten

¹⁴⁾ So stellen beispielsweise das vom Richter abgefaßte Urteil oder eine von ihm entsprechend seiner Denkbezüge gerechtfertigte Auflage, das Denkprodukt des Richters dar, das zunächst nur *dessen* Gestaltssystem entspricht.

¹⁵⁾ Das alles meint auch Bruno Petermann, wenn er vom Lernen als einem produktiven Organisierungsvorgang spricht.

¹⁶⁾ Die Verfechter des Internierungsstrafvollzuges müssen, soweit sie — was in der Regel der Fall ist — daran festhalten, daß auch diese Art der Strafvollstreckung pädagogischen Zwecken dienlich sei, sachnotwendig von den wissenschaftlich überholten Vorstellungen (z. B. der Vermögens- oder Assoziationspsychologie) ausgehen, die einen *passiven* Lernvorgang für möglich hielten.

Steuerung der menschlichen Persönlichkeit, dem angeborenen Schema, ist also mit der Tiefe der Anlage des Menschen verbunden. Ein oktroyiertes oder peripheres Lernen hingegen, das nicht oder sehr wenig mit dem aus der Tiefe treibenden Gestaltungsdruck durchsetzt wird, ist kein eigentliches, kein echtes Lernen; es wirkt lähmend¹⁷⁾. Es wäre für das Ziel, das gerade mit der Selbstvollstreckungsstrafe herbeigeführt werden soll, andragogisch wertlos; denn die mit ihr angestrebte, nach sittlichen Prinzipien ausgerichtete Handlungsgestalt, wird nur erreicht, wenn es gelingt, heteronomes moralisches Handeln in autonomes überzuführen. Hierfür ist Phantasie nötig¹⁸⁾, denn das Ausdenken und Einbeziehen, welche möglichen Folgen wohl das Handeln auslösen könnte, ist eine Sache der Vorstellungskraft¹⁹⁾. Aufgenötigtes oder peripheres Lernen wirkt aber durch die geringe Verbundenheit mit dem ständig im Fluß befindlichen Phantasiehandlungsgetriebe der Seele wie ein Fremdkörper; es fällt auch schneller der Vergessenheit anheim, weil sich die Aufmerksamkeit viel lieber den Gestalten zuwendet, die aus der eigenen Erfahrung erworben sind.

So zeichnet sich also — individualpsychologisch betrachtet — ein einzigartiger andragogischer Weg ab, der bei der Selbstvollstreckung der Freiheitsstrafe zum Bewährungserfolg des Verurteilten hinzuführen vermag: Im Dreischritt eines echten Lernvorganges, wie er oben entwickelt wurde, werden die zur Bewältigung der Lebensnötigungen, die zur Lebensbewährung erforderlichen Handlungsbereitschaften aufgebaut²⁰⁾, die dann eine zum Ablauf bereite seelische Valenz für weitere Lebensbewältigungen bilden und die — im konkreten Fall — zur progredienten Lösung des Problems „Selbstvollstreckungsstrafe“ zur Verfügung stehen.

Doch erst mit einer die individualpsychologische Untersuchung ergänzenden sozialpsychologischen wird der andragogische Weg erschöpfend erfaßt. Denn hier handelt es sich um die Wegstrecke, welche den persönlichen Lernerfolg auch überindividuell sichert, indem sie ihn in Sozialbezüge einbaut.

¹⁷⁾ So z. B. die geisttötende, abstumpfende Einwirkung einer Strafvollstreckung in der Strafanstalt, wo dem Verurteilten der Vollzug der Freiheitsstrafe von der Vollzugsbehörde aufgezwungen wird.

¹⁸⁾ Schon nach Aristoteles ist Sittlichkeit ohne Phantasie nicht denkbar.

¹⁹⁾ Hierbei kann man allerdings nicht mit sittlichen Werten, wie sie etwa von den Herbartianern vertreten wurden, auskommen. Man muß vielmehr planen lassen und die Planungen in die Wirklichkeit überführen lassen, dann gelingt auch eine sittliche Ausführung dieser Pläne. Von der Arbeitsschulbewegung wurden diese Einsichten in die Schulpraxis übernommen. Vgl. hierzu die Übersicht bei K. Seiler: Arbeitsschule.

²⁰⁾ K. Seiler: Gesamtunterricht, S. 103

II.

Der andragogische Weg in sozialpsychologischer Sicht

Menschliches Leben vollzieht sich normalerweise in Gruppen. Ein absolut isoliertes Leben, etwa das eines Robinson, stellt einen Grenzfall dar²¹). Mit dem Personsein des Menschen ist immer gleichzeitig der Tatbestand der Verbundenheit gesetzt²²). Darunter verstehen wir mit Georg Weippert nicht nur die „Transzendenzverbundenheit“, d. h. „ganz allgemein die Aufgeschlossenheit des Menschen für das Jenseitige, das Übersinnliche, demnach für das Göttliche, wie auch die Aufgeschlossenheit für das Reich der Werte und deren Qualitäten“, sondern stets auch die „unmittelbare Verbundenheit des Menschen mit seinem Mitmenschen, des Ich mit seinem Du“. „Mit der Personalität des Menschen ist auch seine Sozialität gesetzt“²³). Mit dieser Einsicht stellt sich hier die Frage nach den sozialpsychologischen Bedingtheiten des andragogischen Weges der Selbstvollstreckungsstrafe, welcher, erst in seiner Doppelgleisigkeit – von der wir eingangs ausgingen – aufgewiesen, Inhalt und Umfang des andragogischen Sachgehaltes wiedergibt.

Mit dem Tatbestand des Gruppendaseins, dem Tatbestand der Verbundenheit des Bewährungspflichtigen, ist in Durchführung des Rechtsinstituts²⁴) eine soziale Gruppe vorgegeben, welche zumindest aus dem Strafrichter, dem Staatsanwalt und dem Bewährungspflichtigen, gegebenenfalls auch dem Rechtsanwalt, besteht. Damit ist es dem Richter gleichzeitig an die Hand gegeben, aus diesen Gruppenmitgliedern, möglicherweise unter Hinzunahme weiterer Personen²⁵), die Entstehung einer echten Gruppe zu fördern; einer Gruppe also, in der die einzelnen zueinander in direktem sozialen Kontakt stehen, deren gemeinsamer Erlebniskern von der Projektion „Selbstvollstreckungsstrafe“ getragen ist, um so den Bewährungserfolg direkt herbeizuführen. Es besteht für den Richter aber auch die Möglichkeit, durch entsprechende Auflagenerteilung dem Bewährungspflichtigen anderweitige Sozialbezüge zu verschaffen, die durch Bewäl-

²¹) Gg. Weippert: *Bildung sozialer Gruppen*, S. 3

²²) Gg. Weippert, aaO., S. 22.

²³) Gg. Weippert, aaO., S. 22.

²⁴) Dieses trägt, wie oben, S. 70 f. ausgeführt wurde, als „Projektionsgruppe“ den Erlebnisinhalt Bewährungsstrafe/Bewährungshilfe mit gruppenstiftender, projektiv prägender Kraft weiter.

²⁵) Z. B. durch Beiordnung eines Bewährungshelfers (§ 24 Abs. I Nr. 6 StGB), oder durch Zusammenfassung mehrerer Bewährungspflichtiger unter einem gemeinsamen Bewährungshelfer.

tigung eines anderen, gemeinsamen Erlebniskernes als desjenigen der Selbstvollstreckungsstrafe als solcher, den Bewährungserfolg mittelbar fördern und herbeiführen²⁶⁾.

Der andragogische Weg des oben individualpsychologisch aufgezeigten Lernerfolges führt hier also stets durch einen Gruppenprozeß hindurch, wie überhaupt „moderne Erziehung nur über dem Weg der Gruppenbildung möglich“ ist (K. Seiler)²⁷⁾. Ebenso ist auch die Bindung des Bewährungspflichtigen an die tiefere Verantwortlichkeit nur möglich durch den Einbau seiner Persönlichkeit in den Dienst und in die Verpflichtung einer Gruppe; erst über diesen Einbau wird das verantwortliche Ich, wird die sittliche Persönlichkeit.

Die mit dem Lernerfolg aufgebauten Handlungsgestalten und -bereitschaften bestimmen die Haltung, aus der der Bewährungspflichtige lebt und handelt; und „die Rufe von der Gemeinschaft her, von ihren Einzelgliedern und von den Gesamtäußerungen, bilden wichtige Bestandteile und Belebungspunkte“²⁸⁾ dieser seiner Haltung. Hier drängt sich die aristotelische Erkenntnis vom Menschen als ζῷον πολιτικόν auf: Sein Seelenleben ist nie isoliert vorhanden, sondern „von Anfang an verstrickt in die Gestalten der Gemeinschaft; seine ersten seelischen Erlebnisse sind Gemeinschaftserlebnisse, am Grunde seiner eigenen seelischen Gestaltungen; im Grunde seiner Persönlichkeit sind diese Gemeinschaftserlebnisse eingebaut, auch dann noch, wenn er sich zu einem selbständigen Ich, zum selbständigen Leben seines Bewußtseins hingefunden hat“²⁹⁾. Insoweit könnte man also hier allgemein aus dem Tatbestand der Sozialität des Bewährungspflichtigen von einer „funktionalen“ (E. Kriek)³⁰⁾ oder „immanenten“ (M. Keil-

²⁶⁾ Z. B. durch Eintritt in einen Zweckverband (caritative Gesellschaft, Sportverein, Orchester, Gesangverein, Militär) oder durch Teilnahme an einem Berufsbildungslehrgang.

²⁷⁾ Der folgenden Untersuchung zum andragogischen Weg in sozialpsychologischer Sicht sind in erster Linie die (bisher nicht veröffentlichten) gruppentheoretischen Forschungsergebnisse zugrundegelegt, die Prof. Dr. Karl Seiler in den Jahren 1953 bis 1956 an der Universität Erlangen in Vorlesungen und Seminarübungen — besonders zu den Themen: Sozialpädagogik; Gruppenprozesse im Erziehungs- und Unterrichtsgeschehen; Massenpsychologie; die Lernprozesse; das menschliche Denken — entwickelt hat.

²⁸⁾ K. Seiler: Schule als Kinderheimat, S. 49.

²⁹⁾ K. Seiler: aaO., S. 17.

³⁰⁾ Seit E. Kriek, Phil. der Erziehung, 1922, unterscheiden wir von der „intentionalen“ Erziehung, der man vordem allein allgemein die Bezeichnung „Erziehung“ vorbehielt, die „funktionale“ Erziehung. Mit der ersteren ist die zweckbewußte, absichtliche Einwirkung (Didaktik, Methodik) auf den Zögling gemeint. Unter der letzteren faßt man jene erzieherisch bedeutsamen Einwir-

hacker)³⁰⁾ andragogischen Einwirkung sprechen. Hier treten aber hinzu die funktionalen und intentionalen Einwirkungsmöglichkeiten³⁰⁾, die das Rechtsinstitut eröffnet, indem es als eine erziehende Sozialordnung der Rechtspflege dekretiert ist, und als solche vielfache Ansatzpunkte zur Bildung echter (intentionaler) Gruppen bietet. Dabei ist es nicht entscheidend, ob es sich um Gruppen handelt, die den Zweck verfolgen, den Bewährungserfolg direkt herbeizuführen, oder um solche, die ihn nur mittelbar fördern; die Art der Gruppe ist also nicht ausschlaggebend. Der andragogische Bezug der Gruppe zum Einzelnen und des Einzelnen zur Gruppe sichert in jedem Fall eine echte Individualandragogik sowie ein echtes menschliches Gruppenleben, das bis zur Vergeistigung führt und von hier aus projektiv formend auf die Gesellschaft zurückwirkt. Die Gruppenwirkungen im einzelnen lassen sich allgemeingültig feststellen:

- 1) Der Lebens- und Entfaltungsdrang, der allem Lebendigen eigen ist, erfährt in der Gruppe eine besondere Verdichtung; er ist innerhalb der Gruppe weit größer, als beim Einzelindividuum, denn die Verdichtung, „die schon mit dem Wir-Empfinden der Gruppenmitglieder gegeben ist, erfährt noch eine weitere Verdichtung durch den Gruppenwillen“³¹⁾.
- 2) Die Gruppe hat bestimmte Gruppenziele. Sie sind abhängig von der Ausgangssituation, unter der sich die Gruppe gebildet hat³²⁾. Der einzelne wird in den Gruppengeist einbezogen; er nimmt fürderhin eine bestimmte *Gruppenhaltung* ein. Bei diesem Einbezug wirken besonders:

kungen zusammen, die fern jeglicher Bewußtheit, Absicht und Planung aus den Begegnungen von Mensch zu Mensch und vom Menschen zu den Dingen de facto entstehen. Kriek spricht von der „formenden Wechselwirkung von Mensch zu Mensch“, M. Keilhacker, (Päd. Psychologie. 1950), zieht anstelle des Begriffes „funktionale“ Erziehung vor, von „immanenter“ Erziehung zu sprechen, weil „in jeder menschlichen Umwelt erziehlche Wirkungen eingeschlossen sind, die ununterbrochen und unausweichlich von ihr ausstrahlen“. Bei den Gruppenvorgängen im Dienste der Selbstvollstreckungsstrafe lassen sich beide Wirkweisen nicht eindeutig voneinander trennen; beide sind vielmehr aufeinander verwiesen und können ineinander übergehen. Letztlich münden sie aber beide in das (intentionale) Ziel der Gruppe: Bewährungserfolg des Verurteilten bzw. Handlungserfolg des jeweiligen Zweckverbandes, dem der Bewährungspflichtige durch Auflage zugeordnet ist.

³¹⁾ Gg. Weippert: *Bildung soz. Gruppen*, S. 10.

³²⁾ Z. B. sind die Gruppen: Richter-Bewährungspflichtiger-Bewährungshelfer-Staatsanwalt, oder: Richter-Bewährungshelfer-mehrere Bewährungspflichtige, aus der Projektionsgruppe (dem Rechtsinstitut) hervorgegangen; während bei

- a) die Nachahmung (andere Gruppenmitglieder dienen als Vorbild);
 - b) die Gleichschaltung (das Bestreben des Sich-Angleichens, um eine Störung, die gewöhnlich ein Anders-Handeln und -Denken hervorruft, bei sich wie bei anderen Gruppenmitgliedern zu beseitigen);
 - c) die Solidarität (Gruppenbindung durch die Gemeinsamkeit des Erlebnisses, durch gemeinsame Wertungen).
- 3) In der Gruppe wird das Ich aus dem Verhältnis zum Du gebildet. Das Ich ist dabei vom Du ebenso abhängig, wie vom Wir. Ein Du als Gegenüber wird aus dem Wir herausgegliedert: und im selben Maße, in dem das Du ausgestaltet und erlebt wird, wird das Ich ausgebaut, um seinerseits wiederum das Wir weiterzubauen (andragogische Wechselwirkungen).
- Dieser Vorgang — die Bildung des Ich und Du im Gegensatz zueinander, aber doch das Ich in Introspektion zum Du — führt notwendig zur *Toleranz*, zur Fähigkeit, sich in die Situation der anderen hineinzuversetzen, mit anderen zu fühlen.
- 4) Immer dann, wenn die Ausbildung des Ich mit seiner ganzen Verantwortlichkeit erfolgt, wenn das Du und das Wir verarbeitet sind, ist der *Tatbestand des Dienstes* gegeben. Die Einzelperson erfährt, daß sie im Dienste eines bestimmten Welt- und Menschenbildes steht; der Einbau der Persönlichkeit in die Gruppenziele wird als Verpflichtung, als Dienst erlebt.
- 5) Die nächste Stufe ist die *Andragogik des Geistes*. In der Auseinandersetzung der Persönlichkeiten über die Verpflichtung, den Dienst, die Werte, die Normen und ihr gegenseitiges Verhältnis, die letzten Ziele, den Wert des Menschen als Einzelperson und in der Gruppe, werden geistige Potenzen wirksam. Es erscheint
- a) als erste überpersönliche Werthaltung das Recht; darauf folgt
 - b) eine Gesetzmäßigkeit, die in den Bereich der Sittlichkeit geht; sodann taucht
 - c) die Wahrheit auf (und zwar zunächst in der Form von echt und unecht, richtig und falsch, wahrhaftig und unwahr, bis schließlich die Wahrheit klar als Wertbereich zum Vorschein kommt).

der Gruppe „Chorvereinigung“, oder „Sportverein“ z. B., in die der Verurteilte durch Auflage einbezogen wird, die Ausgangssituation eine andere war (Vereinsgründung zur Pflege des Gesanges und der Musik; zur Förderung des Sportgeistes, der körperlichen Ertüchtigung usw.).

Diese Wertbezüge herzustellen, entspringt dem Bedürfnis der Gruppenmitglieder, im Sozialerlebnis *N o r m e n* auszubilden, die keine Grenze nach oben haben!³³⁾

Die Fähigkeit, geistige Zusammenhänge zu überschauen, wird aufgebaut bzw. erhöht. Hier entsteht das geschichtliche Interesse, das Kulturinteresse; die Kulturfähigkeit wird entwickelt: das Gruppenerlebnis vermag so zu den Kulturgütern hinzuführen, diese wirken dann als solche, soweit sie in den Gruppenzielen verankert sind.

- 6) Eng verknüpft mit der Andragogik des Geistes ist die Gruppenwirkung der *Bruderschaft im Dienst einer großen Idee*, die gemeinsam erlebt wird. Denn „so sehr die Menschen ihren momentanen Genüssen hingegeben sind und rein äußerlich funktionieren, so sehr hungern sie alle, vom Kind bis zum Greis, selbst der Verbrecher nicht weniger, als der rechtschaffene Mensch, nach Bruderschaft im Dienst“ (K. Seiler). Innerhalb der Gruppe gehen die Verbindungen der seelischen Gestaltungen über zu Denkreulationen. Das *Gespräch* als Mittel der Auseinandersetzung entbindet die geistigen Potenzen in der Gruppe. Dieser Geist, der so durch das verantwortliche Auseinandersetzen mit einer anderen Person innerhalb einer Bruderschaft im Dienst der gemeinsamen Idee erscheint, ist Grundlage dafür, daß die Gruppe über die Anlässe äußerer Art hinaus lebendig wird und andragogische Wirkungen für die Zukunft behält. Hier entsteht der *Gruppengeist*, entstehen die Projektionen. Von nun ab wirken die Gruppenwirkungen, soweit sie in die Sphäre des Geistes erhoben sind, weiter, und zwar unabhängig vom physischen Bestand der Gruppe.
- 7) Diese geistige Entfaltung innerhalb der Gruppe hat für den Bewährungspflichtigen (wie für jedes Gruppenmitglied) bedeutsame Auswirkungen:

³³⁾ „Dieses Bedürfnis, sein Verhalten zu versittlichen, zu vergeistigen, tritt nicht beim einzelnen Menschen, sondern nur im Sozialverhalten auf. Es war ein großer Irrtum, zu glauben, Sittlichkeit, Geist, entstünden im einzelnen Menschen und könnten von ihm aus auf die Gesellschaft angewendet werden.“ „Bei einem Menschen, der kein Bedürfnis nach geistiger Entwicklung hat, hilft als Mittel nur ein Sozialprozeß“ (K. Seiler).

Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß die intentionale Andragogik nur von einem Gruppenmitglied getragen werden kann, das sich selbstverantwortlich für den Gruppengeist fühlt. In der Gruppe, die unmittelbar aus der Projektionsgruppe (dem Rechtsinstitut) entstanden ist, wird diese Rolle in der Regel dem Strafrichter oder dem Staatsanwalt zukommen, in einer sonstigen Gruppe (Zweckverband) dem Bewährungshelfer.

- a) Er wächst über die gegenwärtige Situation der Gruppe und der Gruppenmitglieder hinaus in eine geistige Sphäre, damit wird die Fähigkeit, Dinge, die außerhalb egoistischer Ziele liegen, zu erfassen, ausgebaut.
Zwar ist diese Entwicklung zunächst noch gebunden an Gruppenziele, später wird sie aber unabhängig von diesen; es werden also
- b) Determinationen entwickelt, die später als Starthilfe für die persönlichen Determinationen dienen.
- c) Die Intelligenz wächst; Denkklarheit tritt ein;
- d) Das Phantasieleben wird bereichert; es entsteht immer mehr das Bedürfnis, dem persönlichen Handeln geistige, sittliche Motive zu Grunde zu legen;
- e) Das Selbstbewußtsein wird verstärkt, das Selbstwertgefühl gesteigert; aufgehoben im Wir-Erlebnis wird des Selbst-Erlebnis empfunden.

Für *Bewährungspflichtige mit besonderen Anpassungsschwierigkeiten* sind heilpädagogisch sechs weitere Punkte von Wichtigkeit:

- a) Es wächst die Selbstbeherrschung; es wird die Möglichkeit erkannt, auf Triebbefriedigungen zu verzichten, zu warten.
(Dieses Warten und Verzichten-Können ist besonders bei Bewährungspflichtigen notwendig, die sich Sexualvergehen zuschulden kommen ließen);
- b) Innere Hemmungen werden beseitigt und überwunden;
- c) Mit der Ausbildung der Toleranz werden Nörgelsucht und Querulantenfanatismus beseitigt, Aggressionstribe werden gemildert.
(Wichtig wenn z. B. ein Tatbestand der Beleidigung, falschen Anschuldigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Staatsgefährdung erfüllt ist);
- d) Im Dienste der gemeinsam für recht und gut erkannten Idee wird die Hilfsbereitschaft entfaltet.
(Wichtig wenn z. B. ein Tatbestand eines Vergehens wider das Leben oder die persönliche Freiheit, der Verkehrsunfallflucht, der unterlassenen Hilfeleistung gegeben ist);
- e) Prahlucht, Neid, egoistische Handlungsbezüge werden abgeschwächt.
(Wichtig wenn z. B. Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und Familie begangen wurden oder Tatbestände des Betrugs, des Diebstahls erfüllt sind);
- f) Durch die Erhöhung der Denkkraft, durch die Verlebendigung der Determinationen wird die Phantasie erweitert und infolgedessen

eine größere Wendigkeit und Intelligenz sowie soziale Anpassung herbeigeführt.

Für das bisher Dargelegte ist die Tatsache von Bedeutung, daß die Gruppe keine feststehende Dauerform besitzt. Sie hat nicht etwa eine festgelegte Struktur, die vom Anfang an bis zur Auflösung der Gruppe durchläufe; vielmehr ist die Gruppe stets in einem *Prozeß* begriffen, in dessen Verlauf sie ihre innere Struktur verändert. Im Aufstieg ist die Gruppe tolerant, im Höhepunkt beginnt sie, sich scharf von anderen Gruppen abzusetzen, bis sich dann allmählich im absteigenden Gruppenprozeß Feindschaft im Innern und nach außen einstellt. Es ist also ein durchlaufender Prozeß, der von den Anfängen, der Eingruppierung des Einzelnen, bis zur Identifizierung, zur Rationalisierung, führt, um schließlich in einem Abstieg bis zum Gruppenzerfall negative Wirkungen auszulösen.

Die oben unter 1) bis 7) erörterten positiven Wirkungen der Gruppenandragogik sind nur solange vorhanden, als sich die Gruppe im *Aufstieg* befindet. Dieser Aufstieg ist allgemein gekennzeichnet von einer Erhöhung des Lebenstonus der Gruppenmitglieder, einem frohen, hoffnungsvollen Verhalten. Starke Energien werden entladungsbereit zur spielerischen Bewältigung eines — nicht unabsichtlich — an den Anfang gestellten zentralen Widerstandserlebnisses, *das in der Richtung des Zieles* liegt. Was also stets den Anfang eines positiven Gruppenprozesses kennzeichnet und demnach anzustreben ist, ist das *frohe Erlebnis*; nicht aber — wovor zu warnen ist, weil es als eindeutiges Merkmal eines absteigenden Gruppenprozesses den Aufstieg verhindern würde — die Begeisterung für ein *noetisches Ziel*!

Ebensowenig, wie man die andragogische Arbeit etwa mit einem Urbild vom Menschen beginnen kann (z. B. man würde von einem bösen Menschen bestimmter Prägung — Tätertyp! — ausgehen), dürfte man an den Bewährungspflichtigen bzw. an die Gruppe mit vorgefaßten Begriffen herantreten. Deshalb darf also an den Anfang der andragogischen Arbeit auch nicht unser Begriff „Selbstvollstreckungsstrafe“ als abstrakte Formel gestellt und dem Bewährungspflichtigen als *Sollensbegriff* aufgenötigt werden. Das andragogische Bemühen kann vielmehr nur dahin gehen, die Projektion „Selbstvollstreckungsstrafe“ dem Vorstellungsleben zu vermitteln, und zwar durch Einschaltung eines echten, positiven Sozialprozesses. Denn es gibt ein Sozialverhalten, das für bestimmte Situationen eine Affinität besitzt; in jedem Verhalten steckt — ebenfalls rein heuristisch und nicht begrifflich — das, was der geforderten Situation angepaßt ist.

Die Verurteilung des Straftäters sowie die Ausgestaltung der Strafe durch andragogisch sinnvolle intensivierende Maßnahmen bereiten hier die Situation; in der selbstvollziehenden Strafvollstreckung, zu der sich der Verurteilte verpflichtet, liegt — um mit Kurt Frör³⁴⁾ zu sprechen — die konkrete Aufgabe, die Gott gerade diesem Menschen, an dem für ihn bestimmten Standort, gestellt hat. Hier wird seine Bewährung zu einem echten Dienst an der konkreten Aufgabe, während jeder Dienst an Wertbegriffen zum „Götzendienst“ herabsinkt, der die geistige Entwicklung mehr hemmt als entfaltet.

Nach all dem darf auch das Gruppenziel nur von der Vorstellung der Selbstvollstreckungsstrafe als *ideeierender Abstraktion* ausgehen. (Die *Begriffe* einer solchen Abstraktion lassen sich schon deshalb nicht über das Verhalten eines Menschen stützen, weil eben jeder Mensch individuell anders beschaffen ist.) Es kommt entscheidend darauf an, daß die Vorstellung selbst erlebt wird, d. h. durch individuelle geistige Verarbeitung, durch ihre Erfahrung und ihre Anerkennung die entsprechenden persönlichen Verhaltensweisen ausgelöst werden. An dieser Stelle bewährt sich einzigartig der *aufsteigende Sozialprozeß*. Nur dieser wirkt sehr stark; er bewirkt nicht nur die Bereitstellung auch der letzten Energie, sondern auch eine Beflügelung der Phantasie (denn am Anfang bildet sich aus dem Wir-Erlebnis ein Mythos, der Vergangenheit und Zukunft des Wir heraushebt und seine Pläne und Ziele vergoldet). Nur im aufsteigenden Sozialprozeß werden auch die Opfer, die von den einzelnen in Durchführung der Gruppenpläne gebracht werden, bei diesen nicht mit seelischem Schmerz, sondern mit Lustgewinn erlebt. Nur im Aufstieg entwickeln sich schließlich Mut, Intelligenz und Ausdauer und wird die soziale Anpassung an Gebote und Verbote herbeigeführt.

Der absteigende Prozeß hingegen ist gekennzeichnet von Zersetzung, Streit und Pessimismus; von einem Sinken der Intelligenz und der Ausdauer und von anderen negativen Erscheinungen. Er kann deshalb hier nicht näher interessieren. Daß ein solcher Prozeß aber auch nicht zum andragogischen Weg der Selbstvollstreckungsstrafe wird, liegt allein in der methodischen Kunst des Andragogen; zweckmäßigerweise wird er hierfür seine Maßnahmen an den Grundeinsichten orientieren, die sich — was nachfolgend versucht wird — aus den erörterten psychologischen Gegebenheiten folgern lassen.

³⁴⁾ Erziehung, S. 20.

Zweites Kapitel

Methodik der Selbstvollstreckungsstrafe

Allgemeiner Teil

Mit dem andragogischen Weg ist gleichzeitig die Methode vorgegeben. Im vorigen Abschnitt haben wir diesen Weg im einzelnen beschrieben. Nunmehr ist die Methode zu finden; sie wird in einem „Besonderen Teil“ zu erörtern sein, während hier im „Allgemeinen Teil“ einige wichtige Erwägungen grundsätzlicher Art zur Methodik begründet sind. (Teils handelt es sich hierbei um Folgerungen aus der vorangegangenen Analyse des andragogischen Sachgehaltes.)

Wenn wir von einer Methodik der Selbstvollstreckungsstrafe sprechen, legen wir dem Begriff „Methode“ im Sinne Wilhelm Flitners ein hinsichtlich der überkommenen Auffassung erweitertes Verständnis zugrunde¹⁾. Es ist begründet aus der Tatsache des tradierten geschichtstiefen andragogischen Sachgehaltes des Rechtsinstituts; denn bewußt oder nicht, gibt es Methode überall dort, wo sich — wie hier — „eine geschlossene traditionelle Erziehungstätigkeit“ findet¹⁾. Mit Wilhelm Flitner meinen wir mit „Methode“: Hilfe und Führung. Sie umfaßt hier²⁾ die Aufgabe, den Bewährungspflichtigen auf den (im vorigen Abschnitt beschriebenen) Weg „zu führen, ihm Hilfe zu leisten, damit er aus eigener Kraft sich selbst helfen lerne, ihn über Schwierigkeiten hinwegzubringen und ihm notfalls entgegenzuwirken, falls er in Gefahr kommt, sich zu verirren“³⁾. Die Tatsache, daß es sich hierbei auch um Zwangsmaßnahmen⁴⁾ handeln kann, ändert weder

¹⁾ W. Flitner: Theorie des päd. Wegs, S. 18

²⁾ Ebenso wie beim jungen Menschen, welchen W. Flitner, aaO., im Auge hat; denn der geist-seelischen Entwicklungsstufe des Jugendlichen steht der erwachsene Rechtsbrecher umso näher, je mehr er durch seine strafbare Tat seine Unmündigkeit bewiesen hat.

³⁾ Das methodische Mittel, den Verurteilten auf den andragogischen Weg zu führen ist die *Auflage*, das methodische Regulans während ihrer Durchführung die *Weisung*.

⁴⁾ Ein ständiger indirekter Zwang liegt bereits in der Drohung vollzugsbehördlicher Selbstvollstreckung, für den Fall der Nicht-Bewährung.

Direkter Zwang ist denkbar in Form von Ungehorsamsstrafen; und zwar entweder gestaltet als Auflage gemäß § 24/I, Nr. 5 i. V. m. § 24/III StGB (Geldbetrag-*nachträglich* angeordnet — die so wenigstens mittelbar andragogisch wirkt —, oder als kurzfristiger Freiheitsentzug durch Internierung (z. B. Wochenend-Einzelarrest). Gegen die Anwendung auch der letzteren Zwangsmaßnahme (zur Rechtsgrundlage s. unten, S. 209—211) bestehen keine Bedenken, falls die Säumnis des Verurteilten nicht in der Mangelhaftigkeit, der Unerfüllbarkeit der Auflage bzw. Weisung selbst begründet ist. (Im letzteren Fall wäre die

etwas an dem die Methodik kennzeichnenden Tatbestand der Hilfe und Führung¹⁾, noch an dem der Selbstvollstreckung, also der freiwilligen Sühneleistung; denn der entscheidende Weg über einen autonomen Lernvorgang zum Ausbau der Handlungsbereitschaften, kann dem Verurteilten ebensowenig abgenommen werden, wie dieser Ausbau eben nur durch persönliche Bewährung in der Freiheit und Sozialität des Lebens möglich ist. Die Außenwelt steht der Innenwelt des Menschen gegenüber. Die Außenwelt hat Dinge, die begehrt, und Dinge, die gemieden werden. Was der Bewährungspflichtige begehrt, ist der Erlaß vollzugsbehördlicher Vollstreckung der ihm zuerkannten Einsperrungsstrafe; was er um deswillen zu meiden trachtet, ist alles, was seinen Bewährungserfolg in Frage stellen könnte, z. B. eine Nicht- oder Schlechterfüllung der Auflagen oder ein erneutes Straffälligwerden während der Bewährungszeit. Er setzt sich nun in Bewegung in Richtung der Dinge, die von ihm begehrt werden; er begegnet dem Sachgehalt der Selbstvollstreckungsstrafe, ihrem erziehenden Inhalt. Dadurch allein geht aber kaum eine Entfaltung vor sich, es antwortet lediglich der gesamte seelische Mechanismus auf diesen Umweltreiz. Andererseits wirken auch die Dinge, die von ihm geflohen werden, nicht anders als Schlüsselreize, und die zum Aufbau der Handlungsbereitschaften nötige Entfaltung findet auch hier nicht statt. Diese setzt vielmehr erst dann ein, wenn sich dem auf den begehrliehen Gegenstand der Außenwelt hin in Bewegung befindlichen Menschen ein Hindernis dazwischenstellt, das seine Überwindung herausfordert.

Bereits hier taucht die methodische Verantwortung auf. Sie besteht darin, daß der Helfer⁵⁾ darauf achten muß, die Schwierigkeiten zu erkennen, die ein bestimmter Inhalt dem Bewährungspflichtigen stellt. Es gibt einen *methodischen Imperativ*; er lautet: „Die Begegnung mit dem Inhalt soll fruchtbar werden.“⁶⁾ Methodische Grundsätze, die aus der bisherigen Untersuchung begründet sind, weisen hierfür den Weg.

ungeeignete Anordnung durch eine geeignete abzulösen). Jedenfalls wird es in den meisten Fällen andragogisch sinnvoll sein, von der Möglichkeit des Widerrufs (§ 25, Abs. II, Nr. 3, 4 StGB) nur als ultima ratio Gebrauch zu machen, nämlich dann, wenn das Verhalten des Bewährungspflichtigen wiederholt zur Anwendung direkter Zwangsmaßnahmen Anlaß gab.

⁵⁾ Gegfs. der Strafrichter, Staatsanwalt, Rechtsanwalt, Bewährungshelfer.

⁶⁾ Wilh. Flitner, aaO., S. 19.

I.

Erster methodischer Grundsatz

Die selbst vollstreckte Freiheitsstrafe anstelle der „Straf a u s s e t z u n g“

Der Sachgehalt der Selbstvollstreckungsstrafe kann nicht fruchtbar werden, wenn dem Verurteilten nicht der Weg gewiesen wird, auf dem er seine Handlungsbereitschaften aufbauen und geistig-sittlich steuern lernt. Als obersten Richtpunkt und Wegweiser fanden wir bereits, daß es gilt, der im übrigen nicht nur andragogisch verfehlten, sondern auch juristisch unsinnigen „Straf a u s s e t z u n g“ mit der Vorstellung einer vom Täter *selbst vollstreckten* Freiheitsstrafe zu begegnen. Denn es ist doch zu bedenken, daß auf die Strafe nach einem umständlichen Ermittlungs- und Hauptverfahren und oft erst nach Ausschöpfung sämtlicher zu Gebote stehender staatlicher Investigationen erkannt werden kann. Wenn sie nun gleichzeitig mit dem Urteilsausspruch „zur Bewährung ausgesetzt“ wird, wird sie in der Regel von einem solchen Verurteilten, dessen naive Vorstellungen von der Bedeutung und den Auswirkungen eines Strafurteils nicht auch die stets damit verbundenen Imponderabilien erfassen, nicht als Leid und Strafübel, sondern als Belohnung empfunden werden;⁷⁾ etwa z. B. dafür, weil es „nur“ das erste Mal war, daß er straffällig wurde.

II.

*Zweiter methodischer Grundsatz**Andragogisch sinnvolle Hindernisse*

Die vorerwähnte Fehlvorstellung ließe sich auch nicht dadurch ausräumen, daß man den für den Fall der Bewährung in Aussicht gestellten Wegfall behördlicher Strafvollstreckung als „lohnweise Vergeltung“⁸⁾ motiviert.

⁷⁾ (Insoweit M. Demski: Jur. Diss., S. 27, der — auch hier vertretenen — Auffassung von der Strafnatur des Rechtsinstituts unter Berufung auf das „Volksbewußtsein“ entgegentritt, welches „durchweg“ die „Bewährungsaussetzung“ als Wohltat empfinde, verkennt sie, daß es für die rechtswissenschaftliche Charakteristik nicht auf subjektive Anschauungen einer mehr oder weniger verbreiteten öffentlichen Meinung, sondern allein auf objektive Rechts Tatsachen ankommen kann, die mit unserer Strafrechtsordnung gesetzt sind.)

⁸⁾ So v. Oetker und Heinr. Fischer in einer an sich gelungenen Gedankenführung. Die Vorstellung einer „lohnweisen Vergeltung“ wäre jedenfalls *ohne* gleichzeitige Arrangierung eines Widerstandserlebnisses gleich zu Beginn des lohnweisen Vergeltungsprozesses, nicht geeignet als methodischer *A n s a t z*.

Es genügt nicht, dem Verurteilten zu sagen, daß man ihm seine Tat wenn auch lohnweise, aber doch immerhin „vergelte“. Vielmehr ist es, wie bereits angedeutet, ein methodisches Erfordernis, vom Verurteilten — abgesehen von einer mehr oder weniger gelungenen begrifflichen Umschreibung der Strafsituation — für den Vollzug der Strafvollstreckung, die ihm hier überlassen ist, die Überwindung andragogisch sinnvoller Hindernisse zu fordern⁹⁾. Erst das Hindernis entlockt eine Neuanpassung an die gegenwärtige Lebenssituation und vermittelt Erfahrung und Einsicht; er muß das Hindernis in seine bisherige Welt einbauen und andererseits seine eigenen Fähigkeiten anders organisieren, damit er mit dem Hindernis fertig wird. Auf diese Weise gestaltet sich die Außenwelt immer reicher, es gibt in ihr dann nicht nur Gegenstände, die anziehen, und solche, die gemieden werden, sondern — geboren aus dem Widerstandserlebnis — auch Wege, wie Hindernisse zu bewältigen sind. Dadurch wird sich aber auch der Verurteilte des ihm auferlegten Strafübels bewußt; er merkt, daß ihm der Erlaß vollzugsbehördlicher Strafvollstreckung als „Lohn“ dann nicht zuteil werden kann, wenn er sich ihn nicht vorher verdient durch Übernahme und Ausführung (d. i. Selbstvollzug) der die Selbstvollstreckungsstrafe intensivierenden Maßnahmen.

Aus diesen Einsichten folgt als

zweiter methodischer Grundsatz:

Die Durchführung der gesetzlichen Regelung, die generelle Auflage der Bewährung (§ 23/I StGB) sowie der jeweiligen Wohnsitz-Veränderungs-

⁹⁾ Die heute in der Gerichtspraxis leider zu sehr übliche Auflage: „Entrichtung eines Geldbetrages zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung“ (§ 24/I Nr. 5 StGB), ist beispielsweise *k e i n* solches Hindernis.

¹⁰⁾ Im einzelnen wird hierauf im 4. Teil dieser Arbeit, S. 203 ff., eingegangen.

¹¹⁾ Soweit ersichtlich, liegt noch keine Statistik etwa über Art und Umfang der bisher in der Strafrechtpraxis angeordneten intensivierenden Maßnahmen vor. Aus dem Studium des Schrifttums zum Rechtsinstitut und von Urteilsberichten in der Presse seit dem Jahre 1954 sowie auch aus eigener Erfahrung in der Gerichtspraxis folgert der Verfasser, daß die Gerichte in der westdeutschen Erwachsenenstrafrechtspflege mit der Erteilung von Auflagen und Weisungen äußerst zurückhaltend sind; *insbesondere werden andragogisch sinnvolle Maßnahmen vermißt*. Wenn überhaupt Auflagen erteilt werden, dann dominiert die soeben in Anm. 9 kritisierte Auflage.

H.-J. Bruns hat in seinem Festvortrag bei der Rektoratsfeier der Univ. Erlangen (1958) die gegenwärtige Auflagen-Praxis sehr anschaulich zensiert (s. auch oben, S. 47).

anzeige (§ 268a/II StPO) durch besondere Auflagen und Weisungen zu intensivieren (§ 24/I StGB), hat in der Form zu geschehen, daß im Rahmen des rechtlich Zulässigen¹⁰⁾ andragogisch sinnvolle Hindernisse gesetzt werden¹¹⁾.

Eine Anwendung der andragogisch belanglosen Kann-Vorschrift des § 24/II StGB (Absehen von Auflagen) hat tunlichst zu unterbleiben¹²⁾.

III.

Dritter methodischer Grundsatz

Lern- und Sozialprozesse

Methodische Ansätze zeitigen, wie im vorigen Abschnitt gezeigt wurde, nur dann andragogische Wirkungen, wenn der angebotene Inhalt vom Bewährungspflichtigen durch echtes Lernen geistig verarbeitet und als Sozialverpflichtung erlebt wird. Das bedeutet, daß die Hindernisse, die gesetzt werden, geeignet sein müssen, den Bewährungspflichtigen in eine Lernsituation zu versetzen. Es muß eine Situation sein, die ihn das *Lernen selbsttätig beginnen* läßt. Durch Kontrolle in unmittelbarer sozialer Kontaktnahme mit ihm (seitens des Richters, Staatsanwalts oder Bewährungshelfers z. B.) ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die *Lerntätigkeit in Gang gehalten und ausgebaut* wird.

Daraus ergibt sich als

dritter methodischer Grundsatz:

Zur Durchführung der intensivierenden Maßnahmen sind echte Lern- und Sozialprozesse zu arrangieren.

- a) Als Folgerung aus der Analyse des Lernprozesses ist hierbei von Bedeutung:

1. Der Lernprozeß kommt in Gang, wenn beim Verurteilten Tätigkeiten anlaufen, welche seine inneren Bereitschaften an die gegenwärtige Situation anpassen.

¹²⁾ Die methodische Hilfe besteht nämlich gerade „zu einem wesentlichen Teil darin, den komplexen Inhalt“ (hier: den Sachgehalt der Selbstvollstreckungsstrafe) „zu zerlegen und die besonderen Schritte einzeln zu tun, die den Gesamtinhalt konstituieren“ (W. Flitner: Theorie des päd. Wegs, S. 25).

Er ist also entweder tatsächlich in eine neue Situation zu bringen (Auf-
lage zur Herbeiführung einer konkreten Verhaltensweise) oder in
seiner Phantasie (durch Gespräch oder durch die Auflage, eine be-
stimmte Literatur zu verarbeiten und darüber zu referieren).

2. Durch Gespräch und Belehrung muß beim Bewährungspflichtigen
zunächst ganz global ein zweckhaftes Sich-Bewähren-Wollen, ein Sühne-
bedürfnis geweckt werden. Es geht in erster Linie darum, die zunächst
noch ganz undifferenzierte seelische Antwort seiner gefühlsartigen,
aktiven Stellungnahme hervorzurufen.

3. Die Vermittlung des Stoffes, durch welchen nach sittlichen Prin-
zipien ausgerichtete Handlungsbereitschaften ausgebaut werden sollen,
geschieht dadurch, daß das in der untersten Persönlichkeitsschicht noch
fern jeglicher Wertschätzung ruhende dranghafte Werterlebnis aus-
gestaltet wird, und zwar durch Anbieten eines reichhaltigen Stoffes
(gegfs. durch eine Kombination verschiedener Auflagen bzw. Weisun-
gen), der die seelische Entfaltung vielseitig anregt und sichert.

4. Der Stoff, der vermittelt wird, muß zum Wissensstand und zu den
Erfahrungen des Bewährungspflichtigen eine Beziehung haben, um
ihm zu Verknüpfungen, Analogien und Weiterführungen von bereits
vorhandenen Gedankenrichtungen Gelegenheit zu geben. Hierbei ist
besonders zu berücksichtigen, daß gerade der Erwachsene sehr stark
in seinem Beruf und sonstigem Sozialleben befangen ist und daß sich
deshalb der angebotene Stoff den in diesem Erlebniskern gebildeten
seelischen Verhaltensganzheiten einpassen muß.

b) Weitere methodisch wichtige Momente sind, wie bereits angedeutet,
das In-Gang-Halten des Lernprozesses und schließlich der Ausbau der
Lernvorgänge. Bei ersterem kommt es darauf an, daß der Bewährungs-
pflichtige die Sache nicht aufgibt und resigniert (Stichproben!). Es ge-
nügt schon, wenn sich lediglich Ansätze zeigen, denn schon diese
können einen kolossalen Lustgewinn und damit einen Teillernerfolg
einbringen; er kann schon beim geringsten Schritt der Entfaltung ein-
treten und drängt dann weiter.

Beim Ausbau der Lernvorgänge sind die Lerntätigkeiten zur Selbst-
kontrolle zu führen. Der Bewährungspflichtige muß in die Lage kom-
men, an die Stelle der ihm vermittelten Werteinsichten das eigene Ur-

teil, die eigene Werterkenntnis zu setzen, heteronomes sittliches Handeln in autonomes überzuführen.

Für das In-Gang-Halten und den Ausbau der Lernvorgänge garantiert der Gruppenprozeß. Seine Analyse begründet folgende Folgerungen:

1. Weil die positiven Wirkungen der Gruppenandragogik nur im aufsteigenden Sozialprozeß vorhanden sind, muß sich der Andragoge vor zersetzenden Gruppen hüten¹³⁾. Er muß, sobald er merkt, daß sich eine Gruppe im Abstieg befindet, den Bewährungspflichtigen sofort herausnehmen und ihn in eine neue, aufsteigende, Gruppe bringen.

2. Bereits zwei Mann können eine echte Gruppe bilden (z. B. Bewährungshelfer — Bewährungspflichtiger)¹⁴⁾. Voraussetzung ist, daß zwischen beiden ein unmittelbarer Kontakt hergestellt wird. Es ist angebracht, eine solche Gruppe durch den Einbezug weiterer Personen zu erweitern¹⁵⁾.

3. Gemeinsame Aufgaben sind die Grundlage des aufsteigenden Gruppenprozesses. Es muß gelingen, den Gruppenmitgliedern diese Aufgaben so sehr an das Herz zu legen, daß ihre Ausführung, die gemeinsame Problemlösung, zu einer echten inneren Not wird.

4. Das am Anfang des Gruppenprozesses eingebaute Widerstandserlebnis darf nicht in der Form eines noetischen Befehles gesetzt werden. Ein Moralisieren ohne Ausbildung des emotionalen Bereiches ist unmöglich, denn die soziale Krüppelhaftigkeit des Bewährungspflichtigen ist ja gerade bedingt durch emotional falsch geprägte und gesteuerte Sozialreaktionen. Daher gilt hier, wie beim Lernprozeß, die Berücksichtigung des seelischen Dreischrittes als methodischer Imperativ:

¹³⁾ Der Richter wird sich deshalb, bevor er einen Zweckverband zum Gegenstand einer Auflage macht, über dessen Status, Lebenskraft und Bildungsvermögen vergewissern müssen.

¹⁴⁾ Daher sollte allein wegen der Möglichkeiten des positiven Sozialprozesses nie darauf verzichtet werden, dem Verurteilten aufzugeben „sich der Leitung und Aufsicht eines Bewährungshelfers zu unterstellen“, wie das Gesetz sich ausdrückt (§ 24/I Nr. 6 StGB). Weil diese Formulierung des Gesetzes andragogisch gesehen nicht gerade glücklich ist, muß der Richter darauf achten, daß nicht etwa eine Art Trutzbündnis mit dem Bewährungshelfer entsteht, sondern vielmehr eine echte Gruppe.

¹⁵⁾ Z. B. auch durch Einbezug des Bewährungspflichtigen und des Bewährungshelfers in einen Zweckverband. Nach K. Seiler umfaßt das Gruppenleben bei Erwachsenen zwei bis dreißig Personen; die günstigste Anzahl sind zehn.

Durch Vermittlung sozialer Primitiverlebnisse müssen erst die Schlüsselreize neu entlockt werden¹⁶⁾, sodann müssen diese Erlebnisse emotionalisiert, d. h. in allen ihren möglichen Formen erlebt werden, um sie endlich in die noetische Steuerung überzuführen¹⁷⁾.

5. Der Lernfortgang und die seelischen Entfaltung des Bewährungspflichtigen in der Gruppe sind ständig zu kontrollieren und jede Abweichung vom Erziehungsweg ist durch entsprechende andragogisch sinnvolle Maßnahmen zu korrigieren.

IV.

Vierter methodischer Grundsatz

Berücksichtigung der seelisch-geistigen Entwicklung, des Tätermotivs und der Art der Rechtsgutverletzung

Wie die Lern- und Sozialprozesse im einzelnen, so verläuft auch die seelische Entwicklung des Menschen insgesamt genetisch-dynamisch. Jüngste psychologische Untersuchungen von Martha Moers¹⁸⁾, Romano Guarдини¹⁹⁾ und Eduard Spranger²⁰⁾ haben gezeigt, daß die seelische Entwicklung verschiedenen Altersphasen unterliegt. Beim erwachsenen Menschen lassen sich danach mit Franz Pöggeler²¹⁾ vier Altersphasen unterscheiden:

- 1) die Zeit des „Jungerwachsenseins“, von 18–30 Jahren, in der der Mensch neben Sozialerlebnissen für Anforderungen schulischer Art noch besonders aufgeschlossen ist
(Auflagen: Berufsaus- und -fortbildung; Erlernung technischer Fähigkeiten; Erlernung von Fremdsprachen; Bewährungshelfer; Gruppenprozesse);
- 2) die Zeit des „mündigen Menschen“, vom Ende der zwanziger bis Ende der vierziger Jahre, in welcher Sozialbezüge (Familie, Beruf, freie Vereine mit eigenem Bildungsleben) besonders wirken

¹⁶⁾ Meist wird der Verurteilte zum ersten Mal wieder erfahren, daß sich ihm ein Mensch mit Verständnis und *V e r t r a u e n* zuwendet. Die soziale Primitivreaktion wird bei ihm die vertrauensvolle Aufgeschlossenheit sein.

¹⁷⁾ Erst wenn ersichtlich wird, daß die Sozialerlebnisse gefühlsmäßig durchgesetzt sind, kann man dazu übergehen, den jeweiligen Tatbestand zu besprechen, zu bedenken und noetische Ziele zu setzen.

¹⁸⁾ Entwicklungsphasen. 1953.

¹⁹⁾ Lebensalter. 1957.

²⁰⁾ In: Bildungsfragen der Gegenwart, S. 71–89.

²¹⁾ Einführung in die Andragogik, S. 54 ff.

(Auflagen: Gruppenprozesse; Bewährungshelfer; Arbeitsverhältnis; Militärdienst);

3) die Zeit der „eigentlichen Reife“, von Mitte 40 bis Ende 50, und

4) die „eigentliche Altersphase“;

3) und 4) sind Lebensalter, in denen der Mensch bereits geprägt ist und in denen er seinen Daseinsrahmen nicht mehr grundlegend ändern wird. Es ist dies die Phase rezeptiver Bildung, eines leidenschaftslosen Hörens und Beschauens. Im Vordergrund stehen geistige Interessen, gekennzeichnet von einer Aufgeschlossenheit für philosophisch-ethische und religiöse Lebenszusammenhänge.

(Auflagen: Bewährungshelfer, der hier ein Psychotherapeut oder Geistlicher sein kann; Zweckverbände musischer oder caritativer Art, z. B. Gesangverein, Chorvereinigung, Orchester, Schachklub, Arbeiterwohlfahrt, Gefangenenfürsorge; Heilsarmee, Rotes Kreuz).

Der vorstehende Versuch einer Alters-Ordnung darf nicht schematisch angewendet werden; die Auflagen-Beispiele sind als solche, nicht aber als kategorisch für das in der Geburtsurkunde des Bewährungspflichtigen ausgewiesene Lebensalter aufzufassen. Denn es ist ebensowenig ausgeschlossen, daß ein erwachsener Straffälliger (was gegebenenfalls durch Sachverständigenbeweis festzustellen wäre) noch auf der Entwicklungsstufe eines Kindes oder Jugendlichen steht, wie es möglich sein kann, daß z. B. ein 25jähriger durch Erfahrungen infolge schwerer Schicksalsschläge auf der Entwicklungsstufe eines 40jährigen steht, oder daß etwa (ohne die Voraussetzungen des § 51 StGB zu erfüllen) ein 50jähriger durch Störungen in der seelischen Antriebsstruktur oder durch Sperrungen im noetischen Oberbau in seiner seelisch-geistigen Reife einem 20jährigen gleicht.

Die intensivierenden Maßnahmen müssen außerdem einen Sinnbezug zur Tat haben, d. h. zur Art des verletzten Rechtsgutes und der Motivation, die den Täter zur Tatausführung bewegte.

Aus diesen Erwägungen folgt

der vierte methodische Grundsatz:

Alle methodisch-didaktischen Bemühungen müssen dort einsetzen, wo der Bewährungspflichtige in seiner seelisch-geistigen Entwicklung steht (um von hier aus weiterzuführen), nicht aber dort, wo er durch die andragogische Einwirkung erst hinkommen soll.

Die zu erteilenden Auflagen und Weisungen müssen so ausgestaltet sein, daß sie geeignet sind, der Fehlhaltung entgegenzuwirken, die der Verurteilte im Tätermotiv und in der von ihm gewählten Art der Rechtsverletzung bekundet hat.

V.

Fünfter methodischer Grundsatz

Liebe und Gespräch

Ein weiterer methodischer Grundsatz ergibt sich aus dem dem Erziehungswerk der Selbstvollstreckungsstrafe eigentümlichen Spannungsfeld, das von den methodisch scheinbar entgegengesetzten Faktoren Liebe und Gespräch einerseits, Strenge und Vergeltung für begangenes Unrecht andererseits bestimmt wird.

Überragende Menschen verschiedenster Völker und zu allen Zeiten zeigen bzw. zeigten, daß ein ganzes Leben erfüllt sein kann vom Dienst an der Menschheit und der Nächstenliebe. Johann Heinrich Pestalozzis Lebenswerk u. a. und seine methodisch-paideutischen Besinnungen haben die Liebe als grundständige Ordnung jeglicher Menschenführung und -bildung aufgewiesen. Seitdem ist sie als methodische Hilfe nicht nur in der „reinen“ Pädagogik erkannt; auch die moderne Rechtspflege hat den Erziehungsfaktor „Liebe“ einbezogen²²⁾. Im Rechtsinstitut der Selbstvollstreckungsstrafe im besonderen, reicht der Liebesgedanke, gepaart mit der Strenge und Sühneleistung — wie wir bereits sahen — zurück bis ins zweite Jahrhundert n. Chr.

Mit dem Tatbestand der Liebe ist immer auch das Gespräch als eine der tragenden Ausdrucksweisen liebenden Verständnisses und liebend aufrichtender Hilfe vorhanden. Die Wirkung des einen Faktors wird durch die des anderen ergänzt und ermöglicht.

a) Die Liebe

Sie meint das wirklich ernsthafte Aufgeschlossensein des Andragogen für die Situation des Bewährungspflichtigen²³⁾. Sie beinhaltet das Sich-An-

²²⁾ Hierzu bringt einen wesentlichen Beitrag Robert Kohl: Die Grundlagen von Liebe und Gnade in der Strafrechtspflege. Jur. Diss. Tübingen 1951.

²³⁾ Es wird hier nicht verkannt, daß — von der Verwerflichkeit der strafbaren Tat, die den Täter belastet, ganz abgesehen — in der Regel zwischen dem Verurteilten und dem Richter ein beachtliches Ranggefälle besteht, welches es hier

nehmen um den Menschen, das Helfen und Heilen, das Wieder-Zurechtbringen; sie ist die menschliche Fähigkeit, die den Andragogen als Könnern, die insbesondere echtes Richtertum ausweist. Sie ist „das Erleben einer großen und tiefen Sinnbindung in der einzigartigen Verkörperung durch einen Menschen.“²⁴⁾ „Der Liebende . . . öffnet sein Wesen für die Botschaft, die er durch den Geliebten von der Ewigkeit her erwartet.“ Daher erschöpft sich die Liebe auch nicht „in der Beziehung zwischen zwei Menschen; es ist immer noch ein Drittes, Ewiges dabei.“²⁴⁾ Sie ist die große heilandragogische Grundwirkung, die vom Richter, unbeschadet seiner staatlichen

zu überwinden gilt. (Es ist in den meisten Fällen bedingt durch einen Bildungsunterschied, allein durch die vieles überragende Befähigung zum Richteramt sowie durch die staatlich geschützte richterliche Autorität.) Nach H.-J. Bruns, in: GA 1956, S. 213, steht der Strafrichter „nun mal dem Angeklagten nicht annähernd so gegenüber, wie der Arzt dem Patienten, oder der Erzieher dem Kind, so daß er jede nicht verbotene, zweckmäßig erscheinende sozialhygienische Maßnahme verordnen“ könne.

Der wahre Strafrichter wird aber seinem hohen verantwortungsvollen Amt und insbesondere dem andragogischen Mandat, das ihm mit dem Rechtsinstitut anvertraut ist, erst dann gerecht werden, wenn er die scheinbar entgegengesetzten Vorstellungen von Liebe und Gerechtigkeit, von verzeihendem Verständnis und Tatvergeltung als lebendige Einheit erkennt; diese ist freilich als solche nicht vorgegeben, sondern muß immer erst in der Überwindung eines Wertkonfliktes erlebt werden. Im Abschnitt zum Ergebnis der theoretischen Grundlegung wird auf dieses Problem näher einzugehen sein; an dieser Stelle ist aber festzuhalten: Es ist nicht ausgeschlossen, daß es bei dem einen oder anderen Richter gar nicht zur Austragung dieses Wertkonfliktes kommt, weil er sich einfach des Inhaltes seines Auftrags nicht bewußt wird; die Tatsache, etwa, daß er — verschont von eigenen echten Lebenskrisen — bisher selbst nie des aufrichtenden Verständnisses eines Dritten bedurfte, oder aber daß er etwa selbst einen eigenen Konflikt durch eine Lebenslüge erledigt hat, läßt ihn sich nicht einfühlen in die Situation des anderen und in das andragogische Mandat des Rechtsinstituts. Viktor von Weizsäcker schreibt hierzu: „Menschen, die ihre eigenen Konflikte glatt und spielend überwunden haben, sind nicht geeignet, kranke Seelen zu verstehen. Und wer sich einmal hat brechen lassen, wer einmal gebrochen wurde und selbst erfahren hat, was Hilfe ist, pflegt leichter jenes innere Begreifen eines Kranken zu erringen“ (Menschenführung, Göttingen 1955, S. 33). Die gewaltige soziale Umschichtung nach dem Zusammenbruch von 1945, die manchen Richter in die Lage des Hilfsbedürftigen oder des Angeklagten versetzt hat, hat in diesem Sinn dort mittelbar eine andragogisch segensreiche Wirkung erzielt, wo den von ihr Betroffenen heute wieder das Strafrichteramt übertragen ist.

²⁴⁾ K. Seiler: Schule als Kinderheimat, S. 33. Nach R. Kohl ist die Liebe insofern nichts anderes als Gottes Gerechtigkeit, die in der Offenbarung des Heilsweges die Wiederherstellung des sündhaften Menschen zum Ziele hat (Grundlagen von Liebe und Gnade, S. 39).

Autorität, oder gerade wegen dieser, einzigartig ausstrahlen vermag und die ihn selbst befähigt, den Sachgehalt des Rechtsinstituts zu verlebendigen.

Nach Wilhelm Flitner²⁴⁾ benötigt alles Können „einen Halt und eine Gegenmacht, ein Gegenüber. Es ist Ermöglichung eines Wirkens oder Werkes, das eine Gegenseite respektiert: entweder die Natur der Sache, die zu behandeln ist, oder den Gegenwillen des Menschen, auf den ich wirke.“ „Das vollendete Werk entsteht, indem der Mensch selbstvergessen sich in das Verständnis dessen hineingibt, was diesem Werk widersteht und es damit ermöglicht. . . Analoges gilt für die Macht, die ich dem Mitmenschen gegenüber ausübe. Ich erfahre seinen Gegenwillen und nicht nur die äußere Grenze seiner Gegenmacht, sondern auch die innere, die sich um seine Möglichkeiten mitsorgt.“ Auf diese Weise durchdringen sich die Macht des einen mit der des anderen und es wird die Liebe erfahren als „die einzige heile Erfüllung des Machtvollens.“ Nach all dem ist die Liebe nicht bloß ein psychologisches Geschehen, es ist vielmehr gleichzeitig ein metaphysisch und ontologisch bedeutsames Phänomen. Als solches ist sie ein Ausfluß göttlicher Gnade, die dem Menschen Können verleiht.²⁵⁾

Für jeglichen Sozialkontakt, der paideutische Absichten verfolgt, ist allgemein die Erkenntnis von Karl Seiler verbindlich, daß wir das Wertvollste, Hilfreichste und Segensreichste wegschenken, wenn wir die Liebe zwischen uns erkalten und ersticken lassen²⁶⁾. Bei der Selbstvollstreckungsstrafe im besonderen, können wir auf die Liebe als methodisches Hilfsmittel umso weniger verzichten, als sie uns die Sicht vermittelt für weitere methodische Ansätze, nämlich, wie wir sahen, in der Erfahrung sowohl des Gegenwillens als auch der inneren Möglichkeiten des Bewährungspflichtigen.

b) Das Gespräch

Soweit nicht bereits während des Hauptverfahrens erfolgt, hat mindest zu Beginn des Vollzugs der Selbstvollstreckungsstrafe eine klärende Aussprache mit dem Bewährungspflichtigen stattzufinden. Später, während der Bewährungszeit, dient dann das Gespräch im Fortgang des Lern- und Sozialprozesses als Mittel der geistigen Auseinandersetzung.

Nach Platon hat das Gespräch mehr Aussicht auf paideutischen Erfolg, als das Lernen im einzelnen. Von ihm ist uns die sokratische Gesprächsführung vermacht, die jedem Andragogen als methodisches Beispiel dienen

²⁵⁾ Grund- und Zeitfragen, S. 29 f.

²⁶⁾ Schule als Kinderheimat, S. 33.

sollte²⁷⁾. Nach Heinrich Hanselmann ist das Gespräch die andragogische Methode schlechthin. Es ist „die beste Methode, an das Leben heranzukommen.“ Gesprächsstoff kann hierbei „alles werden, was die Erwachsenen zur Sprache bringen“²⁸⁾.

Es ist wichtig, den sozial nicht angepaßten Angeklagten noch vor Festlegung irgendwelcher intensivierender Maßnahmen zur Erzählung hinzubringen. Es ist gleichgültig, auf welchen Sozialbezug er zu sprechen kommt: Die Gesamtsituation, aus der heraus seine soziale Fehlhaltung entstanden ist, tut sich dem Andragogen auf und heuristisch wird er auch alle übrigen Bezüge herausfinden, wo noch soziale Unangepaßtheiten vorliegen.

So wird in den meisten Fällen eine Befreiung von der Schuld deren Geständnis, also eine Aussprache darüber, voraussetzen. Dieses Geständnis bedeutet vielfach auch eine Befreiung von quälender Heimlichkeit. So vermag das Gespräch bereits eine echte Sühneleistung zu bewirken; denn das Geständnis fordert den Mut einer Selbsteinbuße an Ansehen, einer Beschämung im Selbstwert. Die klärende Aussprache wird besonders in den Fällen an Bedeutung gewinnen, wo der Täter wohl sein Unrecht fühlt, sich über sein Wesen und seine Bedeutung aber noch nicht ausreichend klar geworden ist; hier vermag das Gespräch zum Schuldenerlebnis hinzuführen. Nur ein klares Schuldenerlebnis aber ist geeignet dafür, daß die Strafe als Sühne wirkt und zur seelischen Befreiung führt.

Aus den obigen Erwägungen folgt als

fünfter methodischer Grundsatz:

Methodik wird nur möglich, indem das Erziehungswerk eingeleitet und getragen wird von der Liebe und dem Gespräch.

VI.

Sechster methodischer Grundsatz

Strenge

Die Selbstvollstreckungsstrafe wird den legalen Strafzwecken sowie ihrer Funktion als Erziehungs- und Sühnemittel nur dann gerecht, wenn das

²⁷⁾ Die didaktische Bedeutung des freien Gesprächs wurde immer wieder hervorgehoben und für den Schulunterricht als Methode ausgearbeitet; so von Berthold Otto und seinen Schülern Spielhagen und Kreitmayer z. B., sowie später dann im sog. Jena-Plan von Peter Petersen.

Für Nietzsche ist das Gespräch die Wurzel des Geistigen. Er spricht von einer dyonysischen Funktion des Gespräches.

²⁸⁾ Andragogik, S. 118.

methodische Einwirken entsprechend hart und bestimmt ist, wenn es eine gewisse Strenge nicht vermissen läßt. Eine Antinomie zum Gebot der Liebe besteht hier nur scheinbar.

Mit Strenge im vorliegenden Sinn ist nicht Grausamkeit, Schonungslosigkeit oder unnachsichtige Starrheit gemeint; gemeint ist vielmehr die starke, führende Hand, die den Verurteilten richtend aufrichtet. Diese Strenge ist sachlich, weil sie — die Natur und die Entfaltungsmöglichkeiten des Bewährungspflichtigen bemessend — nichts Unmögliches fordert. In jedem Menschen liegt das Bestreben, sein Ich in die bestmögliche persönliche Form zu bringen. Alle Anstrengungen der Selbsterziehung beispielsweise dienen demselben Ziel. Der Andragoge muß diese vom Gewissen des Bewährungspflichtigen (lies: Bewährungswilligen) getragene Tendenz zur Selbsterziehung fördern: Er muß Anwalt und Verbündeter dieses Gewissens sein. Die Strenge, die Eindeutigkeit und Nachdrücklichkeit, mit der er hierbei seine Methoden ausstattet, entspricht letztlich dem ebenso streng angelegten Gewissen, das größte sittliche Anstrengungen fordert und vor allem im Bereich ethischer Ansprüchlichkeit grundsätzlich das Letztmögliche anstrebt.²⁹⁾

Demnach gilt als

sechster methodischer Grundsatz:

Alle Methodik hat davon auszugehen, daß jede am sittlichen Wohl des Bewährungspflichtigen orientierte Strenge andragogisch wertvoll ist.

VII.

Siebenter methodischer Grundsatz

Das öffentliche Interesse als G e b o t zur Anwendung der Selbstvollstreckungsstrafe

Der letzte methodische Grundsatz ist zu erschließen aus der Vorschrift des § 23/II Nr. 1 StGB; sie lautet:

„Strafaussetzung zur Bewährung darf nicht angeordnet werden, wenn das öffentliche Interesse die Vollstreckung der Strafe erfordert.“

²⁹⁾ Vgl. hierzu P. Häberlin: Wege und Irrwege der Erziehung. Basel 1931.

Hierzu ist festzustellen, daß das öffentliche Interesse nicht nur in bestimmten Fällen, auf die hier offensichtlich das Gesetz abstellt, sondern *in jedem Straffall* legaliter die „Vollstreckung der Strafe“ fordern kann, ja muß, falls kein Akt der Gnade vorliegt. Das „Muß“ entspricht dem Prinzip der Gleichbehandlung aller vor dem Gesetz, ohne Ansehen der Person, sowie dem Grundaxiom unserer Strafrechtsvorstellungen, wonach es kein Straferkenntnis ohne Vollstreckung gibt, soweit letztere nicht infolge Gnadenerlasses entfällt. Wer zu Strafe verurteilt ist, hat in einem unmittelbar an die Rechtskraft des Urteils anschließenden Vollstreckungsverfahren den Strafanspruch der Gesellschaft zu befriedigen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob er etwa ein rückfälliger Gewohnheitsverbrecher ist, oder ob er mit der denkbar günstigsten individuellen Sozialprognose zum ersten Male wegen einer weniger schwerwiegenden Tat vor Gericht stand. *Deshalb ist auch mit dem Straferkenntnis gemäß §§ 23 ff. StGB eine Vollstreckung der Strafe im unmittelbaren Anschluß an die Rechtskraft des Urteils sachnotwendig verquickt.*

Nun haben die Vertreter des „öffentlichen Interesses“ in einem parlamentarischen Gesetzgebungswerk mit dem Rechtsinstitut der §§ 23 ff. StGB eine Strafart — und keine Gnadenmaßnahme! —³⁰⁾ geschaffen, bei der die Ausführung des Straferkenntnisses auch durch eigene Vollstreckung seitens des Verurteilten erfolgen kann. Das „öffentliche Interesse“ fordert mithin in § 23/I StGB bereits ausdrücklich *generell* die Anwendung dieser Strafart, sodaß es des Zugeständnisses an das öffentliche Interesse für *besondere* Fälle in § 23/III Nr. 1 StGB nicht bedurft hätte.

Daraus folgt:

³⁰⁾ Von den verschiedenen Auffassungen, die sich um die rechtliche Natur des Rechtsinstituts gebildet haben, ist diejenige, die eine Gnadenmaßnahme annimmt, die abwegigste, weil sie dem Wesen des Instituts am wenigsten nahekommt. Zu Recht wird diese Theorie allgemein zuvorderst bekämpft; hierzu s. (anstelle vieler) die Ausführungen bei A. Gerstner: Jur. Diss. 1958, S. 34–38, denen zuzustimmen ist.

In den zwanziger Jahren taucht die Selbstvollstreckungsstrafe im Rahmen der Gesetzgebung zum Gnadenrecht auf. Dieses zufällige, äußere Gewand rechtsformaler Ausgestaltung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht — wie beim Gnadenrecht — ein teilweiser oder vollständiger Verzicht auf die Durchsetzung des staatlichen Strafanspruches, sondern vielmehr seit der Ur-situation als essentieller Sachgehalt des Rechtsinstituts ein echtes Strafurteil mit einer vom Verurteilten selbst zu vollziehenden Vollstreckung vorliegt. Demgegenüber s. zum Wesen der Gnade u. ihrer Stellung im geltenden Recht die beachtenswerte Diss. von Karl-Friedr. Klees (Köln 1953).

Die letztere Vorschrift wird von der ersteren konsumiert mit der Folge, daß sie stets im Sinne des § 23/I StGB auszulegen, die Selbstvollstreckungsstrafe also in all den Fällen anzuwenden ist, in denen die übrigen Voraussetzungen vorliegen. Weil der Gesetzgeber (= Vertreter des öffentlichen Interesses) von der Schädlichkeit der Internierungsstrafe überzeugt war, hat er die Selbstvollstreckungsstrafe dekretiert; diese beinhaltet, wie wir sahen, andragogische Möglichkeiten, welche richtig ausgenutzt, den Verurteilten nicht wie beim Internierungsstrafvollzug seelisch ruinieren und gesellschaftlich brandmarken, sondern ihn vielmehr in einem echten Erziehungswerk sozial anpassen und geistig fördern.

So läßt sich mit Gewißheit feststellen, daß das öffentliche Interesse niemals auf eine *Einschränkung* der Selbstvollstreckungsstrafe bedacht ist, sondern vielmehr auf deren *Anwendung*; denn nicht der Ruin des sozial Unangepaßten ist das Ziel, sondern seine Aufrichtung und gesellschaftliche Anpassung. Dies umso mehr, als die Rechtsgemeinschaft selbst infolge der bereits erörterten sozialandragogischen Wechselwirkungen, die immer vorhanden sind, nicht durch soziale Krüppel, sondern nur durch wirklich erzogene, seelisch gesunde und sozial angepaßte Individuen wächst und gefördert werden kann.

Auf diese Tatsachen, die allein dem Wesen des Rechtsinstituts entsprechen, ist mit Nachdruck hinzuweisen: es hat nämlich nicht nur nach der gesetzlichen Formulierung den Anschein, daß die Anwendung des Rechtsinstituts bisweilen einzuschränken sei; auch das einschlägige Schrifttum legt diese Vorschrift fast durchweg in diesem Sinne aus. Das letztere — so gut wie ausschließlich davon ausgehend, daß bei der Bestrafung gemäß §§ 23 ff. StGB *keine* Strafvollstreckung erfolge — rechtfertigt ein besonderes öffentliches Interesse durchweg mit dem Sühne-Interesse der Allgemeinheit und dem Gedanken einer generellen Abschreckung³¹⁾.

Bei der rechtswissenschaftlichen Charakterisierung wurde aufgezeigt, daß auch diesen Strafzwecken entsprochen wird. Abgesehen davon, ist es denkbar, daß ein intensiviertes, mit entsprechender Strenge und Nachdruck durchgeführtes Selbstvollstreckungsverfahren, das sich möglicherweise über fünf Jahre hinstrecken vermag, den Teil der Allgemeinheit, den es abzuschrecken gilt, *mehr* abzuschrecken vermag, als etwa die anstelle der fünfjährigen Selbstvollstreckungsstrafe vollzugsbehördlich vollstreckte sechswöchige Haftstrafe.

Nun sind gottlob für einen Teil der Allgemeinheit keinerlei Abschreckungsmaßnahmen erforderlich, weil es sich dabei um diejenigen Menschen

³¹⁾ Für viele: Preiser, in: NJW 1956, S. 1009; Hennke, in: DRiZ 1955, S. 4.

handelt, für die allein die Existenz der Rechtsnormen oder des Dekalogs und die Lebendigkeit ihres Wertgewissens ausreichen, um ein recht-schaffenes und gesetzmäßiges Leben zu führen. Hinsichtlich der Mehrzahl derer aber, die straffällig werden, ist es eine Illusion, zu glauben, sie könnten überhaupt durch irgend eine Art der Strafvollstreckung abgeschreckt werden. Sehr viele überlegen ihre Tat gar nicht; das ist immer dann der Fall, wenn im Affekt gehandelt wird. Der Täter jedoch, der mit kalter Überlegung handelt, entschließt sich — falls er nicht überhaupt die Absicht hat, sich unmittelbar nach Tatbegehung zu suicidieren — nur deshalb zu seinem Tun, weil er überzeugt ist, daß er alles getan habe, was seine Entdeckung ausschließe. Das Delikt hätte er nie begangen, wenn er mit der Möglichkeit gerechnet hätte, seine Tat werde aufgedeckt und er werde zu irgendeiner Strafe verurteilt.

Nicht zuletzt ist die Frage berechtigt: Verträgt sich eigentlich eine Unterwerfung der richterlichen Entscheidung unter ein besonderes öffentliches Interesse mit dem Amt des Richters, seiner Unabhängigkeit und Unparteilichkeit?

Wenn man bedenkt, daß z. B. im Verwaltungsverfahren wegen Lastenausgleichsangelegenheiten der Vertreter des öffentlichen Interesses ein Staatsanwalt oder ein anderer weisungsgebundener Staatsbeamter ist, und wenn man andererseits erwägt, daß bisweilen auch der sogenannte „Mann von der Straße“ ein „Kritiker, und zwar ein freimütiger, ein sehr schonungsloser und darum auch ein sehr unbequemer Kritiker“³²⁾ der Strafrechtspflege sein kann, dessen Urteil man, „weil man es fürchten muß, auch respektiert“³³⁾, dann kann man sich nicht des Eindruckes erwehren, der Richter müsse bei Rücksichtnahme auf ein besonderes „öffentliches Interesse“ sein Straferkenntnis von den Interessen des Staates bzw. von der öffentlichen Meinung abhängig machen! Denn das im Gesetz nicht näher umschriebene öffentliche Interesse kann sich ohne Bedenken auf beides beziehen. Die fast durchweg entgegengesetzten Auffassungen im Schrifttum³³⁾ lassen nicht die Tatsache ausräumen, daß in anderen Verfahren das öffentliche Interesse von weisungsgebundenen Staatsbeamten vertreten wird; sie lassen auch nicht die psychologische Gegebenheit übersehen, daß die mit dem Phänomen „Mann auf der Straße“ unlöslich verbundene öffentliche Meinung wegen der schonungslosen Kritik dieser Meinung den Richter immer bewußt oder unbewußt an die durch ein besonderes

³²⁾ Gg. Weippert: *Ideologien*, S. 17.

³³⁾ Preiser, in: *NJW* 1956, S. 1009; H.-J. Bruns, in: *GA* 1956, S. 219; A. Roosen, in: *NJW* 1954, S. 866 u. a.

„öffentliches Interesse“ gezogene Grenze seiner Erkenntnisfreiheit erinnern wird.

Beides ist aber unvereinbar mit dem Amt des Richters, denn er ist allein seinem Gewissen und dem Gesetz unterworfen. Falls deshalb neben den im Gesetz (§ 23 Abs. 1 u. 2) ohnehin berücksichtigten öffentlichen Interessen noch ein besonderes öffentliches Interesse berücksichtigt werden sollte, wäre ein solches allein vom Staatsanwalt wahrzunehmen.

Aus all dem ergibt sich, daß bei unserer Charakteristik des Rechtsinstituts als Selbstvollstreckungsstrafe die Vorschrift über das öffentliche Interesse (§ 23 Abs. 3 Nr. 1 StGB) überflüssig, ja geradezu sinnwidrig ist³⁴). Innerhalb des Rechtsinstituts mit seinem klaren Bekenntnis zur Selbstvollstreckung (§ 23 Abs. 1 StGB) läßt sich ein Kokettieren mit der Einsperrungsstrafe nicht rechtfertigen. Seinem Wesensgehalt entsprechend kann deshalb die nun einmal vorhandene Vorschrift des § 23 Abs. 3 Nr. 1 StGB nicht anders denn als eine Bejahung der Anwendung der neuen Strafart ausgelegt werden³⁵): ist doch gerade das, worum es dieser Vorschrift geht, nämlich die Gewißheit einer *Strafvollstreckung*, am sinnfälligsten im Vollzug der hier entwickelten Selbstvollstreckungsstrafe gewährleistet!

Wir folgern daraus als

siebenten methodischen Grundsatz:

Die scheinbare Beschränkung durch die Vorschrift des § 23/III Nr. 1 StGB (öffentliches Interesse) ist als ein Gebot zur Anwendung der Selbstvollstreckungsstrafe (§ 23/I StGB) aufzufassen.

Alle Methodik im Dienste dieses Gebotes muß von dem Grundsatz beherrscht sein, das Vertrauen der Allgemeinheit in die Rechtspflege zu stärken und zu erhalten, sie mit der Praxis der Selbstvollstreckungsstrafe vertraut zu machen; eine solche Strafrechtspflege wird erreicht

³⁴) Wiederholt wurde, mit anderen Begründungen als hier, auf die mit dieser Vorschrift verbundenen Schwierigkeiten hingewiesen. H.-J. Bruns, in: GA 1956, S. 195, spricht vom „neuralgischen Punkt“ des Rechtsinstituts; Preiser, aaO., stellt fest, daß sich hierzu in der Rechtssprechung einheitliche Grundsätze noch nicht herauszubilden vermochten; H. Jagusch, LK zu § 23 Abs. 3 Nr. 1, tritt dafür ein, diese Vorschrift wieder zu beseitigen.

³⁵) So im Ergebnis auch H. Jagusch, aaO., wenn er feststellt, daß — sobald die übrigen Voraussetzungen zutreffen — ein öffentliches Interesse an (vollzugsbehördlicher) Strafvollstreckung regelmäßig ausgeschlossen sei. Ebenso OLG Hamm, in: DAR 1955, S. 284 und Schalscha, in: DRiZ 1956, S. 11: Auch daran besteht ein öffentliches Interesse, daß bei sozial günstiger Prognose § 23 Abs. 1 StGB Anwendung findet.

- a) durch sorgfältige Beachtung der hier entwickelten methodischen Grundsätze und
- b) durch systematische Aufklärung breiter Bevölkerungsschichten über den Sachgehalt des Rechtsinstituts, seiner strafenden und erziehenden Funktion im allgemeinen, sowie über das Ausmaß und die Intensität der im abgeurteilten Straffall verhängten Selbstvollstreckungsstrafe im besonderen.

VIII.

*Die methodischen Grundsätze als Maßstab bei der Nachprüfung der erst-
richterlichen Anordnungen gemäß §§ 305 a, 453/III StPO*

Wie zuvorderst der Wesensgehalt des Rechtsinstituts und die Verfassungsnormen Maßstab sind für die Gesetzmäßigkeit der erstrichterlichen Anordnungen, so haben die vorstehend entwickelten allgemeinen Grundsätze zur Methodik für das Rechtsmittelgericht als Maßstab dafür zu gelten, ob eine vom Erstrichter getroffene Anordnung einen „einschneidenden unzumutbaren Eingriff in die Lebensführung“ des Bewährungspflichtigen (§§ 305 a, 453/III StPO) darstellt oder nicht.

Drittes Kapitel

Methodik der Selbstvollstreckungsstrafe Besonderer Teil

Ohne die seelische und körperliche Existenz des Verurteilten zu verletzen, soll diesem ein Strafübel auferlegt werden, das in sich die Möglichkeit schließt, durch Selbstvollstreckung der Strafe Bestrafung und sittliche Läuterung zugleich zu erfahren, um daraus als rechtschaffener, sozial angepaßter Mensch hervorzugehen, der fürderhin sein Leben aus eigener Verantwortung zu tragen und zu gestalten vermag.

Das ist das Prinzip, das der Selbstvollstreckungsstrafe innewohnt.

Die Aufgabe einer guten Methode ist es, die richtige Anwendung des Prinzips zu garantieren, wiewohl sie sich gegenwärtig sein muß, daß die Dauer ihrer Wirkmöglichkeit nicht unbegrenzt ist. Sie umfaßt hier den Bewährungszeitraum¹⁾.

¹⁾ Dieser darf lege lata zwei Jahre nicht unter- und fünf Jahre nicht überschreiten.

Das sittliche Lebensverhältnis, das aus der Strafe Selbstvollstreckung erwachsen soll, wird aber nur dann zustande kommen, wenn mittels des erzieherischen Einwirkens „aus Verantwortung Verantwortlichkeit erweckt wird“²⁾). Damit steht dem Ausdenken und der Anwendung einer Methode voran die *andragogische Verantwortung*; denn die Verantwortlichkeit, die hier letztlich angestrebt wird, „kann nicht das Ende der Erziehung sein, wenn sie nicht ihr Anfang gewesen ist“²⁾).

Als Ziel des Erziehungsprozesses steht das Prinzip unverrückbar von Anfang an fest. Es darf durch keine der erzieherischen Intention fernstehende Erwägungen beeinträchtigt werden³⁾; die Methode jedoch muß sich dem individuellen Fall anpassen. In dieser Hinsicht haben wir heute auch die Auffassung des Nestors methodisch-didaktischer Besinnungen, Johann Amos Comenius, überwunden⁴⁾; ging er doch in seiner „Didactica Magna“ von einer „einzigen rational erdachten Methode für alle Fächer, Stunden, Lehrer und Menschen“ aus⁵⁾, während die moderne Erziehungswissenschaft davon überzeugt ist, daß – mit den Worten K. Seilers ausgedrückt – „jedes Fach, jeder Mensch, jeder Schüler und Lehrer, jede Zeitsituation eigene Struktur besitzen, die nicht ungestraft vernachlässigt und vergewaltigt werden darf“⁶⁾.

Die allein richtige andragogische Methode der Selbstvollstreckungsstrafe wird jeweils nur die sein, die „die Besonderheiten der Denk- und Erlebens-

²⁾ E. Lichtenstein: Zur Metaphysik der pädagogischen Verantwortung, in: Päd. Rundschau Jg. 7 (1952/53), S. 49 u. 56.

³⁾ Auch dann nicht, wenn die Art des verletzten Rechtsgutes und der Tat ausführung, kurz wenn das Bild der Täterpersönlichkeit die Wahrung des Prinzips erschweren.

A. S. Makarenkos Worte hierzu sind:

„Jeder Rechtsverletzer stellt eine negative Erscheinung dar, mit allen Einzelheiten, die zu einer negativen Erscheinung gehören. Und einen Verwahrlosten zu beobachten, kann einem wirklichen, lebendigen Menschen, keinerlei Vergnügen bereiten. Vom Standpunkt der Ästhetik also muß die Gestalt des Verwahrlosten entschieden verworfen werden. Nur vom pädagogischen Standpunkt kann sie von Interesse sein: wie nämlich aus einem Verwahrlosten, aus einem Rechtsverletzer ein wahrhaft neuer Mensch erzogen werden kann.“ (Werke, Bd. 5, S. 358).

⁴⁾ (Unbeschadet der Wirkkraft, die im übrigen von seinem Werk noch heute ausstrahlt und besonders die moderne Schulorganisation geprägt hat. Vgl. K. Seiler: C. und die Erz. von heute. In: Joh. Amos Comenius 1657/1957, S. XIX ff.)

⁵⁾ K. Seiler, aaO., S. XXIX; vgl. auch J. A. Comenius: Didactica magna, dt. Hrsg.: A. Flitner.

⁶⁾ aaO.

struktur“ (K. Seiler) der in Durchführung der Strafe beteiligten Personen sowie

die Eigenheiten der „existentiellen und akzidentellen“ Lebensnötigungen (Gg. Raederscheidt), welche sich aus der Befunderhebung zur Täterpersönlichkeit ergeben, berücksichtigt, und schließlich

in ihrer Grundkonzeption getragen ist von einer andragogischen Verantwortung, welche sich aus dem „erzieherischen In-Situation-Sein“, aus dem „unmittelbaren Betroffensein für die gegenwärtige Lage des anderen“ (E. Lichtenstein) ergibt; denn „unser Handeln ‚am‘ andern ist dann nur echt, wenn es dieser nicht wiederkehrenden und unvorhersehbaren Situation entspricht und gerecht wird. Die Nötigung zum echten ‚entsprechenden‘ Handeln verlegt uns die Flucht in die Vergangenheit, in das Ersatzhandeln aus Gewohnheit⁷⁾, Schema, Routine⁸⁾“⁹⁾.

Im folgenden „Besonderen Teil“ der Methodik sind einmal die intensivierenden Maßnahmen der Selbstvollstreckungsstrafe im einzelnen darzustellen.

Wenn sich auch hierbei ein in sich geschlossener Katalog nicht erstellen läßt, so sollen hier doch der Strafrechtspraxis eine möglichst große Anzahl von Möglichkeiten aufgezeigt werden; diese können, den jeweiligen Umständen entsprechend, entweder allein oder kombiniert mit weiteren der aufgeführten Maßnahmen-Beispiele zur Anwendung kommen.

Auf jeden Fall müssen sie andragogisch werthaltig sein; sie sind deshalb aus dem (wie wir fanden andragogischen) Sachgehalt des Rechtsinstituts zu finden, um so auch dem Ziel des Straf-Erziehungswerkes, nämlich dem obenerwähnten Prinzip, gerecht zu werden.

Zum andern Mal ist (zuvorderst) der Vorgang der Urteilsfindung selbst zu behandeln, denn der Ausspruch des Straferkenntnisses geht jeder intensivierenden Maßnahme voraus; das Urteil ist die sachlogisch unabdingbare und umfassendste Methode der Selbstvollstreckungsstrafe, während die intensivierenden Maßnahmen in seinem Rahmen die speziellen Methoden andragogischen Einwirkens darstellen.

⁷⁾ (z. B. Vermeidung der Selbstvollstreckung durch Verhängung der üblichen Internierungsstrafe, besonders durch Straferkenntnis auf zehn Monate Gefängnis, um § 23 StGB zu umgehen; s. auch oben, S. 25 f.)

⁸⁾ (z. B. die stereotype, andragogisch unverantwortbare Auflage: „Geldbetrag zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung.“)

⁹⁾ E. Lichtenstein, in Päd. Rundschau Jg. 7 (1952/53), S. 49 ff.

I.

*Die Findung des Erkenntnisses der Selbstvollstreckungsstrafe.
Strafzumessung*

1. Der Urteilstenor

§ 23/II StGB setzt für die Anwendung der „StzB“ eine Würdigung verschiedener den Angeklagten betreffender Umstände voraus. Dabei geht das Gesetz davon aus, daß ein auf eine bestimmte Internierungsstrafe lautendes Strafurteil unmittelbar vorausgegangen ist; die „StzB“ selbst, wird in der Form des Beschlusses erkannt.

Nach unserer Auffassung aber, die eine Selbstvollstreckungsstrafe, also eine eigene, selbständige Strafart neben anderen Strafarten annimmt, ist zu fordern, daß die — als Urteil zu fassende — auf Selbstvollstreckungsstrafe lautende Entscheidung die eigentliche, die *primäre* darstellt, während die mit ihr vikariierend zu koppelnde Internierungsstrafe lediglich zur gesetzesnotwendigen Sekundärentscheidung wird (die Internierungsstrafe soll ja auch nur *sekundär* vollstreckt werden!).

- Im Urteilsausspruch hat deshalb zum Ausdruck zu kommen, daß
- a) eine Selbstvollstreckungsstrafe von grundsätzlich bestimmter Dauer verwirkt ist
 - b) es vorbehalten bleibt, das Strafmaß entsprechend dem Bewährungsfortgang des Angeklagten nachträglich durch Beschluß im Rahmen der gesetzlichen Vollzugsspanne zu verändern
 - c) erforderlichenfalls die Erledigung des staatlichen Strafanspruches auch durch Einsperrung von bestimmter Art und Dauer erfolgen kann.

Ein solches Urteil könnte beisspielsweise lauten:

- „1. Der Angeklagte N. N. aus N. N. ist der fahrlässigen Tötung schuldig und wird deshalb zu einer *Selbstvollstreckungsstrafe* von vier Jahren, ersatzweise zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten verurteilt.
2. Die Dauer der Selbstvollstreckungsstrafe kann nachträglich — entsprechend dem Selbsterziehungserfolg des Angeklagten — durch Beschluß bis auf zwei Jahre ermäßigt oder bis auf fünf Jahre erhöht werden.
3. Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.“

(Die intensivierenden Maßnahmen sind sodann im Anschluß an dieses Urteil als Beschluß zu fassen und zu verkünden.)

Damit steht für den erkennenden Richter für den Hergang seiner Urteilsfindung — methodisch gesehen — von vorneherein fest, daß die *Grundentscheidung* bei Anwendung des Rechtsinstituts die *Selbstvollstreckungsstrafe* sein muß¹⁰⁾, während die gleichzeitig auszusprechende Internierungsstrafe den Charakter eines besonderen, methodischen Hilfsmittels zur Sicherstellung des Strafanspruches gewinnt, sich m. a. W. als eine Modalität des Vollzugs der Grundentscheidung darstellt.

Das bedeutet für den Vorgang der Urteilsfindung, daß die Würdigung der in der Person des Angeklagten liegenden und vom Gesetz erwähnten (§ 24/II StGB) Umstände durch den Richter bereits mit Eröffnung des Hauptverfahrens, nämlich schon dann einzusetzen hat, wenn auf Grund des Ermittlungsergebnisses und des Eröffnungsbeschlusses die Möglichkeit nicht auszuschließen ist, daß für diese Tat im Falle eines Erkenntnisses auf eine Internierungsstrafe sechs Wochen Haft bzw. neun Monate Gefängnis oder Einschließung voraussichtlich nicht überschritten würden.

Nicht hingegen darf die Würdigung der erwähnten Umstände erst dann einsetzen, nachdem mittels des bei Internierungsstrafen üblichen Strafzumessungsherganges eine Internierungsstrafe gefunden ist.

Diese Forderung ist besonders damit begründet, daß der Hergang der Urteilsfindung für die Selbstvollstreckungsstrafe im Gegensatz zur Strafzumessung bei anderen Strafarten intensiver und vielseitiger die Täterpersönlichkeit zu durchleuchten hat, somit also — gegenüber dem Strafzumessungshergang bei der Internierungsstrafe — umfassender ist¹¹⁾. Und mit der Anwendung des umfassenderen Strafzumessungsherganges wird auch der weniger umfassende konsumiert, nicht aber umgekehrt.

Die Methodik des umfassenderen Strafzumessungsherganges i. S. des § 24/II StGB schließt in sich:

- a) eine Längsschnittanalyse
(Lebenslauf, Lebensumstände, Verhalten vor und nach der Tat),
- b) eine Querschnittanalyse
(Ausführung der Tat; das verletzte Rechtsgut; Motivationsprozeß)
und
- c) die Überlegung, welche Wirkungen bei dieser Täterpersönlichkeit bei Verhängung einer Selbstvollstreckungsstrafe zu erwarten sind.

¹⁰⁾ Andererseits erkennt auch der Verurteilte aus dieser Urteilsfassung, daß die Erfüllung des Strafanspruches in erster Linie seiner eigenen Aktivität, seiner Bewährung obliegt.

¹¹⁾ Insbesondere kennen auch die Vorschriften der §§ 14, 16, 17, 18 und 27 StGB keine der Vorschrift des § 23/II StGB analoge Bestimmung.

Das synoptische Ergebnis aus a) — c) ist Voraussetzung und Ausgangspunkt

1. für das Erkenntnis auf die Straftat „Selbstvollstreckungsstrafe“,
2. für die Bestimmung der Dauer der Selbstvollstreckungsstrafe sowie ihrer Ersatzstrafe (Internierungsstrafe) und
3. für die Festlegung der gerade dieser Täterpersönlichkeit adaequaten intensivierenden Maßnahmen.

2. Die Längsschnittanalyse

Für die Längs- und im wesentlichen auch für die Querschnittanalyse steht unserer Methodik die sogenannte biographische Methode¹²⁾ zur Verfügung, die in den anthropologischen Wissenschaften¹³⁾ Verwendung findet.

Nach dieser Methode darf sich die Einvernahme des Angeklagten zur Person nicht (wie üblich) auf dessen mehr oder weniger lückenhafte Auskunft beschränken, welche meist über ihm sachdienlich erscheinende Angaben zum persönlichen oder beruflichen Werdegang nicht hinausgeht. Sie strebt vielmehr eine in sich geschlossene Autobiographie an, die durch Berichte dritter Personen (hier: Staatsanwalt, evtl. des Leiters eines Fürsorgeheimes, Wohlfahrtsbehörde, Polizei, Lehrer, Schule, Verwandte, Pfarrer, Berufskollegen, Bekannte usw., evtl. auch durch Schul- und Arbeitsleistungszeugnisse, ärztliche Atteste usw.) zu ergänzen und zu überprüfen ist. Auch für die zur Ergänzung und Kontrolle dienenden Berichte ist eine tunlichst erschöpfende Wiedergabe der Lebensgeschichte des Angeklagten zu fordern, wie und soweit dies eben die jeweiligen Berichtersteller vermögen.

Wir fassen nachfolgend die Anforderungen zusammen, die wir mit H. Thomae¹⁴⁾ an eine sinnvolle Handhabung der biographischen Methode stellen; es sind dies die Voraussetzungen, die für die Erforschung des

¹²⁾ Darunter sind zu verstehen „alle Annäherungsweisen an menschliches Verhalten, seine innere Begründung und seine Auswirkungen in Kultur, Gesellschaft und Natur“, „welche keine einmalige Begegnung, sondern ein möglichst intensives Mitgehen mit dem zu beschreibenden, zu erklärenden oder zu verstehenden Phänomen als ausreichende Bedingung gültiger Einsicht ansehen“ (H. Thomae, in: Stud. Gen. Jg. 5 (1952/53), S. 163, unter Bezugnahme auf Allport, Kardiner und v. Weizsäcker).

¹³⁾ Zu ihnen zählt auch „die kriminologische Kasuistik“ (H. Thomae, aaO., S. 163).

¹⁴⁾ aaO., S. 168 ff. (Mit umfangreichem Quellennachweis, S. 176 f.)

Lebenslaufes durch den Richter selbst ebenso unabdingbar sind, wie für die Be- und Auswertung des Berichtes eines Dritten:

- a. Überschaubarkeit der Bedingungen, unter denen der Befund zustande kam

(z. B. Einholung von Angaben darüber, in welcher Eigenschaft der Berichterstatte die Befunde erhielt, ob etwa als Leiter einer Erziehungsanstalt, Anstaltspfarrer, Gemeindegeistlicher, Arbeitgeber, Dienstvorsetzter oder als Gutachter in einem Rentenverfahren usw. usw.).

Um die Verlässlichkeit des Berichtes sachdienlich prüfen zu können, sollte als Kriterium gelten:

1. allgemeine Ehrenhaftigkeit und Glaubwürdigkeit des Berichters,
2. Wahrscheinlichkeit des Dokuments unter Berücksichtigung früher gemachter Erfahrungen,
3. innere Stimmigkeit des Berichtes in sich selbst¹⁵⁾.

- b. Unvoreingenommenheit.

Nur objektive Berichte verschiedener Autoren zum selben Thema verbürgen eine echte Vergleichsmöglichkeit.

- c. Konkretheit der Aussagen.

So sind „auf keinen Fall zu entbehrende Hinweise“ solche, die sich beziehen auf „die soziologische Einbettung eines Lebenslaufes oder auf seine Färbung durch eine spezifische Temperamentslage und seine Determination durch eine spezifische historische Gegebenheit“¹⁶⁾.

Vor allem ist auch darauf zu achten, daß allgemeine Urteile und Verallgemeinerungen¹⁷⁾ vermieden, bzw. entsprechend eingeschätzt werden: Sie sind in der Regel wertlos¹⁸⁾. Anstelle solcher Urteile ist vielmehr die *Schilderung von Verhaltensweisen* verwertbar¹⁹⁾.

¹⁵⁾ H. Thomae, aaO., S. 170, im Anschluß an Allport.

¹⁶⁾ H. Thomae, aaO., S. 171.

¹⁷⁾ z. B. die Kindheitsentwicklung des Angeklagten sei störungsfrei verlaufen; oder dieses oder jenes Familienmitglied sei „psychopathisch“ gewesen; oder: „es sträubt sich die Feder, zu berichten, daß ...“; oder der Angekl. sei „sehr leichtsinnig veranlagt“.

¹⁸⁾ H. Thomae, aaO., S. 171.

¹⁹⁾ „Erforderlich wäre ... die Beschreibung von Verhaltensweisen, sei es des Probanden selbst, sei es seiner Verwandten, so wie es die gute Krankengeschichte, der gute Monatsbericht im Erziehungsheim oder die brauchbare Explorationsniederschrift bieten“ (H. Thomae, aaO.)

d. Vollständigkeit der darzustellenden Lebensgeschichte.

Eine möglichst lückenlose Abfassung des Lebenslaufes ist anzustreben; oft kann auch ein unbedeutend erscheinender Befund innerhalb des Lebenslaufes von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Mit H. Thomae haben folgende fünf Punkte²⁰⁾ für die Vollständigkeit einer Lebensgeschichte als unabdingbar zu gelten:

1. sie muß den kulturellen, soziologischen und ökonomischen Rahmen skizzieren, in dem sich ein Bios vollzieht;
2. sie muß jeweils festzustellen suchen, wieviel von diesem Rahmen subjektiv bedeutsam wird und wieviel nicht;
3. sie muß die konstanten Merkmale einer Persönlichkeit in den verschiedenen Lebensabschnitten (wie etwa Größe und Richtung des Antriebs, Differenzierungs- und Strukturierungsgrad, Intro- bzw. Extraversion, Art der Grundstimmung, Steuerung unter Angabe des führenden, dynamischen Kerngebietes) festhalten;
4. sie muß die Varianten des Verhaltens in den verschiedenen Lebens-epochen möglichst sorgfältig zu erkennen geben, also die meist nur schwer zugänglichen Veränderungen und Wandlungen im Persönlichkeitsgefüge, wie sie etwa in den Begriffen Verfestigung, Erstarung, Lockerung, Vertiefung, Verflachung, Verinnerlichung, Distanzierung, Vergrößerung, Versandung usw. zu Tage treten;
5. sie muß den betrachtenden Bios nicht nur von bestimmten sozialen Normen, sondern auch von den für ihn wesentlichen Anliegen zu erfassen suchen. Insbesondere muß in einer Biographie ebenso wie in der kleinen Falldarstellung²¹⁾ erkennbar werden, wie ein Mensch sich das Dasein möglich zu machen sucht, und nicht nur, was die Sozietät an ihm vermißt bzw. auszusetzen hat.

Schließlich ist als weitere Voraussetzung für die Praxis der biographischen Methode

e. Prägnanz der Aussage und der Schilderung zu fordern (in Ergänzung zur Forderung unter c. und d., nach Vollständigkeit und Konkretheit der Aussage).

Sie meint eine bestimmte Ordnung:

„Zunächst die Schilderung des biologischen und soziologischen Milieus, danach die eigene Lebensentwicklung des Dargestellten in chronologischer Folge, weiterhin eigene Untersuchungs- und Beobachtungser-

²⁰⁾ Wörtlich übernommen von H. Thomae, aaO., S. 173.

²¹⁾ Diese wird anschließend den Gegenstand der Querschnittanalyse bilden.

gebnisse, schließlich die Beurteilung des Falles unter Auswertung der Befunde, an die sich gegebenenfalls Nacherhebungen und epikritische Erwägungen anschließen“²²⁾.

Es ist zu vermeiden, daß die Schilderung zu einer *bloßen Aufreihung von Daten* wird. Dieser Mangel läßt sich vermeiden, wenn man sich danach fragt, „ob einem Menschen das Leben von innen her möglich wird“; denn „dann fügen sich alle Verhaltensweisen des Geschilderten als nach und nach entstehend oder in frühzeitiger Verfestigung gebildete Techniken zur Ermöglichung des Daseins um den Kern einer Thematik“²³⁾.

3. Hemmfaktoren und Fehlerquellen

Für eine erfolgreiche Anwendung der biographischen Methode ist die Kenntnis der möglichen Schwierigkeiten unerlässlich.

Sie können begründet sein einmal durch die Absichten des Angeklagten in seiner Eigenschaft als Autobiograph, zum andern durch ein unzulängliches Ausmaß an Geduld und Fähigkeiten des explorierenden Richters und schließlich durch Umstände, die in der Person eines Berichters liegen.

Momente, die in diesem Sinne hemmend wirken, d. h. das Resultat in seiner Objektivität und Verbindlichkeit beeinträchtigen können, werden bei H. Thomae²⁴⁾ aufgewiesen. Seine Worte sind:

„Man muß erstens eine sehr gründliche methodische Schulung für solche biographische Aufgaben haben, zum andern aber genügend Zeit und Spezialisierung der Fähigkeit, um sich diesen Beobachtungen und ihrer Verwertung ungehindert widmen zu können.“

Zum Wert der *Autobiographie*:

Es gibt „Verhinderungen der Unvoreingenommenheit, welche nicht durch theoretische Einflüsse, sondern durch soziale und berufliche Interessiertheit des Berichtenden an gewissen Endergebnissen bedingt sind.

Sie schränken z. B. den Wert fast jeder Autobiographie ein, so unentbehrlich diese für die Bearbeitung soundsovieler Fragestellungen sein mag.

²²⁾ H. Thomae, in: Stud. Gen. Jg. 5 (1952/53), S. 173.

²³⁾ H. Thomae, aaO., unter Hinweis auf Falldarstellungen von Binswanger, Adler und Wexberg. Cf. auch die grundsätzlichen Erörterungen bei H. Thomae: Über Daseistechniken. In: Psych. Forsch. Bd. 24 (1952/53), S. 11–33.

²⁴⁾ aaO., S. 170.

Die Bedingungen der Selbstauffassung und Selbsterkenntnis, die jede Autobiographie nur zu leicht zum Mittel der Erhöhung, Bemitleidung, Rechtfertigung, Verteidigung oder Verklärung des eigenen Selbst werden lassen, gestatten eine Verwendung der Autobiographie unter besonderen Kautelen, zu denen etwa die eingehende Beurteilung des Berichters hinsichtlich seiner Fähigkeit gegenüber sich selbst gehört.“

Zum Wert der *Berichte Dritter*:

„Persönliche Behinderungen der Unvoreingenommenheit setzen auch die Lebensgeschichten und Einzelberichte in ihrem Werte herab, die Verwandte, Angehörige oder Freunde von einem Menschen geben, so groß der Vorteil solcher Aussagen von der anderen Seite gegenüber jeder Behauptung eines Fernstehenden ist und so unentbehrlich sie beim Zustandekommen einer psychiatrischen oder medizinischen Krankengeschichte bzw. einer kriminalpsychologischen oder erziehungsberaterischen Anamnese sind. Bekannte Behinderungen der Unvoreingenommenheit sind schließlich konfessionelle, politisch oder weltanschaulich bedingte Parteinahmen für oder gegen eine zu betrachtende Persönlichkeit.“²⁵⁾

4. Die Querschnittanalyse

Ein Punkt in der Lebensgeschichte des Angeklagten bedarf sachnotwendig einer besonders eingehenden Durchforschung: die Tat; der Motivationsprozeß, der den Rechtsbruch bedingte.

Durch Handeln tritt die Persönlichkeit der sozialen Umwelt in Erscheinung. Der Rechtsbrecher durch Unrechttun. Man kann, wie es Erwin Frey in einer Untersuchung über den frühkriminellen Rückfallsverbrecher tut, vom „Prinzip der Einheit von Täter und Tat“²⁶⁾ ausgehen; denn jede strafbare Tat ist „ein Fenster, das Einblick in die Täterpersönlichkeit gewährt“, als „tatbestandliche Personifikation des Täters“, denn „das Verbrechen ist in den meisten Fällen persönlichkeitsbedingt und persönlichkeitskonform“²⁷⁾.

So kommt auch der Querschnittanalyse besondere Bedeutung zu: Sie ist das im Rahmen der Längsschnittanalyse notwendige methodische Mittel, den Lebensausschnitt „Tat“ intensiv zu durchdringen und zu beleuchten,

²⁵⁾ H. Thomae, aaO., S. 171.

²⁶⁾ E. Frey, in: Schweiz. Criminalist. Studien. Vol. 4, S. 269 ff.

²⁷⁾ Frey, aaO., S. 295 ff.

ihn damit gleichzeitig aus der Gesamtsicht der Lebensgeschichte sachgerecht zu würdigen und von hier aus den entsprechenden methodischen Ansatz für die Behebung des Erziehungsnotstandes und für die Sühneleistung des Angeklagten zu finden.

Es geht hier um die restlose Aufklärung des Sachverhalts durch Vernehmung des Angeklagten zur Sache und durch Beweiserhebung.

Steht die strafbare Handlung als erwiesen fest, dann gilt es, von hier aus eine rückläufige Kette bis zum Agens des Tätermotivs, zur Strebung, zu finden.

Sowohl die Aufklärung des Sachverhalts bis zur Überführung des Täters, als auch die Motivdiagnose sind dem Strafrichter geläufige Arbeitsweisen²⁸⁾; auf sie braucht deshalb hier nicht näher eingegangen zu werden.

Quer- und Längsschnittanalyse bilden eine Einheit. Beide bedingen und ergänzen sich gegenseitig. Dementsprechend gestaltet sich auch der Hergang im Praktischen.

H. W. Gruhle gibt bedeutsame methodische Hinweise, die beide Analysen betreffen; er schreibt:

„Das Verfahren des sich Einfühlenden ist schlicht: den „anderen“ möglichst genau kennenzulernen; ist er doch (nach einer alten Quelle) nur der alter ego. Freilich ist eine geschickte Unterhaltung mit einem Verbrecher eine Kunst. Möglichst unbefangen, ganz harmlos, von Gott und der Welt redend, fängt man an, streift viele unverfängliche Themen, um den Partner aus sich heraus zu locken, hört seine Werturteile, lernt seine Liebhabereien, seine Reisen, schließlich seinen Lebenslauf kennen. Gerade diesen frage man nicht der Zeit nach, sondern kunterbunt heraus, hin und her springend, das Verbrechen vermeidend. Nicht das geringste Werturteil darf durchblicken, es sei denn, daß sich Gelegenheit gibt, etwas zu loben. Vielleicht ergibt die Unterhaltung einen Ort, wo man selbst auch war, sogleich füge man selbst eine kleine Erzählung an. Erst bei der zweiten oder dritten Unterredung komme man auf das Verbrechen und seine Vorgeschichte zu sprechen, locke des Verbrechers eigene Urteile über sich heraus, wie er dazu kam, ob es schön, ob es lustig war. Erst wenn man schon das Wesentliche beieinander hat, darf man auch ernstere Töne anschlagen: wie konnten Sie denn, und sagten Sie sich nicht, sahen Sie nicht voraus, hatten Sie

²⁸⁾ Hinsichtlich der letzteren sei auf die Arbeit von Lothar Lahn, Das Tätermotiv im Strafrecht, Diss. Hamburg 1949, verwiesen. Besonders finden sich bei Lahn gut herausgearbeitet auch die bei der Motivdiagnose möglichen Fehlerquellen; dieselben dürfen hier ebensowenig außer Acht gelassen werden, wie die oben erwähnten bei der Längsschnittanalyse.

gar keine Bedenken? usw. Im einzelnen Fall wird man den Partner auch reizen, ja ihn geradezu böse machen: gerade dann kommen oft wesentliche Züge seines Naturells heraus. Es ist kein Zweifel, daß man wie die Katze mit der Maus spielt, aber das bleibt einem nicht erspart, wenn man tiefere Einblicke gewinnen will. . . . Gegen einen lehrerhaften Ton bei der Ausfragung und besonders gegen schulartige Prüfungen ist der Verbrecher oft sehr empfindlich, er klappt sich dann zu. Wenn man sich aber mit ihm über seinen Beruf unterhält, kann man ihn leicht dahin bringen, etwas genau zu erklären, indem man Unwissenheit vorgibt. . . . Findet man zur Tat eines Menschen gar keinen Motivschlüssel oder bleibt sogar die ganze Persönlichkeit völlig undurchsichtig, so liegt der Gedanke nahe, daß hier normale Zusammenhänge zerstört sind, daß hier keine ‚normale Bestimmbarkeit durch normale Motive‘ mehr vorliegt. Alle Psychopathen sind einfühlbar — wenn auch in sehr verschiedener Zugänglichkeit —, ja, es gehört geradezu zu ihrer Definition hinzu, daß sie einfühlbar sind, freilich für den Idealtypus des sich Einfühlenden. . . . Am schwersten gelingt das Verstehen bei den Gefühlsarmen, denen, die man früher der moral insanity zurechnete. Deshalb sei hier die Forschung besonders sorgfältig in der Prüfung, ob nicht eine Schizophrenie vorliege. Denn es ist eines ihrer Hauptkennzeichen, daß sie uneinfühlbar ist. Da die Encephalitis lethargica, die Hirntumoren u. dgl. bei einer Verbrechenbegehung nur selten kausal mitwirken, bleibt die Schizophrenie fast die einzige seelische Erkrankung, bei der die Steuerung der Seelenregungen so schwer zerstört ist, daß sie uneinfühlbar erscheint. . . .

Man vermag (eines Menschen) Lebenslauf, seine Taten, Äußerungen, seine Haltung zu verstehen, indem man sich eine Grundformel seines Wesens konstruiert und durchprüft, ob sie zum Verständnis seiner gesamten Handlungsweise *unter den gegebenen Verhältnissen* ausreicht. Da die Lebensführung eines Menschen in nichts anderem besteht, als in der Reaktion seines Wesens auf die Umwelt, in die er natürlich auch wiederum kräftig gestaltend eingreifen kann, so muß der Verstehende diese Umwelt sorgsam erforschen. Bei dem Verbrecher liegt ja das Hauptinteresse auf der Frage: wie kam er zur antisozialen Einstellung. Der Sachkundige neigt leicht zu der Annahme, nur eine ungewöhnliche, eigenartige, maßlose Anlage könne zum Verbrechen führen. Das trifft in den meisten Fällen nicht zu. Die Mehrzahl der Verbrecher ist keinesfalls schwer einfühlbar, sondern erscheint ganz durchschnittlich und oft wenig interessant. Hat man sich mit ihrer Umwelt von ihrer frühen Kindheit an vertraut gemacht, so wird man oft geneigt sein, der Frage, wie konnte er nur zum Verbrechen kom-

men, die Gegenfrage gegenüberzustellen: warum hätte er eigentlich nicht an das Verbrechen kommen sollen. In dieser Familie, unter diesen Umständen war das Einbiegen in die verbrecherische Laufbahn fast selbstverständlich. Schwierigkeiten des Verständnisses ergeben sich meist bei den monstra per excessum und bei jenen Personen, die aus gepflegter Umgebung und ohne irgendwelche hervorstechenden Charakterzüge Verbrecher wurden. . . .

Die Einfühlung in den Verbrecher gestaltet sich schwierig: bei Enge und Phantasielosigkeit des sich

Einfühlenden,
bei ungewöhnlicher Wesensart des Täters,
bei einem Mißverhältnis zwischen Anlaß und Tat, Motiv und Tat,
bei gewöhnlicher Wesensart, gewöhnlicher Umwelt und ungewöhnlicher Verbrechensbetätigung.

Die Einfühlung wird unmöglich:

bei Zerstörung des normalen Motivzusammenhangs, also bei den echten Psychosen.²⁹⁾

Die an den Strafrichter zu stellende Forderung, die Täterpersönlichkeit eingehend und in jeder Hinsicht erschöpfend zu erforschen, wobei Geduld und Einfühlungsvermögen des Richters höchsten Ansprüchen zu genügen haben, folgt aus der einfachen Überlegung, daß er den Täter in der Regel während der relativ kurzen Dauer der Hauptverhandlung erstmals zu sehen bekommt; die Schwierigkeit, dessen Persönlichkeit in dieser Phase, wo er meist eingeschüchtert vor dem Gericht steht, vollständig zu erfassen, um daran didaktisch-methodische Maßnahmen anzuknüpfen, liegt auf der Hand. Hier gründet die richterliche Entscheidungsverantwortung und die detaillierte Längs- und Querschnittanalyse erweist sich als sachdienlich.

5. Wirkungen, die bei Anordnung der Selbstvollstreckungsstrafe beim Angeklagten zu erwarten sind

Die zu erwartenden Wirkungen sind Gegenstand einer abschließenden Überlegung bei der Strafzumessung gem. § 23 StGB.

Diese Wirkungen zu ermessen, ist dem Richter möglich, der das Wesen des Rechtsinstituts erkannt hat und damit weiß, daß es in sehr hohem Maße andragogische Möglichkeiten in sich birgt, die gleichzeitig strafen, sühnen, erziehen und bilden. Hierauf im einzelnen einzugehen erübrigt

²⁹⁾ Hans W. Gruhle: Verstehen und Einfühlen, S. 286 ff.

sich an dieser Stelle, nachdem es ohnehin Aufgabe und Ziel der vorliegenden Arbeit ist, Wesen und Möglichkeiten des Rechtsinstituts darzustellen.

6. Das Finden der Strafdauer

Die Bestimmung der Dauer der Ersatz- (= der Internierungs-) strafe bemißt sich nach der *Schuld* des Täters.

Für die Bestimmung der Dauer der Primär- (= der Selbstvollstreckungs-) strafe ist *das Ausmaß des Erziehungsnotstandes, der Umfang der Bildungslücke* ausschlaggebend, nach dem Ergebnis der Lebenslauf- und Tatanalyse.

Die Möglichkeit, bei der Primärstrafe die Dauer bis zu fünf Jahren festzulegen, gewährt einen weiten Spielraum methodisch-didaktischen Einwirkens. Die Strafe ist, wie wir sahen, durch geeignete Auflagen und Weisungen zu intensivieren. So werden es auch in erster Linie die jeweils andragogisch indizierten intensivierenden Maßnahmen sein, welche die Dauer der Selbstvollstreckungsstrafe bestimmen.

Der im Urteilsausspruch vorhandene Vorbehalt bezüglich einer möglichen Abänderung der Strafdauer, erhält seine praktische Bedeutung für den Fall, daß sich die zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung für angemessen befundene Strafdauer später — entsprechend dem Bewährungsfortgang — als nicht mehr sachdienlich erweisen sollte.

II.

Katalog der Auflagen und Weisungen

Vorbemerkung:

Von der Ursituation her ist, wie wir sahen, der Selbstvollstreckung die Darbringung bestimmter persönlicher Opfer (Bußleistungen) wesenseigen.

Die andragogisch nicht vertretbare Regelung *lege lata*, nach der der Täter auch ohne besondere Sühneleistungen dem Rechtsinstitut unterstellt werden kann (§ 24/II StGB), entspricht nicht dem Wesensgehalt.

Vielmehr bietet gerade er die sozialpolitisch bedeutsame Möglichkeit, die Freiwilligkeit aller andragogischen Unternehmungen — welche von Franz Pöggeler als „Crux der Erwachsenenbildung“ bedauert wird³⁰⁾ — in einer „Zwangsandragogik“ legaliter zu überwinden! Nicht nur eine „Elite“ erwachsener Menschen, welche freiwillig dem Ruf der Andragogik folgt, und auf die sich Pöggeler ebenso folgerichtig wie resigniert beschränkt

³⁰⁾ Fr. Pöggeler: Einf. in d. Andragogik, S. 39.

sieht,³¹⁾ wird künftig einer intentionalen Andragogik teilhaftig werden; vielmehr auch die „noch nicht gereiften Erwachsenen“ sowie diejenigen, die ihren „wahren seelischen Notstand als Erwachsene in der heutigen Welt“ selbst nicht zu erkennen vermögen — welche andererseits Heinrich Hanselmann innerhalb des Zugriffes der Andragogik vermißt³²⁾ — werden, soweit es sich um Rechtsbrecher handelt, künftig von ihr erfaßt sein: Freilich ist hierfür eine freigebige Anwendung der Selbstvollstreckungsstrafe unerlässlich und besonders auch eine andragogisch sinnvolle Auswahl ihrer intensivierenden Maßnahmen.

Auch bei dem Rechtsbrecher, dessen Tat keine manifestierte charakterliche Fehlhaltung offenbart, darf sich der Richter nicht mit der bloßen Verurteilung, d. h. ohne Auflagen, bescheiden. Lediglich das Wohlverhalten des Verurteilten während einer bestimmten Zeit ist keine hinreichende Sühneleistung, welche von ihm zu fordern aber die strafende Gesellschaft aus sozialem und andragogischem Verantwortung *verpflichtet* ist.

Hier gilt als Grundsatz die Feststellung Friedrich Wilhelm Foersters: „Ohne die Sühne bleibt der Mensch ein Ausgestoßener und muß sich selbst als solcher fühlen“³³⁾. Es ist hierbei nicht wichtig, ob eine intensivierende Maßnahme voraussichtlich auch geeignet sein wird, die Verletzung des Rechtsgutes in jeder Hinsicht wieder zu beheben. (In vielen Fällen, so bei immateriellen Schädigungen durch den Täter, wird eine solche Behebung gar nicht möglich sein.) Kriterium ist aber der Täter als Mensch in seiner sozialen Krüppelhaftigkeit³⁴⁾ und dieser kann in jedem Fall begegnet werden! Zwar nicht dadurch, daß man den Verurteilten während seiner Bewährungszeit sich selbst überläßt, ohne von ihm besondere Opfer zu verlangen, sondern durch entsprechende Auflagen und Weisungen³⁵⁾. Die soziale Krüppelhaftigkeit ist bei jedem Rechtsbrecher gegeben (gleichgültig ob sie mehr oder weniger als charakterliche Fehlhaltung manifestiert ist): sie ist durch die ihm zurechenbare Tat bewiesen.

³¹⁾ Fr. Pöggeler, aaO.

³²⁾ Andragogik, S. 66 f.

³³⁾ Schuld und Sühne, S. 20.

³⁴⁾ „... die Rehabilitierung gründet sich nicht darauf, daß durch die vollzogene Strafe etwa die Tat wirklich ganz exakt wieder gut gemacht wurde, sondern darauf, daß der Wille durch aufrichtige Übernahme und Durchführung der Buße sich energisch von seiner falschen Richtung abgewendet und sich dadurch von der inneren Einheit mit der Tat gereinigt hat“ (F. W. Foerster, aaO., S. 22).

³⁵⁾ Vgl. E. Lichtenstein, in: Päd. Rundsch. 1952/53, S. 52: „Nicht-Erziehen bedeutet nicht nur Sich-Selbst-Überlassen, sondern Verwahrlosen-lassen!“

Die Frage:

welche Aufgaben und Weisungen kennt die Methodik der Selbstvollstreckungsstrafe?

kann — ebenso wie das Gesetz (§ 24/I StGB) — auch die Andragogik nur beispielhaft beantworten.

Alles, was Gegenstand der Erwachsenenbildung ist, kann auch Inhalt einer intensivierenden Maßnahme sein. Oben, S. 32–37, wurde das andragogische Ausmaß aufgezeigt, worauf hier verwiesen wird.

Ein umfassender Bereich methodischer Ansatzmöglichkeiten kann mit den Worten Oswald Krohs aufgezeigt werden:

„Zur Erwachsenenenerziehung gehören:

Jeder Versuch, Erwachsene zu einem geordneten Leben zu führen, mag er auch von Rechtsordnungen und gerichtlichen oder polizeilichen Maßnahmen ausgehen, jedes an Erwachsene gerichtete Bemühen um Gesinnungs- und Charakterbildung, einerlei, ob es durch Kirchen, Vereine oder Einzelpersonen geschieht, jedes Einflußnehmen auf die politische Willensbildung durch Parteien und Presse, jede Maßnahme zur Veredelung des Lebens und Vertiefung des Lebenssinnes, etwa durch Künste und Wissenschaften, natürlich auch jede Veranstaltung einer weiterführenden Bildung für Beruf und Leben. In besonderem Grade gehören zur Erwachsenenenerziehung aber auch alle die Bemühungen um einen Ausgleich der Gegensätze und Spannungen, die zwischen sozialen Schichten, Berufsgruppen und regionalen Teilen der Länder sowie zwischen den Staaten bestehen.“³⁶⁾

Danach ergeben sich also für eine Methodik der Selbstvollstreckungsstrafe schier unbegrenzte Möglichkeiten. Es gilt das Individualisierungsprinzip. Im Rahmen des aufgezeigten Bereiches ist die jeweils andragogisch sinnvolle Maßnahme an Hand des Ergebnisses der Längs- und Querschnittanalyse zu finden.

Bei den nachfolgenden Beispielen sind Auflagen und Weisungen nicht getrennt voneinander aufgeführt. Was jeweils zutrifft, hängt vom individuellen Fall ab.

Im einzelnen:

1. Die Beiordnung eines Bewährungshelfers

Dem Bewährungshelfer kommt dieselbe Bedeutung zu, die einst der Bußpriester in der Ursituation hatte.

³⁶⁾ O. Kroh: Revision der Erziehung, S. 34.

a) Wem kann das andragogische Mandat übertragen werden?

Die Antwort lautet:

Jedem rechtschaffenen, in der Regel nicht jünger als 30jährigen Mitbürger (beiderlei Geschlechts), der, selbst in geordneten Familien-, Berufs- und Vermögensverhältnissen lebend, dem Bewährungspflichtigen in Lebensführung und -bewältigung Vorbild sein kann und von dem man ein andragogisches Verantwortungsbewußtsein für die Situation des ihm Anvertrauten erwarten darf.

Der Bewährungshelfer ist dem Verurteilten Führer und Gehilfe bei der Selbstvollstreckung. Es ist seine Aufgabe, eine echte Begegnung mit dem ihm Anvertrauten herbeizuführen; denn ohne eine solche hörte jede Erziehung auf, verantwortlicher Dienst am Nächsten zu sein³⁷⁾. Mit den Worten E. Lichtensteins: „Erziehung wird erst durch das Ernstnehmen der Verantwortung gegenüber dem anvertrauten Erziehungsbedürftigen in liebender Gemeinschaft, im Hören auf den Anruf seiner Lage und in der Beantwortung dieses Anrufs im persönlichen Sichbeanspruchenlassen, Zur-Verfügung-Stehen und Einstehen für den anderen zu einem sittlichen Lebensverhältnis“. Und: „Verantwortlich kann nur ein Mensch sein, der ansprechbar ist, der sich auf Antwort ‚ansprechen‘, sich ‚beanspruchen‘ läßt, der ‚sich zur Rede stellen läßt‘, ob er einer Forderung, einem Anruf und Anspruch ‚entspricht‘“.³⁸⁾

Demnach wird derjenige als Bewährungshelfer geeignet sein, der in diesem Sinne für eine lebendige Begegnung mit dem Verurteilten beansprucht werden kann.

b) Hauptberuflich?

Die Aufgabe des Bewährungshelfers muß tunlichst jeglichen amtlichen (behördlichen) Charakters entkleidet sein. Die Ausübung der Bewährungshilfe im Hauptberuf ist vom andragogischen Standpunkt aus abzulehnen.

Die echte mitmenschliche Gemeinschaft, die lebendige Begegnung wird dort vereitelt, wo das Verhältnis Bewährungspflichtiger — Bewährungshelfer von den sonstigen Lebensbezügen innerhalb der menschlichen Gemeinschaft mit amtlicher Note abgehoben wird. Zu leicht entsteht anstelle eines Verhältnisses der Hilfe und Verantwortung gegenüber dem Verurteilten ein solches der Über- und Unterordnung.

³⁷⁾ E. Lichtenstein, aaO., S. 57.

³⁸⁾ aaO., S. 53 u. 51.

Der „natürlichste“ Bewährungshelfer ist auch der am meisten geeignete; ein Mitbürger, der die Aufgabe der Bewährungshilfe im Rahmen seines Berufes oder neben diesem wahrnimmt.

In Frage kommen in erster Linie Personen im sozialen Umkreis des Bewährungspflichtigen: Sein Arbeitgeber, Meister oder Dienstvorgesetzter; einer seiner Arbeitskollegen, ein Nachbar, ein früherer Schulkamerad, ein Studienkollege, ein Lehrer, ein Vormund; der Pfarrer oder ein sonstiges Mitglied seiner Kirchengemeinde; der Vorstand oder ein Mitglied eines Zweckverbandes, dem er angehört, oder dem er durch Auflage zugeteilt wird usw. usw. In einzelnen, besonderen Fällen kann der Bewährungshelfer ein Arzt (Entziehungskur; Psychotherapie), oder ein Polizist (Verkehrsunterricht) oder ein Soldat (Militärdienst) sein.

Daneben wird sich immer auch der Richter, der die ordnungsgemäße Durchführung der Selbstvollstreckung zu überwachen hat, damit gleichzeitig bewußt sein müssen, daß n e b e n dem bestellten Bewährungshelfer auch er noch dasselbe Amt im gewissen Umfang wahrzunehmen hat: Seine Tätigkeit darf sich nach der Urteilsverkündung nicht darauf beschränken, am Ende der Bewährungszeit über die Erledigung des Strafanspruches zu befinden; er hat sich vielmehr vom bestellten Bewährungshelfer sowie vom Bewährungspflichtigen selbst laufend über des letzteren Bewährungsforgang berichten zu lassen und hat notfalls weitere Maßnahmen anzuordnen.

Die Ablehnung eines eigenen Berufsstandes für den Bewährungshelfer, der seiner Funktion entsprechend organisatorisch entweder bei den Beamten des Strafvollzugsdienstes oder der Fürsorgebehörden einzugliedern wäre, ist auch begründet aus der Überlegung, ihm von einem die Erziehungsarbeit erschwerenden Odium zu bewahren, das Beamten des vollzugsbehördlichen Vollstreckungsdienstes leicht anhaftet. Weil der Gefängnisbeamte (dessen beruflichen Funktionen diejenigen des Bewährungshelfers am nächsten kommen), dem unteren Dienst angehört und — besonders der mit den Häftlingen ständig im unmittelbaren Kontakt stehende Stationswachtmeister — seiner Gehaltsstufe entsprechend nur über ein geringes Einkommen verfügt, wird er vor allem von den Häftlingen gering geschätzt, die außerhalb der Strafanstalt oft ein um ein Vielfaches höheres Einkommen erzielen³⁹⁾. In Bezeichnungen wie „Schlüsselknecht“ oder „Schin“ (= „Schinder“!), die die Häftlinge für ihn gefunden haben, drückt sich eine gewisse Mißachtung aus. Sie verstärkt sich in den Fällen, in denen sich Gefängniswachtmeister zu Korruptionen und Durchstechereien mit den

³⁹⁾ H. Blank, in: Zeitwende Jg. 23 (1951/52), S. 480.

ihnen anvertrauten Gefängnisinsassen verleiten lassen⁴⁰⁾, woraus H. Blank⁴¹⁾ auf ein allgemein verlorengegangenes, berufsethisches Verantwortungsgefühl schließt⁴²⁾. Es ist keine Seltenheit, daß man einer gewissen Abneigung auch gegenüber anderen staatlichen Vollzugsbeamten, wie etwa dem Zoll- oder Finanzbeamten, dem Steuerfahnder, dem Polizeibeamten, dem Fürsorgebeamten, dem Gerichtsvollzieher, begegnen kann.

Solche Tatbestände der Geringschätzung, der Voreingenommenheit oder Abneigung sind keinesfalls geeignet, ein Erziehungswerk, in dessen Dienst ein Beamter gestellt ist, zu fördern.

Die allgemeine negative Einstellung ist psychologisch verständlich. Die Wurzel hierfür liegt, wie Joachim Gernhuber am Beispiel des Henkers aufzeigte⁴³⁾, in dem aus der Geschichte des Strafrechts geformten Unbewußten: Der Vollstreckungsbeamte leidet unter dem Protest des Volkes gegen das peinliche Strafrecht (des Mittelalters)⁴⁴⁾, dessen latente Wirkkraft im Unterbewußtsein der Volksseele heute nur zu leicht immer dort neue Nahrung erfährt, wo die staatlichen Ansprüche mit betonter amtlicher Autorität durch einen eigens bestellten Beamten durchgesetzt werden.

Daher ist in einem Fall, wo es wie hier, bei der Selbstvollstreckung, möglich ist, eine solche offizielle Bevormundung zu umgehen, nicht nur eine List der Erziehung, sondern geradezu ein andragogisches Gebot, die Einführung bzw. Beibehaltung eines hauptberuflichen, hauptamtlichen Bewährungshelfers entschieden zu mißbilligen; nur so kann er vor den aufgezeigten auch für ihn denkbaren Gefahren bewahrt werden, und nur so wird auch das Erziehungswerk der Selbstvollstreckungsstrafe nicht unnötig in Frage gestellt.

2. Arbeitsverhältnis

a) „Arbeit“ als Auflage

Innerhalb der Möglichkeiten intensivierender Maßnahmen kommt der Auflage „Arbeit“ eine überragende Bedeutung zu: sei es, um damit den

⁴⁰⁾ Wiederholt wurden solche Fälle in der Presse mitgeteilt.

⁴¹⁾ H. Blank, aaO.

⁴²⁾ Im Interesse eines im übrigen anständigen, zur Kategorie der staatlichen Beamten gehörenden Berufsstandes ist jedoch ausdrücklich zu betonen, daß hier nicht verallgemeinert werden darf.

⁴³⁾ J. Gernhuber: Strafvollzug und Unehrlichkeit. In: Zeitschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch. Germ. Abt. Bd. 74 (1957), bes. S. 120 f., 127 u. 132: Der Henker ist seit jeher, d. h. seit Ausgang des 13. Jahrhunderts, eine von der Gesellschaft verachtete Person gewesen und eine allgemeine Antipathie gegen ihn bis zur sozialen Ächtung hat sich bis weit in die Neuzeit hinein erhalten.

⁴⁴⁾ J. Gernhuber, aaO., S. 164 ff.

Verurteilten in ein geordnetes Arbeitsverhältnis regelmäßiger Beschäftigung und damit in Arbeitsverdienst zu bringen, sei es, um ihm einen Beruf zu erschließen oder aber auch, um ihm das Opfer zusätzlicher Arbeit zu überbürden, das er neben seiner ständigen beruflichen Arbeit zu erbringen hat.

In den beiden ersteren Fällen dient die Auflage gleichzeitig der sozialen Lebenssicherung. Im Fall der geforderten Mehrleistung erweist sie sich als vorzügliches Sühnemittel: Der Verurteilte merkt, daß er auf Grund der Auflage etwas geleistet hat, was er ohne sie nicht geleistet hätte; das Gefühl, sein Unrecht nach Möglichkeit wiedergutmacht zu haben, wird dadurch in ihm lebendig.

Jeder echten Leistung ist ein Lusterlebnis eigen, das sich in einem Gefühl der Befriedigung und des Selbstvertrauens widerspiegelt; sie bildet den Willen, weil ihr sinnvolle Arbeit zu Grunde liegt.

Gottfried Schaub führt aus:

„Arbeit in erzieherischem Sinne ist immer sinnvolle Arbeit; der Arbeitsprozeß muß irgendwie ein geschlossener sein— die Arbeit muß dem, der sie leistet, selbst als notwendig und wertvoll erscheinen, sie muß ihm z. B. Verdienst bringen, Freude schaffen, muß dem Gemeinwohl förderlich sein usw.“⁴⁵⁾

Die Auflage muß also auf eine möglichst wertvolle Arbeit abgestellt sein, eine Arbeit, die Erfolg und soziale Anerkennung verspricht und ihren höchsten Wert in sich selbst trägt. Handwerkliche Leistung, Handarbeit und körperliche Arbeit, die auch schwer bis sehr schwer sein darf, ist in diesem Sinn besonders geeignet.⁴⁶⁾

Oft wird es (besonders im Falle der Mehrleistung) sachdienlich sein, dem Verurteilten selbst eine zumutbare Arbeit wählen zu lassen. Wenn er von einer echten Sühnesehnsucht erfaßt ist, wird er durchwegs zweckmäßig wählen und von selbst auch nicht das Bedürfnis haben, mit einer möglichst „billigen“ Verpflichtung darum herumzukommen.

⁴⁵⁾ Erziehung zur Arbeit, S. 19.

⁴⁶⁾ Vor den persönlichkeitszerstörenden Gefahren mechanisierter Gemeinschaftsarbeit unseres technischen, vollautomatisierten Zeitalters kann nicht genügend gewarnt werden. Auf die Untersuchungen von H. Weinstock: Arbeit und Bildung, Heidelberg 1954 und Th. Litt: Das Bildungsideal der deutschen Klassik und die moderne Arbeitswelt, Bonn 1955, wird verwiesen. Für unsere Problemstellung von grundlegender praktischer Bedeutung sind auch Fr. W. Foerstes Gedanken, Beispiele und Erläuterungen „Zur Psychologie und Pädagogik der Arbeit“ in seinem Werk „Jugendlehre“, S. 516 ff.

b) Durchführung der Auflage im Wege der Amtshilfe seitens der Arbeitsbehörden

Der Richter wird sich, wenn es nötig ist, im Vollzug der Auflage den *arbeitslosen* Bewährungspflichtigen in den allgemeinen Arbeitsprozeß einzureihen, in der Regel mit dem Träger der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, der „Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ beziehungsweise ihren Unterbehörden, dem Landesarbeitsamt und Arbeitsamt, in Verbindung setzen. Ein einschlägiges Bundesgesetz regelt im einzelnen den Weg der Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung und vor allem auch die Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit, unter welchen letzteren die Möglichkeiten der sogenannten wertschaffenden Arbeitslosenhilfe von besonderem andragogischen Wert sind.⁴⁷⁾

c) Besondere Möglichkeiten der Arbeitsplatzbeschaffung für Bewährungspflichtige, die mit nicht nur vorübergehenden Gesundheitsschäden behaftet sind

In Fällen, in denen die Arbeitslosigkeit des Bewährungspflichtigen durch eine gesundheitliche Störung mitbedingt ist, bzw. dadurch eine Arbeitsplatzbeschaffung oder -erhaltung erschwert ist, ist im Einvernehmen mit den Arbeitsbehörden nach den im Schwerbeschädigtengesetz festgelegten Maßnahmen zur Unterbringung gesundheitsgeschädigter Arbeitnehmer zu verfahren.

Insbesondere sind danach solche Bewährungspflichtige, die nicht bereits zu den Schwerbeschädigten kraft Gesetzes (§ 1 SGB) zählen⁴⁸⁾, andererseits aber eine (nicht nur vorübergehende) Gesundheitsschädigung im Sinne

⁴⁷⁾ Siehe Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung i. d. F. vom 3. 4. 1957 — AVAVG — (BGBl. I Nr. 13 v. 8.4.57 S. 321. GVBl. Berlin Nr. 24 v. 7. 5. 57 S. 387)

⁴⁸⁾ Darunter fallen Kriegsoffer, Besatzungspersonengeschädigte, Opfer des Nationalsozialismus, Beschädigte durch Arbeitsunfall oder Berufskrankheit und Blinde. Voraussetzung für ihre bevorzugte Arbeitsplatzbeschaffung und -erhaltung: ein unanfechtbar gewordener, gerichtlicher oder versorgungsbehördlicher Anerkennungsbescheid, der den bewährungspflichtigen Beschädigten wegen einer nicht nur vorübergehenden gesundheitlichen Schädigung als 50% oder mehr erwerbsgemindert ausweist und ihm deshalb einen laufenden oder durch Kapitalabfindung bereits befriedigten Rentenanspruch zubilligt.

des § 2 SBG aufweisen⁴⁹⁾, durch entsprechende Weisung zu veranlassen, einen Antrag auf Gleichstellung mit den Schwerbeschädigten zu stellen. Mit diesem Antrag kann die Beschaffung eines Arbeitsplatzes⁵⁰⁾, bzw. die Sicherung eines solchen und die Übernahme in ein festes Beschäftigungsverhältnis⁵¹⁾, bzw. die Erhaltung eines Arbeitsplatzes⁵²⁾ erreicht werden. Der Bewährungspflichtige hat den Antrag bei dem für seinen Wohnort zuständigen Landesfürsorgeverband einzureichen⁵³⁾.

Bei einem Bewährungspflichtigen, der die Voraussetzungen eines Schwerbeschädigten kraft Gesetzes erfüllt, sowie auch bei einem solchen, der gemäß § 2 SBG gleichgestellt ist, ist außerdem ein Antrag des Bewährungspflichtigen des Inhalts zu veranlassen, ihn auf zwei *Schwerbeschädigten-Pflichtplätze* anzurechnen⁵⁴⁾. Neben einem kleinen Kreis von Beschädigten, die hierfür besonders prädestiniert sind⁵⁵⁾, wird es sich beim schwerbeschädigten Verurteilten regelmäßig um einen der Arbeitsuchenden bzw. Arbeitnehmer handeln, deren Anrechnung auf einen doppelten Pflicht-

⁴⁹⁾ Hierunter fallen diejenigen, bei denen

- a. die gesundheitliche Schädigung auf denselben Ursachen, wie bei den Schwerbesch. kraft Gesetzes beruht, der Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit jedoch weniger als 50, *mindestens* aber 30 v. H. beträgt (sog. Minderbeschädigte), oder bei denen
- b. die gesundheitliche Schädigung auf *anderen* Ursachen, wie bei den Schwerbesch. kraft Gesetzes, insbes. auf *angeborenen* oder *erworbenen* Leiden beruht, der Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit aber wenigstens 50 v. H. beträgt (sog. Schwererwerbsbeschränkte).

⁵⁰⁾ bei Stellenlosen.

⁵¹⁾ bei Arbeitnehmern während der Probezeit.

⁵²⁾ bei Arbeitnehmern im festen Beschäftigungsverhältnis.

⁵³⁾ Die Gleichstellung erfolgt nämlich *nur auf Antrag*, den der Beschädigte selbst einzureichen hat. Erforderlichenfalls wird hierbei — um eine sachgerechte und erfolgversprechende Antragstellung zu gewährleisten — dem Bewährungspflichtigen der Richter, der Staatsanwalt, der Beamte der Rechtsantragsstelle des Gerichtes oder (in einem Betrieb) der Schwerbesch.-Sachbearbeiter bzw. der Schwerbesch.-Obmann des Betriebsrates behilflich sein müssen (cf. § 13 SBG für letztere).

⁵⁴⁾ Dieser Antrag ist bei der zuständigen Regierung — Hauptfürsorgestelle — einzureichen.

⁵⁵⁾ So: Hirnverletzte; Kriegsblinde; Geburtsblinde; stark Sehgeschwächte, die fremder Hilfe bedürfen; Empfänger von Pflegezulage gemäß dem Bundesversorgungsgesetz oder der gesetzlichen Unfallversicherung, sowie Schwerstbeschädigte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindest 80%; schließlich: Ohnhänder, Einhänder, Einarmige, Sehbehinderte, Analphabeten und ähnliche Personen, deren Arbeitsplatzbeschaffung oder -erhaltung besondere Schwierigkeiten bereitet.

platz auf Antrag von Gesetzes wegen deshalb erfolgt, weil die Beschaffung bzw. Erhaltung ihres Arbeitsplatzes besondere in ihrer Person befundene Schwierigkeiten bereitet.

Der Arbeitgeber zieht einen unbescholtenen Arbeitnehmer in der Regel dem gerichtlich bestraften vor. Auch etwa einen Renitenten mit offensichtlichen oder offenkundigen Anpassungs- oder Unterordnungsschwierigkeiten stellt ein Arbeitgeber kaum ein. Man kann in diesen Fällen hoffen, daß die vorhandenen bzw. zu erwartenden Schwierigkeiten durch den finanziellen Vorteil ausgeräumt werden, den ein Arbeitgeber durch die Einstellung eines Schwerbeschädigten, besonders eines solchen, der ihm auf zwei Pflichtplätze angerechnet wird, hat⁵⁶⁾.

Es wird sachdienlich sein, dem schwerbeschädigten Bewährungspflichtigen nicht nur die Weisung zu geben, einen Antrag auf doppelte Anrechnung zu stellen, sondern ihn hierbei auch von amtswegen zu unterstützen durch ein befürwortendes Schreiben des Strafrichters bzw. des Staatsanwalts an die zuständige Regierung; durch ein Schreiben des Inhalts, daß über den Weg der doppelten Anrechnung Schwierigkeiten, die bei der Arbeitsplatzzuweisung bzw. -erhaltung auftauchen, überwunden werden könnten und daß ein künftig geordnetes Arbeitsplatzverhältnis dazu dienen soll, dem bewährungspflichtigen Antragsteller die erfolgreiche Durchführung seiner Selbstvollstreckungsstrafe zu ermöglichen.

Die Durchführung der Auflage „Arbeit“ ist auf jeden Fall dann, wenn der gesundheitsgeschädigte Bewährungspflichtige als Schwerbeschädigter oder als Gleichgestellter in den Arbeitsprozeß eingereiht wird, sichergestellt, weil ein zusätzlicher Kündigungsschutz die Erhaltung des Arbeitsplatzes gewährleistet und eine Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis grundsätzlich an die Zustimmung der Regierung — Hauptfürsorgestelle — geknüpft ist⁵⁷⁾.

⁵⁶⁾ Jeder Arbeitgeber, der über 7 oder mehr Arbeitsplätze verfügt, muß in einem bestimmten Umfang Schwerbeschädigte beschäftigen. Für jeden nicht besetzten Pflichtplatz hat er laufend eine monatliche Ausgleichsabgabe von jeweils DM 50,— zu entrichten. Die Erfahrung zeigt, daß fast durchweg die Pflichtquote bei weitem nicht erfüllt wird. Jeder Arbeitnehmer, der als Schwerbeschädigter oder Gleichgestellter beschäftigt werden kann, spart daher seinem Arbeitgeber laufend monatlich DM 50,—, und im Falle doppelter Anrechnung monatlich DM 100,— ein.

⁵⁷⁾ Damit sollen vor allem solche fristlose Kündigungen verhindert werden, deren Anlaß im unmittelbaren Zusammenhang mit der gesundheitlichen Schädigung steht, welche den Grund für die Schwerbeschädigteneigenschaft bildet (siehe § 19/III SGB).

3. Umgangsverbot

In Fällen, in denen vorwiegend das soziale Milieu Anlaß zur Straftat war, wird es angebracht sein, dem Bewährungspflichtigen aufzugeben, gewisse Veranstaltungen oder Lokalitäten nicht mehr zu besuchen oder den Umgang mit bestimmten Personen künftighin zu unterlassen.

Unter Umständen kann eine Einschaltung der Wohnungsbehörde im Amtshilfeverfahren veranlaßt sein, um den Verurteilten wohnungsmäßig anderweitig unterzubringen.

Die unabdingbare Auflage, jeden Wechsel des Aufenthaltes während der Zeit der Selbstvollstreckung der Justizbehörde anzuzeigen (§ 268 a StPO), ist im vorstehenden Fall mit einer ständigen Kontrolle über die wohnungsmäßige Unterbringung und den sozialen Umgang des Bewährungspflichtigen zu koppeln.

4. Tagebuch; Monatsbericht

Ganz gleich, welcher Art und welchen Umfanges sich anhand des Ergebnisses der Längs- und Querschnittanalyse der Erziehungsnotstand darstellt: In keinem Fall sollte auf die Auflage verzichtet werden, ein Tagebuch zu führen und aus dem Tagebuch monatlich dem Strafrichter, dem Staatsanwalt oder dem Bewährungshelfer einen zusammenfassenden und übersichtlichen, gegebenenfalls schriftlich abgefaßten, Tätigkeitsbericht abzustatten.

Diese Auflage ist von unschätzbarem andragogischen Wert; sie ist auch — unbeschadet des Bildungsgrades des Bewährungspflichtigen — von jedem, der nicht gerade ein Analphabet ist⁵⁸⁾, durchführbar.

Insbesondere wird mit ihr auch eine ständige Kontrolle darüber ausgeübt, ob und inwieweit die jeweiligen intensivierenden Maßnahmen erfüllt werden.

Auch sollte gefordert werden, daß im Monatsbericht mindest vier *gute Taten*, die der Verurteilte im jeweils abgelaufenen Monat vollbracht hat, nachgewiesen und nachprüfbar sind.

5. Wiedergutmachung des Schadens

Daß es einem Verurteilten in den Fällen, in denen seine Tat einen materiellen Schaden herbeigeführt hat, zur Auflage gemacht wird, diesen Schaden wiedergutzumachen, ist selbstverständlich.

⁵⁸⁾ Der Fall eines Analphabeten wird wohl weniger vorkommen; die Auflage für diesen liegt nahe: Lesen, Schreiben, Rechnen.

Zu fragen ist jedoch, ob diese Auflage allein, d. h. ohne Hinzunahme weiterer Auflagen oder Weisungen bereits andragogisch wirksam ist. Dies ist zu verneinen. Zutreffend stellt F. W. Foerster fest:

„Das ist noch keine Sühne — es ist das Minimum der *wirtschaftlichen* Entschädigung, aber noch keine Sühne des moralischen Schadens, welcher durch das Delikt in der sittlichen Ordnung angerichtet ist. Und gerade darauf kommt es an, daß die Tatsache *dieses tieferen* Schadens auch in dem Maße und in der Art der Sühne zum Ausdruck kommt und dem Täter intensiv zum Bewußtsein gebracht wird. Er muß nicht nur an die Stelle der wirtschaftlichen Schädigung eine wirtschaftlich fördernde Handlung setzen, sondern auch an die Stelle der moralischen Schädigung etwas Positives für die sittliche Ordnung des Lebens tun — sei dies Positive nun eine direkte Leistung für andere, oder eine eigene Entbehrung, ein eigenes Leiden, das seine Selbstbeherrschung steigert und ihn innerlich läutert⁵⁹⁾“.

Weitere Maßnahmen, die in diesem Sinne mit der Auflage „Wiedergutmachung des durch die Tat verursachten materiellen Schadens“ unbedingt zu kombinieren sind, enthalten unsere hier erörterten und noch zu erörternden Maßnahmen-Beispiele.

6. Sühneleistung durch schweren Hilfsdienst

Die Maßnahme, den Bewährungspflichtigen zu schwerem Hilfsdienst am Nächsten zu verpflichten, wird das geeignete methodische Mittel in den Fällen sein, wo die Tat nicht Ausdruck einer tieferen Verdorbenheit des Charakters ist und ein aufrichtiger Wille zur Besserung, eine Sühne-sehnsucht des Verurteilten, offensichtlich hervortritt.

Dies wird oft bei den Tätern zutreffen, die zum ersten Mal straffällig wurden. Es wäre andragogisch sinnwidrig, diese Personen vor besonderen Sühnemaßnahmen zu verschonen. Vielmehr wirkt gerade beim Ersttäter ein eindrucksvoller „Denkzettel“ fürderhin verbrechensverhütend.

Bei einer bloßen Verurteilung ohne die Anordnung intensivierender Maßnahmen, könnte in diesen Fällen die jede Moral zersetzende Vorstellung „Einmal ist keinmal“, der Eindruck „in unserem Strafrecht ist ein Delikt (nämlich das erste) immer *f r e i*“, nur zu leicht an Boden gewinnen.

Eine solche Haltung der Strafrechtspflege würde sowohl denen schaden, denen diese „Strafnachsicht“ widerfährt, als auch denen, die davon hören. F. W. Foerster warnt mit den trefflichen Worten: „... die Handlung selber verliert ihren abschreckenden Charakter, wenn sie auch nur einmal began-

⁵⁹⁾ F. W. Foerster: Jugendlehre, S. 700.

gen werden kann ohne eine unausweichliche Sühne, die doch dazu bestimmt ist, durch ein Opfer, ein Leiden, eine Einschränkung den Grad der sittlichen Störung zu kennzeichnen und wieder auszugleichen. Die ‚bedingte‘ Gefängnishaft, die ja doch meist eine ‚geschenkte‘ wird, verlangt zu ihrer Ergänzung notwendig eine neue Form der Sühne:

*Es ist verwirrend und falsch, daß ein wirkliches
Vergehen nur hypothetisch gesühnt wird⁶⁰⁾.*

Wir haben diese neue Form als Selbstvollstreckungsstrafe erkannt und auch begrifflich so umschrieben. Wenn wir dadurch (im Gegensatz zum gesetzlichen Begriff „StzB“) die Vorstellung einer hypothetischen Sühne schon begrifflich auszuräumen vermögen, so folgt die denknotwendige Verwirklichung zu einer aktiven Sühneleistung des Täters am ehesten dann, wenn Auflagen wie die hier erörterte intensivierend hinzutreten.

Im einzelnen kann sich diese Auflage erstrecken auf die Verpflichtung des Verurteilten, etwa für die Gesamtdauer der Bewährungszeit oder auch für einen Teil von dieser, bei einem oder mehreren der bekannten caritativen Verbände Dienst zu tun; z. B. bei der Feuerwehr, dem Roten Kreuz, der Arbeiterwohlfahrt, der Inneren Mission, dem Arbeiter-Samariter-Bund, der Johanniter-Unfall-Hilfe, dem Malteser-Hilfsdienst, der Caritas, der Heilsarmee, dem Technischen Hilfswerk, dem Bundesluftschutzverband, der Lebensrettungsgesellschaft.

Es wird sachdienlich sein, gleichzeitig den Vorstand (Leiter, Führer) oder auch ein anderes rechtschaffenes Mitglied des jeweiligen Verbandes zum Bewährungshelfer zu bestellen.

Der andragogische Wert dieser Auflage liegt besonders auch darin, daß mit ihr die sozialpsychologische Wirkkraft des andragogischen Sachgehaltes der Selbstvollstreckungsstrafe einzigartig zum Tragen kommt.

7. Verkehrsunterricht; Fahrschule

Die Auflage, an einem Verkehrsunterricht von längerer Dauer bei der Polizei teilzunehmen und (oder) — unbeschadet des Besitzes eines gültigen Führerscheines — eine vollständige Fahrschule mit Abschlußprüfung zu durchlaufen, sollte bei keinem Bewährungspflichtigen versäumt werden, dessen Tat in irgendeiner Form einen Verstoß gegen die Ordnung im öffentlichen Verkehr darstellt.

⁶⁰⁾ F. W. Foerster: Jugandlehre, S. 699.

8. Psychotherapie

In Fällen, in denen nach Sachverständigen-Gutachten der zurechnungsfähige Bewährungspflichtige von einer Fehlhaltung, die seine Tat bedingte oder mitbedingte, durch eine ambulante oder stationäre psychotherapeutische Behandlung von höchstens fünfjähriger Dauer geheilt werden könnte, ist eine solche Behandlung zur Auflage zu machen.

Der Psychotherapeut ist gleichzeitig als Bewährungshelfer zu bestellen; weitere Auflagen oder Weisungen sollten in diesem Fall nicht ohne Einvernehmen des Bewährungshelfers getroffen werden; abgesehen von der etwaigen Auflage, ein Sparbuch anzulegen, mit welchem laufende Einzahlungen entsprechend dem laufenden Arbeitsverdienst des Verurteilten und der voraussichtlichen Höhe des Behandlungshonorars nachgewiesen werden, wobei Abhebungen nur mit Einverständnis des Richters bzw. Bewährungshelfers erlaubt werden, um so für die Durchführung der Auflage „Psychotherapie“ die Behandlungskosten sicherzustellen.

9. Seelsorge

Eine staatliche Strafgerichtsbarkeit, die nur Ausdruck einer kalten Machtordnung ist, ruft beim Rechtsbrecher Verbitterung hervor. Dostojewskij hat — worauf auch F. W. Foerster hinweist⁶¹⁾ — in seinem gesellschaftskritischen Werk „Die Brüder Karamasow“ ausführlich dargelegt, daß es deshalb einer religiösen Erklärung und Vertiefung der Strafe bedarf, wenn anders sie nicht unzulänglich und unwirksam sein soll. F. W. Foersters Worte hierzu sind: „Da die tiefste Rechtfertigung der Strafe . . . aus dem religiösen Empfinden und nicht aus dem bloßen politisch-sozialen Leben stammt, so sollte in der Tat auch die Sühnepraxis möglichst auf religiösem Boden und in religiösem Geiste vor sich gehen“⁶²⁾.

Um wieviel leichter muß aber diese Praxis dem Strafrichter fallen, dem sich hier die Möglichkeiten geistlicher Seelsorge aus dem Wesensgehalt der Selbstvollstreckungsstrafe, den wir als einen urchristlichen erkannten, aufdrängen!

In der Ursituation bestand die Sühnepraxis ausschließlich aus geistlich-religiöser Fürsorge und kirchlicher Buße. Heute ist dem Bewährungspflichtigen zur Auflage zu machen, sich für die Gesamtdauer der Bewährungszeit regelmäßig der Seelsorge und religiösen Unterweisung eines Geistlichen seiner Religionsgemeinschaft zu unterziehen.

⁶¹⁾ Schuld und Sühne, S. 96.

⁶²⁾ aaO.

Der Geistliche ist gleichzeitig als Bewährungshelfer zu bestellen; die Befugnis, weitere Weisungen an den ihm Anvertrauten im Rahmen seiner Aufgabe zu erteilen, sollte dem Geistlichen vom Richter ausdrücklich übertragen werden.

Über den regelmäßigen Besuch des Gottesdienstes sowie über die Gedanken des Bewährungspflichtigen zu den in den Gottesdiensten gehörten Predigten und zu den mit seinem Bewährungshelfer gehaltenen seelsorgerlichen Gesprächen, hat das Tagebuch bzw. der Monatsbericht Aufschluß zu geben.

Die Auflage „Seelsorge“ wird sich besonders in den Fällen als sachdienlich erweisen, in denen das Ergebnis der Tat- und Persönlichkeitsdiagnose zeigt, daß der Täter den Primitivformen eines praktischen Materialismus und Säkularismus, den „Ersatzreligionen“ des Modernismus⁶³⁾ hörig ist: Es ist der weiterverbreitete Typ des heutigen Menschen, dessen nihilistische Einstellung nach der letzten großen Katastrophe und dessen Angst vor neuen Katastrophen nur noch eine Jagd nach materiellen Wohlstand kennt; für den nur noch der Götze „Lebensstandard“ als absolute Größe gilt. Das Auto, das Motorrad, der Musikschränk, der Fernsehapparat, die soziale Geltung des Parvenü sind das Ideal des gesamten Strebens, sind die Güter, für die dieser Menschentyp schafft und notfalls auch ein Verbrechen begeht.

Ihm fehlt das Verhältnis zu Gott, ihm fehlt die Offenheit für die Verkündigung der ewigen Werte, die seine sittliche Einstellung und sein Handeln in der Welt wieder zurechtbringen könnte.

Mit ihrer erziehenden Kraft hat sich die Kirche in den Dienst der universalen Erziehungsaufgabe zu stellen, der sich hier Staat und Gesellschaft der Gegenwart gegenübersehen. Wie die Erziehungswissenschaft seit F. W. Foerster für die Durchführung der Selbstvollstreckungsstrafe im besonderen⁶⁴⁾ und neuerdings u. a. mit Wilhelm Flitner im allgemeinen ihre dahingehenden Forderungen an die Kirche stellt⁶⁵⁾ und diese andererseits

⁶³⁾ Hierzu H.-J. Schoeps: Der moderne Mensch und die Verkündigung der Religionen. 1948.

⁶⁴⁾ F. W. Foerster: Schuld und Sühne, S. 95.

⁶⁵⁾ Seine Worte sind: „Die Pflicht zu dieser umfassenden Aufgabe ergibt sich aus der Bereitschaft aller Christen, einander die Beichte abzunehmen, sich ‚zu ermahnen und zu trösten‘. Die Kirche muß sich um dieser Pflicht willen rüsten, die Gewissen ihrer Brüder zu beraten, die Seelen zu führen, und Verirrte zu heilen; darin ist enthalten, daß sie das ihre tun soll, um der Gesellschaft ein gesittetes Leben zu ermöglichen; darin wiederum gründet das Interesse an der pädagogischen Gesamtaufgabe“ (Grund- und Zeitfragen, S. 113).

sich ihrer universalen Aufgabe auch bewußt ist⁶⁶⁾, so hat der Strafrichter hier die ihm vom Staat übertragenen Möglichkeiten andragogischer Methodik wahrzunehmen durch Intensivierung der Selbstvollstreckungsstrafe mit der Auflage „Seelsorge“.

Es handelt sich hierbei letztlich um politische Erziehung.

Der Gedanke einer politischen Erziehung, und zwar einer solchen, welche der Kirche angestammte Aufgabenbereiche einbezieht, hat wissenschaftliche Geltung erlangt, seit die Erziehungswissenschaft überhaupt als solche anerkannt ist.

Wenn wir heute, bei Zugrundelegung moderner rechtsstaatlich-demokratischen Denkens auch nicht, wie etwa im 18. Jahrhundert, allgemein davon ausgehen, daß „die Erziehung des Menschen nur im Staate möglich“ sei⁶⁷⁾, so ist doch nicht zu verkennen: Der Staat erfüllt auch heute, wo er — wie hier — mit Fug und Recht mit einem Strafvollstreckungsanspruch in den Persönlichkeitsbereich des Individuums eindringt, eine ihm allein auf diesem Gebiet vorbehaltene, bedeutende andragogische Funktion.

Damit ist der Staat — mindest in dieser Hinsicht — heute, wie in Vergangenheit und wohl auch in Zukunft, eine — um es mit den Worten von J. B. Graser⁶⁷⁾ auszudrücken — wahre, ja die einzige Menschenerziehungsanstalt schlechthin.

„Nur dann allerdings kommt dem Staat diese hohe Stellung zu, wenn er sich des einen Prinzips aller Menschenordnung und -bildung bewußt ist: des Prinzips der ‚Divinität‘. Er muß die Ordnung der Gottheit in seiner Ordnung, das Ebenbild Gottes in der Bildung des Menschen darstellen helfen“⁶⁸⁾; denn „die Pädagogik ist auf die Durchdringung der Welt, auf die Durchsäuerung des Lebens mit der Divinitätsidee gerichtet. Sie sucht das Leben — nicht in seinem alltäglich-vegetativen Gang, sondern in der Idee der Divinität, das ‚Leben in Gott, unter und für Menschen‘“⁶⁸⁾.

⁶⁶⁾ Cf. hierzu: H. D. Wendland, Die Kirche in der modernen Gesellschaft, mit zahlreichen Quellennachw.; W. Stählin, Menschenführg. als Aufgabe d. Kirche, in: K. B. Ritter, W. Stählin: Kirche u. Menschenbildg.; Vorträge über Wandlungen des Menschen in Seelsorge u. Psychotherapie, hrsg. v. W. Bitter; W. Schöllgen: Aktuelle Moralprobleme. Die Bewältigung von Gegenwartsproblemen in gemeinsamer Arbeit verschiedener christl. Kirchen wird seit dem Jahre 1925 als ständige Aufgabe auch vom „Oekumenischen Rat der Kirchen“ verfolgt — hierzu: H. Liermann: Oekumene als rechtliche Erscheinung, S. 118.

⁶⁷⁾ J. B. Graser: Divinität oder das Prinzip der einzig wahren Menschenerziehung. Hof 1830, S. 76 u. 78, zitiert nach Andreas Flitner: Politische Erziehung, S. 98.

⁶⁸⁾ Andreas Flitner, aaO.

Der Richter im Dienste staatlicher Strafgerechtigkeit hat sich deshalb aus seiner politisch-andragogischen Verantwortung heraus, wiederum auch heute, wie ehemals in der Ursituation, durch Inanspruchnahme der Kirchen und ihrer Seelsorger der mentalhygienischen Möglichkeiten und reichhaltigen Sühnemittel zu bedienen, über die die Kirche verfügt.⁶⁹⁾

Der Personenkreis der bewährungspflichtigen Gläubigen ist demnach ein solcher, den ein etwa vorhandenes, noch so großes Desinteresse an kirchlicher Unterweisung und geistlicher Seelsorge nicht davor bewahren kann, sich in Durchführung der ihm gemachten Auflage von der andragogischen Mission der Kirche ergreifen zu lassen.

Daß alle der Selbstvollstreckungsstrafe unterworfenen Mitglieder einer Kirchengemeinde für die Seelsorge erfaßt werden können, ist besonders wichtig für die Nicht-Katholiken. Während nämlich in der katholischen Kirche der Geistliche ohnehin erwarten kann, daß „das einzelne Gemeindemitglied das seelsorgerliche Verhältnis zwischen dem Priester und ihm durch die spezielle Beichte, zu der es verpflichtet ist, anbahnt“⁷⁰⁾, wobei das Gemeindemitglied einerseits die Verpflichtung hat, sich der priesterlichen Seelsorge zu fügen und der Geistliche andererseits die Verantwortung, sie vorzunehmen, besteht ein solches Verhältnis in der evangelischen Kirche ursprünglich nicht⁷¹⁾. Den evangelischen Christen wird vielmehr zugestanden, „daß sie selbst ihr Gewissen aus dem göttlichen Wort beraten können“⁷¹⁾, wenngleich auch die dieser Aussage Schleiermachers zugrundeliegende Auffassung von einem unmittelbaren Verhältnis des Gläubigen zum Wort Gottes und seiner absoluten Entscheidungsfreiheit, selbst zu bestimmen, wann und ob er überhaupt das seelsorgerliche Verhältnis suchen wolle, heute in Frage gestellt wird; denn „mit der Entdeckung des sogenannten Unbewußten und seinem zum Teil kompensatorischen Auftreten ist jeder Versuch einer religiösen Selbstversorgung auch psychologisch gescheitert. Die Tätigkeit des Seelsorgers ähnelt heute oft der eines Arztes an einem schwerverletzten Patienten, der nicht bei vollem Bewußtsein ist.“⁷²⁾ Daher kann — so läßt sich mit Gennrich schlußfolgern — heut-

⁶⁹⁾ Nach A. Wahl, in *Bewährungshilfe* 1956, S. 152, entspricht das Gebot, dem Straffälligen die religiös-seelsorgerliche Begegnung und Betreuung zu ermöglichen, „der Forderung nach einer inneren Ordnung“, die „letztlich in Gott verankert ist“ und die allein „wirklich Aussicht auf eine dauernde Wiedereinordnung bieten kann“.

⁷⁰⁾ A. Gennrich, in: *Ev.-luth. Kirchenztg.* Jg. 5 (1951), S. 126.

⁷¹⁾ Schleiermacher: *Die prakt. Theol. nach den Grunds. der ev. Kirche*, 1850, S. 428 ff., zitiert nach Gennrich, aaO.

⁷²⁾ A. Gennrich, aaO., S. 127.

zutage auch „nicht allein bloß auf die christliche Freiheit hingewiesen werden“.⁷²⁾

Die Auflage „Seelsorge“ ruft somit nicht nur dem katholischen Bewährungspflichtigen seine ihm ohnehin obliegende Glaubenspflicht in Erinnerung; sie wird auch dem Nicht-Katholiken, dessen absolute Entscheidungsfreiheit heute ohnehin schon in Frage gestellt wird, gerecht: Sie tritt den heutzutage weithin nicht erkannten „negativen religiösen Gewalten, die verheerend am Werk sind, wo der Mensch großen Gefahren, wo er der Not, dem Übel“ usw. gegenübersteht, entgegen und bescheinigt ihm, daß ihm in dieser Lage allein der „Dienst an der Seele“ helfen kann, für den er aber „den erfahrenen Kenner und die priesterliche Persönlichkeit benötigt“.⁷²⁾

Für den Geistlichen der Evangelisch-Lutherischen Kirche liegen — unter der Leitung von Bischof Wester vom Ausschuß für Gemeindeaufgaben der VELKD erarbeitete — Richtlinien vor, die in ihrer Anwendung gleichzeitig geeignet sind, eine sachgerechte Durchführung der Auflage „Seelsorge“ im allgemeinen zu gewährleisten.⁷³⁾

10. Volkshochschule; Selbstbildung; Lektüre

Es wird in Fällen, in denen die Strafart durch Mangel an schulischem oder beruflichem Wissen bedingt oder mitbedingt war, sachdienlich sein, dem Verurteilten zur Auflage zu machen, regelmäßig die Veranstaltungen der Volkshochschule zu besuchen und (oder) sich einem Fernunterricht zur Berufsaus- bzw. Fortbildung zu unterziehen.

Die für den Bewährungspflichtigen jeweils in Frage stehenden Veranstaltungen der Volkshochschule sind von Semester zu Semester genau festzulegen. Tagebuch bzw. Monatbericht haben Aufschluß über den regelmäßigen Besuch sowie über Gedanken des Bewährungspflichtigen zu den einzelnen Veranstaltungen zu geben.

Sinnvoll ist auch die Auflage, durch Schul- oder Selbstunterricht (Fernstudium) eine oder auch mehrere bestimmte Fremdsprachen zu erlernen⁷⁴⁾

⁷³⁾ „Ordnung des kirchlichen Lebens“, besonders: „XII. Von der Zucht in der Gemeinde“, in: Ev.-luth. Kirchenzeitg. Jg. 5 (1951), S. 125.

⁷⁴⁾ Die nach der Methode Toussaint-Langenscheidt bearbeiteten Lehrmaterialien für Erwachsene zum Selbststudium fremder Sprachen sind andragogisch-didaktisch besonders gehaltvoll. Aus der eine Vielzahl bedeutender Fremdsprachen umfassenden Produktion des Verlages Langenscheidt KG., Berlin, kommen hier in Betracht: „Unterrichtsbriefe“ in 20 oder 36 Lektionen; oder: „Praktischer Lehrgang“, bestehend aus Lehrbuch, Schallplatten und Universalwörterbuch, jeweils für Anfänger und Fortgeschrittene. Für letztere außerdem: „Aufbaukurse“.

und binnen festgelegter Frist eine mit Erfolg abgelegte Prüfung nachzuweisen⁷⁵⁾ (in der Regel wird man die Erlernung einer Fremdsprache mindestens binnen Jahresfrist fordern können); oder: die Kurzschrift und das Maschinenschreiben zu erlernen und ebenfalls (mindest binnen Jahresfrist) beides durch ein Prüfungszeugnis nachzuweisen.

In Durchführung der Auflage kann z. B. auch die Weisung erfolgen, einen bestimmten Film,⁷⁶⁾ Vortrag oder eine sonstige sachdienliche Veranstaltung zu besuchen oder auch eines oder mehrere bestimmte Bücher zu lesen und jeweils über den behandelten Gegenstand sowie über seine eigenen, daran angeknüpften Gedanken dem Strafrichter, Staatsanwalt oder Bewährungshelfer eingehend schriftlich und mündlich zu referieren.

Es kann auch sinnvoll sein, den über eine bedeutende Veranstaltung zu erstellenden Bericht durch fachliterarische Information ergänzen und vertiefen zu lassen.

Bei allen Modifikationen der Auflage „Volkshochschule, Selbstbildung, Lektüre“ kommt der Lektüre besondere Bedeutung zu. Daher ist hier auch die Frage nach der Beschaffung und Auswertung geeigneter Literatur angebracht.

In der Regel wird stets – und im Falle des antriebslahmen, verbummelten Angeklagten, der ohne Halt und Zielstrebigkeit ist, ganz besonders – zu fordern sein, daß sich der Bewährungspflichtige mit einem größeren Standardwerk zur positiven Lebensführung systematisch vertraut macht⁷⁷⁾. Andragogisch zu befürworten ist auch diejenige Literatur, die geeignet ist, verbrechensvorbeugend und -verhütend zu wirken, weil sie eine Abreaktion verbrecherischer Tendenzen durch die Phantasie ermöglicht. Karl

⁷⁵⁾ Zur Möglichkeit einer Prüfung des Autodidakten:

Bei den meisten Länderministerien für Unterricht und Kultus der BRD kann bei bestimmten Voraussetzungen eine staatliche Prüfung in einer einzelnen Fremdsprache abgelegt werden. In anderen Fällen kann es angebracht sein, den zuständigen vereidigten Gerichtsdolmetscher für die Abnahme einer Sprachprüfung zu verpflichten. Die Prüfungsgebühren sind – wie die Finanzierung eines solchen Studiums überhaupt – vom Bewährungspflichtigen zu übernehmen.

⁷⁶⁾ Siehe hierzu Fritz Kempe: Der Film in der Jugend- u. Erwachsenenbildung. 1952.

⁷⁷⁾ So könnten das seit dem Jahre 1929 in laufenden Neuauflagen erschienene Buch von Oscar Schellbach: Mein Erfolgssystem. Positive Lebensführung in Theorie und Praxis. Baden-Baden: Selbstverlag 1959, oder auch die Veröffentlichungen des Amerikaners Dale Carnegie den Bewährungsfortgang des Verurteilten besonders günstig beeinflussen.

Seiler hat in diesem Sinne die Bedeutung der Phantasie am Beispiel des Sexualtriebes aufgewiesen. Seine Worte sind: „Da der Mensch mit seinen Trieben nur fertig wird, wenn er ihre Möglichkeiten und Folgen in der Phantasie durchspielt, sollte man das Spielen mit Sexualbildern nicht vollständig verdammen. Nur so ist das Einbauen von Steuerungen in den Ablauf des Sexualtriebes möglich. Nur die Phantasie verhindert Explosionen und ungewolltes Hingerissenwerden“⁷⁸⁾.

Was für den Sexualtrieb gilt⁷⁹⁾, gilt auch für die anderen Triebe, die ebenso Verbrechensanlaß sein können. Immer ist ausschlaggebend das Durchspielen-Können der Triebmöglichkeiten und ihrer Folgen in der Phantasie, denn nach Erich Wulffen leiden wir alle „an einer mehr oder minder deutlichen latenten Kriminalität, an einer heimlichen, oft nur durch die Gesetze gehemmten Bereitschaft zum Verbrechen, die unter glücklichen Umständen die Schwelle der Tat nicht überschreitet. Unsrer offenbaren oder verborgenen kriminellen Instinkte werden durch die Tragödie in eine geheimnisvolle, teilweise unbewußte Mitschwingung versetzt; sie können sich, zuschauend, zuhörend, an der dichterischen Darstellung des Verbrechens ausleben, ohne sich vielleicht real im Leben betätigen zu müssen“⁸⁰⁾ Albert Hellwig unterzog beispielsweise die Werke von Karl May einer kriminalpsychologischen Würdigung; er warf dabei die Frage auf, ob eine solche Lektüre ihrer Grundtendenz nach geeignet sei, Verbrechenshemmungen des Jugendlichen oder Erwachsenen zu stärken⁸¹⁾. Die Antwort, die Hellwig selbst darauf gibt, lautet: „Man kann geradezu sagen: wenn eine solche Literatur nicht bestände, so müßte sie geschaffen werden, denn wenn die Phantasie nicht abgelenkt wird und nicht wenigstens in erdichteten Gefahren schwelgen kann, so wird sie leichter dazu neigen, den prickelnden Reiz des Abenteuerlichen im Leben zu suchen. Es wirkt bei gar manchen wie ein Sicherheitsventil, wenn er kriminelle Sensationen in einer Dichtung miterleben kann“⁸²⁾.

⁷⁸⁾ K. Seiler, in: *Unser Weg in die Ehe*. Heft 2, S. 10.

⁷⁹⁾ Wo einer perversierten Einstellung des Bewährungspflichtigen zum andern Geschlecht zu begegnen ist, empfiehlt sich z. B. als Weisung: die Lektüre von „Unser Weg in die Ehe“. Hrsg.: Hans Schmidt. 12 Hefte. München 1955.

⁸⁰⁾ E. Wulffen: *Das Kriminelle in der Weltliteratur*. In: *KMJB* 1927, S. 289 (zitiert nach Viktor Böhm, S. 150).

Als geeignete Literatur in diesem Sinne können die Werke von Karl May, Edgar Wallace und Agatha Christie gelten.

⁸¹⁾ A. Hellwig, in: *KMJB* Jg. 3 (1920), S. 191.

⁸²⁾ A. Hellwig, in: *Natur u. Gesellschaft*. Jg. 7 (1919/20), S. 53.

In den Fällen, in denen dem Bewährungspflichtigen auferlegt wird, sich mit einem bestimmten Buch über einen längeren Zeitraum zu beschäftigen (z. B. Literatur zur beruflichen Fortbildung, zur Erlernung von Fremdsprachen, zur positiven Lebensführung), ist zu fordern, daß der Verurteilte das betreffende Buch auf seine Kosten als Eigentum erwirbt.

In allen anderen Fällen wird die leihweise Literaturbeschaffung erforderlich. Für eine solche, wie überhaupt für die Überlegung, welche Literatur in besonderen Fällen geeignet sein kann, erweisen sich die kulturelle Funktion und Zuständigkeit der öffentlichen Bibliotheken als sachdienlich⁸³⁾.

11. *Musische Vereinigungen; Sportvereinigungen*

Die Auflage, (für die Gesamtdauer der Bewährungszeit) einzutreten etwa in eine Chorvereinigung zur Pflege des Gesanges oder der Instrumentalmusik, oder zur musikalischen Ausgestaltung von Gottesdiensten

⁸³⁾ Hierfür kommen besonders die allgemeinen wissenschaftlichen Bibliotheken (Universitäts-, Landes-, Staats- und Stadtbibliotheken) und die volkstümlichen Bibliotheken (Bildungs- oder Volksbüchereien) in Frage. Indem die ersten nicht nur mehr oder weniger wissenschaftlicher Forschung und Lehre, sondern außerdem auch ernsthafter Berufs- und Fortbildungsarbeit des Erwachsenen dienen, und die letzteren einem allgemeinen Lese- und Bildungsbedürfnis Rechnung tragen, erfüllen diese Bibliotheken eine ihnen gemeinsame, einheitliche andragogische Funktion (hierzu: H. Kunze, S. 27). Diese wirkt sich im Hinblick auf die Auflage „Volkshochschule, Selbstbildung, Lektüre“ dahin aus, daß dem die Auflage erwägenden Richter, soweit er einer literarischen Anregung bedarf, der Fachbibliothekar zur Verfügung steht, daß letzterer auch dem Bewährungspflichtigen bzw. dem Bewährungshelfer die Literaturbeschaffung ermöglicht (zur Ausleihe nach Hause oder auch in den Lesesaal der Bibliothek) und erforderlichenfalls auch mit bibliographischer Beratung dienstbar ist. Dabei ist als Besonderheit des wissenschaftlichen Bibliotheksdienstes das Referatsystem hervorzuheben: Es bietet Gewähr dafür, daß Anfragen, die bestimmtes Fachschrifttum betreffen, jeweils von einem in der entsprechenden Disziplin fachwissenschaftlich geschulten Bibliothekar verantwortlich erledigt werden.

Zur Bibliotheksbenutzung im einzelnen schreibt Wilh. Martin Luther aaO., S. 357 ff. Über Funktion und Aufgaben der verschiedenen öffentlichen Bibliotheken berichten:

Wilh. Bayer, aaO., S. 14—29 (Vielfalt der Bibliotheken und Einheit ihrer Aufgabe); Viktor Burr, aaO., S. 15—20 (Universitätsbibliotheken); Gg. Steinhäusen, aaO., S. 256—270 und Rich. Sander, aaO., S. 485—498 (Landesbibliotheken); Steinhäusen: einschl. wissenschaftl. Stadtbibliotheken); Gg. Leyh, aaO., S. 94—107 und S. Möhlenbrock, aaO., S. 13—20 (volkstüml. Bibliothekswesen).

(Kirchenchor)⁸⁴), in einen Tierschutzverein, Blumenpflegeverein, Tierzuchtverein, oder in eine Sport- oder Spielvereinigung mit ihren vielfältigen Unterarten⁸⁵), wie Turnverein, Schachklub, Fecht-, Tennis-, Tanzturnierklub, Handballvereinigung usw., wird immer dann sinnvoll sein, wenn der Angeklagte durch seine Straftat bewiesen hat, daß er seine Freizeit nicht richtig zu gebrauchen versteht.

Bei dieser Auflage gilt besonders auch, was in sozialpsychologischer Hinsicht oben, bei der unter 6. erörterten Auflage ausgeführt wurde.

⁸⁴) Hierbei kann davon ausgegangen werden, daß auch derjenige geeignet ist, der von sich behauptet, nicht musikalisch zu sein. Vgl. hierzu Heinrich Jacoby, der aaO. aufgrund von Erfahrungen in etwa tausend Fällen (Menschen aller Altersstufen, verschiedenster Nationen und Rassen) nachweist, daß es — ganz seltene, schwere pathologische Fälle ausgenommen — den „Unmusikalischen“ überhaupt nicht gibt.

Musik erzieht zur Konzentration und Genauigkeit. Auch kann die mental-hygienische Wirkkraft guter Musik nicht hoch genug eingeschätzt werden; s. (mit zahlreichen Quellennachweisen) Aleks Pontvik, aaO. und, hrsg. von H. R. Teirich: Musik in der Medizin. 1958.

Musikalisches Geschehen wird aber dort andragogisch wirkungsvoller, wo der Mensch nicht nur passiv aufnimmt, sondern selbst Mitwirkender ist; s. hierzu Konrad G. Josef: Phil. Diss., bes. S. 39—49. Wer sich jemals in einem Chor oder Orchester aktiv beteiligte, weiß selbst um das Gefühl harmonisierender Ordnung und steter Ausgeglichenheit, das ständig im selben Maße wächst, als sich bei Einstudierung eines Werkes dem Einübenden die Musikwelt etwa eines Palestrina, v. Beethoven, Bach oder Händel von Probe zu Probe immer mehr erschließt; ein Gefühl, das schließlich aus einer überwältigenden sich steigernden Ergriffenheit zum Erlebnis des vollendeten Werkes — gipfelnd in einer öffentlichen Aufführung bei eigener Mitwirkung — drängt und hierfür kein Zeitopfer scheut. Ein bleibender, persönlicher Gewinn ungeahnten Ausmaßes ist jedes Mal das Ergebnis, welches aus sich heraus stets wieder ein neues, gleiches Erleben involviert und aus einem Regulans der Freizeit dieselbe durch das Musikerlebnis zum Gottesdienst werden läßt.

In einer (ungedruckten) Rede bei einer Feierstunde der Universität Erlangen zu Ehren von Professor Georg Kempff würdigte dieser das Wesen der Musik mit den Worten: „Das Sterben aus dieser Welt ist deshalb nicht leicht, weil wir die Musik haben. Mächte des positiven sittlichen Wesens strahlen auf uns aus, bei Bach etwa, vor allem bei Händel. Beim Musizieren fängt man an, sich von sich selbst zu trennen, man sinnt, man meditiert, Zeit und Raum werden ausgeschaltet“ (Bericht in: Erlanger Tagblatt, Nr. 247 v. 23. 10. 1958).

⁸⁵) Hervorzuheben ist der hohe *andragogische* Wert, der echtem Spiel inneohnt; denn „Spiel“ meint nicht nur den Bewegungsdrang und das Spielen des Kindes. Einen wesentlichen Beitrag zur Spieltheorie bringt (mit umfassendem Schrifttumsnachweis) die Dissertation von Hans Scheuerl, Hamburg 1952.

Auch hier sollte nicht die gleichzeitige Weisung fehlen, besondere Leistungen im Vollzug der Auflage nachzuweisen: z. B. die Mitwirkung bei Aufführung eines Orchesterwerkes, die Erlernung eines Musikinstrumentes (durch Prüfung nachzuweisen), das Erreichen von Prämien bei Ausstellungen oder öffentlichen Aufführungen, des Sportleistungsabzeichens, des Rettungsschwimmerzeugnisses, der Turnierreife.

12. Wehrdienst

Bei Bewährungspflichtigen, die arbeitslos sind und bei denen keine Aussicht auf einen alsbaldige Arbeitsplatzbeschaffung besteht, wird es angebracht sein, (nach Feststellung der Wehrdienstfähigkeit)⁸⁶⁾ die Ableistung eines mindest dreijährigen Wehrdienstes zur Auflage zu machen.⁸⁷⁾

Die Auflage kann gleichwertig die Auflage „Arbeit“ ersetzen, und zwar in deren Hauptfunktion, dem Verurteilten soziale Ordnung und einen beruflichen Wirkunsbereich zu verschaffen. Der moderne Wehrdienst bietet nicht nur dem ungelernten Arbeiter und dem Hilfsarbeiter die Möglichkeit, einen für das spätere zivile Berufsleben brauchbaren Ansatz auf- und auszubauen; auch für den Facharbeiter und sonstigen Berufsgebundenen bietet die Vielseitigkeit der modernen Wehrmacht ein weites Feld persönlicher und beruflicher Entfaltung und damit die Möglichkeit der Erfahrungssammlung auf verschiedenen Gebieten, die der späteren zivilen Berufsarbeit förderlich ist.

Mitunter kann es sachdienlich sein, mit dieser Auflage auch den Verurteilten zu belegen, der im festen Arbeitsverhältnis steht, und zwar dann, wenn aus dessen Bedingungen heraus die Straftat veranlaßt oder mitveranlaßt war oder wenn es für Durchführung und Erfolg der Selbstvollstreckung keinen günstigen Einfluß ausüben würde.

Ein Vorgesetzter oder gleichrangiger Kamerad ist als Bewährungshelfer zu bestellen. Dadurch wird der Gefahr des Untertauchens, eines Mangels an Achtung vor sich und vor anderen, eines Mangels an Verantwortungsbewußtsein vorgebeugt, die als Folge eines ungehemmten Auslebens, welche bei haltlosen Naturen die Wirkung uniformierter Anonymität auslösen könnte, eintreten kann.

⁸⁶⁾ Ausnahmefälle, die zur Wehruntauglichkeit führen, regelt § 38 Soldatengesetz.

⁸⁷⁾ Es kommt also hierfür nur derjenige in Frage, dessen Vollstreckungsdauer (Bewährungszeit) drei Jahre nicht unterschreitet. Die Auflage auf mindest drei Jahre zu erstrecken, ist veranlaßt im Hinblick auf die gesetzlich festgelegte Mindestdienstzeit, für die sich ein „Soldat auf Zeit“ zu verpflichten hat.

Keine der bisher erörterten Auflagen vermag den Bewährungspflichtigen so sehr wie diese in seiner gesamten Lebenssphäre zu erfassen und besonders auch die sozialpsychologischen Wirkungen zur Geltung zu bringen.

Der heutigen, nach psychologischen und erzieherischen Gesichtspunkten ausgerichteten, des sinnlosen Drills und der Hampelmannautomatie früherer Zeiten entkleideten Wehrerziehung eignet in hohem Maße andragogischer Wert.⁸⁸⁾ Hervorzuheben sind besondere Erfolge, welche — wie O. Kroh schon am Beispiel der Reichswehr aufzeigen konnte⁸⁹⁾ — echtes Soldatentum schon immer auszeichneten: eine starke Schulung des Willens, sowie Pünktlichkeit, Ordnungssinn und Sauberkeit, entwickelter Sinn für Ehre und Selbstachtung, kameradschaftlicher Geist, bewußtes Pflichtleben, Hingabebereitschaft und Verantwortungsfreudigkeit.

Nach F. W. Foerster gilt es „als unbestreitbar, daß diese Seite der deutschen Heeresdisziplin, die Gewöhnung an die absolute Unterordnung *innerhalb* der dienstlichen Aktion, an die unbedingteste Exaktheit bei der Ausführung aller Einzelheiten des Dienstes und endlich auch an die äußere Straffheit der Haltung eine sozialpädagogische Schulung und eine Präzisionserziehung von größter Bedeutung ist. Der Mensch lernt, wahrhaft gesetzlich und geordnet zu handeln und erwirbt einen Sinn für die Unterwerfung des ganzen Individuums unter rationelle Methoden der kollektiven Leistung.“ Auch ist es „für die ganze Willensbildung des Menschen, überhaupt für die ganze ‚Kultur und Technik‘ seiner Aktion von unersetzlichem Werte, daß er in seinem Leben eine Zeit durchmacht, in welcher er das Sichgehenlassen und alle Halbheit des Tuns verlernt und seine subjektiven Launen bedingungslos dem großen Zusammenwirken opfern muß.“⁹⁰⁾ Ja, es läßt sich mit F. W. Foerster im Hinblick auf den Arbeitsprozeß geradezu eine Überlegenheit des Wehrdienstes gegenüber ziviler Beschäftigung feststellen; seine Worte sind: „Man beobachte die Aktion eines Regiments von Pionieren und vergleiche damit das Treiben bei einem Straßenbau oder einem Hausbau — diese Vergeudung von Zeit, dieser Mangel an rationeller Zusammenarbeit und Methode! Ich habe wahrhaft geistige Menschen kennen gelernt, die im Gegensatz zu dieser Laxheit und Launenhaftigkeit des Arbeitens den militärischen Dienst mit seiner straffen Präzision und

⁸⁸⁾ Auf das „Handbuch Innere Führung“ sowie auf die Broschüre „Berufsausbildung und Wehrdienst“ wird ergänzend verwiesen. Beachtenswert ist die diesbezügliche Arbeit des „Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen“; hierzu siehe: Handbuch Innere Führung, S. 95, Anmerkung.

⁸⁹⁾ Erziehung im Heere. Ein Beitrag zur Nationalerziehung der Erwachsenen, 1926.

⁹⁰⁾ F. W. Foerster: Schule und Charakter, S. 166 ff.

strengen Ordnung als eine wahre Wohltat empfanden und gerade das völlige Aufgehen des Einzelwillens in einer bestimmten sozialen Aktion durchaus nicht als Entwürdigung betrachteten, sondern als Symbol auch für den straffen Gehorsam, den der Körper dem Willen zu leisten habe. . . . Im übrigen aber ist es eine alte Erfahrung, daß bei tüchtigen Soldaten der durchgreifende und präzise Gehorsam gegenüber der militärischen Befehlsgebung später noch lange nachwirkt in einer gewissen schlagfertigen und charaktervollen Ausführung auch derjenigen Befehle, die der Mensch sich selber gibt. Gerade solche psychologische Wirkungen dürfen bei der pädagogischen Gesamtbeurteilung der straffen Disziplin nicht vergessen werden.“⁹⁰⁾

Die seinerzeitige Kritik F. W. Foersters, im Militärdienst bedürfe die Freiheit der Eigenpersönlichkeit und die menschliche Würde des einzelnen Soldaten noch größerer Beachtung⁹¹⁾, hat die moderne Wehrerziehung überwunden. Sie ist, wie alle staatliche Gewalt, dem Verfassungsrecht unterworfen und hat deshalb auch in Anerkennung des Art. 1 GG die Achtung und den Schutz der als unantastbar erklärten Würde des Menschen als methodischen Grundsatz übernommen.

Damit kann auch der Wehrdienst heute das sein, was für diesen Fall F. W. Foerster bereits im Jahre 1920 ankündigte, nämlich „eine wahre Schule auch für die soziale Erziehung des Menschen . . . für seine Übung in der Einordnung und Unterordnung, für die Durchdringung aller Arbeitssysteme mit dem Geist der Präzision, der Schlagfertigkeit und der rationalen Kooperation aller Teile“⁹²⁾.

Somit ergibt sich:

Es kann mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß der Verurteilte in Durchführung der Auflage „Wehrdienst“ seine sozialen Anpassungsschwierigkeiten mit Erfolg überwindet.

Es ist auch zu erwarten, daß er nach seinem Ausscheiden aus dem Wehrdienst nicht nur auf Grund seiner beruflichen Erfahrungen, die er während dieser Zeit sammeln konnte, sondern vor allem auch infolge der ihm dann eigenen Persönlichkeitswerte unschwer in das zivile Berufsleben eingegliedert werden kann.

Schließlich dient die Auflage gleichzeitig auch einem anderen praktischen Zweck: Der ohnehin wehrdienstpflichtige Verurteilte genügt durch sie seiner Wehrdienstpflicht.

⁹¹⁾ aaO., S. 160 ff.

⁹²⁾ Schule und Charakter, S. 162.

13. Entschuldigung beim Verletzten?

Die Frage, ob man dem Verurteilten auferlegen soll, beim Verletzten Abbitte zu leisten, kann nur bedingt bejaht werden. Abbitte bedeutet: Bekenntnis des Unrechts dem andern gegenüber, bedeutet Selbstdemütigung. Ein solcher Akt entbehrt jedoch dann jeglichen Sühnegehalts, wenn er nicht aufrichtigen Herzens und vor allem freiwillig vor sich geht. Daher sollte das Abbitte-Leisten niemals als Auflage oder Weisung angeordnet werden (an welche sich im Falle der Nichtbefolgung weitere intensivierende, bis zum Widerruf der Selbstvollstreckung mögliche Maßnahmen anschließen könnten). Der Richter mag gegebenenfalls die Möglichkeit der Entschuldigung dem Bewährungspflichtigen lediglich formlos „nahelegen“, ohne dann für ihn nachteilige Konsequenzen zu ziehen, wenn er der richterlichen Anregung nicht nachkommt; denn ob und daß sich der Verurteilte dazu aufschwingt, oder nicht, das liegt im einzelnen bereits jenseits andragogischer Kompetenz und Verantwortung.

Man muß hier nämlich auch mit inneren Schwierigkeiten rechnen. Zu einem anderen zu sagen: „Ich bereue mein Tun, verzeihe es mir!“ bedeutet eine Offenbarung intimsten Gefühlslebens und es ist nicht immer Verstocktheit, wenn sich ein Mensch hierzu nicht bereitfinden kann. Es gibt schamhafte Personen, denen solches Bekennen ungemein schwer fällt; durch ihre Schamhaftigkeit sind sie gehemmt, dem anderen, der um ihre Schuld weiß, unter die Augen zu treten. Eine Scham aber, die wie hier, um der Selbstverurteilung willen aus einem sittlichen Motiv entspringt, ist ein durchaus positives Zeichen. Es ist ein Ansatz zum Abstand-Gewinnen vom begangenen Unrecht; es kann deshalb andragogisch ebenso werthaltig sein, wie wenn Abbitte geleistet worden wäre. Und daß sie sicher werthaltiger ist als jene Entschuldigung, die unter dem Zwang der Auflage oder Weisung nur scheinheilig und damit unecht erfolgte, ist nicht zu bestreiten.

14. Entrichtung eines Geldbetrages zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung?

Eine solche Auflage kann, wie bereits erwähnt, vom andragogischen Standpunkt aus nicht verantwortet werden. Sie ist als Primär- und Einzelmaßnahme mit dem Sachgehalt, dem Wesen der Selbstvollstreckungsstrafe unvereinbar⁹³⁾.

⁹³⁾ Über die Möglichkeit, diese Auflage in besonderen Fällen in Verbindung mit anderen Auflagen anzuordnen und zwar zu dem Zweck, die letzteren zwangsmäßig durchzusetzen, vgl. oben S. 128, Anm. 4.

Die Rechtstatsache, daß der Verurteilte als Sühneäquivalent für den Rechtsbruch, den er zu verantworten hat, einen Rechtsnachteil auch durch Vermögenseinbuße erleiden kann, wird durch eine Ablehnung dieser Auflage nicht berührt. Denn abgesehen von den Vermögensnachteilen, die ohnehin mit jeder Verurteilung verknüpft sind, können solche hier — bei Anordnung entsprechender Maßnahmen, die etwa aus den bisher erörterten Auflagen-Beispielen ausgewählt werden — in einem bisweilen recht empfindlichen Umfang eintreten: Die Eigenfinanzierung einer psychotherapeutischen Behandlung, eines Sprachstudiums, eines Berufsf fortbildungslehrganges, einer Fahrschule, einer Sportausrüstung, oder aber auch die Bereitstellung seiner Arbeitskraft zugunsten eines caritativen Zweckverbandes veranlassen den Bewährungspflichtigen mittelbar zu Vermögenseinbußen, die andragogisch werthaltig und letztlich von gemeinem Nutzen sind.

Hingegen kann die Auflage einer Geldbuße als solcher nicht den Eindruck ausräumen, es handle sich um eine verkappte Geldstrafe, die lediglich aus fiskalischen Nützlichkeits erwägungen verhängt werde und — zum Schaden des Verurteilten — dem Staat bzw. einer der ihm eigenen oder von ihm geförderten Einrichtungen zugute kommen soll. Bei diesem Eindruck ruft die Auflage aber eher Verbitterung und Reaktion des Bewährungspflichtigen hervor, welche möglicherweise in eine unlautere oder strafbare Beschaffung der Geldmittel ausartet, als daß sie ihm zum sittlichen Vorteil gereichen würde.

15. Zur Methodik beim geltungsbedürftigen Angeklagten

Wann jeweils die eine oder andere der bisher erörterten Maßnahmen angebracht ist, muß dem andragogischen Geschick des Strafrichters überlassen bleiben. Ausgangspunkt hierfür muß immer das Ergebnis der Längs- und Querschnittanalyse sein.

Es ist jedoch angezeigt, einen bestimmten Kreis Bewährungspflichtiger herauszugreifen und gesondert zu betrachten; nämlich den, bei welchem dieses Ergebnis ein besonders akzentuiertes Geltungsbedürfnis aufweist. Aus folgenden Gründen:

Es handelt sich hierbei um eine Anpassungsschwierigkeit, die

- a. sich in sehr beträchtlichem Umfang vorfindet,
- b. einer besonderen, umschriebenen Methodik bedarf und
- c. bei richtiger Methodik in besonders hohem Maße andragogischen Erfolg verspricht.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß ein gewisses Maß von Geltungsbedürfnis und Geltungsstreben wohl jedem körperlich und seelisch

gesunden Menschen eigen ist. Es bedarf aber dann der andragogischen Korrektur, wenn es eine besondere Kraft entfaltet; wenn der erwachsene Angeklagte z. B. Anspruch auf eine Anerkennung erhebt, die ihm nicht zukommt. Die Anpassungsschwierigkeit liegt in solcher Ansprüchlichkeit begründet⁹⁴⁾.

Sie erfährt eine soziale besonders unerträgliche Ausprägung dann, wenn sie als *Arroganz* in Erscheinung tritt. Es handelt sich dabei um Menschen, die „unter ihrer eigenen Insuffizienz leiden und sich durch diese Haltung in einer Art Trotz an der Umgebung zu rächen suchen“⁹⁵⁾.

Walter Gerson⁹⁵⁾ stellt in diesem Zusammenhang als weiteren Typ den *Eingebildeten* heraus. Dieser weist einen „starken Akzent der Überheblichkeit“ auf und wird „von Lob und Tadel der Umgebung kaum berührt, weil er von seinem Wert zu sehr überzeugt ist. Er tritt mit einer ihm selbstverständlichen Anspruchshaltung auf und hat es nicht einmal nötig, nach Geltung zu streben.“⁹⁶⁾

Wo liegt nun für den Richter bei solchem Befund der besondere methodische Ansatz?

Der Sowjetpädagoge Makarenko führt in seiner Vorlesung über „Disziplin, Ordnung, Bestrafung und Ansporn“ u. a. aus, daß er, wenn ihn jemand fragen würde, wie er das Wesentliche seiner pädagogischen Erfahrung auf eine kurze Formel bringen könnte, antworten würde: „Möglichst hohe Forderungen an den Menschen und möglichst hohe Achtung vor ihm!“⁹⁶⁾

Dieser wichtigen Erkenntnis⁹⁷⁾ liegt nicht nur das Problem zugrunde, welches auch den Kernpunkt der vorstehend erörterten Anpassungsschwierigkeit bildet; sie weist gleichzeitig den methodischen Weg.

Die erste Notwendigkeit ist es nämlich, dem geltungssüchtigen, arroganten, eingebildeten Menschen eine gesunde Selbstachtung und Selbst-

⁹⁴⁾ W. Gerson, in: Die Sammlung, Jg. 11 (1956), S. 258.

⁹⁵⁾ W. Gerson, aaO., S. 265.

⁹⁶⁾ Werke. Bd. 5, S. 150.

⁹⁷⁾ Unbeschadet des Umstandes, daß A. S. Makarenko in seinem Vortrag einer „sozialistischen Pädagogik“ und im Streben nach einer eigenständigen „revolutionären“, „bolschewistischen“ Bildungs- und Erziehungstheorie, der er eine „pädagogische“, „kapitalistische“, „bürgerliche“, „ausbeuterische“ gegenüberzustellen vermeint, mitunter die Objektivität und Maßhaltung des Wissenschaftlers vermissen läßt, sind doch solche Kernsätze seiner Erfahrung und seiner Forschungsarbeit beachtenswert, die ihre Allgemeingültigkeit auch außerhalb des Dienstes an einer bestimmten staatlichen Ideologie beanspruchen dürfen.

wertschätzung zu vermitteln, die ihm abhanden gekommen ist⁹⁸⁾; denn dieser Verlust stellt einen so schwerwiegenden Erziehungsnotstand dar, daß der Entwicklung dieses Menschen — mit Hermann Nohl ausgedrückt — „kein größeres pädagogisches Unglück“ hätte widerfahren können.⁹⁹⁾

Der österreichische Strafrechtslehrer Julius Vargha, der ebenso wie der deutsche Strafrechtsnestor Franz v. Liszt bereits um die Jahrhundertwende mit Nachdruck für eine Beseitigung der Internierungsstrafe eintrat, beurteilte die einem Rechtsbrecher wiedergegebene *Selbstachtung* als „die Hauptprämisse aller moralischen Besserung.“ Sie ist nach ihm „das einzig verlässliche Schutzmittel gegen Schlechtigkeit“; denn — so läßt sich mit ihm begründen —: „*Das Gefühl der Sünde erniedrigt den Charakter, das Gefühl menschlicher Würde hingegen ist die kräftigste Triebfeder zum Guten.* Die auf Erweckung des Ehrgefühls und Selbstachtung gerichtete wohlwollende Behandlung, deren sich die Büsser in den Klöstern erfreuen, erkannte man stets mit vollem Rechte als das beste Mittel an, um verbrecherische Gesinnung zu zähmen und auszutilgen. Wenn einen sittlich Gesunkenen überhaupt noch etwas zu erheben vermag, so ist es die gemütsvornehme Atmosphäre edler Menschen, die ihm mit Achtung und Vertrauen begegnen. Mißachtung und Mißtrauen, als tägliches Brot verabreicht, ist eine mehr als ungesunde, eine geradezu giftige Kost für ein krankes Gemüt. Wer sich dauernd von seiner Umgebung mit Verachtung behandelt sieht, lernt sich zumeist am Ende selbst verachten, und leider häufig genug nicht ohne Grund, denn eine schlechte, erniedrigende Behandlung erzeugt bei den meisten, die sie erdulden, gemeine feindselige Instinkte; sobald aber solche einmal von der Seele Besitz ergriffen haben, werden sie gewöhnlich zu unausrottbaren Charaktereigenschaften. Hierin liegt ja eben die allertagischste Seite unserer entehrenden, auf vergeltende Sträflingsmißhandlung hinielenden Gefängnisse, daß dank ihnen, die der Strafknechtung verfallenen Sträflinge wirklich zu schlechten, oder doch sittlich minderwertigen Menschen und zu Trägern niedrigen Sklavensinnes werden.“¹⁰⁰⁾

Weil nun der Mangel an Selbstachtung durch die Mißachtung seitens der Sozietät verursacht ist (mag auch eigenes Versagen dabei mit im Spiel

⁹⁸⁾ Mit W. Gerson, aaO., S. 267, ist hierzu zu ergänzen: „Der Mangel an Selbstachtung wird nicht bewußt erlebt, sondern instinktiv empfunden: ‚Ich bin nichts wert‘, was identisch ist mit ‚Ich werde nicht gewertet‘.“

⁹⁹⁾ H. Nohl: Pädagogik aus 30 Jahren, S. 173 ff.

¹⁰⁰⁾ J. Vargha: Strafknechtschaft. T. 2, S. 728 ff.

sein), so kann dem Menschen, der diesen Mangel durch ein sozialwidriges Geltungsstreben zu kompensieren versucht, nur durch *Achtung* wieder zur Selbstachtung verholfen werden.¹⁰¹⁾

Dies geschieht nach der zitierten Formel Makarenkos dergestalt, daß vom Bewährungspflichtigen die *Erfüllung höchster Forderungen* verlangt wird; denn indem diese gestellt werden, wird vorausgesetzt, daß der Geforderte zur Erfüllung auch in der Lage sein wird, wobei dieser gleichzeitig erfährt, daß man die in ihm steckenden Fähigkeiten in hohem Maße achtet und wertet. Und mit der Erfüllung der Forderungen wird endlich angesichts der sichtbaren Leistungen und angesichts ihrer Anerkennung durch den, der sie gefordert hat, die Wiederkehr des Selbstwertgefühles und der Selbstachtung unausbleiblich sein.¹⁰²⁾

Freilich stellt diesen andragogischen Erfolg immer nur die jeweils *richtige* Methode sicher, ebenso, wie die *richtige Einstellung* zu dieser Art von Anpassungsstörungen von ausschlaggebender Bedeutung für den methodischen Ansatz überhaupt ist. Gerson weist auf die hierbei möglichen Schwierigkeiten wie folgt hin:

„Es ist für einen Erzieher keineswegs leicht, etwa einem Arroganten, der ihm deutlich seine Mißachtung zeigt, mit Achtung zu begegnen. Auch im täglichen Leben sind wir gegen diese Menschen ‚empfindlich‘. Wir können aber unsere Empfindlichkeit korrigieren, wenn wir uns daran erinnern, daß die Arroganz wie jede Überheblichkeit doch letztlich ein Symptom der Hilflosigkeit ist. Die beste Voraussetzung bringt der Erzieher mit, der Humor besitzt. Ihm wird es am ehesten gelingen, einen Kontakt herzustellen, weil er eine ‚Wir-Ebene‘ schafft. Seine Haltung läßt sich etwa so formulieren: Ich nehme dich ernst, wenn auch nicht so wichtig, wie du dich nimmst, aber ich nehme auch mich nicht wichtig. Die menschlich naheliegende Frage: ‚Du hast doch gar keinen Grund, überheblich zu sein, du hast ja noch gar nichts geleistet‘, trifft den wunden Punkt, ist völlig unpädagogisch und wird den Betreffenden in seiner Haltung stärken. Dem Sinne nach sollte der Satz etwa so lauten: ‚Du hast es bei uns gar nicht nötig, überheblich zu sein, wir schätzen dich, wie du in Wirklichkeit bist, nicht so, wie du dich jetzt gibst‘.“¹⁰³⁾

¹⁰¹⁾ So auch W. Gerson, in: Die Sammlung. Jg. 11 (1956), S. 267 f.

¹⁰²⁾ In diesem Zusammenhang ist auf die Schriften D. Hinrich Wicherns zu verweisen, der die Pflege der Selbstachtung und des Ehrgefühls — um mögliche Irrwege auszuschließen — mit glücklicher Hand verbindet mit den Kräften, die dem Menschen aus einem festen Glauben und einem durch ständige Unterweisung geweckten und genährten religiösen Bewußtsein zufließen.

¹⁰³⁾ W. Gerson, aaO., S. 268.

Im einzelnen können folgende intensivierende Maßnahmen sachdienlich sein:

Die Auflage, sich umschulen zu lassen oder sich zusätzlich berufliches Wissen anzueignen, um anschließend eine bessere berufliche Stellung einnehmen zu können. Falls der Bewährungspflichtige bisher bereits (vergeblich) eine bestimmte berufliche Stellung angestrebt hat und diese Stellung seinen Fähigkeiten entsprechend auch erreichbar wäre, muß diese das Ziel der Auflage sein.

Ansonsten wäre umzuschulen auf einen Beruf, der in besonderem Maße soziale Anerkennung fordert und diese erfahrungsgemäß auch einbringt. In diesem Sinne ist an die meisten derjenigen Berufe zu denken, denen eine besondere Berufstracht oder Dienstkleidung eigen ist, vor allem, wenn diese möglichst repräsentativ, dekorativ oder elegant wirkt (z. B. der Diener im Livree, der Kellner, der Page, der Reiseführer, der Protokollführer bei Gericht, der Steward, der Schauspieler, der Offizier, die Stewardess, das Mannequin).

Ein Mensch, der gewahr wird, daß ihm aufgrund eigener, positiver Leistung die ihm bisher versagt gebliebene soziale Geltung widerfährt, wird dadurch angespornt. Er ist sozial „eingeschliffen“, ein Rückfall in die ehemals aus übermäßigem Geltungsstreben vorgenommenen, sozialwidrigen Kompensationshandlungen (Betrug, Urkundenfälschung, Hochstapelei, unbefugtes Uniformtragen, unbefugte Titelführung etwa) ist fürderhin so gut wie ausgeschlossen; denn es ist schlicht gesprochen ein echter, ehrlicher Eifer, der ihn in Zukunft am (rechtschaffenen) Werk hält. Er anerkennt, daß man nicht bloß darauf bedacht war, lediglich den staatlichen Strafanspruch abzugelten, sondern vielmehr mit der Möglichkeit, die mit einer Selbstvollstreckung der ihm auferlegten Kriminalstrafe vorgegeben ist, ihm gleichzeitig die Chance zur persönlichen und beruflichen Bewährung, zur Lebensbewährung schlechthin, einzigartig zu erschließen.

Dieser echte, ehrliche Eifer wird aus einer der strafenden Gesellschaft gegenüber als Verpflichtung empfundenen Dankbarkeit erlebt; er wirkt als ständiges, positives Antriebsmoment. Man kann damit mit Sicherheit bei den Bewährungspflichtigen rechnen, deren bisher vergebliches Geltungsstreben im gesunden Verhältnis zu ihren tatsächlich vorhandenen Fähigkeiten und ihrem Leistungsvermögen steht. Bei ihnen handelt es sich nämlich um Menschen, die wir mit Walter Gerson als „Verhinderte“ bezeichnen wollen. Gerson beschreibt sie als solche Menschen, die „trotz ihrer Begabung nicht die soziale Stellung haben, die sie für sich in Anspruch

nehmen könnten, denen also ihre Position nicht genügend Anerkennung einbringt. Sie sind in ihren Leistungsmöglichkeiten begrenzt, und da ihnen ihr Selbstwertstreben nicht genügt, wollen sie mehr ‚zur Geltung‘ kommen.“¹⁰⁴⁾

Es wird zweckdienlich sein, die hier vorgeschlagene Auflage der Umschulung bzw. Ergänzung des Berufswissens mit anderen der bereits abgehandelten Maßnahmen zu koppeln, um das hier im Vordergrund stehende Ziel: Beschaffung eines beruflichen Wirkungskreises, in welchem das Geltungsstreben abgesättigt werden kann, zu erreichen.

Abgesehen von der oben unter Nr. 4. (Tagebuch; Monatsbericht) erörterten Auflage, auf welche in keinem Fall zu verzichten ist, kommen hierfür vor allem in Frage die oben unter den Nummern 2. (Arbeitsverhältnis), 9. (Seelsorge), 10. (Volkshochschule; Selbstbildung; Lektüre) und 12. (Wehrdienst) behandelten Maßnahmen.

III.

Die Entscheidungsbegründung

Während die Formel des auf Selbstvollstreckungsstrafe lautenden Urteils bzw. des eine intensivierende Maßnahme beinhaltenden Beschlusses das Gesamtergebnis der Hauptverhandlung in einem entscheidenden Spruch zusammenzufassen hat, kommt der Begründung die Aufgabe zu, die jeweilige Entscheidung zu rechtfertigen und den an der Vollstreckung Beteiligten den andragogischen Weg zu weisen, der die Vollstreckung des in der Entscheidung ideell gestalteten Rechts verbürgt.

Die methodische Verantwortung liegt hier in der rechten Wortwahl: Das geschriebene Wort des Strafrichters ist für die folgende, sich über Jahre erstreckende Vollstreckungszeit eine Anweisung, deren Suggestivkraft nicht unterschätzt werden darf; es schließt insbesondere als ein dem Bewährungspflichtigen an die Hand gegebenes Vademecum gleichzeitig den andragogischen Ansatzpunkt und den möglichen Erfolg der Selbstvollstreckung in sich.

Andragogisch sehr fragwürdig und von ausschlaggebender Bedeutung ist es, ob und in welcher Form hierbei etwaige Vorstrafen verwertet bzw. erörtert werden. Wohl ist eine eingehende Auseinandersetzung und ein „Nachtragen“ gesühnter Vorstrafen in all den Fällen nicht auszuräumen, in denen der vom Täter verwirklichte Straftatbestand einen straferschwerenden Rückfall zum Inhalt hat (z. B. §§ 244, 264 StGB). Methodische

¹⁰⁴⁾ W. Gerson, aaO., S. 263.

Bedenken ergeben sich aber in diesen Fällen nicht weniger als in all denen, in denen es sich sogar umgehen ließe, frühere Bestrafungen erneut zum Vorwurf zu machen.

Die Vorschrift des § 267/III StPO, welche besagt, daß die Urteilsgründe die Umstände, die für die Strafzumessung bestimmend gewesen sind, anführen „müssen“, ist nämlich nicht so zu verstehen, daß vom Gesetz eine *erschöpfende* Aufzählung aller Strafzumessungsgründe verlangt werde. Vielmehr genügt, was die einschlägige Prozeßvorschrift in Mitteldeutschland (§ 233 StPO der DDR) ausdrücklich bestimmt: Die Urteilsgründe müssen lediglich in ihrer *zusammenhängenden Darstellung* die Höhe der ausgesprochenen Strafe rechtfertigen.¹⁰⁵⁾

Mögen also etwaige Vorstrafen bewußt oder unbewußt die Strafzumessung beeinflußt haben: Es ist im Hinblick auf den Erfolg der Selbstvollstreckung sachdienlich, in den Entscheidungsgründen davon zu schweigen; denn es ist andragogisch nicht vertretbar, nochmals auf ein Unrecht zurückkommen, das der Täter bereits gesühnt hat.

In der Regel hat dieser Grundsatz selbst dann zu gelten, wenn der Täter wiederum in derselben Richtung gefehlt hat.

Meist ist es richtig, das neue Versagen völlig unabhängig von früheren Verfehlungen zu behandeln. Tut man dies nicht, dann suggeriert man dem Täter nur zu leicht die lähmende Vorstellung ein, er werde von der verhängnisvollen Dämonie einer übermächtigen Charakterschwäche beherrscht.

Ein „Nachtragen“ früheren Unrechts vereinbart sich nicht mit dem Wesen der Selbstvollstreckungsstrafe, die in der Gegenwart und für die Zukunft wirkt. Hat nämlich einmal die strafende Gesellschaft dem Täter nach *gesühnter* Tat wieder die uneingeschränkte Freiheit zurückgegeben und ihm so sein Unrecht gleichsam verziehen, dann stellt sie jetzt die Echtheit dieser Verzeihung am ersten dadurch unter Beweis, daß sie auch nicht mehr auf das frühere Unrecht zurückkommt.

Abgesehen davon, daß damit dem Täter ein sozialetisch wertvolles Verhalten beispielhaft aufgezeigt wird, ist ein solches Verhalten auch aus psychologischer Einsicht veranlaßt:

Jeder Vorwurf wegen der früheren Verfehlung bedeutet für den Verurteilten, daß man ihm in Wirklichkeit seine damalige Sühneleistung nicht ehrlich abgenommen, sie nicht für wahr und echt genommen hat. Der Vorwurf läßt die alten Schuldgefühle wieder aufleben, läßt sie chronisch werden. Es entsteht ein Minderwertigkeitskomplex. Mit der erfolgten Bindung des Bewährungspflichtigen an sein früheres Unrecht und damit an die Ver-

¹⁰⁵⁾ Siehe auch Th. Kroschel: Abfassung der Urteile, S. 111.

gangenheit ist er gezwungen, im Vergangenen zu leben; er schaut nach rückwärts, und gerade darin liegt seine Tragik: Für ihn wäre es im Interesse einer Überwindung seiner derzeitigen Schuldsituation sehr vonnöten, daß er mit seinen gesamten geistigen und seelischen Kräften in der Gegenwart stünde, denn in ihr hat er sich doch zu bewähren! Gerade er sollte für seine Gegenwart in hohem Maße innerlich frei und aufgeschlossen sein; er kann es aber nicht, weil ihm derselbe, der ihm mit der einen Hand durch die Möglichkeit der Selbstvollstreckung ein großartiges Mittel zur Tilgung seines Schuldgefühls gegeben hat, ihn mit der andern Hand der andragogischen Wirkung dieses Mittels beraubt, indem er ihm durch eine Bindung an frühere Schuldsituationen die sittlichen Impulse lähmt und schwächt und ihm damit geradezu einen Weg bahnt, auf dem er seinen Schwächen und Fehlern erliegen muß, sobald ihn neue Versuchungen überkommen. Und es bewahrheitet sich das Dichterwort: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären“.

Die jeweilige Entscheidung wird deshalb ihrer Bestimmung, den Täter von seiner Schuld zu befreien und ihn für die Zukunft zu bessern, nur dann gerecht werden, wenn eine psychologisch sachgerechte Wortwahl in der Begründung Gewähr dafür bietet, daß der Bewährungspflichtige nicht noch tiefer in Schuld und sittliche Fehlhandlungen verstrickt wird.

IV.

Die Belehrung des Angeklagten gemäß § 268a StPO und Besprechung des Vollzugs der Selbstvollstreckung

Im Anschluß an die Urteilsverkündung klärt der Vorsitzende des Strafgerichts den Bewährungspflichtigen über das Wesen der Selbstvollstreckungsstrafe auf, er erklärt ihm die Auflagen und Weisungen und die Möglichkeit eines Widerrufs der ihm auferlegten Selbstvollstreckung zugunsten einer vollzugsbehördlichen Vollstreckung durch Internierung.

Für die Art und Weise der Belehrung gilt im besonderen Maße, was oben zu den andragogischen Phänomenen Liebe und Gespräch als methodischer Grundsatz entwickelt wurde.

Es wird sachdienlich sein, den Bewährungspflichtigen gleichzeitig anzuweisen, eine *die Gesamtdauer der Selbstvollstreckung umfassende Vorsatzplanung* schriftlich zu entwerfen und mit diesem Entwurf im unmittelbaren Anschluß an die Rechtskraft des Urteils beim Vorsitzenden des Gerichts zu erscheinen. In einer gemeinsamen Besprechung mit diesem, bei der auch tunlichst der Sitzungsstaatsanwalt sowie ein etwaiger Bewäh-

rungshelfer teilnehmen, ist sodann ein Strafvollstreckungsplan zu erstellen, anhand dessen die jeweiligen Aufgaben der Beteiligten (das sind besonders der Verurteilte, der Bewährungshelfer und der Staatsanwalt) bei Durchführung der Selbstvollstreckung generell durchzusprechen sind.

V.

Widerruf der Selbstvollstreckung und Internierungsstrafvollzug

Nach § 25/II StGB besteht die Möglichkeit des Widerrufs. Das Wesen des Rechtsinstituts — unsere Untersuchungen haben es aufgezeigt — ist hierfür Maßstab.

Der Widerruf sollte die ultima ratio sein. Vorher sind Möglichkeiten zur Abwendung dieser Maßnahme in Erwägung zu ziehen und anzuordnen; z. B. kann eine Änderung oder Ergänzung der intensivierenden Maßnahmen, oder eine Verlängerung der Bewährungszeit — notfalls bis zur Höchstdauer von fünf Jahren — veranlaßt sein.

Es wird zweckmäßig sein, vor Erteilung des Widerrufs diesen erst anzudrohen. Die einmalige oder wiederholte Verhängung eines Einzelhaft-Wochenendkarzers, u. U. auch in verschärfter Form durch Nahrungsentzug (Fasten bei Wasser und wenig Brot), kann in diesem Zusammenhang angebracht sein. Eine solche Maßnahme würde den Bewährungspflichtigen zur Besinnung bringen, würde ihm seine Pflicht zur Erfüllung des staatlichen Strafanspruches drastisch und nachhaltig vor Augen führen.

Erst im Falle einer erneut bewiesenen Unfähigkeit zur eigenen Strafvollstreckung sollte die vollzugsbehördliche angeordnet werden.

Viertes Kapitel

Der subjektive Sachgehalt der Selbstvollstreckungsstrafe

Die Selbstvollstreckungsstrafe ist die einzige Straftat, der man einen subjektiven Sachgehalt zusprechen kann. Während z. B. bei der Internierungsstrafe, die sie teilweise ablösen soll, der hier im einzelnen dargelegte andragogische Weg in individualpsychologischer Sicht wegen des ihrer Vollstreckung eigenen Intramuranstrafvollzuges so gut wie ausgeschlossen ist, obliegt hier die Durchführung der Strafe der freien schöpferischen Entfaltung und Bewährung des Verurteilten.

Bei der Bestimmung der dem Rechtsinstitut eigentümlichen Rechtsnatur fanden wir, daß die Vollstreckung der gem. §§ 23 ff. StGB verhängten Freiheitsstrafe umfassen kann:

- entweder a) die Verwirklichung des durch das rechtskräftige Urteil festgesetzten staatlichen Strafanspruches durch den Verurteilten selbst,
 oder b) die Verwirklichung dieses Strafanspruches seitens der Strafvollstreckungsbehörde, nachdem der Verurteilte die unter a) erwähnte Form der Strafdurchführung ergebnislos versucht hat.

Auf jeden Fall prävaliert aber die Form der Selbstvollstreckung und damit der andragogisch bedeutsame subjektive Sachgehalt einer Selbstvollstreckungsstrafe. Und dieser wirkt erziehungsträchtig selbst auch in dem unter b) erwähnten ergebnislosen Versuch des Verurteilten; denn auch das nicht überwundene Hindernis bereichert die Persönlichkeit um eine Erfahrung für die Zukunft. Immerhin hat der Verurteilte während eines mehr oder weniger großen Zeitraumes der Aufgabe gerecht zu werden versucht, die bei der Internierungsstrafe dem staatlichen Vollzugsbeamten obliegt.

Die andragogische Wirkkraft des subjektiven Sachgehaltes kommt freilich vollends dort zum tragen, wo es dem Bewährungspflichtigen gelingt, *das Ziel der Strafvollstreckungsbehörde zu erreichen, nämlich die Befriedigung des staatlichen Strafanspruches*, zu dessen Verwirklichung sie sich bei den anderen Strafarten der Strafvollzugsbehörde bedient. Der letzteren Aufgabe ist es nämlich „die von den zustehenden staatlichen Organen verhängten Strafen gemäß der Normen aus- und durchzuführen, nach denen sich der Vollzug der Strafen, insbesondere der Freiheitsstrafen, inhaltlich regelt.“ Das mit diesen Worten von Karl Stumpf¹⁾ umschriebene „materielle Strafvollzugsrecht“ hat in unserem Falle seine Regelung in den §§ 23 ff. StGB, soweit diese den Verurteilten für die Durchführung der Strafe zu aktivieren versuchen.

Wir erkennen also als Essentiale des subjektiven Sachgehaltes die Übernahme staatlicher Vollzugsaufgaben durch den Verurteilten, sowie eine in dieser Übernahme liegende, zur Entfaltung drängende andragogische Wirkkraft, welche über den Versuch eines Selbst-Strafvollzuges hinaus- und hinweist zur erfolgreichen Befriedigung des staatlichen Strafanspruches überhaupt, nämlich zur Selbstvollstreckung.

Demnach umfaßt also der subjektive Sachgehalt die Möglichkeit, *in der Person des Verurteilten das Bestraftsein, den Strafvollzug und die Strafvollstreckung gleichzeitig zu vereinen und eigenverantwortlich zu erleben.*

¹⁾ In: Blätter der Gefängniskunde. Bd. 64 (1933), H. 1, S. 72.

Der Bildungsprozeß, der dadurch in der Person des Bewährungspflichtigen ausgelöst wird, verbürgt nicht nur eine echte Sühneleistung, welche sowohl eine sittliche Läuterung und Wandlung dieses Menschen, als auch eine Tilgung des staatlichen Strafanspruches zur Folge hat; vielmehr erfolgt gleichzeitig — bedingt durch den Vollzug der Auflagen und Weisungen — eine Erweiterung des Wissens, eine Vertiefung der Bildung und der Lebenserfahrung, und damit eine beachtliche Vergrößerung des Handlungsbereitschaftskomplexes zum Nutzen künftiger Lebensbewältigungen.

Während der leitende Wille des Andragogen und die regulierende Wirkung seiner Methode zurücktreten werden, nachdem er alles in seinen Möglichkeiten Stehende getan hat, um dem Bewährungspflichtigen die Begegnung mit dem objektiven Sachgehalt der Selbstvollstreckungsstrafe fruchtbar werden zu lassen, geht es nunmehr um die möglichen und tatsächlichen Akte freier Selbsterziehung und Selbstbildung.

Ein solcher Akt ist u. a. die Reue des Verurteilten, welche die Tilgung seines Schuldgefühls erstrebt und die er dann erlebt, „wenn das schuldhafteste Ich, der subjektive Wertentwurf, aus dem das Motiv der unwerthaften Tat entsprang, überwunden ist“.²⁾ Der Reue ist Selbsterkenntnis eigentümlich. Philipp Lersch spricht von einer „Gefühlsregung des Gewissens“³⁾. So wie in dieser wichtigsten Voraussetzung jeglichen Sühneopfers nicht nur ein psychologisches, sondern darüber hinaus ein theologisches Problem der Selbstvollstreckungsstrafe begründet ist⁴⁾, und beide zusammen auch ein psychotherapeutisches sein können⁵⁾, war es hier veranlaßt, im besonderen Teil der andragogischen Methodik die Auflage-Möglichkeit „Seelsorge“ und „Psychotherapie“ zu erörtern.

Subjektiv wirkt nun diese nicht einfache Problematik, in welcher der Verurteilte aus der Betroffenheit in der Wirklichkeit die Ergriffenheit für eine sein Ich transzendierende Wertordnung erfährt und sich ihm die

²⁾ H. Häfner: *Schulderleben und Gewissen*, S. 165 ff.

³⁾ Ph. Lersch: *Mensch in der Gegenwart*, S. 237.

⁴⁾ Denn es ist „die Überwindung des Rationalismus im Umkreis des Fragens nach der Seele nur dann zu erreichen, wenn eingesehen wird, daß Psychologie immer nur etwas Vorletztes ist, und, zu Ende gedacht, notwendig in den Horizont des Transrationalen und Metaphysischen einmündet“ (Lersch, aaO., S. 92). Auf die Dissertation von Eva-Brigitte Aschenheim, (München 1952), in welcher den in unserem Zusammenhang bedeutsamen Fragen bezüglich Sühnebedürfnis, Reue und Bereuen, Bekenntnis, Beichte u. a. eine nähere Untersuchung in psychologischer und theologischer Hinsicht gewidmet ist, wird verwiesen.

⁵⁾ H. Häfner, aaO., bes. S. 28 ff.

Lösung aus dem Spannungsverhältnis zwischen Betroffenheit und Ergriffenheit in der *re-ligio*, seiner „Rückbindung an ein Absolutes“⁶⁾ anbietet.

Aus der Einheit Bestraftsein – Vollzug – Vollstreckung erfährt von den „zwei Seelen in der Brust“ des Verurteilten sein besseres Ich, welches das schlechte Ich der Vergangenheit fürderhin aus dem Wertgehalt des Selbstes auszuschneiden bestrebt ist, daß – im Hinblick auf den Vollzug und die Vollstreckung – die trotz Bestrafung belassene Freiheit nicht nur eine Gabe, sondern auch eine *Aufgabe* ist.

Der Verurteilte wird gewahr, daß er in-Verantwortung-gestellt ist, weil er ja mit der Verpflichtung zur Bewährung den Pflichtenkreis des staatlichen Strafvollzugsbeamten und weitestgehend auch den des Strafvollstreckungsrichters übernommen hat. Er tritt also selbst in die andragogische Verantwortung für sich gegenüber der strafenden Gesellschaft, das ist gegenüber seinen Mitmenschen, ein. Damit wird der subjektive Sachgehalt im besonderen Maße auch in seiner theonomen Bezogenheit ausgewiesen; ist es doch keiner anderen Straffart eigen, den Verurteilten selbst als seinen eigenen „Nachrichter“ und Erzieher einzusetzen, ihm andragogische Verantwortung für sich selbst zu übertragen⁷⁾ und ihn damit sachnotwendig auch für die mit dieser Verantwortung verknüpfte metaphysische Beziehungswelt⁸⁾ zu verpflichten.

Wie der Erzieher am Nächsten, so sieht sich auch der Bewährungspflichtige hineingestellt in eine „konkrete, unentfliehbare Situation der endlichen Wirklichkeit“ (Ernst Lichtenstein), die ihn jeweils zur Antwort darauf nötigt, wie er sich in diesem Augenblick zu verhalten, was *hic et nunc* zu geschehen hat.

Erst in dieser andragogischen Situation verwirklicht sich der Mensch selbst. E. Lichtenstein charakterisiert diese Situation wie folgt: „Dadurch, daß ich zu meinem vergangenen Handeln zu stehen genötigt bin, daß ich mir sogar meine unbewußten Reaktionen zurechnen muß, daß mir im Bestehen oder Nichtbestehen der Situation die Augen für meine Schuld

⁶⁾ Ph. Lersch, aaO., S. 93.

⁷⁾ Umfang und Bedeutung dieser Tatsache erhellen am Beispiel intentionaler andragogischer Einwirkung des Richters, die – wie hier – von derselben andragogischen Verantwortung getragen sein muß. Diese bedeutet dort, wie wir sahen, eine Erziehung „aus Verantwortung zur Verantwortung“; denn es gilt immer – d. h. beim Jugendlichen, wie beim Erwachsenen, beim Verwahrlosten, wie beim Rechtschaffenen – „das Wachrufen des Ich, indem ich es *verantwortlich mache*, als das große pädagogische Werkzeug der Freiheitserziehung“ (H. Nohl: Päd. der Verwahrlosten. In: Päd. aus 30 Jahren, S. 180).

⁸⁾ Hierzu E. Lichtenstein: Zur Metaphysik der päd. Verantwortung, S. 49–57.

geöffnet werden, komme ich auch selbst in der Verantwortung auf mich zurück. Die Verantwortung ist immer eine Frage an unser ganzes Menschsein und daher der tiefste Antrieb zu unserer Selbsterziehung, ohne die wir nicht Erzieher sein, nicht Erzieher bleiben können.“⁹⁾

So wird dem Bewährungspflichtigen in der Begegnung mit dem subjektiven Sachgehalt die Selbsterziehung zuteil, wiewohl ihn diese auch für die Zukunft sein eigener Erzieher bleiben läßt. Das Geheimnis hierzu liegt, wie wir sahen, zuvorderst im Erlebnis der Verantwortung begründet. Damit ist letztlich vom subjektiven Sachgehalt her der Selbstvollstreckungsstrafe im Vergleich zu anderen Strafarten eine nicht zu übertreffende andragogische Dauerwirkung gesichert. Denn, so kann man mit den Worten Emil Brunners zusammenfassen, „wer das Wesen der Verantwortlichkeit verstanden hat, der hat das Wesen des Menschen verstanden. Die Verantwortung ist nicht ein Attribut, sie ist die ‚Substanz‘ des Menschseins. In ihr ist alles enthalten: die Freiheit und die Gebundenheit, die Selbständigkeit des einzelnen und die Verbundenheit, das Verhältnis zu Gott, zum Mitmenschen und zur Welt. So ist auch das Wissen um die Verantwortlichkeit das, was den Menschen zum Menschen macht. Die Antwort auf das göttliche Wort, die Möglichkeit und Notwendigkeit dieser Antwort als Sinn des Lebens, das ist die echte Verantwortlichkeit und zugleich die echte Humanität.“¹⁰⁾

⁹⁾ E. Lichtenstein, aaO., S. 56.

¹⁰⁾ Zitiert bei E. Lichtenstein, aaO., S. 52.



SECHSTER ABSCHNITT

GESAMTERGEBNIS DER THEORETISCHEN GRUNDLEGUNG

Wesen und Sachgehalt des Rechtsinstituts sind aufgezeigt. Sie entsprechen unserer modernen Vorstellung von einer humanen Strafrechtspflege ebenso, wie der Strafvorstellung des Christentums seit seinen Anfängen. Seit jener Zeit ist auch die das Rechtsinstitut tragende Projektion lebendig, die — zusammenfaßbar unter dem Begriff „Selbstvollstreckungsstrafe“ — der Rechts- wie der Erziehungswissenschaft eine eigene Kategorie erschließt.

- a) Den Beamten der Strafrechtspflege wurde im Jahre 1954 das Rechtsinstitut der sogenannten StzB zur Handhabe anvertraut; eine rechtssystematische und -philosophische Standortisierung, d. h. eine theoretische Information hinsichtlich der mit dem Rechtsinstitut übernommenen andragogischen Aufgabe erfolgte jedoch nicht.

Dem daher verständlichen Bedürfnis der Rechtspraxis nach einer grundsätzlichen Regelung ihres Tuns — welches hier, wie gezeigt wurde, bei weitem nicht nur auf rechtliche Probleme beschränkt bleibt — kann nunmehr mit der vorliegend erarbeiteten hermeneutischen Deutung des Rechtsinstituts und einem gleichzeitig entwickelten, dem Wesen der Sache entsprechenden Begriff, begegnet werden.

In mancher Hinsicht wird — wie wir sahen — die Regelung des Rechtsinstituts *lege lata* dem aus der Ursituation des Frühchristentums gefundenen Verständnis sowie der von uns gefundenen Begrifflichkeit nicht vollständig wesenhaft gerecht, woraus sich Reformbedürftigkeit, d. h. für uns ein Vorschlag *de lege ferenda* ergeben wird.

- b) Erziehungswissenschaftlich ist für die andragogische Disziplin ein Wirklichkeitsbereich aus der Rechtspflege erstmalig systematisch erfaßt und als erziehende Sozialordnung methodisch gesichert.

„Selbstvollstreckungsstrafe“ meint einen Sachgehalt, der ebenso strafend, erziehend und sichernd, wie bildend ist; der verbrechensvorbeugende Dauerwirkung hervorbringt, indem er erreicht, daß derjenige, bei dem er fruchtbar wurde, in einer künftigen Konfliktsituation nicht den kriminellen Ausweg sucht.

Es handelt sich um eine selbständige, von den anderen — ausschließ-lich mit staatlicher Strafvollstreckung ausgestalteten — Strafarten

verschiedene, Straftat; sie ist christlich-theologisch fundiert. Ihr letzter Sinn ist die theonome Bezogenheit, die Orientierung und Rückbindung des Rechtsbrechers an die absoluten Werte christlicher Ethik.

Ursprünglich findet sich für den Bewährungspflichtigen – nach Intervention des Geistlichen beim weltlichen Richter oder Fürsten – die Möglichkeit freiwilliger Kirchenbuße, die bei der sittlichen Höhe der ersten Christen auch unbedingt eingehalten und bis zur Rekonziliation durchgestanden wurde. Erst in späteren Jahrhunderten, als „die Occidentalen, speziell die Franken ... keineswegs diesen seltenen Grad sittlicher Vollendung“ teilten³⁾, schien es, mit der Übernahme der Pönitentz im neunten Jahrhundert, seitdem geboten, die Buße zu erzwingen, was in erster Linie durch den Kirchenbann bewerkstelligt wurde. Auch erfolgte, wenn der Bewährungspflichtige die Bußeleistungen vorzeitig abbrach, durch die Kirche dessen erneute Ausantwortung an den weltlichen Richter.

Im Gegensatz zur Internierungsstrafe, die unbestritten negative Wirkungen zeitigt und andragogisch wertlos ist, wirkt die Selbstvollstreckungsstrafe andragogisch; denn nur bei ihr kann sich der Verurteilte innerhalb der ihm gewohnten Umwelt und in einem freien Leben durch eigene Aktivität bewähren.

Das „Damoklesschwert“ eines Intermuranstrafvollzuges erzwingt indirekt die Durchführung der Selbstvollstreckung und damit die Erfüllung des staatlichen Strafanspruches; intensivierende Maßnahmen dienen der Schuldentlastung, der Beseitigung des individuellen Erziehungsnotstandes und der jeweiligen Bildungslücke. Die Möglichkeiten, den Widerruf der Selbstvollstreckung anzudrohen, notfalls die Bewährungszeit zu verlängern oder eine kurzfristige Besinnungshaft zu verhängen, erzwingen mehr oder weniger direkt den Eintritt des Bewährungserfolges. Somit sind – der Tradition entsprechend – auch heute wieder bei der Sühneleistung Freiheit und Zwang vereinigt.

Der subjektive Sachgehalt ist getragen von der Wirkkraft andragogischer Verantwortung, die der Verurteilte für sich selbst zu übernehmen hat. Dadurch, vor allem aber durch die Einflußnahme intentionaler Andragogik, wird der Bewährungspflichtige praktisch einer „Zwangsandragogik“ unterworfen, deren allgemeine Existenz im bisherigen andragogischen Schrifttum⁴⁾ noch vermißt wird; ihr ver-

³⁾ Chr. Meurer, in: Arch. f. Kathol. Kirchenrecht, S. 203.

meintliches Nichtvorhandensein in der Erziehungswissenschaft braucht damit künftig — jedenfalls bezüglich der bewährungspflichtigen Erwachsenen — nicht mehr bedauert zu werden.

- c) Die Verschränkung des Rechts mit anderen Disziplinen, insbesondere mit denen der Andragogik und der christlichen und philosophischen Ethik, tritt am Beispiel der Selbstvollstreckungsstrafe besonders zu Tage. Nicht das Recht ist am Menschen zu messen, sondern der Mensch am Recht; und zwar an einem Recht, welches das Seinsollende als „Sache der wissenschaftlich undiskutierbaren Überzeugung“⁵⁾ mit zum Inhalt hat. Denn nicht allein in der sichtbaren Welt des Seins findet sich Recht vor, sondern auch in dem über das menschliche Sein hinausweisenden Raum des Sollens. So wird das Recht sowohl für den, der es zur Grundlage einer Urteilsfindung macht, als auch für den, den es in seiner Lebensführung, besonders in Konfliktsituationen kategorisch in Anspruch nimmt, von einer Gegebenheit zu einer Aufgabe.

Wie diese Aufgabe für die Durchführung der Selbstvollstreckungsstrafe auf uns Heutige überkommen ist, konnte unter Ausschaltung der als nicht sachdienlich befundenen, positivistischen Rechtsauffassung im naturrechtsphilosophischen Verständnis anhand der geistesgeschichtlichen Entwicklung aufgezeigt werden. Die Aufgabe beinhaltet andragogische Verantwortung, und zwar für jedermann, der mit der Durchführung der Selbstvollstreckungsstrafe befaßt ist. Sie ergibt sich für den Bewährungspflichtigen aus der Begegnung mit dem subjektiven und objektiven Sachgehalt, welcher unbeschadet bestimmter, stets gleichbleibender andragogischer Grundwerte, entsprechend der jeweils gewählten Methodik, von Fall zu Fall verschieden ausgestaltet sein wird.

Die andragogische Verantwortung, die andererseits der Strafrechtspflege, vor allem dem Richter erwachsen ist, setzt zuvorderst eine andere Einstellung zum Rechtsbrecher voraus, als dies bisher weitgehend der Fall war. Der Richter straft nicht zur Vernichtung, aus Rache oder reiner Vergeltung zur Abschreckung, sondern er richtet aufrichtend aus Liebe; nach dem Vorbild des von Gott mit den Menschen mehrfach geschlossenen Bundes, der auch immer wieder

⁴⁾ H. Hanselmann: Andragogik, S. 67; Fr. Pöggeler: Einf. i. d. Andragogik, S. 39.

⁵⁾ G. Radbruch, zitiert bei R. Kohl: Jur. Diss., S. 5.

aufgerichtet wurde, sooft er vom Menschen zerstört wurde.⁶⁾ Der Richter ist hier in Verantwortung gestellt für einen Mitmenschen, dessen soziale Anpassungsschwierigkeit seinen Beistand erfordern; einen Beistand, der richtend und andragogisch förderlich zugleich sein muß. Dem Richter ist damit die dem Rechtsinstitut zugrunde liegende, seit nunmehr nahezu zwei Jahrtausenden immer wieder erlebte Projektion der Selbstvollstreckungsstrafe zur pfleglichen Behütung anvertraut. Diese Projektion im jeweiligen Strafrechtsfall ihrem Wesensgehalt entsprechend, zu einem echten Sozialerlebnis werden zu lassen, ist das naturrechtliche Vermächtnis, dem sich keiner, der mit der Verhängung und Durchführung öffentlicher Strafen in Anspruch genommen ist, entziehen kann.⁷⁾ Dieses Vermächtnis erschöpft sich — ebenso wie der Wesensgehalt — nicht etwa in den zufälligen Lege-lata-Formulierungen der „StzB“; es weist vielmehr weit darüber hinaus, und zwar ebenso, wie die darin begriffene andragogische Verantwortung, zu einer Metaphysik derselben.⁸⁾

⁶⁾ „Das ganze Handeln Gottes mit der gefallenen Welt ist eigentlich die Geschichte davon, wie Gott einen dritten Ausweg findet und das unlösbare Problem löst: Wie er die Sünde richtet, ohne den Sünder zu verurteilen, wie er seinen Himmel für seine gefallen Menschenkinder weit öffnet, ohne daß das Böse triumphiert, wie er zu gleicher Zeit sich als heilig und gerecht ohne den Schein eines Nachgebens gegenüber Satan erweist und doch gleichzeitig als grenzenlos barmherzig wie ein Vater gegen seine Kinder erfunden werde“. (Bo Giertz: Den stora lögnen, dt., S. 92).

⁷⁾ „Der Naturrechtsgedanke kann weder pedantisch ‚praktiziert‘ noch phantastisch ‚erfunden‘ werden, er muß pfleglich gehütet werden. Wir dürfen nicht darüber verfügen wollen, wir müssen uns seiner Verfügung fügen. Das meint: Naturrechtslehre hat die Aufgabe, immer und jederzeit über dem Recht zu wachen, daß es in seinem Wesen bleibe. Der Naturrechtsgedanke intendiert im Grunde nur eine einzige Forderung, diese aber mit unbedingtem Ernst: es ist die Pflicht aller, die am Recht teilhaben, in dauernder Bereitschaft für das Recht ‚da‘ zu sein“ (Erik Wolf, Das Problem der Naturrechtslehre, S. 157).

⁸⁾ „Zur Metaphysik der pädagogischen Verantwortung“ vgl. E. Lichtenstein, Päd. Rundsch., aaO.; zur Metaphysik der richterlichen Entscheidungsverantwortung vgl. R. Kohl, Diss., bes. S. 58 ff.

VIERTER TEIL

MACHT UND GRENZEN DER ANDRAGOGIK

Die Macht eines Rechtsinstituts, das im Dienste der Andragogik steht, ergibt sich einmal aus dem ihm eigenen, speziellen Sachgehalt, zum andern aus den Möglichkeiten der Andragogik im allgemeinen.

Die Grenzen sind gesteckt wiederum einerseits durch die speziellen Normen des Rechtsinstituts sowie durch die diesen Normen übergeordneten Verfassungsnormen, andererseits ergeben sie sich aus der andragogischen Verantwortung im Dienste eines bestimmten geistesgeschichtlich-naturrechtlichen Vermächtnisses.

ERSTER ABSCHNITT

MACHT

Den Sachgehalt haben wir in objektiver und subjektiver Hinsicht bereits herausgearbeitet und mit ihm die andragogischen Möglichkeiten, soweit diese jenem inhärent sind. Auf die bisherigen Darlegungen wird insoweit verwiesen.

Der Untersuchung Wilhelm Flitners, der das Problem der Bildsamkeit der Erwachsenen neuerdings in seiner ganzen Breite bearbeitet hat¹⁾, läßt sich hier ein allgemeiner zusammenfassender Überblick entnehmen. Seine Worte sind:

„Die allgemeine Bildsamkeit bezieht sich auf die Fähigkeit des Menschen als solchen, in seiner Entwicklung den intentionalen erziehenden Einflüssen gegenüber sich plastisch zu verhalten. Konkrete Bildsamkeit dagegen heißt diejenige, die in einem Zögling zu einem bestimmten Zeitpunkt und innerhalb einer bestimmten Situation angetroffen wird. Die konkrete Plastizität ist selbst schon mitbestimmt durch den erzieherischen Bezug, in dem der Zögling gestanden hat und noch steht, und es wirkt sich in ihr eine Bildungsbereitschaft aus, welche durch die bisherige Geschichte des Zöglings erst entstanden ist.“²⁾

„Der Erzieher kann im aufwachsenden Menschen und auch im aufstrebenden Erwachsenen voraussetzen:

¹⁾ Allg. Pädagogik, bes. S. 89 ff.

²⁾ Wilh. Flitner, aaO., S. 88 f.

1. den Drang zum Leben als solchem — zur Anwendung der Lebensfunktionen, die auf Erhaltung, Fortsetzung und Steigerung der Vitalität gerichtet sind und den Tod fürchten. . . .
2. das Streben nach *gesellschaftlicher Geltung und Tüchtigkeit* ist ebenfalls allgemein vorauszusetzen . . . *Gesellschaftliche Einordnung* ist das Erwünschte, und dazu gehört auch *der Drang, in der Gesellschaft eine Rolle zu spielen, gebraucht und anerkannt zu werden.* . . .
3. . . . ein drittes Streben (kann) ebenfalls allgemein vorausgesetzt werden: das nach *Vergeistigung*. Es stammt dieser Drang und Durst nach Wissen, Schauen, Verstehen, Erkennen, Bezeichnen und Abbilden schon aus dem vitalen Zusammenhang; denn für den Menschen ist der Geist auch eine rein äußere Lebensnotwendigkeit. Sprache und Wissen, Kunde, Erinnerung und Gedächtnis mit ihrer Vorausschau und ihrem Berechnen des Kommenden sind biologische Bedürfnisse; ebenso ist die Verständigung notwendig für das gesellschaftliche Leben, das Wissen für die technischen Verrichtungen. Aber dieses Streben geht weiter, wenn es den Wertekosmos zu erfassen und die Verständigung mit den anderen über Wert, Wahrheit und Bedeutsamkeit sucht. Daß mit diesem geistigen Trieb, der eine Form der Liebe ist, nicht jeder Mensch in gleicher Art versehen wird, darf nicht dazu führen, *zwei Klassen von Menschen anzunehmen und den einen das echte geistige Streben abzusprechen.* . . .
 Der Erwachsene mag sein geistiges Streben unter vielen Verkrüstungen verborgen haben: der Pädagog nimmt an, daß es noch nicht völlig erstarrt ist, sondern wieder aufgegraben werden kann. Es ist der Drang nach einem geistigen Ausdruck des Innern, nach schöner Gestaltung unserer Welt, nach Lebensverständnis und nach Verständigung, nach einem Sich-wundern und Entdecken der Wahrheit ein unauslöschliches Kennzeichen der werdenden Person.
Der Erzieher hält daher grundsätzlich jeden für bildsam, er bemüht sich, die verschüttete Liebe zum Geist aus allen Verbildungen zu befreien, sie zu nähren und ihr Genüge zu tun, und er meint, daß auch im schlichtesten Dasein und unter den Umständen der größten Not die Vergeistigung des Leidens und Handelns möglich und das eigentlich Menschenwürdige sei.
4. Ebenso allgemein wird als bildbar vorausgesetzt das *personale Leben*, das sich als Gewissen im Handeln und als existentielles Bewußtsein

auswirkt. Diese Dimension des Daseins macht erst den Menschen zum Menschen; von der *Erweckung des persönlichen Selbst* hängt es ab, ob alle anderen Schichten der Person in einen lebendigen Zusammenhang kommen, ob sie sich integrieren.“³⁾

Diese Einsichten werden vom selben Autor an anderer Stelle⁴⁾ gleichsam überbrückt mit dem Satz:

„Es wird von der Voraussetzung der Bildsamkeit ausgegangen: daß niemand dem Leben gegenüber versagen möchte, sondern in seiner Lage seine innere Freiheit, ein Leben in der Liebe und inneren Ehre aufrechterhalten möchte“; und mit Robert von Erdberg läßt sich hierzu ergänzen:

„... denn einen Menschen, der sich bewußt nach der negativen Seite, d. h. nach der Seite der Unbildung hin entwickeln will, können wir wohl konstruieren, in der Wirklichkeit dürften wir ihm kaum begegnen.“⁵⁾

So erweist sich die Macht der Andragogik begründet in einem Potential der Bildsamkeit des erwachsenen Menschen, dem eine schier unbegrenzte Fähigkeit eigenschöpferischen Gestaltens zukommt.

Der subjektive Sachgehalt der Selbstvollstreckungsstrafe birgt in sich den stimulierenden Faktor der Bildsamkeit. Die Versuche und Erfolge des Bewährungspflichtigen, die in Bewältigung der vielfältigen Ansprüche, welche in einer reichhaltig ausgestalteten intentionalen Andragogik grundsätzlich an ihn zu stellen sind, statthaben, lassen sein Potential der Bildsamkeit auch unausweichlich fruchtbar werden.

Die schönste und schwerste Aufgabe der Andragogik liegt hier aber nicht etwa dort, wo es um die Herbeiführung von Leistungswissen geht, sondern vielmehr darin, daß es gelinge, das Wesensverständnis der Selbstvollstreckungsstrafe, ihren letzten Sinn, ihr Ethos, in das Herz des Bewährungspflichtigen wuchskräftig zu überpflanzen; es geht m. a. W. um die Weitergabe eines geschichtlichen Erbes, welches die intentionale Andragogik verwaltet, um es beim Einzelnen richtig anzusetzen.

Der Richter vermag – im Bewußtsein um den Umfang und die Macht der Andragogik – unter Berücksichtigung der objektiv feststell-

³⁾ Wilh. Flitner, aaO., S. 94 f.

⁴⁾ Wilh. Flitner, in: *Die Erziehung*. Jg. 5 (1930), S. 134.

⁵⁾ R. v. Erdberg, in: *Volksbildungsarchiv*. Jg. 2 (1911), S. 368.

baren Fähigkeiten und Leistungsmöglichkeiten des Bewährungspflichtigen an diesen höchstmögliche Anforderungen zu stellen.

Der Richter wird aber nicht nur den jeweils *richtigen andragogischen Ansatz* zu finden haben, sondern er hat ebenso — und das gehört auch in den Bereich der Macht — dafür Sorge zu tragen, daß seine zur Intensivierung der Selbstvollstreckungsstrafe angeordneten Maßnahmen auch *unter allen Umständen durchgeführt werden*⁶⁾.

⁶⁾ Zwei Beispiele einer nicht sachgerechten, mangelhaften Handhabe des Rechtsinstituts sollen illustrieren, wie Macht und Möglichkeiten nicht erkannt und damit das Wesen der neuen Straftat verfehlt werden können:

a. In einem (auch in der Presse besprochenen) Fall wurde dem Verurteilten, einem Kandidaten der Rechtswissenschaften, zur Auflage gemacht, binnen bestimmter Frist das bestandene Referendarexamen nachzuweisen. Als sich der Bewährungspflichtige aufлагегemäß zur Prüfung anmeldete, versagte ihm das Justizministerium die Zulassung zur Prüfung, wegen seiner Bestrafung (und zwar entsprechend einer „Kann-Vorschrift“ der einschlägigen Justizausbildungs- und Prüfungsordnung).

b. In einem anderen (dem Verf. aus der Rechtspraxis bekannten) Fall war einem Rechtskundigen infolge eines gegen ihn laufenden Strafverfahrens wegen Beleidigung die beantragte Zulassung zum Vorbereitungsdienst der Rechtsreferendare einstweilen versagt worden (und zwar ebenfalls entsprechend der erwähnten „Kann-Vorschrift“). Die endgültige Entscheidung über seine Zulassung sollte anhand des strafgerichtlichen Urteils getroffen werden. Vom Richter wurde auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten unter Anwendung der §§ 23 ff. StGB erkannt und die übliche „Geldbuße zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung“ zur Auflage gemacht.

Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst wurde daraufhin vom Justizministerium endgültig versagt.

In beiden Fällen lagen — für den Strafrichter objektiv festgestellt — beim Angeklagten die Fähigkeiten und Leistungsmöglichkeiten für den Beruf eines Juristen vor.

Im Fall a) hatte der Richter zwar den richtigen andragogischen Ansatz gefunden, es jedoch versäumt, dafür Sorge zu tragen, daß vom Verurteilten die durchaus sinnvolle Auflage auch verwirklicht werden konnte. Er hat — zum beruflichen Nachteil des letzteren — seine Machtbefugnisse nicht ausgeschöpft und damit die Aufgabe der Selbstvollstreckungsstrafe illusorisch gemacht.

Im Fall b) hat der Richter die andragogische Macht des Rechtsinstituts überhaupt ignoriert; er hat das berufliche Leistungsvermögen des Angeklagten von vorneherein gar nicht zum Inhalt einer Auflage gemacht, er hat den richtigen andragogischen Ansatz nicht gefunden. Vielmehr mußte seine Entscheidung mit einer andragogisch sinnlosen Auflage den beruflichen Ruin des Verurteilten auslösen. (Bekanntlich ist ein Jurist, der die nur über das staatliche Ausbildungsmonopol — =Referendardienst— erreichbare 2. juristische Staatsprüfung nicht nachweisen kann, in der Regel von sämtlichen juristischen Berufen des öffentlichen Dienstes ausgeschlossen, und auch in nichtstaatliche Stellungen findet er beim Überangebot an sog. „Volljuristen“ kaum Eingang). Hingegen wäre mit

Er kann dies bewerkstelligen mittels derselben Machtfugnisse, die ihm zu Gebote stehen, wenn es gilt, die Vollstreckung einer anderen Strafe, etwa der Internierungsstrafe, zu erzwingen.

Damit berühren wir aber bereits die hier gesteckten Grenzen.

ZWEITER ABSCHNITT

GRENZEN

I.

Die Begrenzung intentionaler Andragogik abgeleitet aus dem Sinn der Freiheitsstrafvollstreckung

Die Grenze intentionaler Andragogik liegt nicht nur bei den persönlichen Eigentümlichkeiten des Bewährungspflichtigen, die mitunter unabänderlich erbbiologisch vorgegeben sein können; sie liegt auch dort, wo sich dessen Aktivität sichtbar in positivem Sinn entfaltet hat. Jede weitere andragogische Maßnahme ist in diesem Fall weder notwendig noch berechtigt⁷⁾. Der Verurteilte ist vielmehr in seinem Erwachsensein und in seinem sittlichen Willen zu eigenverantwortlicher Lebensführung in der gebundenen Freiheit der Selbstvollstreckungsstrafe, zur Erfüllung der ihm mit dem Straferkenntnis übertragenen Pflichten, zu achten. Methodisch ausgesprochen bedeutet das, daß in jedem Augenblick des Bildungsvorganges die Selbstverantwortung, die Selbständigkeit und Selbsttätigkeit gewahrt bleiben muß⁸⁾.

der Auflage z. B., sich dem Referendardienst zu unterziehen, sich in ihm besonders auszuzeichnen und binnen bestimmter Frist das Assessorexamen nachzuweisen, genau das Gegenteil erreicht und damit aber dem Wesen und der sozialen Funktion der Selbstvollstreckungsstrafe entsprochen worden.

⁷⁾ Die StPO bringt dies ebenfalls zum Ausdruck, indem sie „einschneidende, unzumutbare Eingriffe in die Lebensführung“ des Bewährungspflichtigen mißbilligt und für nachträglich angeordnete Verlängerungen der Bewährungszeit generell die Beschwerdemöglichkeit des Bewährungspflichtigen wahrt (§ 453 Abs. 3 StPO). Beispielsweise wäre eine an sich andragogisch sinnvolle Anordnung dann ein unzumutbarer — weil unnötig zusätzlicher — Eingriff in die Lebensführung des Bestraften, wenn sie getroffen würde, obwohl die bisherigen Anordnungen bereits einen positiven Bewährungsforgang mit voraussichtlich günstigem Enderfolg bewirken; oder: es wäre unzulässig, kurz vor Ablauf einer unter der gesetzlichen Höchstgrenze liegenden Bewährungsfrist, diese auf das Höchstmaß zu verlängern, wenn das bisherige Verhalten des Bewährungspflichtigen nicht zu beanstanden ist. Stets ist ihm die erbrachte Sühneleistung zuzurechnen.

⁸⁾ E. Weniger: Eigenständigkeit, S. 515.

Auch die jeweils geltenden gesetzlichen Normen begrenzen die andragogischen Möglichkeiten. Auf das hierzu eingangs unserer Arbeit Gesagte wird ergänzend verwiesen. Es könnte beispielsweise eine zehnjährige Selbstvollstreckungsstrafe nicht verhängt werden, auch wenn diese im betreffenden Fall andragogisch sinnvoll wäre, denn die gesetzliche Grenze liegt bei fünf Jahren; andererseits ist z. B. die in § 24 Abs. 2, Satz 2 StGB enthaltene Begrenzung⁹⁾ im eigentlichen Sinn keine solche: die Norm enthält hier lediglich eine selbstverständliche Forderung, die zu übergehen kein verantwortungsbewußter Andragoge für andragogisch sinnvoll erachten würde.

Mit der Strafzumessung und dem Vollzug der Selbstvollstreckungsstrafe, insbesondere der intensivierenden Maßnahmen, sind rechtsnotwendig Eingriffe in Grundrechte verbunden. Inwieweit von daher die Möglichkeiten einer Andragogik der Selbstvollstreckungsstrafe verfassungsrechtlich begrenzt werden, läßt sich am Beispiel der Internierungsstrafe ablesen.

Und zwar aus zwei Gründen:

Einmal soll ja die erstere an die Stelle der letzteren, genauer gesagt, der *Vollzug* der ersteren an die Stelle des *Vollzuges* der letzteren treten; zum andern handelt es sich in beiden Fällen, wie wir sahen, in erster Linie um eine *Beschränkung der Freiheit*. Sie wird im einen Fall durch dauernde Einsperrung während der Strafzeit, im andern Fall durch teilweisen Entzug der Willensentscheidungsfreiheit, gegebenenfalls auch mal durch kurzzeitige Einsperrung (übers Wochenende etwa) herbeigeführt.

*Die Schranken im Vollzug der Selbstvollstreckungsstrafe sind demnach im analogen Verhältnis die gleichen, wie im Vollzug der Internierungsstrafe.*¹⁰⁾

Hier braucht auf diese Schranken nicht näher eingegangen zu werden; Ausgangspunkt und Maßstab ergeben sich aus den für den Internuranstrafvollzug entwickelten Grundsätzen; auf das einschlägige Schrifttum wird ergänzend verwiesen.¹¹⁾

⁹⁾ Das Gesetz bestimmt aaO.: „Der Verurteilte darf durch eine Auflage nicht daran gehindert werden, für ihn günstigere Möglichkeiten der Ausbildung oder Arbeit wahrzunehmen“.

¹⁰⁾ Gegenteiliger Auffassung ist W. Stree: Deliktsfolgen, S. 141, ausgehend von der Vorstellung, daß die Auflagen keine „bloße Umgestaltung des Strafvollzugsübels“ und „ihrem Wesen nach gegenüber dem Strafvollzug etwas Verschiedenes“ seien.

¹¹⁾ Beachtung verdienen u. a. die Arbeiten von G. Wolff: Strafvollzug. 1933; W. Beier: Rechtl. Stellung, Diss. 1950; G. Schulz: Rechte. 1952, bes. S. 110 ff; U. Reimer: Rechtsstaatl. Garantien, Diss. 1955; W. Ruprecht: Rechtsschutz, Diss. 1957 (1958) und J. Depenbrock: Erwachsenen-Strafvollzug. 1960 (mit weiteren

II.

Die verfassungsrechtlichen Zulässigkeitsgrenzen der mit der Selbstvollstreckungsstrafe verbundenen Auflagen und Weisungen

Wie beim Strafgefangenen¹²⁾, so liegt auch beim Bewährungspflichtigen das Kriterium einer möglichen Grundrechtsbeschränkung während der Strafzeit bei der Frage, ob sich die jeweilige Maßnahme „begrifflich notwendig“¹²⁾ aus der dem Verurteilten auferlegten Strafe ergibt.

Demnach gilt vorliegend:

Die Grenze andragogischer Möglichkeiten liegt dort, wo sich diese nicht mehr begrifflich notwendig aus der Selbstvollstreckungsstrafe ergeben.
M. a. W.:

Die Erziehung des erwachsenen Rechtsbrechers ist in den §§ 23 ff. StGB als legaler Strafzweck verankert. Wir haben dementsprechend das Rechtsinstitut als Selbstvollstreckungsstrafe ausgelegt. Das Rechtsinstitut ist diesem seinem natürlichen, wesensmäßigen Sinn entsprechend auch anzuwenden und durchzuführen. Die Generalklausel des § 24/I StGB, nach der der Richter Auflagen erteilt, findet deshalb ihre Grenze bei der Anordnung einer *andragogisch nicht sinnvollen* Maßnahme.

Aus dem analogen Verhältnis zum Vollzug der Internierungsstrafe läßt sich grundsätzlich ableiten:

1. Der Bewährungspflichtige darf keinen weiteren Beschränkungen seiner Rechte unterworfen werden als derjenige Verurteilte, der in einer Strafanstalt einsitzt (denn er darf keinesfalls schlechter als dieser gestellt werden).
2. Erweist sich andererseits eine Beschränkung seiner Rechte in derselben Art und Weise wie bei Strafgefangenen als *andragogisch sinnvoll*

(Literaturhinweisen). Einschlägig auch E. Harnisch: Soziale Grundrechte, Diss. 1952. Der Untersuchung von W. Stree über die Verfassungsmäßigkeit der Bewährungsauflagen (Deliktsfolgen und Grundgesetz. 1960, S. 137–216) kann nicht ohne Bedenken zugestimmt werden. Nur diejenige Auflage ist verfassungsrechtlich einwandfrei, die dem Wesen des Rechtsinstituts entspricht und andragogisch gerechtfertigt ist. Abzulehnen sind W. Strees Ergebnisse in all den Fällen, in denen er sie aus wesensfremden Prämissen deduziert; s. hierzu die vorangegangene Anm. sowie W. Stree aaO., S. 141: Das Wesen der StzB bestehe darin, daß die Strafe nicht vollstreckt werde, daß der Staat auf ihre Vollstreckung verzichte (!). Eine staatliche Strafe, gleichgültig wie auch immer sie ausgestaltet sein mag, ist jedoch ohne Vollstreckung schlechterdings unmöglich. Diese Tatsache wird aaO. verkannt.

¹²⁾ So G. Wolff, aaO., S. 45.

und zur Durchführung der Selbstvollstreckungsstrafe notwendig, dann darf die Beschränkung auch *bis zur selben Höhe* erfolgen, wie bei diesen.

3. Der Bewährungspflichtige muß jedoch dann besser gestellt werden als ein Strafgefangener, wenn eine beim letzteren zulässige Einschränkung bei ihm weder andragogisch sinnvoll, noch zur Durchführung der Selbstvollstreckungsstrafe erforderlich ist.

Möglichkeiten der Beschränkung:

Wie beispielsweise die Einsperrung des Verurteilten und seine Absperzung von anderen Menschen begrifflich notwendig aus dem Freiheitsentzug der Internierungsstrafe folgt, so folgt sie begrifflich notwendig auch aus der der Selbstvollstreckungsstrafe eigentümlichen Freiheitsbeschränkung. Sie kann außerdem andragogisch sinnvoll sein, z. B. in der Form des Umgangsverbotes oder der Besinnungshaft.

Letztere läßt sich gegebenenfalls auch rechtfertigen als Parallele zu der Möglichkeit, einem Strafgefangenen, falls er Vollzugsanordnungen zuwiderhandelt, im Disziplinarwege zusätzlich zu seiner Internierungsstrafe eine sogenannte Hausstrafe in der Form des einfachen oder verschärften Arrestes zu verhängen.

Wie weiterhin mit der Internierung des Verurteilten z. B. seine Rechte der Freizügigkeit und der Auswanderungsfreiheit, der Versammlungs- und Vereinsfreiheit, der Ausübung des Berufes und der freien Wahl des Arbeitsplatzes bzw. der Ausbildungsstätte sowie der Unverletzlichkeit des Brief- und Postgeheimnisses begrifflich notwendig eingeschränkt sind, so sind diese grundsätzlich auch beim Bewährungspflichtigen begrifflich notwendig eingeschränkt und die Anordnung einer diesbezüglichen Maßnahme kann im Einzelfall andragogisch sinnvoll sein.

Beispielsweise ist die (gesetzesnotwendige) Auflage, jede Veränderung des Aufenthalts- und Wohnortes der Justizbehörde anzuzeigen, ebenso wie die Auflage verfassungsrechtlich zulässig, ein bestimmtes Arbeitsverhältnis zu lösen und ein anderes einzugehen; oder: sich einer bestimmten Berufsaus- oder Berufsfortbildung zu unterziehen; oder auch: Überwachung des Postverkehrs des Bewährungspflichtigen.

Wie schließlich der Strafgefangene einem Alkoholverbot¹³⁾ oder einer ärztlichen Untersuchung oder Behandlung¹⁴⁾ unterworfen werden kann, so

¹³⁾ G. Schulz, aaO., S. 114.

¹⁴⁾ G. Schulz, aaO., G. Wolff, aaO., S. 44.

können beide Maßnahmen auch Gegenstand einer zulässigen Auflage sein, die andragogische Indikation freilich immer vorausgesetzt.

Die letztere Maßnahme läßt sich wie beim Strafgefangenen, so auch hier beim Bewährungspflichtigen mit den Worten G. Wolffs rechtfertigen: „Dieses Recht findet eine Parallele darin, daß der Staat Menschen, die freiwillig in den Tod gehen wollen, an der Ausführung ihres Vorhabens nötigenfalls mit Gewalt hindert, und daß er bei Selbstmördern Wiederbelebungversuche anstellt. Solange dem Staat in diesen Fällen das Recht zuerkannt wird, für die Erhaltung des Lebens und der Gesundheit *g e g e n* den Willen des ‚Geretteten‘ zu sorgen, muß ein Gleiches auch im Strafvollzug gegenüber dem Gefangenen“ (lies: Bewährungspflichtigen) „gelten, der sich der Erhaltung seiner Gesundheit und seines Lebens zu widersetzen und der Strafverwirklichung zu entziehen sucht. So kann die Strafvollzugsbehörde den Sträfling zwangsweise ärztlich untersuchen lassen, ihn im Krankheitsfalle einer zwangsweisen Behandlung, bei Hungerstreik der Zwangsernährung unterwerfen. Sie kann ihn zum Baden, zur Teilnahme am Spaziergang und am Turnunterricht zwingen.“¹⁵⁾

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der Bewährungspflichtige — entsprechend der einem Intermuranstrafvollzug abgewandelten Sachlage — die verfassungsmäßigen Grundrechte insoweit verwirkt hat, sich also insoweit eine Rechtsbeschränkung gefallen lassen muß, als Wesen und Vollzug der Selbstvollstreckungsstrafe dies gebieten.

¹⁵⁾ G. Wolff: Strafvollzug, S. 44.



FÜNFTER TEIL

THEORIE UND PRAXIS DER SELBSTVOLLSTRECKUNGSSTRAFE

ERSTER ABSCHNITT ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Es wurde eine bislang fehlende systematische Grundlegung des Rechtsinstituts der sogenannten StzB, eine Theorie der Selbstvollstreckungsstrafe gefunden.

Die bisherige Auffassung im Schrifttum und die praktische Handhabung des Rechtsinstituts erweisen sich demnach weitgehend als Mißverständnis des Wesensgehaltes.

Deshalb war hier versucht worden, die Zusammenhänge zum Bewußtsein zu bringen, die Verkettung der Selbstvollstreckungsstrafe mit anderen Tatsachenzusammenhängen anderer Lebenskreise, Menschen und Epochen sichtbar werden zu lassen und gleichzeitig falschen Vorstellungen und Verkettungen zu begegnen.

Wir konnten verfolgen, wie die Projektion der Selbstvollstreckungsstrafe von ihrem frühesten geschichtlichen Beleg an bis in die Gegenwart in einer einzigen, lebendigen Abfolge steht. Nur so ist eine geschichtliche Besinnung auch erzieherisch sinnvoll und förderlich; nur so wird sie „der heute brennenden Aufgabe“ gerecht, aus den Lebenserfahrungen früherer Zeiten „Erziehung ... so wirksam wie möglich und so heilsam wie nötig für heutige Menschen und heutigen Geist zu gestalten“²⁾; und wiewohl uns in der Gegenwart eine „Beschäftigung mit der Geschichte der Erziehung ... , die nicht im Dienste einer geistigen Auseinandersetzung steht, ... sinnlos und abwegig“ erscheint²⁾, war es letztlich auch die Absicht dieser Abhandlung, die Aufmerksamkeit der eristischen Wissenschaft darauf zu lenken, daß die Probleme, die die sogenannte StzB aufwirft, bei weitem nicht allein den Juristen angehen.

Es konnte nachgewiesen werden, wie sehr sowohl verantwortungsbeußte Andragogik als auch echte Rechtspflege vom Prinzip der Divinität durchdrungen sind, welches im Fall der Selbstvollstreckungsstrafe einen wesentlichen Bestandteil des Sachgehaltes ausmacht. Die praktische Folge-

²⁾ K. Seiler, in: Commenius-Festschr., S. XX.

lung, die wir in der modernen Strafrechtspflege aus diesem zur Problemlösung gefundenen Ergebnis zu ziehen haben, kann sich lediglich ihrer äußeren Ausgestaltung nach den heutigen im Vergleich zur Ursituation anders gearteten gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechend anpassen, sie darf aber keineswegs im Prinzip dem Wesen der neuen Straftat widersprechen.

Ging in der Ursituation der Anstoß zum Vollzug der Selbstvollstreckungsstrafe vom Bischof und von der Kirche aus, und stand gerade hierfür eine bis ins einzelne straff geordnete Bußpraxis zur Verfügung, so sind heute (schon weil unser Strafrecht einen Eingriff Außenstehender in den Gang des Verfahrens nicht kennt) die Rollen vertauscht und die Möglichkeiten andere: Derjenige Strafrichter wird heute dem Wesen am ersten gerecht, der der Auflagemöglichkeit „Seelsorge“ die prävalierende Funktion zuerkennt, die ihr unter den übrigen möglichen, intensivierenden Maßnahmen zukommt. Bedenken hiergegen, etwa aus der verfassungsmäßig garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit, können nicht durchgreifen. Denn abgesehen davon, daß diese Maßnahme begrifflich notwendig aus dem in einer echt-christlichen Ursituation gründenden Wesen der Selbstvollstreckungsstrafe folgt, wird damit vom Bewährungspflichtigen nicht mehr gefordert als vom Strafgefangenen, der zum Kirchgang oder zum Geistlichen geführt wird. Im übrigen ist dem Verfassungsrecht bereist dann entsprochen, wenn der Bewährungspflichtige der geistlichen Seelsorge *derselben* Religionsgemeinschaft unterstellt wird, der er angehört, und nicht etwa, was selbstverständlich ist, entgegen seinem Willen einer anderen.

Das mit der Selbstvollstreckungsstrafe der modernen Strafrechtspflege zur Verwirklichung aufgegebene Divinitätsprinzip läßt sich in seinem wissenschaftlichen Anspruch, in seiner Gültigkeit für die Moderne, auch nicht durch die vielberufene Säkularisierung der modernen Wissenschaften hinwegdiskutieren: Eine solche wäre, wie Walter Schönfeld zutreffend hervorhebt, „ein Unding, ein Widerspruch in sich“; denn „verweltlichen und verweltlicht werden kann nur das, was seinem Ursprung, seinem Wesen nach nicht weltlich ist“.³⁾ Seine Folgerung daraus, daß „insofern . . . Säkularisierung geradezu die Grundwahrheit des Christentums ist“³⁾, kann auf unseren Fall übertragen, dahin ergänzt werden, daß auch eine säkularisierte Selbstvollstreckungsstrafe geradezu die Grundwahrheit ihres geistlichen Ursprunges, ihres christlich-theonomen Wesensgehaltes ist.

³⁾ Über die Heiligkeit des Rechts, S. 15 f.

Schließlich haben wir auch versucht, dem zu Recht als Mangel empfundenen Fehlen eines Systems der Auflagen und der damit zusammenhängenden Probleme⁴⁾ durch eine erschöpfende Darstellung der Methodik sowie der andragogischen Macht und Grenzen der Selbstvollstreckungsstrafe zu begegnen.

Bei Zugrundelegung der in dieser Arbeit gefundenen Theorie können nunmehr auch einzelne ausschließlich juristische Probleme in neuer Sicht angegangen werden (z. B. Gesamtstrafenbildung bei einem Zusammenreffen einer Selbstvollstreckungs- mit einer Internierungsstrafe; Verbot der *reformatio in peius*?; Abtrennbarkeit der Selbstvollstreckungsstrafe von der vikariierend gekoppelten Internierungsstrafe i. S. der Rechtsmittelbeschränkung), die hier nicht mit zu erledigen waren.

Unsere theoretische Grundlegung kann an praktischer Bedeutung gewinnen auch im Hinblick auf die wesensmäßig gleichen Rechtsinstitute, welche im geltenden Militärstrafrecht und im Jugendrecht, im übrigen deutschen Rechtskreis, wie in Mitteldeutschland und in Österreich, sowie in der Strafrechtspflege nahezu sämtlicher Kulturstaaen vorhanden sind.

Auch im Hinblick auf eine gewisse Verwandtschaft zwischen der Selbstvollstreckungsstrafe und der bedingten Entlassung aus der Strafhaft könnten sich für das letztere Rechtsinstitut von unserer Theorie her neue Perspektiven eröffnen.

Einer Strafe, die in der hier aufgewiesenen Art und Intensität praktiziert wird, ist in Zukunft unter anderen Strafarten der Vorrang einzuräumen; m. a. W.: es ist eine großzügige Anwendung der Selbstvollstreckungsstrafe zu fordern. Damit eröffnet sich auch die Möglichkeit, nach Vorliegen umfangreicher Erfahrungen mit einer Handhabe im hier aufgezeigten andragogischen Verständnis, die maximale Begrenzung von neun Monaten (§ 23/I StGB) nach oben zu erweitern. Denn die geltende gesetzliche Regelung stellt nur eine geringe Abschlagszahlung der seit jeher zu Recht erhobenen andragogischen Forderung nach Abschaffung der Zuchthäuser⁵⁾ dar. Abgesehen davon, daß das Ausland hierin fortschrittlicher ist, ist doch immerhin unserer Regelung vor allem diejenige Mitteldeutschlands entgegenzuhalten, wo die maximale Grenze bereits zwei Jahre beträgt; und in der Ursituation schließlich wurden selbst Schwerstverbrecher, welche zum Tode verurteilt worden waren, der Anwendung des Rechtsinstituts teilhaftig!

⁴⁾ K. Lackner, in: JZ 1953, S. 431 und H.-J. Bruns, in: GA 1956, S. 209.

⁵⁾ Vgl. für viele: J. Vargha: Abschaffung der Strafknechtschaft und F. W. Foerster: Schuld und Sühne.

Rechtsvergleichend ergibt sich, daß das Problem „Selbstvollstreckungsstrafe“ ebenso ein übernationales ist, wie es zuvorderst auch ein oekumenisches Anliegen sein muß, ein pneumatisches Rechtsinstitut des Frühchristentums dieser seiner ureigensten Bedeutung, seinem Wesen gemäß, der heutigen Christenheit, und zwar der Strafrechtspflege sämtlicher christlicher Staaten zuzuführen.

Möglichkeiten, die Projektion „Selbstvollstreckungsstrafe“ heutigen Lebenssituationen entsprechend in einem echten übernationalen Gruppenerlebnis zu bewältigen und auch im hier aufgewiesenen Verständnis der Legalferenda zu institutionalisieren, sind vorhanden; auf politischem Gebiet ist hierfür an die UNESCO zu denken, auf kirchlichem Gebiet einerseits an den Vatikan (mit seinem großen, nicht zu unterschätzenden Machtbereich päpstlich-hierarchischer Einflußnahme), andererseits an den Oekumenischen Rat der Kirchen⁶⁾, der „weltumspannenden Organisation von Kirchen verschiedenen Bekenntnisses“⁷⁾, (und zwar jener, die nicht dem römischen Katholizismus angehören).

Unbeschadet dieser der Projektion weithin förderlichen Wirkungsmöglichkeiten, muß es freilich unser Anliegen sein, dem Rechtsinstitut zunächst im eigenen Bereich die größtmöglichen Entfaltungs- und damit Bewährungsmöglichkeiten zu erschließen. Wie sieht die derzeitige Praxis aus? Der zuständige Referent des Bundesjustizministeriums faßt die Antwort auf diese Frage im folgenden Überblick zusammen: „Die Maßnahmen im Rahmen der Bewährungshilfe dienen einer wirkungsvolleren Verbrechensverhütung durch eine gerechtere und sinnvollere Gestaltung der Strafe. Eine wirkungsvollere Verhütung weiterer Straftaten kann aber nicht durch staatliche Maßnahmen allein erreicht werden. Hierzu ist eine gute Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Stellen notwendig. Besondere Bedeutung kommt dabei den Organisationen der Straffälligenhilfe zu. So widmen sich in hervorragendem Maße örtliche Bewährungsvereine der Förderung des Bewährungsgedankens. Auf der Bundesebene ist der Verein ‚Bewährungshilfe e. V. Bonn‘ mit einer eigenen Geschäftsstelle tätig. Er ist zugleich Mitglied des Bundeszusammenschlusses für Straffälligenhilfe, in dem sich die großen caritativen Verbände, die Landesorganisationen der Gefangenen- und Entlassenenfürsorge sowie eine Reihe weiterer Bundesorganisationen zusammengeschlossen haben. Der Verein ‚Bewährungshilfe e. V. Bonn‘ gibt die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift

⁶⁾ Hierzu: H. Liermann: Oekumene als rechtliche Erscheinung, S. 117 ff; H.-D. Wendland: Die Kirche i. d. mod. Ges., S. 14, mit Anmerkungen.

⁷⁾ H. Liermann, aaO., S. 119.

„Bewährungshilfe“ heraus. Durch Wort, Schrift und Veranstaltungen von Tagungen werden die in- und ausländischen Erfahrungen in der Straffälligen- und Bewährungshilfe im Sinne einer Förderung einer bundeseinheitlichen Entwicklung vermittelt und die gesamte Öffentlichkeit nicht nur über dieses für die Allgemeinheit so bedeutende Gebiet aufgeklärt, sondern auch zur Mitwirkung in der Straffälligen- und Bewährungshilfe (z. B. Übernahme von Patenschaften, Tätigkeit als ehrenamtlicher Bewährungshelfer) aufgerufen.“⁸⁾

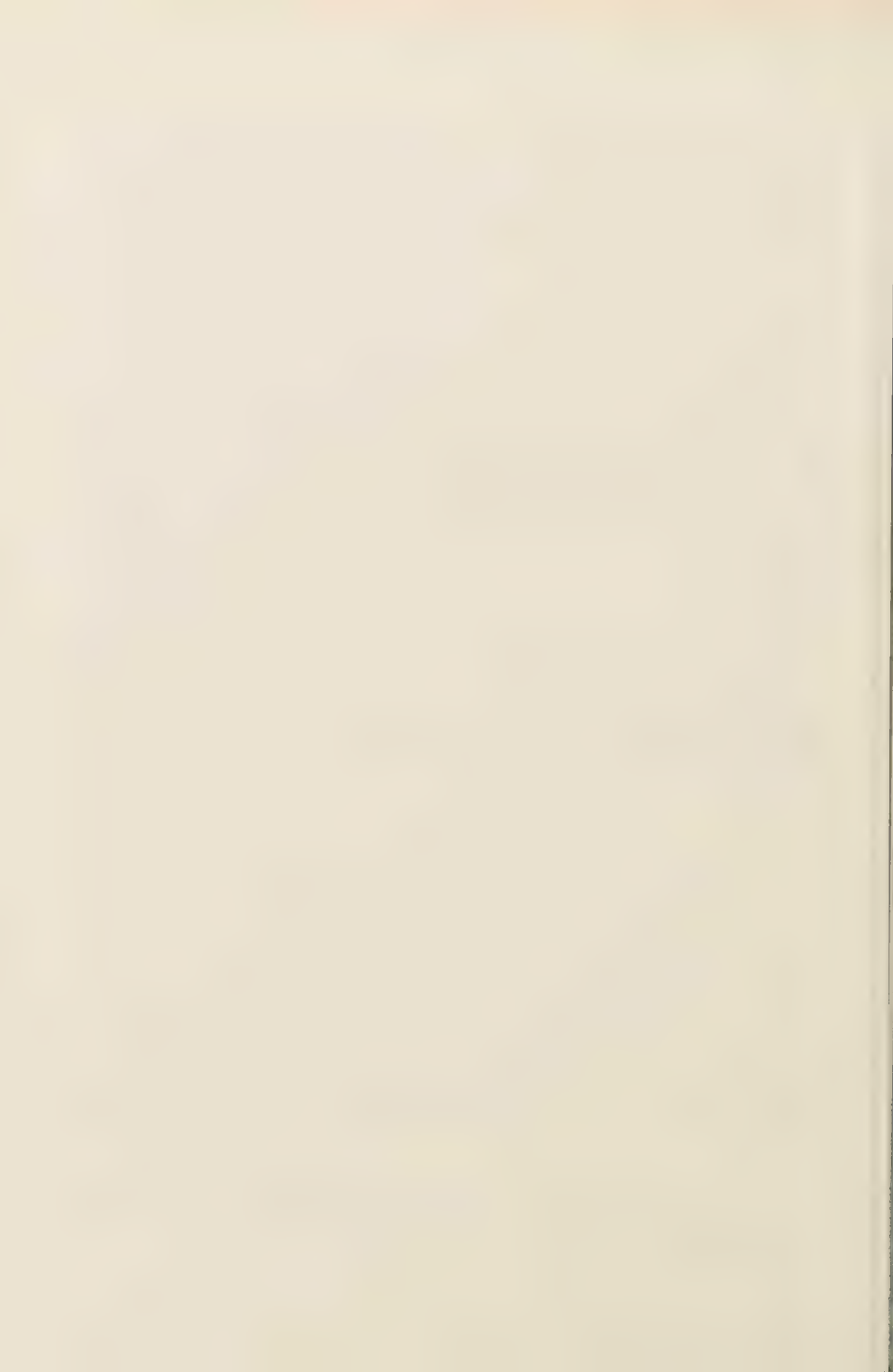
Hierzu kann abschließend festgestellt werden:

So anerkennenswert der derzeitige Sachstand im westdeutschen Raum ist, bedarf er noch weiterer Entwicklung; eines Ausbaues vor allem auch in oekumenischer Hinsicht sowie eines Einbaues der andragogischen Grundeinsichten in die Erwachsenen-Bewährungshilfe.

Die von uns entwickelte Theorie wird — so hoffen wir — in diesem Zusammenhang sachdienlich sein können, denn sie dient, indem sie die methodisch-theoretische Sicherung des Rechtsinstituts bringt, gleichzeitig der Praxis.

Die Theorie dient damit aber nicht zuletzt auch der Legislative, und zwar insoweit, als die Regelung *lege lata* der Idee nicht gerecht wird; d. h., soweit in den geltenden Vorschriften des Gesetzes nicht zum Ausdruck kommt, daß die „StzB“ ihren sozialetisch-politischen Standort allein im Dienste der Andragogik findet und sich dabei als die hier entwickelte Selbstvollstreckungsstrafe darstellt und zu bewähren hat.

⁸⁾ A. Wahl, in: Staatslexikon, Sp. 1242 f.



ZWEITER ABSCHNITT

VORSCHLÄGE DE LEGE FERENDA

Folgende Strafrechtsreformvorschläge sind aus der vorliegenden Abhandlung sachnotwendig veranlaßt:

I.

In das **Reichsstrafgesetzbuch** werden unter „Erster Teil“, „Erster Abschnitt. Strafen“ folgende Vorschriften eingefügt:

§ 18 a

(1) Ist für ein Vergehen oder eine Übertretung, für die an sich eine Gefängnis-, Einschließungs- oder Haftstrafe zulässig ist, eine Gefängnis- oder Einschließungsstrafe von nicht mehr als zwei Jahren oder Haftstrafe verwirkt, so ist an deren Stelle auf Selbstvollstreckungsstrafe zu erkennen. Gleichzeitig ist als Ersatzstrafe auch auf die jeweils verwirkte Gefängnis-, Einschließungs- oder Haftstrafe zu erkennen.

(2) Der Höchstbetrag der Selbstvollstreckungsstrafe ist acht Jahre, ihr Mindestbetrag zwei Jahre (Strafdauer).

Die Strafe besteht in einer Freiheitsbeschränkung durch andragogisch sinnvolle Auflagen und Weisungen. Sie ist grundsätzlich ohne Einsperrung und in der Freiheit vom Verurteilten selbst durchzuführen.

(3) Die Strafdauer kann nachträglich bis auf das Mindestmaß verkürzt oder vor ihrem Ablauf bis auf das Höchstmaß verlängert werden.

Der Verjährung der Vollstreckung der Ersatzstrafe ruht während dieser Zeit.

§ 18 b

(1) In jedem Fall ist dem Verurteilten für die gesamte Strafdauer aufzuerlegen,

1. sich in der Freiheit verantwortlich zu bewähren und für seine Straftat die Sühneleistung zu erbringen durch gute Führung und Befolgung der ihm erteilten Auflagen und Weisungen,
2. jeden Wechsel seines Aufenthalts- und seines Wohnortes der Justizbehörde anzuzeigen,

3. sich, wenn er einer Religionsgemeinschaft angehört, der Seelsorge und religiösen Unterweisung eines Geistlichen dieser Religionsgemeinschaft zu unterziehen,
4. sich einem bestimmten Unterricht oder Selbststudium zur Berufsausbildung, Berufsfortbildung oder zur beruflichen Umschulung zu unterziehen und durch Prüfung mit Abschluszeugnis nachzuweisen,
5. ein Tagebuch zu führen und anhand dessen der Justizbehörde monatlich einen Tätigkeitsbericht mit dem Nachweis von jeweils mindest vier nachprüfbarer guter Taten schriftlich vorzulegen,
6. sich der Führung und Aufsicht eines Bewährungshelfers zu unterstellen.

(2) Das Gericht kann außerdem — entsprechend dem Einzelfall — dem Verurteilten für die gesamte Strafdauer oder für einen Teil derselben auferlegen,

1. ein bestimmtes Arbeitsverhältnis zu lösen oder einzugehen,
2. bei dem für seinen Wohnort zuständigen Landesfürsorgeverband die Gleichstellung mit den Schwerbeschädigten zu beantragen,
3. bei der für seinen Wohnort zuständigen Regierung — Hauptfürsorgestelle — seine Anrechnung auf zwei Schwerbeschädigten-Pflichtplätze zu beantragen,
4. gewisse Veranstaltungen oder Lokalitäten nicht zu besuchen oder den Umgang mit bestimmten Personen zu unterlassen,
5. im bestimmten Umfang Mehrarbeit (Überstunden, Heimarbeit oder eine sonstige zusätzliche Beschäftigung) zu leisten und das hieraus folgende Arbeitsentgelt an den durch seine Straftat Verletzten abzuführen,
6. bei der Inneren Mission, der Caritas, dem Roten Kreuz, der Arbeiterwohlfahrt, der Feuerwehr, der Bergwacht, der Gefangenenfürsorge, dem Arbeiter-Samariter-Bund, der Johanniter-Unfall-Hilfe, dem Malteser-Hilfsdienst, dem Technischen Hilfswerk, dem Bundesluftschutzverband, der Heilsarmee, der Lebensrettungsgesellschaft oder bei einem sonstigen gemeinnützigen Verband schweren Hilfsdienst zu leisten,
7. sich bei der Polizei einem Unterricht über das Verhalten im Straßenverkehr zu unterziehen,
8. sich einer Kraftfahrzeug-Fahrschule mit staatlicher Abschlußprüfung zu unterziehen,
9. Unterhaltungspflichten nachzukommen,

10. sich einer ärztlichen Behandlung oder einer Entziehungskur zu unterziehen,
11. Veranstaltungen der Volkshochschule zu besuchen und über den Lehrstoff jeweils im Monatsbericht zu referieren,
12. eine oder mehrere Fremdsprachen oder das Spielen eines oder mehrerer Musikinstrumente zu erlernen und den Lernerfolg durch ein Prüfungszeugnis nachzuweisen,
13. eine bestimmte Vortragsreihe zu besuchen oder eine bestimmte Literatur zu lesen und über den behandelten Gegenstand jeweils im Monatsbericht zu referieren,
14. die Kurzschrift und das Maschinenschreiben zu erlernen und durch ein Prüfungszeugnis nachzuweisen,
15. einem Kirchenchor, einem Orchester, einem Gesangverein oder einer sonstigen musischen Vereinigung, einer Handballvereinigung, einem Schach-, Fecht-, Tennis-, Reitsport-, Tanzturnierklub oder einer sonstigen Sport- oder Spielgemeinschaft, einem Kulturverein, Blumenpflegeverein, Tierzuchtverein, Schützenverein oder einem sonstigen andragogisch werthaltigen Zweckverband beizutreten und sich dabei durch besondere Leistungen (Vorstandsmitglied, Sportwart, öffentliches Auftreten, Prämierungen, Turnierreife, Leistungssportabzeichen, Rettungsschwimmerzeugnis) auszuzeichnen,
16. sich für die Dauer von mindestens drei Jahren für den Wehrdienst zu verpflichten.

(3) Das Gericht ordnet an, daß während der Strafdauer über die Verurteilung nur beschränkt Auskunft erteilt wird.

(4) Mit Ausnahme der in Absatz 1 unter den Ziffern 1, 2, 5 und 6 genannten Maßnahmen kann das Gericht Entscheidungen nach den Absätzen 1 und 2 auch nachträglich ändern oder aufheben, Entscheidungen nach Absatz 2 auch nachträglich erst treffen.

§ 18 c

(1) Ist die Strafdauer abgelaufen, ohne daß die Bedingung für die Vollstreckung der Ersatzstrafe eingetreten ist (§ 18 a Absatz 1), so stellt das Gericht durch Beschluß fest, daß der Verurteilte als nicht bestraft gilt; das Gericht ordnet gleichzeitig die Tilgung des Strafregistereintrages an.

(2) Erweist sich hingegen der Verurteilte nach Strafantritt unfähig zur Selbstvollstreckung, dann ist diese zu widerrufen und die Vollstreckung der Ersatzstrafe anzuordnen.

Leistungen, die der Verurteilte auf Grund von Auflagen oder Weisungen erbracht hat, werden nicht zurückerstattet.

II.

In der **Strafprozeßordnung** werden folgende Änderungen vorgenommen:
In

§ 260 Absatz 4

erhält Satz 2 an der einschlägigen Stelle folgende Fassung:

Wird auf eine Strafe gemäß § 18 a des Strafgesetzbuches erkannt, so sind im Urteilsspruch die Verurteilung zur Selbstvollstreckungsstrafe und die Strafdauer, der Vorbehalt nachträglicher Abänderung der Strafdauer sowie Art und Umfang der Ersatzstrafe zum Ausdruck zu bringen.

In

§ 267 Absatz 3

wird eingefügt:

Wird auf eine Selbstvollstreckungsstrafe erkannt, so darf an keiner Stelle des Urteils die etwaige Tatsache gesühnter Vorstrafen erwähnt und strafbemessend verwertet werden.

Eine Ausnahme hiervon ist nur möglich in den Fällen, in denen der verwirklichte Tatbestand des Strafgesetzes einen straferschwerenden Rückfall zum Inhalt hat.

§ 268 a

erhält folgende Fassung:

(1) Wird auf eine Selbstvollstreckungsstrafe erkannt, so trifft das Gericht die die Selbstvollstreckung intensivierenden Maßnahmen (§ 18 b des Strafgesetzbuchs) durch Beschluß; dieser ist mit dem Urteil zu verkünden.

(2) Sobald der Verurteilte seinen Verpflichtungen nur mangelhaft, nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht nachkommt, hat das Gericht den Verurteilten, den Bewährungshelfer und die Staatsanwaltschaft zu hören, eine Aufhebung, Änderung oder Ergänzung der intensivierenden Maßnahmen sowie die Möglichkeit einer Abänderung der Strafdauer zu erwägen und erforderlichenfalls durch Beschluß anzuordnen (§§ 18 a Absatz 3, 18 b Absatz 4 des Strafgesetzbuchs). Aufgehobene Maßnahmen sind möglichst durch andere zu ersetzen.

(3) Besteht kein Anlaß zu einer der im Absatz 2 erwähnten Veränderungen, dann verhängt der Vorsitzende, um die Verwirklichung des Strafurteils durch Selbstvollstreckung zu sichern, Ungehorsamsstrafen.

Es ist nacheinander zu erkennen auf:

1. Geldbuße zwischen zwanzig und fünfhundert Deutsche Mark, zugunsten des durch die Straftat Verletzten oder zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung,
2. Geldbuße zwischen fünfzig und eintausend Deutsche Mark, zugunsten des durch die Straftat Verletzten oder zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung,
3. einfache Besinnungshaft zwischen zwei und sechs vollen Tagen,
4. verschärfte Besinnungshaft zwischen vier und zehn vollen Tagen und Androhung des Widerrufs der Selbstvollstreckung.

(4) Entscheidungen nach Absatz 3 ergehen als Beschluß. Der Verurteilte, die Staatsanwaltschaft und der Bewährungshelfer sind zu hören. Gegen die Entscheidung kann innerhalb einer Woche nach Bekanntgabe die Entscheidung des Gerichts angerufen werden. Dieses befindet endgültig. Hat der Einzelrichter entschieden, dann trifft die endgültige Entscheidung die Strafkammer in der für Entscheidungen außerhalb der Hauptverhandlung vorgeschriebenen Besetzung.

Wird vor Rechtskraft der Entscheidung außerdem von der Möglichkeit einer Beschwerde gemäß § 305 a Absatz 1 Gebrauch gemacht, dann hat diese aufschiebende Wirkung.

(5) Die Vollstreckung von Geldbußbeschlüssen erfolgt durch die örtlich zuständige Gemeindeverwaltung nach den Vorschriften, die für die Beitreibung von Gemeindeabgaben gelten. Die Geldbuße ist an die vom Richter bezeichnete Person oder Stelle abzuführen. Im Falle der Uneinbringlichkeit ist die Geldbuße in eine einfache Besinnungshaft zwischen zwei und zehn Tagen umzuwandeln.

(6) Die Vorschriften der §§ 27 c Absatz 1, 28 und 28 b des Strafgesetzbuchs gelten sinngemäß.

(7) Die Vollstreckung der Besinnungshaft erfolgt nach den Vorschriften, die für die Durchführung des Arrests im Jugendgerichtsverfahren gelten. Sie ist in der Freizeit des Verurteilten in einer Einzelzelle zu vollziehen.

Bei der verschärften Besinnungshaft erfolgt der Vollzug unter Kostschmälerung (Wasser und Brot) und bei hartem Lager.

Die Durchführung der Besinnungshaft wird, sobald der Verurteilte seinen Verpflichtungen nachkommt und mindestens zwei Tage Haft verbüßt

sind, abgebrochen. Dies gilt auch für die Besinnungshaft, die an die Stelle einer Geldbuße getreten ist (Absatz 5 Satz 3).

(8) Vor Verhängung einer nächsthöheren Ungehorsamsstrafe (Absatz 3 Ziff. 1–4) ist, falls die Vollstreckung der vorangegangenen Entscheidung abgebrochen worden war, erst diese bis zur ursprünglich festgesetzten Höhe fortzuführen, um möglicherweise bereits damit die Säumnis des Verurteilten zu beseitigen.

(9) Im Anschluß an die Urteilsverkündung klärt der Vorsitzende den Verurteilten über das Wesen und die Bedeutung der Selbstvollstreckungsstrafe auf; er erklärt ihm die Auflagen und Weisungen, die Möglichkeit einer Abänderung der Strafdauer, einer Verhängung von Ungehorsamsstrafen sowie des Widerrufs und der Vollstreckung der ihm auferlegten Ersatzstrafe für den Fall, daß er seinen Verpflichtungen aus der Verurteilung nicht nachkommt.

Zugleich ist dem Verurteilten aufzugeben, eine die Strafdauer umfassende Vorsatzplanung schriftlich zu entwerfen und mit diesem Entwurf binnen einer Woche nach Rechtskraft des Urteils beim Vorsitzenden zu erscheinen.

In einer gemeinsamen, nicht öffentlichen Besprechung mit dem Verurteilten, dem Sitzungsstaatsanwalt und dem Bewährungshelfer erstellt sodann der Vorsitzende einen Strafvollzugsplan aus dem sich die jeweiligen Aufgaben der bei der Durchführung der Selbstvollstreckung Beteiligten ergeben. Der Plan ist von den an dieser Besprechung Beteiligten zu unterzeichnen und ihnen gegen Zustellungsnachweis zu überlassen.

§ 305 a Absatz 1

erhält folgende Fassung:

Gegen den Beschluß gemäß § 268 a Absatz 1 und 2 ist Beschwerde zulässig. Sie kann nur darauf gestützt werden, daß eine getroffene Anordnung gesetzwidrig ist oder daß sie dem Wesen der Selbstvollstreckungsstrafe oder anerkannten methodischen Grundsätzen der Andragogik zuwiderläuft oder daß die Strafdauer nachträglich verlängert wurde.

Der Beschluß kann, soweit er die Anordnungen gemäß § 18 b Absatz 1 Ziffer 1–6 des Strafgesetzbuches betrifft, nicht für sich allein, sondern nur mit dem Urteil angefochten werden.

§ 453

erhält folgende Fassung:

(1) Für die nachträglichen Entscheidungen, die sich auf die Selbstvollstreckungsstrafe beziehen (§§ 18 a Absatz 3, 18 b Absatz 4 des Strafgesetz-

buchs), ist das Gericht zuständig, das in der Strafsache im ersten Rechtszug erkannt oder nach § 460 die Gesamtstrafe gebildet hat. Das Gericht kann die nachträglichen Entscheidungen über die Selbstvollstreckungsstrafe ganz oder teilweise dem Amtsgericht übertragen, in dessen Bezirk der Angeklagte seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat. Hat das Gericht, dem die nachträglichen Entscheidungen übertragen worden sind, gegen die Übernahme Bedenken, so entscheidet das gemeinschaftliche obere Gericht.

(2) Der Widerruf der Selbstvollstreckung (§ 18 c Absatz 2 des Strafgesetzbuchs) kann mit sofortiger Beschwerde angefochten werden.

Der Erlaß der Strafe (§ 18 c Absatz 1 des Strafgesetzbuchs) ist nicht anfechtbar.

III.

Aufgehoben

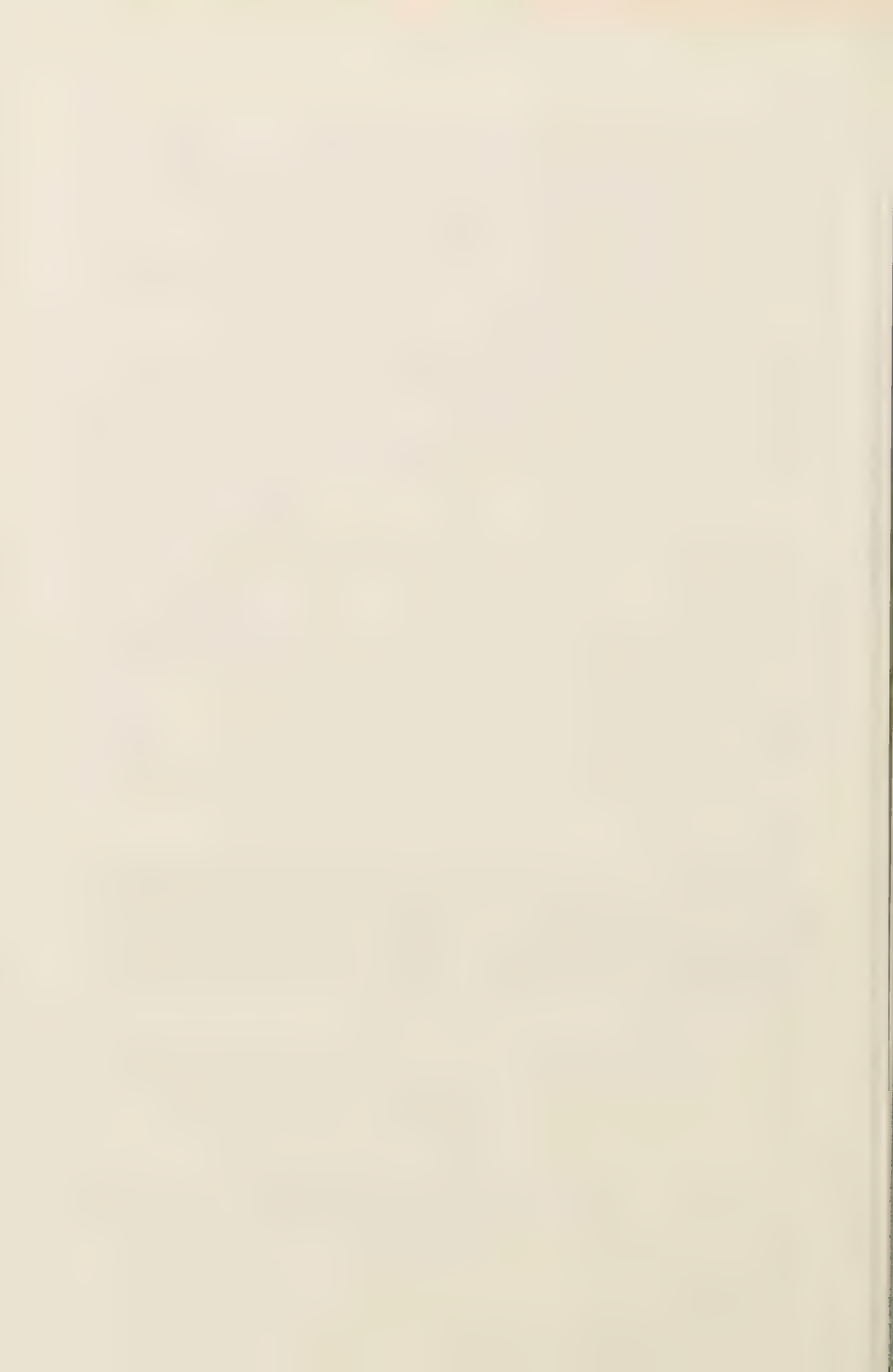
werden die Vorschriften der §§ 23, 24, 25 des Strafgesetzbuchs und der §§ 260 Absatz 4 Satz 2, 268 a, 305 a Absatz 1, 453 der Strafprozeßordnung.

An ihre Stelle treten die im vorstehenden Vorschlag unter I. und II. bezeichneten Vorschriften.

IV.

Sinngemäß geändert

werden im übrigen die einschlägigen Vorschriften (§ 24 a des Strafgesetzbuchs und §§ 160 Absatz 3, 263 Absatz 4, 267 Absatz 3, 408 Absatz 2, 453 a der Strafprozeßordnung), vor allem ist an Stelle der Bezeichnung „Strafaussetzung zur Bewährung“ die Bezeichnung „Selbstvollstreckungsstrafe“ zu setzen.



DRITTER ABSCHNITT

KURZKOMMENTAR ZUM VORSCHLAG

I.

Zu § 18 a StGB

1. Die systematische Einordnung der Selbstvollstreckungsstrafe im Ersten Teil des StGB unter dem Abschnitt „Strafen“ ist insofern gerechtfertigt, als hier eine selbständige Strafe vorliegt, um welche die bisher üblichen staatlichen Strafen vermehrt wurden.
2. Eine Erweiterung der Strafdauer von fünf auf acht Jahre erhöht die andragogische Wirkungsbreite. Sie steht auch im äquivalenten Verhältnis zum Ausmaß der Ersatzstrafe, welche von neun Monaten (der Regelung *lege lata*) auf zwei Jahre erweitert, einem größeren Kreis Verurteilter als bisher, die Möglichkeit der Selbstvollstreckung eröffnet und damit mehr Erwachsene mit Anpassungsschwierigkeiten als bisher, der sozial förderlichen Macht einer „Zwangsandragogik“ unterwirft.

II.

Zu § 18 b StGB

1. Ein nach Möglichkeit in sich geschlossener Katalog von andragogisch werthaltigen Auflagen und Weisungen ist nicht nur aus Gründen der Rechtssicherheit und der Gesetzesbestimmtheit, sondern auch daraus gerechtfertigt, daß der Strafrichter als Jurist in der Regel überfordert ist, aus eigenem Fachwissen andragogisch fachgerechte Anordnungen zu treffen.
2. Durch das zwingende Gebot des Absatz 1, gewisse intensivierende Maßnahmen in jedem Fall mit der Urteilsverkündung anzuordnen (Abs. 1 i. V. m. § 268 a Abs. 1 StPO), ist die mögliche Praxis gemäß § 24 Abs. 2 Satz 1 StGB, von der bisher nur zu gerne Gebrauch gemacht wird, ausgeräumt.
§ 18 b Abs. 1 wird künftighin die deklaratorische Verurteilung beseitigen und an ihrer Stelle eine Bestrafung mit einer fühlbaren, andrago-

gisch wirksamen Pflichtensteigerung verbürgen. Denn nur eine solche wird, wie wir aufzeigen konnten, den mit einer strafgerichtlichen Verurteilung verfolgten Zwecken der Vergeltung durch Bestrafung und der Sühneleistung durch Erziehung des erwachsenen Rechtsbrechers gerecht, während die der oben bezeichneten Praxis zugrundeliegende Vorstellung von einer hypothetischen Sühne andragogisch beurteilt durchaus zweckwidrig und der Selbstvollstreckungsstrafe auch wesensfremd ist.

3. Von den außerdem möglichen, in Absatz 2 aufgeführten Maßnahmen ist jede einzelne in der vorliegenden Arbeit auf ihre andragogische Werthaltigkeit hin überprüft.
§ 18 b Abs. 2 ermöglicht die Anpassung der Selbstvollstreckungsstrafe an den individuellen Fall.
4. Das Verbot einer uneingeschränkten Mitteilung aus dem Strafregister (Absatz 3) ist erforderlich, um dem Verurteilten die Erfüllung seiner Pflichten nicht unnötig zu erschweren und die von ihm geforderte positive Aktivität nicht zu vereiteln durch das Kainszeichen des Bestraftseins. Es ist nicht zu bestreiten, daß bei Bewerbungen irgendwelcher Art (z. B. Stellenbewerbung, Antrag auf eine staatliche oder private Beihilfe oder Vergünstigung, Antrag auf Aufnahme in einen Zweckverband, Mietgesuch, Heiratssuche) in der Regel der Unbescholtene dem gerichtlich Bestraften vorgezogen wird. Der Bewährungserfolg wird aber wahrscheinlicher, wenn andere Personen, in deren Gemeinschaft sich der Verurteilte zu bewähren hat, nicht von vorneherein von der Bestrafung wissen und voreingenommen sind.
5. Das in Absatz 4 ausgesprochene Verbot nachträglicher Änderung der in Absatz 1 unter den Ziffern 1, 2, 5 und 6 genannten Maßnahmen bietet Gewähr dafür, daß dem Verurteilten ein Mindestmaß an Pflichtensteigerung verbleibt. Auf die Ausführungen zu § 18 b Abs. 1 wird ergänzend verwiesen.

III.

Zu § 18 c StGB

1. Ein Mensch, der in langen Jahren den mitunter sehr harten Anforderungen einer Selbstvollstreckungsstrafe, in welcher Macht und Möglichkeiten der Andragogik ausgeschöpft wurden, pflichtgemäß genügt hat,

hat eine sozialetisch wertvolle und damit auch eine weit größere soziale Leistung erbracht, als wenn er etwa eine Internierungsstrafe von derselben Dauer verbüßt hätte. Er hat es verdient, daß man ihm seine Bewährung als echte Sühneleistung abnimmt und ihm die Verurteilung nach Beendigung der Strafzeit nicht mehr nachträgt und zum ständigen Vorwurf macht.

2. Das Verfahren zur Feststellung der Unfähigkeit des Verurteilten zur Selbstvollstreckung regelt der vorliegende Vorschlag in § 268 a Absatz 2 mit 6 StPO, die Anfechtung des Widerrufs in § 305 a Absatz 1 StPO.

IV.

Zu § 260 Absatz 4 StPO

Anstelle des bisher üblichen, wesensfremden Begriffes „Strafaussetzung zur Bewährung“ soll künftig im Urteilsausspruch der hier gefundene Begriff erscheinen. Auf die Darlegungen auf pag. 110 f., sowie auf pag. 130 und 149 wird ergänzend verwiesen.

Der Vorbehalt nachträglicher Änderung der Strafdauer entspricht dem andragogischen Erfordernis, später, entsprechend dem Bewährungsfortgang, die Strafdauer bis auf das gesetzlich bestimmte Mindestmaß herabzusetzen oder bis auf das gesetzlich bestimmte Höchstmaß zu verlängern (§ 18 a Absatz 2 des Vorschlages). (Hierbei liegen ähnliche Erwägungen zu Grunde wie im Jugendstrafrecht hinsichtlich der unbestimmten Verurteilung.)

V.

Zu § 268 a StPO

1. Ohne die Möglichkeit, erforderlichenfalls Ungehorsamsmaßnahmen zu verhängen, ist kein Strafvollzug mit Erfolg durchführbar. Das gilt auch für den Vollzug der Selbstvollstreckungsstrafe; der Bewährungspflichtige muß gehalten sein, den Willen des Strafurteils zu respektieren und die intensivierenden Maßnahmen zu befolgen. Wohl sind bereits Vorschriften für den Vollzug der Internierungsstrafen vorhanden, die hier analog angewendet werden könnten. Aber schon um hierbei mögliche etwaige Auslegungsschwierigkeiten auszuräumen, ist es zweckdienlicher, die zulässigen Ungehorsamsmaßnahmen für die Durchführung der Selbstvollstreckungsstrafe eigens gesetzlich festzulegen.

2. Die Ungehorsamsmaßnahmen sind eine eindringliche Mahnung an den Verurteilten bezüglich der ihm auferlegten Pflichten. Sie stellen keine kriminellen Strafen dar; sie werden deshalb auch nicht auf die Selbstvollstreckungsstrafe oder die Ersatzstrafe angerechnet.
Das Recht auf rechtliches Gehör sowie die Anfechtungsmöglichkeit bezüglich der die Ungehorsamsmaßnahme beinhaltenden Entscheidung schützen vor einer überstürzten in Unkenntnis der möglicherweise zwischenzeitlich veränderten Sachlage abgefaßten richterlichen Entscheidung.
3. Für die andragogische Wirksamkeit der Besinnungshaft ist die Abschließung des inhaftierten Bewährungspflichtigen von anderen Häftlingen von besonderer Bedeutung. Die Gemeinschaftshaft würde in der Regel nicht anregen zur inneren Einkehr; sie wäre auch geeignet zur kriminellen Infektion und es würde auf diese Weise den schädlichen Einflüssen eines Internierungsstrafvollzuges, die ja gerade durch die Selbstvollstreckungsstrafe ausgeräumt werden sollen, ein neuer Weg eröffnet.
Vollzug der Besinnungshaft „in der Freizeit des Verurteilten“: hier sind gemeint sein arbeitsfreies Wochenende, seine Urlaubszeit, sonstige Zeiten seiner Freistellung von der Berufsarbeit, z. B. an Feiertagen.
4. Die Auflage „Geldbuße“ ist nur in der hier als Ungehorsamsmaßnahme aufgezeigten Handhabe von andragogischem Wert.
5. Durch eine sinngemäße Anwendung der in Absatz 6 genannten Vorschriften des StGB sind wie bei der Straftat „Geldstrafe“ auch bei Bemessung der Geldbuße die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verurteilten zu berücksichtigen, gelten hier wie dort die Bestimmungen über eine etwaige Stundung oder Teilzahlung und es besteht auch die Möglichkeit, die Geldbuße durch freie Arbeit zu tilgen.

VI.

Zu § 305 a Absatz 1 StPO

Die Bestimmung, gewisse intensivierende Maßnahmen, auf die gemäß § 18 b Abs. 1 StGB sogleich bei Aburteilung zwingend zu erkennen ist, nur zusammen mit dem Urteil anfechten zu können, räumt eine Anfechtungsmöglichkeit dieser Maßnahmen *während der Strafdauer* aus. Damit ist das andragogische Erfordernis gesichert, daß es keine Verurteilung ohne die Pflicht zu besonderer Sühneleistung geben kann.

VII.

Andragogisch nicht vertretbare Regelungen lege lata

Schließlich soll mit unserem Vorschlag erreicht werden, daß durch die Beseitigung der §§ 23 ff. StGB und durch die Ersetzung der einschlägigen Vorschriften in der hier vorgeschlagenen Formulierung, außer der Einführung, wie uns scheint, sachgerechten, begrifflichen Erfassung des Rechtsinstituts, auch gesetzliche Regelungen aufgehoben werden, deren Existenz andragogisch nicht vertretbar ist.

Hierbei handelt es sich vor allem um:

- a. § 23 Abs. 2 StGB, der den Angeklagten, dessen *Vorleben* in besonderem Maße andragogischer Einwirkung bedürfte, gerade vom Rechtsinstitut ausschließt,
- b. § 23 Abs. 2 Ziff. 1–3 StGB, der das sogenannte öffentliche Interesse als Hindernis kennt und der Vorstellung frönt, man müsse gesühnte Vorstrafen nachtragen,
- c. § 24 Abs. 1 Ziff. 5 StGB, der die Möglichkeit einer Geldbuße als Primär- und Einzelentscheidung kennt und der bereits eine andragogisch äußerst fragwürdige Rechtspraxis zur Folge gehabt hat und
- d. § 24 Abs. 2 StGB, der von der Vorstellung ausgeht, die Straftat könne auch nur hypothetisch gesühnt werden.

Schlußbemerkung

Unsere bisherige Untersuchung, besonders auch der Vorschlag de lege ferenda zeigen, daß in der heutigen Regelung lege lata und in der praktischen Handhabung des Rechtsinstituts das, worum es hier wirklich geht, nämlich um ein Erziehungswerk, dem ebenso strafende wie sichernde, sühnende und bildende Funktionen zukommen, bei weitem noch nicht als Selbstverständlichkeit empfunden wird. Und wir erkennen, daß die hier ebenso stolz wie selbstverständlich als problematisches Thema aufgeworfene Aussage: „Die Strafaussetzung zur Bewährung im Dienste der Andragogik“, mit der ebenfalls selbstverständlich behaupteten Rechtstatsache „Selbstvollstreckungsstrafe“ (welche letztere nur das Ergebnis einer juristisch-andragogischen Deduktion sein kann), vorerst be-

züglich einer positivistisch-normativen Verbindlichkeit oder einer Handhabe in der Strafrechtspraxis nur *teilweise* und *bruchstückartig* kleine Ansprüche für sich in Anspruch nehmen kann.

Das „lebendige Verhältnis zur Sache“ aber, von dem einmal Nic. Hartmann spricht, die „dauernde Bereitschaft, für das Recht ‚da‘ zu sein“, die Erik Wolf aus der Verfügung des Naturrechts all denen als Pflicht anmahnt, „die am Recht teilhaben“, sowie das aus andragogischem Verständnis angestrebte echte Sozialerlebnis der ursituativen Projektion, die dem Rechtsinstitut wie jeder sozialen Erscheinung zugrunde liegt, kommen nur dort zustande, wo man gewillt ist, den Wesensgehalt der zur Anwendung kommenden positiven Normen zu erfassen und ihn zur Grundlage der Entscheidung zu machen.

So erkennen wir die Aufgabe und Verantwortung aller, die mit der Durchführung des Rechtsinstituts befaßt sind: Die Forderung nach einer Bewährung des Rechts in der Lebenswirklichkeit und nach Entscheidungsverantwortung trifft den amtlichen Träger der Rechtspflege nicht weniger als den Verurteilten, und umgekehrt (welcher letztere ja auch, wie wir sahen, unbeschadet seiner nicht-amtlichen Eigenschaft dennoch staatliche Vollzugs- und Vollstreckungsaufgaben wahrnimmt). Für den ersteren aber ist herauszustellen: Jede andere, nicht wesensgemäße Entscheidung, die er trifft, d. h. jede Entscheidung, die der andragogisch wirksamen Projektion „Selbstvollstreckungsstrafe“ entbehrt, ist in ihrer sittlichen Wirkung von vorneherein zum Scheitern verurteilt; sie trägt den Makel eines *Fehlurteils*, der mitunter verhängnisvoll ausarten kann⁹⁾. Das eben ist die Tragik der Entscheidungen, die das Wesen der positiven Norm mißachten: sie vermögen nicht in den Bereich des seinsollenden Rechts vorzudringen und werden dadurch auch nicht dem positiven, dem seienden Recht gerecht; sie stellen sich vielmehr dar als eine Vergewaltigung des Rechts und der Gerechtigkeit, als „Justizmord“.

Es ist bezeichnend, daß die größten Prozesse der Weltgeschichte mit Fehlurteilen endeten, weil die amtlichen Träger der Rechtspflege das Wesen des Rechts mißachteten: Christus wurde gekreuzigt, Sokrates mußte den Giftbecher austrinken, die Jungfrau von Orleans wurde dem Feuertod überantwortet und zeugen nicht gerade auch unsere Vergangenheit der Jahre 1933–45 sowie die Verurteilung Nagys und anderer Menschen in Ungarn von ähnlichen Justizmorden?

⁹⁾ An einer Vielzahl von Tatsachen-Beispielen hat soeben Max Hirschberg in seiner Monographie „Das Fehlurteil im Strafprozeß“ (Stuttgart 1960) eine systematische Pathologie der Strafurteilsfindung entwickelt.

Die Andragogik darf und kann, wo sie in den Bereich des Rechts eingreift, sich nicht bescheiden in dem Bewußtsein ihrer sozialetischen Aufgabe, das Wesen von Rechtserscheinungen — hier eines Rechtsinstituts — erkennen zu helfen, um Fehlentscheidungen in der Erwachsenenstrafrechtspflege zu verhindern; sie muß vielmehr beständig auch ihr Recht auf Gehör geltend machen. In beidem liegt für sie eine unabdingbare Verantwortlichkeit. Hier ist das Ethos des Andragogen begründet, das zum Nutzen des Ganzen die Vermählung mit einem gleichen Ethos all derer sucht, die an der Anordnung und Durchführung der Selbstvollstreckungsstrafe teilhaben. Hier liegen aber auch Hoffnung und Zuversicht des Andragogen; denn jeder, der sich ergreifen und erschüttern läßt von der Macht und den Möglichkeiten der Andragogik, der der erwachsene Rechtsbrecher als Rohstoff einer vielseitigen paideutischen Entfaltung, einer ebenso intensiven wie individuellen Bestrafung und Entsühnung ausgeantwortet ist, der wird die stolz gewählte Problemstellung von einem Rechtsinstitut „im Dienste der Andragogik“ begreifen und damit auch verhindern helfen, was nie eintreten darf: daß sich nämlich das Wissen um Macht und Möglichkeiten der Andragogik verkehre in eine aus schmerzlich erlittener Tragik gewordene Erkenntnis, deren Thema dann lauten müßte: „Stolz und Verzweiflung der Andragogik“.

* * *



VERZEICHNIS EINSCHLÄGIGER GESETZE UND RICHTLINIEN

1. Die materiellrechtlichen und verfahrensrechtlichen Vorschriften zur Strafaussetzung zur Bewährung gem. dem 3. Strafrechtsänderungsgesetz vom 4. 8. 1953 (BGBl. I, S. 735)

a) StGB:

§ 23

(1) Das Gericht kann die Vollstreckung einer Gefängnis- oder Einschließungsstrafe von nicht mehr als neun Monaten oder einer Haftstrafe aussetzen, damit der Verurteilte durch gute Führung während einer Bewährungszeit Straferlaß erlangen kann (Strafaussetzung zur Bewährung).

(2) Strafaussetzung zur Bewährung wird nur angeordnet, wenn die Persönlichkeit des Verurteilten und sein Vorleben in Verbindung mit seinem Verhalten nach der Tat oder einer günstigen Veränderung seiner Lebensumstände erwarten lassen, daß er unter der Einwirkung der Aussetzung in Zukunft ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben führen wird.

(3) Strafaussetzung zur Bewährung darf nicht angeordnet werden, wenn

1. das öffentliche Interesse die Vollstreckung der Strafe erfordert, oder
2. während der letzten fünf Jahre vor Begehung der Straftat die Vollstreckung einer gegen den Verurteilten im Inland erkannten Freiheitsstrafe zur Bewährung oder im Gnadenwege ausgesetzt oder
3. der Verurteilte innerhalb dieses Zeitraumes zu Freiheitsstrafen von insgesamt mehr als sechs Monaten verurteilt worden ist.

(4) In den Fällen des Absatzes 3 Nummern 2 und 3 wird in die Frist die Zeit nicht eingerechnet, in der der Täter eine Freiheitsstrafe verbüßt oder auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt wird.

§ 24

(1) Das Gericht macht dem Verurteilten für die Dauer der Bewährungszeit Auflagen. Insbesondere kann es ihm auferlegen,

1. den durch die Tat verursachten Schaden wiedergutzumachen,

2. Weisungen zu befolgen, die sich auf Aufenthaltsort, Ausbildung, Arbeit oder Freizeit beziehen,
3. sich einer ärztlichen Behandlung oder einer Entziehungskur zu unterziehen,
4. Unterhaltspflichten nachzukommen,
5. einen Geldbetrag zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung zu zahlen oder
6. sich der Aufsicht und Leitung eines Bewährungshelfers zu unterstellen.

(2) Von der Anordnung von Auflagen kann abgesehen werden, wenn zu erwarten ist, daß der Verurteilte auch ohne sie ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben führen, vor allem den durch die Tat verursachten Schaden nach Kräften wiedergutmachen wird. Der Verurteilte darf durch eine Auflage nicht daran gehindert werden, für ihn günstigere Möglichkeiten der Ausbildung oder Arbeit wahrzunehmen.

(3) Entscheidungen nach den Absätzen 1 und 2 kann das Gericht auch nachträglich treffen, ändern oder aufheben.

(4) Die Bewährungszeit beträgt mindestens zwei und höchstens fünf Jahre. Sie beginnt mit der Rechtskraft der Entscheidung über die Strafaussetzung. Sie kann nachträglich bis auf das Mindestmaß verkürzt oder vor ihrem Ablauf bis auf das Höchstmaß verlängert werden. Während der Bewährungszeit ruht die Verjährung der Strafvollstreckung.

§ 24 a

Der Bewährungshelfer (§ 24 Abs. 1 Nr. 6) wird von dem Gericht bestellt. Er überwacht nach dessen Anweisungen während der Bewährungszeit die Lebensführung des Verurteilten und die Erfüllung der Auflagen.

§ 25

(1) Hat der Verurteilte sich bewährt, so wird die Strafe nach Ablauf der Bewährungszeit erlassen. Das Gericht kann anordnen, daß über die Verurteilung nur noch beschränkt Auskunft erteilt wird.

(2) Das Gericht widerruft die Strafaussetzung, wenn

1. Umstände bekannt werden, die bei Würdigung des Wesens der Aussetzung zu ihrer Versagung geführt hätten,
2. der Verurteilte wegen eines innerhalb der Bewährungszeit begangenen Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens im Inland zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wird,

3. er den Bewährungsauflagen gröblich zuwiderhandelt oder
4. sich auf andere Weise zeigt, daß das in ihn gesetzte Vertrauen nicht gerechtfertigt war.

(3) Leistungen, die der Verurteilte auf Grund von Auflagen erbracht hat, werden nicht zurückerstattet.

b) StPO:

§ 160 Abs. 3

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sollen sich auch auf die Umstände erstrecken, die für die Strafbemessung, die Strafaussetzung zur Bewährung und die Anordnung von Maßregeln der Sicherung und Besserung von Bedeutung sind.

§ 260 Abs. 4

Der Urteilsspruch gibt die rechtliche Bezeichnung der Tat an, deren der Angeklagte schuldig gesprochen wird. Wird die Strafe zur Bewährung ausgesetzt oder wird unter Schuldigsprechung von Strafe abgesehen, so ist dies im Urteilsspruch zum Ausdruck zu bringen. Strafen oder Maßregeln der Sicherung und Besserung, die neben anderen verwirkten Strafen oder Maßregeln nicht vollstreckt werden können, werden in den Urteilsspruch nicht aufgenommen; sie werden nur in den Urteilsgründen aufgeführt. Im übrigen unterliegt die Fassung des Urteilsspruchs dem Ermessen des Gerichts.

§ 263

(1) Zu einer jeden dem Angeklagten nachteiligen Entscheidung, welche die Schuldfrage, die Bemessung der Strafe, die Anordnung einer Nebenstrafe oder Nebenfolge oder die Anordnung einer Maßregel der Sicherung und Besserung betrifft, ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen erforderlich.

(2) Die Schuldfrage umfaßt auch solche vom Strafgesetz besonders vorgesehene Umstände, welche die Strafbarkeit ausschließen, vermindern oder erhöhen.

(3) Die Schuldfrage umfaßt nicht die Voraussetzungen des Rückfalls und der Verjährung.

(4) Über die Strafaussetzung zur Bewährung wird mit einfacher Mehrheit entschieden.

§ 267 Abs. 3

Die Gründe des Strafurteils müssen ferner das zur Anwendung gebrachte Strafgesetz bezeichnen und die Umstände anführen, die für die Zumessung der Strafe bestimmend gewesen sind. Macht das Strafgesetz die Anwendung einer geringeren Strafe von dem Vorhandensein mildernder Umstände im allgemeinen abhängig, so müssen die Urteilsgründe die hierüber getroffene Entscheidung ergeben, sofern das Vorhandensein solcher Umstände angenommen oder einem in der Verhandlung gestellten Antrag entgegen verneint wird. Die Urteilsgründe müssen ferner ergeben, weshalb die Strafe zur Bewährung ausgesetzt oder einem in der Verhandlung gestellten Antrag entgegen nicht ausgesetzt worden ist; dies gilt entsprechend für das Absehen von Strafe.

§ 268 a

(1) Wird in dem Urteil die Strafe zur Bewährung ausgesetzt, so trifft das Gericht die Anordnungen, die sich auf die Strafaussetzung zur Bewährung beziehen (§ 24 des Strafgesetzbuchs), durch Beschluß; dieser ist mit dem Urteil zu verkünden.

(2) Der Vorsitzende belehrt den Angeklagten über die Bedeutung der Strafaussetzung zur Bewährung, die Bewährungszeit und die Bewährungsauflagen sowie darüber, daß er den Widerruf der Aussetzung zu erwarten habe, wenn er das in ihn gesetzte Vertrauen nicht rechtfertige, insbesondere den Bewährungsauflagen zuwiderhandle. Zugleich ist ihm aufzugeben, jeden Wechsel seines Aufenthalts während der Bewährungszeit anzuzeigen. Die Belehrung ist in der Regel im Anschluß an die Verkündung des Beschlusses nach Absatz 1 zu erteilen.

§ 305 a

(1) Gegen den Beschluß nach § 268 a Abs. 1 ist Beschwerde zulässig. Sie kann nur darauf gestützt werden, daß eine getroffene Anordnung gesetzwidrig ist oder einen einschneidenden, unzumutbaren Eingriff in die Lebensführung des Beschwerdeführers darstellt.

(2) Wird gegen den Beschluß Beschwerde und gegen das Urteil eine zulässige Revision eingelegt, so ist das Revisionsgericht auch zur Entscheidung über die Beschwerde zuständig.

§ 408 Abs. 2

Der Amtsrichter hat Hauptverhandlung anzuberaumen, wenn er Bedenken hat, ohne Hauptverhandlung zu entscheiden. Dasselbe gilt, wenn der Amtsrichter eine andere als die beantragte Strafe festsetzen oder über die Strafaussetzung zur Bewährung abweichend vom Antrag der Staatsanwaltschaft entscheiden will und die Staatsanwaltschaft bei ihrem Antrag beharrt.

§ 453

(1) Die nachträglichen Entscheidungen, die sich auf eine Strafaussetzung zur Bewährung beziehen (§§ 24 und 25 des Strafgesetzbuchs), trifft das Gericht ohne mündliche Verhandlung durch Beschluß. Die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte sind zu hören. Der Beschluß ist zu begründen.

(2) Zuständig ist das Gericht, das in der Strafsache im ersten Rechtszug erkannt oder nach § 460 die Gesamtstrafe gebildet hat. Das Gericht kann die nachträglichen Entscheidungen über die Strafaussetzung zur Bewährung ganz oder teilweise dem Amtsgericht übertragen, in dessen Bezirk der Angeklagte seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat. Hat das Gericht, dem die nachträglichen Entscheidungen übertragen worden sind, gegen die Übernahme Bedenken, so entscheidet das gemeinschaftliche obere Gericht.

(3) Gegen die Entscheidungen nach Absatz 1 ist Beschwerde zulässig. Sie kann nur darauf gestützt werden, daß eine getroffene Anordnung gesetzwidrig ist oder einen einschneidenden, unzumutbaren Eingriff in die Lebensführung des Beschwerdeführers darstellt oder daß die Bewährungszeit nachträglich verlängert worden ist. Der Widerruf der Aussetzung (§ 25 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs) kann mit sofortiger Beschwerde angefochten werden. Der Erlaß der Strafe (§ 25 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs) ist nicht anfechtbar.

§ 453 a

(1) Ist der Angeklagte nicht nach § 268 a Abs. 2 belehrt worden, so wird die Belehrung durch das nach § 453 Abs. 2 zuständige Gericht erteilt.

Der Vorsitzende kann mit der Belehrung ein Mitglied des Gerichts beauftragen oder einen Amtsrichter darum ersuchen.

(2) Die Belehrung soll außer in Fällen von geringer Bedeutung mündlich erteilt werden.

(3) Der Angeklagte soll auch über die nachträglichen Entscheidungen belehrt werden. Absatz 1 gilt entsprechend.

2. Richtlinien für das Strafverfahren (RiStV) vom 1. 8. 1953 in der Neufassung vom 1. 10. 1953¹⁾

Nr. 15,

Aufklärung der für die Strafbemessung bedeutsamen Umstände.

Alle Umstände, die für die Strafbemessung, für eine Strafaussetzung zur Bewährung oder für die Anordnung von Maßregeln der Sicherung und Besserung von Bedeutung sein können, sind schon im vorbereitenden Verfahren aufzuklären. Außer den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Beschuldigten und seinem Vorleben kommen vor allem in Betracht: das Ausmaß der Rechtsverletzung; die Beweggründe und Umstände, die den Anreiz zu der Tat gegeben haben; Stärke und Nachhaltigkeit des verbrecherischen Willens; Tatsachen und Einflüsse, die auf die Einsicht oder die Freiheit der Willensbestätigung des Täters eingewirkt haben; sein Verhalten nach der Tat; bei strafbarer Fahrlässigkeit der Grad des Leichtsinns oder der Gleichgültigkeit.

Nr. 109

Pflichten des Staatsanwalts in der Hauptverhandlung

Der Staatsanwalt wirkt darauf hin, daß das Gesetz beachtet wird. Er sorgt durch geeignete Anträge, Fragen oder Anregungen dafür, daß nicht nur die Tat in ihren Einzelheiten, sondern auch die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Angeklagten und alle anderen Umstände

¹⁾ Diese für die Länder der Bundesrepublik einheitlich geltenden Richtlinien sind vornehmlich für die Strafvollzugsbehörden bestimmt, enthalten aber auch Hinweise und Empfehlungen für den Richter. Sie wollen nur Anleitungen für den Regelfall geben; der Staatsanwalt hat deshalb in jeder Strafsache selbständig und verantwortungsbewußt zu prüfen, welche Maßnahmen die Besonderheit des Einzelfalles erfordert und er kann gegebenenfalls auch von den Richtlinien abweichen. Als solche sind sie im übrigen auch kein Gesetz. Cf. hierzu: Bekanntm. v. 24. 10. 53 im Bayer. Staatsanzeiger Nr. 43/1953.

erörtert werden, die für die Strafbemessung, für eine Strafaussetzung zur Bewährung oder für die Anordnung von Maßregeln der Sicherung und Besserung bedeutsam sein können.

Nr. 115

Vernehmung des Angeklagten

(1) Der Angeklagte soll auch darüber vernommen werden, ob er eine frühere Strafe noch nicht voll verbüßt hat (vgl. Nr. 17), damit eine Gesamtstrafe gebildet werden kann.

(2) Der Strafregisterauszug soll nicht verlesen werden, wenn die Vorstrafen weder für die sachliche oder rechtliche Beurteilung der strafbaren Handlung noch für die Strafbemessung, für die Frage der Strafaussetzung zur Bewährung oder die Anordnung von Maßregeln der Sicherung und Besserung Bedeutung haben.

Nr. 119

Schlußvortrag des Staatsanwaltes

(1) Der Staatsanwalt erörtert in seinem Schlußvortrag das Gesamtergebnis der Hauptverhandlung und würdigt es tatsächlich und rechtlich. Darüber hinaus weist er in geeigneten Fällen darauf hin, welche Bedeutung der Strafvorschrift für das Gemeinwohl zukommt.

(2) Hält der Staatsanwalt die Schuld des Angeklagten für bewiesen, so erörtert er die Strafzumessungsgründe (vgl. Nr. 15) und äußert sich auch zu der Frage, ob Maßregeln der Sicherung und Besserung, Nebenstrafen oder ausdrücklich auszuspreekende Nebenfolgen zu verhängen sind. Liegen die Voraussetzungen für ein Berufsverbot vor, so ist auf seine Bedeutung nachdrücklich hinzuweisen.

(3) Hält der Staatsanwalt eine Gefängnis- oder Einschließungsstrafe von nicht mehr als neun Monaten oder eine Haftstrafe für angemessen, so nimmt er in der Regel auch zu der Frage Stellung, ob die Voraussetzungen für eine Strafaussetzung zur Bewährung (§ 23 StGB) vorliegen. Vor allem erörtert er, ob eine Wiedereingliederung des Angeklagten in die Gemeinschaft ohne Strafvollzug aussichtsreich erscheint oder ob das öffentliche Interesse die Strafvollstreckung erfordert. Die Strafaussetzung zur Bewährung darf nicht schematisch angewandt werden; namentlich rechtfertigt der Umstand, daß der Angeklagte nicht vorbestraft ist, für sich allein die Strafaussetzung zur Bewährung nicht. Beantragt der Staatsanwalt die Straf-

aussetzung zur Bewährung, so schlägt er zugleich geeignete Auflagen nach § 24 StGB vor, wenn nicht Auflagen ausnahmsweise entbehrlich erscheinen.

(4) ...

(5) ...

Nr. 163

(Verfahren bei Strafbefehlen)

Prüfung durch den Richter

(1) Hält der Amtsrichter eine andere als die beantragte Strafe für angemessen, oder will er über die Strafaussetzung zur Bewährung abweichend vom Antrag des Staatsanwalts entscheiden, so ist es sachgemäß, wenn er nicht sofort Termin zur Hauptverhandlung anberaumt, sondern seine Auffassung dem Staatsanwalt darlegt und ihn um Äußerung bittet.

(2) Tritt der Staatsanwalt der Auffassung des Amtsrichters bei, so gibt er diesem die Akten mit einem entsprechenden Vermerk und dem abgeänderten Strafbefehlsentwurf zurück. Sonst erklärt er, daß er bei seinem Antrag beharre. Der Amtsrichter kann dann entweder von seinen Bedenken absehen, oder Termin zur Hauptverhandlung anberaumen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten sinngemäß, wenn der Amtsrichter eine weitere Aufklärung für nötig hält.

(4) Ist der Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls rechtskräftig zurückgewiesen, so soll der Staatsanwalt den Verletzten, der die Anzeige erstattet hat, benachrichtigen (vgl. Nr. 93 Abs. 4).

3. Die materiellrechtliche Regelung in Mitteldeutschland

Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches

— Strafrechtsergänzungsgesetz —

Vom 11. Dezember 1957

— GBl. I Nr. 78/1957 S. 643 —

Erster Teil

Ergänzung zum Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches

Bedingte Verurteilung

§ 1

(1) Eine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren kann bedingt ausgesprochen werden, wenn der Grad der Gesellschaftsgefähr-

lichkeit der Tat, die Umstände, unter denen sie begangen wurde, und das Verhalten des Täters vor und nach Begehung der Straftat dies rechtfertigen. Die bedingte Verurteilung bewirkt, daß die festgesetzte Strafe nur vollstreckt wird, wenn der Verurteilte während einer vom Gericht festzusetzenden Zeit von 1–5 Jahren (Bewährungszeit) eine neue Straftat begeht, für die eine mehr als dreimonatige Gefängnisstrafe ausgesprochen wird.

(2) Die bedingte Verurteilung erstreckt sich nicht auf Zusatzstrafen.

§ 2

Ist die Bewährungszeit abgelaufen, ohne daß die Bedingung für die Vollstreckung der Strafe eingetreten ist (§ 1 Absatz 1), so stellt das Gericht durch Beschluß fest, daß der Verurteilte als nicht bestraft gilt.

Öffentlicher Tadel

§ 3

(1) Der öffentliche Tadel soll den Täter durch die öffentliche Mißbilligung seines Verhaltens zur Erkenntnis der Verwerflichkeit und Gesetzeswidrigkeit seines Handelns führen und ihn dadurch zur verantwortungsbewußten Erfüllung seiner Pflichten anhalten.

(2) Der öffentliche Tadel wird durch die Urteilsverkündung ausgesprochen.

§ 4

Auch ohne besondere Androhung der Geldstrafe kann neben öffentlichem Tadel zusätzlich auf Geldstrafe erkannt werden, wenn dies zur Verstärkung der erzieherischen Wirkung geboten ist.

§ 5

(1) Öffentlicher Tadel kann in Gesetzen und Verordnungen für bestimmte Straftaten als Strafe allein oder wahlweise neben anderen Strafen angedroht werden.

(2) Wird neben Freiheitsstrafen öffentlicher Tadel wahlweise angedroht, so ist die Verurteilung zu dieser Strafe nur zulässig, wenn nach dem gesamten bisherigen Verhalten des Täters seine Erziehung zur Achtung der sozialistischen Gesetzlichkeit durch eine solche Strafe erreicht werden kann.

§ 6

Auf öffentlichen Tadel kann an Stelle einer Gefängnisstrafe auch bei Verletzung früher erlassener Strafgesetze unter den Voraussetzungen des § 5 Absatz 2 erkannt werden, wenn das verletzte Strafgesetz Gefängnis androht und nicht eine Mindeststrafe von mehr als einem Monat vorgesehen ist.

(Von den folgenden Vorschriften betrifft § 7 mittelbar die bedingte Verurteilung und den öffentlichen Tadel; in den §§ 8 und 9 kommt der Bewährungsgedanke besonders zum Ausdruck:)

§ 7

Öffentliche Bekanntmachung von Bestrafungen

(1) Das Gericht kann bei jeder Bestrafung die öffentliche Bekanntmachung anordnen, wenn sie zur Verstärkung der erzieherischen Wirkung, zur Einwirkung auf andere Bürger und zur Aufklärung der Bevölkerung geboten ist.

(2) Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt auf Kosten des Verurteilten. Die Art und Weise der Bekanntmachung bestimmt das Gericht.

Ausschluß der strafrechtlichen Verantwortlichkeit

§ 8

(1) Eine Straftat liegt nicht vor, wenn die Handlung zwar dem Wortlaut eines gesetzlichen Tatbestandes entspricht, aber wegen ihrer Geringfügigkeit und mangels schädlicher Folgen für die Deutsche Demokratische Republik, den sozialistischen Aufbau, die Interessen des werktätigen Volkes sowie des einzelnen Bürgers nicht gefährlich ist.

(2) Die Bestrafung einer solchen Handlung als Übertretung wird dadurch nicht berührt.

§ 9

Eine Bestrafung erfolgt nicht,

1. wenn zur Zeit der Durchführung des Strafverfahrens die Tat nicht mehr gesellschaftsgefährlich anzusehen ist, oder
2. wenn nach der Tat im gesamten Verhalten des Täters eine grundlegende Wandlung eingetreten ist, die erwarten läßt, daß er die sozialistische Gesetzlichkeit achten wird.

LITERATURVERZEICHNIS

- Acta conciliorum et epistolae decretales ac constitutiones summorum pontificum.* Hrsg.: Joann Harduinus. T. 1—11. — Paris 1714—1715.
- Allfeld, Philipp: Der bedingte Straferlaß. Festschr. der Univ. Erlangen f. Prinzregent Luitpold von Bayern, zum 80. Geburtstag. — Erlangen, Leipzig 1901.
- Anschütz, Georg: Die Intelligenz. Eine Einführung in die Haupttatsachen, die Probleme und die Methoden zu einer Analyse der Denktätigkeit. — Osterwied/Harz & Leipzig 1913.
- Psychologie. Grundlagen, Ergebnisse und Probleme der Forschung. — Hamburg (1953).
- Aschenheim, Eva-Brigitte: Psychologische Probleme der Beichte. — München, Phil. Diss. 1952 (Maschinenschr.)
- Augusti, Johann Christian Wilhelm: Denkwürdigkeiten aus der christlichen Archäologie. Bd 9. — Leipzig 1828.
- Bachem, Julius: Die bedingte Verurteilung = Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im kath. Deutschland. Vereinsschrift 1894, 1. — Köln 1894.
- Baronius, Caesar: *Annales ecclesiastici*. T. 1—11. — Venetiis 1705—1712.
- Barrelet, Horst: Das Rechtsinstitut der Probation des angelsächsischen Rechtes. Ein Beitrag zu einer Reform des deutschen Erwachsenen- und Jugendstrafrechts. — Hamburg, Jur. Diss. 1950 (Maschinenschr.)
- Barth, Karl: Rechtfertigung und Recht. — Zürich 1944.
- Der Römerbrief. — Zürich 1949.
- Bayer, Wilhelm: Die Vielfalt der Bibliotheken und die Einheit ihrer Aufgabe. In: *Mitteilungsblatt d. Verb. der Bibliotheken d. Landes NW*. N. F. Jg. 2 (1951), Nr. 1, S. 14—29.
- Beier, Walter: Die rechtliche Stellung des Gefangenen. — Hamburg, Jur. Diss. 1950 (Maschinenschr.)
- Benjamin, Hilde: Zu einem Entwurf zur Ergänzung des Strafgesetzbuches. In: *NJ* 1956, S. 321—324.
- Sozialistisches Strafrecht. In: *NJ* 1957, S. 785—790.
- Bergson, Henri: (*L'Évolution créatrice*, deutsch) Schöpferische Entwicklung. — Jena 1921.
- Berufsausbildung und Wehrdienst. Hrsg. unter fachlicher Mitw. des Berufskundlichen- und Fachbuch-Lektorats e. V. Hamburg-Altona. Stand Oktober 1957. 2. verb. Aufl. — (Bremen 1957).
- Biebl, Rudolf u. Rudolf Hiller: Zur Anwendung der neuen Strafarten in der Rechtssprechung. In: *NJ* 1958. S. 235—239.
- Bihlmeyer, Karl (Bearb.)
s. Funk, Franz Xaver von: Kirchengeschichte. 11. Aufl. 1940.
- Binding, Karl (Hrsg.)
s. *Handbuch*, Systematisches.
- Binterim, Anton Joseph: Die vorzüglichsten Denkwürdigkeiten der Christ-Katholischen Kirche aus den ersten, mittleren und letzten Zeiten. Bd 5. — Mainz 1829.

Bitter, Wilhelm (Hrsg.)

s. *Vorträge*.

Blank, Herbert: Rache oder Recht? Probleme des „Strafvollzuges“. In: *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft*. Jg. 23 (1951/52), S. 475—489.

Böhm, Viktor: Karl May und das Geheimnis seines Erfolges. Ein Beitrag zur Leserpsychologie. — Wien 1955.

Boertzler, Fritz: [Kurzbericht über den Stand der Bewährungshilfe in Bayern] in: *Bewährungshilfe*. Jg. 2 (1955/56), S. 175—178 (Arbeitstagung für Bewährungshilfe 1955).

Bohatec, Josef: Calvin und das Recht. — Feuding 1934.

Bornkamm, Guenter: Das Ende des Gesetzes. Paulusstudien. = Beiträge zur evang. Theologie. Bd 16. — München 1952.

Bruns, Hans-Jürgen: Die Strafaussetzung zur Bewährung. Ein Rückblick auf Rechtssprechung und Lehre seit dem Inkrafttreten der §§ 23 ff. StGB (n. F.). In: *GA* 1956, S. 193—240.

Brütt, Lorenz: Die Kunst der Rechtsanwendung. Zugleich ein Beitrag zur Methodenlehre der Geisteswissenschaft. — Berlin 1907.

Buber, Martin: Reden über Erziehung. — Heidelberg 1953.

Bundesanzeiger. Hrsg. vom Bundesminister der Justiz. Beilage 1954 ff. (Darin: Probleme der Strafrechtsreform. Arbeitsberichte der Großen Strafrechtskommission. 1. Bericht: Beil. zu Nr. 176 vom 14. 9. 1954). — Köln 1954 ff.

Burr, Viktor: Die Stellung der Universitätsbibliothek im Bildungswesen der Gegenwart. In: *Mitteilungsblatt d. Verb. der Bibliotheken d. Landes NW*. N. F. Jg. 3 (1952), Nr. 1, S. 15—20.

Caemmerer, Dora von: Probation. Aufbau und Praxis des englischen Systems der Bewährungshilfe. — München, Düsseldorf 1952. Zugl. = Hamburg, Jur. Diss. 1952.

Codex Justinianus s. *Corpus legum*.

Codex Theodosianus s. *Theodosiani libri XVI*.

Sacrorum Conciliorum nova et amplissima collectio. Ed.: Joannes Dominicus Mansi.

Tom. 10: Ab anno 590 usque ad annum 653 inclusive. — Florentiae 1764.

Tom. 18: Ab anno 885 usque ad annum 967 iam incaeptum. — Venetiis 1773.

Comenius, Johann Amos: (*Didactica magna*, deutsch) Große Didaktik. In neuer Übers. hrsg. v. Andreas Flitner. — (Düsseldorf & München 1954).

— (Festschr.) s. *Seiler*, Karl: Comenius.

Copei, Friedrich Otto: Der fruchtbare Moment im Bildungsprozeß. 2. Aufl., eingel. u. hrsg. von Hans Sprenger. — Heidelberg 1950.

Corpus legum ab imperatoribus romanis ante Justinianum latarum, quae extra constitutionum codices supersunt. Ed.: Gustav Haenel. 2 fasciculi. — Lipsiae 1857.

Corsten, Wilhelm (Hrsg.)

s. *Sammlung kirchlicher Erlasse*.

Cüppers, Josef: Bemerkungen zum Entwurf des 3. Strafrechtsänderungsgesetzes (Strafrechtsbereinigungsgesetz). In: *NJW* 1952, S. 993—997.

Dahlinger, Werner: Der Strafzweck in Geschichte und Gegenwart. — Tübingen, Jur. Diss. 1947 (Maschinenschr.)

- Dahs, Hans: (Buchbesprechung: Strafgesetzbuch mit Erl. ... von Ed. Dreher, Herm. Maassen. München u. Berlin 1956) in: NJW 1956, S. 255.
- Dalcke, Albert: Strafrecht und Strafverfahren. Eine Sammlung der wichtigsten Gesetze des Strafrechts und des Strafverfahrens mit Erl. ... begr. von A. Dalcke. 36. Aufl. von Ernst Fuhrmann u. Karl Schäfer. — Berlin 1955.
- Dallinger, Wilhelm: Gerichtsverfassung und Strafverfahren. In: JZ 1953, S. 432—442.
- Demski, Maria: Die Stellung des Richters bei der Anordnung der Bewährungsaussetzung nach den §§ 23, 24, 24 a StGB. — Münster, Jur. Diss. 1955 (Maschinenschr. vervielf.).
- Depenbrock, Johannes: Erwachsenen-Strafvollzug. Die rechtlichen Grundlagen des Erwachsenen-Strafvollzuges und ihre Auswirkungen auf die Arbeit, das Wahlrecht und den Rechtsschutz des Strafgefangenen. = Schriften zur Rechtslehre und Politik. Bd 24. — Bonn 1960. Zugl. = Münster, Jur. Diss. 1959.
- Diekamp, Franz: Brief an einen Sünder. Zur Geschichte des griechischen Bußwesens. In: Aus Ethik und Leben. Festschr. für Joseph Mausbach z. Vollendung d. 70. Lebensjahres. (7. Februar 1931). Münster 1931.
- Dreher, Eduard: Über die gerechte Strafe = Schriften der Süddeutschen Juristenzeitung. H. 5. — Heidelberg 1947.
- Die Vereinheitlichung von Strafen und sichernden Maßregeln. In: ZStrWiss Bd 65 (1953), S. 481—495.
- (Mitarb.) s. *Strafgesetzbuch*.
- Dulckei, Gerhard: Naturrecht und positives Recht bei Kant = Abhandl. der Rechts- u. Staatswiss. Fak. d. Univ. Göttingen. H. 14. — Lucka 1931. Zugl. = Göttingen, Jur. Diss. 1931.
- Dunker, Karl: Zur Psychologie des produktiven Denkens. — Berlin 1935.
- Eckels, H. H.: Strafaussetzung zur Bewährung und Gesamtstrafenbildung. In: NJW 1954, S. 1672—1674.
- Egner, Hans-Eberhard: Strafaussetzung zur Bewährung und Gnadenrecht. In: NJW 1953, S. 1859 f.
- Eichrodt, Walther: Theologie des Alten Testaments. T. 1: Gott und Volk. 3. Aufl. — Berlin 1948.
- Ellul, Jacques: (Le fondement théologique du droit, deutsch) Die theologische Begründung des Rechtes = Beiträge zur Evang. Theologie. Bd 10. — München 1948.
- Emge, Carl August: Einführung in die Rechtsphilosophie. Anleitung zum philosophischen Nachdenken über das Recht und die Juristen = Sammlung Die Universität. Bd 54. — Frankfurt a. M., Wien 1955.
- Erdborg, Robert von: Die Grundbegriffe der Volksbildung. In: Volksbildungsarchiv. Jg. 2 (1911), S. 357—388.
- Fahlgren, Karl Hjalmar: Šedākā, nahestehende und entgegengesetzte Begriffe im Alten Testament. — Uppsala, Theol. Diss. 1932.
- Fischer, Heinrich: Die bedingte Strafaussetzung. — Würzburg, Jur. Diss. 1927.
- Fischl, Otto: Der Einfluß der Aufklärungsphilosophie auf die Entwicklung des Strafrechts in Doktrin, Politik und Gesetzgebung und Vergleichung der

- damaligen Bewegung mit den heutigen Reformversuchen = Strafrechtliche Abhandlungen. H. 169. — Breslau 1913.
- Flik, Gotthilf: Ansatzmöglichkeiten der Psychologie in der Bewährungshilfe. Sonderdruck aus: PsychR Jg. 6 (1955), S. 172—187.
- Flitner, Andreas: Die politische Erziehung in Deutschland (1). Geschichte und Probleme 1750—1880. — Tübingen 1957.
- (Hrsg.) s. *Comenius*, Johann Amos: *Didactica magna*, deutsch.
- Flitner, Wilhelm: Die Theorie des freien Volksbildungswesens seit 75 Jahren. In: *Bildungsfragen der Gegenwart*. Festschr. f. Th. Bäuerle. Hrsg.: Franz Xaver Arnold (u. a.) — Stuttgart 1953.
- Die neue Fassung der methodischen Grundfrage. In: *Die Erziehung*. Jg. 5 (1930), S. 129 ff.
- Grund- und Zeitfragen der Erziehung und Bildung = *Erziehungswiss. Bücherei*. Reihe 4. — Stuttgart (1954).
- *Allgemeine Pädagogik*. 2. umgearb. Aufl. = *Erziehungswiss. Bücherei*. Reihe 4. — Stuttgart (1950).
- *Systematische Pädagogik*. Breslau 1933.
- *Theorie des pädagogischen Wegs und der Methode*. 2. Aufl. — Weinheim/Bergstr. (1953).
- Flückiger, Felix: *Geschichte des Naturrechts*. Bd 1: *Altertum und Frühmittelalter*. — Zollikon-Zürich 1954.
- Die Werke des Gesetzes bei den Heiden nach Römer 2, 14 ff. In: *TheolZ* Jg. 8 (1952), S. 17—42.
- Foerster, Friedrich Wilhelm: *Jugendlehre*. 61.—70. Taus. — Berlin 1912.
- *Schuld und Sühne*. Einige psychologische und pädagogische Grundfragen des Verbrecherproblems und der Jugendfürsorge. — München 1911.
- *Schule und Charakter*. Beiträge zur Pädagogik des Gehorsams und zur Reform der Schuld disziplin. 10. verm. u. umgearb. Aufl. — Zürich 1910.
- Forsthoff, Ernst: *Lehrbuch des Verwaltungsrechts*. 6. neubearb. Aufl. Bd 1: *Allg. Teil*. — München, Berlin 1956.
- Frey, Erwin: *Der frühkriminelle Rückfallsverbrecher*. *Criminalité précoce et récidivisme* = *Schweizerische criminalist. Studien*. Vol. 4. — Basel 1951.
- Friedländer, Ludwig: *Darstellungen aus der Sittengeschichte Roms in der Zeit von Augustus bis zum Ausgang der Antonine*. 9. Aufl. von Georg Wissowa. Bd 1. — Leipzig 1920.
- *Seneca, der Philosoph*. In: *HistZs.* Bd 85 (1900), S. 193—249.
- Frischeisen-Köhler, Max: *Bildung und Weltanschauung*. Eine Einf. in die pädag. Theorien = *Philos.-pädag. Bibliothek*. 2. — Charlottenburg 1921.
- *Philosophie und Pädagogik*. In: *Kantstudien*. Bd 22 (1917), S. 27—80.
- *Philosophie und Pädagogik* = *Kleine pädagogische Texte*. H. 20. — Berlin, Langensalza, Leipzig 1931.
- Frör, Kurt: *Erziehung und Kerygma*. Ein Beitr. zum Gespräch zwischen Erziehungswiss. und Theologie. = *Hilfsbücher f. d. kirchlichen Unterricht*. 7. — München 1952.
- Fuchs, Josef: *Lex Naturae*. Zur Theologie des Naturrechts. — Düsseldorf 1955.
- Fuhrmann, Ernst (Bearb.)
s. *Dalcke*, Albert: *Strafrecht*.

- Funk, Franz Xaver von: Kirchengeschichte auf Grund des Lehrbuches von F. X. von Funk neubearb. v. Karl Bihlmeyer. 11. Aufl. = Wiss. Handbibliothek (Reihe 1, 16). — Paderborn 1940.
- Gehlen, Arnold: Der Mensch, seine Natur und seine Stellung in der Welt. 5. unveränd. Aufl. — Bonn 1955.
- Gennrich, Alfred: Grundfragen der Seelsorge bei Schleiermacher. In: Evang.-luth. Kirchenzeitung. Jg. 5 (1951), S. 126—127.
- Gernhuber, Joachim: Strafvollzug und Unehrlichkeit. In: Zeitschr. d. Savigny — Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanist. Abt. Bd 74 (1957), S. 119—177.
- Gerson, Walter: Das Geltungsbedürfnis als pädagogisches Problem. In: Die Sammlung. Jg. 11 (1956), S. 258—269.
- Gerstner, Alois: Die Strafaussetzung zur Bewährung nach dem 3. Strafrechtsänderungsgesetz (Strafrechtsbereinigungsgesetz), §§ 23—25 StGB. — München, Jur. Diss. 1958 (Maschinenschr.)
- Geschichte der Wissenschaften. Neuere Zeit. Hrsg.: Histor. Komm. bei der Kgl. Akad. d. Wiss. Bd 18: Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft. 3. Abt., 1. Halbbd Text. Von Ernst Landsberg. — München 1898.
- [Gesetze:]
 AVAVG, BBG, Cod. Just., Cod. Theod., GG, JGG, RiStV, SGB, Soldatengesetz, StEG, StGB, StPO, WV (Abkürzungen s. Siglenverzeichnis, im Anhang. Siehe außerdem im Anhang: Die materiellrechtl. und die verfahrensrechtl. Vorschriften zur Strafaussetzung zur Bewährung in Übersicht, sowie die Konkordanz gesetzlicher Vorschriften und deren Erläuterung in der vorliegenden Untersuchung).
- Giertz, Bo: (Den stora lögnen och den stora sanningen, deutsch) Die große Lüge und die große Wahrheit. 15 Kap. über christl. Grundwahrheiten. — Göttingen 1947.
- Grabmann, Martin: Das Naturrecht der Scholastik von Gratian bis Thomas von Aquin. In: Arch. f. Rechts- u. Wirtschaftsphilos. Bd 16 (1922/23), S. 12—53.
- Grünhut, Max: (Literaturbericht) Nr. 16. In: ZStrWiss. 1951, S. 295 f.
- Gruhle, Hans Walter: Verstehen und Einfühlen. Gesammelte Schriften von H. W. Gruhle. — Berlin, Göttingen, Heidelberg 1953.
 — Verstehende Psychologie <Erlebnislehre>. — Stuttgart 1948.
- Guardini, Romano: Die Lebensalter. (Ihre ethische und pädagogische Bedeutung. 4. verm. Aufl.) = Weltbild und Erziehung. 6. — Würzburg (1957).
- Haeblerlin, Paul: Wege und Irrwege der Erziehung. Grundzüge einer allgemeinen Erziehungslehre. — Basel 1931.
- Häfner, Heinz: Schulterleben und Gewissen. Beitr. zu einer personalen Tiefenpsychologie. — Stuttgart (1956).
- Haenel, Gustav (Hrsg.)
 s. *Corpus legum*.
- Hamann, Andreas: Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1959. Ein Kommentar für Wiss. u. Praxis — (Berlin, Neuwied, Darmstadt 1956.)
- Handbuch Innere Führung. Hrsg.: Bundesministerium für Verteidigung, Führungsstab der Bundeswehr — B. (Bonn), September 1957.

- Systematisches Handbuch der deutschen Rechtswissenschaft. Unter Mitw. von ... hrsg. von Karl Binding. Abt. 1,4: Römisches Strafrecht von Theodor Mommsen. — Leipzig 1899.
- Hanselmann, Heinrich: Andragogik. Wesen, Möglichkeiten, Grenzen der Erwachsenenbildung. — Zürich (1951).
- Harduinus, Joann (Hrsg.)
s. *Acta conciliorum*.
- Harnisch, Ernst: Soziale Grundrechte und Grundpflichten. — Hamburg, Jur. Diss. 1952 (Maschinenschr.)
- Hartenstein, Gustav (Hrsg.)
s. *Herbart, Johann Friedrich: Sämtliche Werke*.
- Hartley, Eugene Leonhard: (Fundamentals of social psychology, deutsch) Die Grundlagen der Sozialpsychologie. Von E. L. Hartley und Ruth E. Hartley. (Übers. u. bearb. von Ursula Saar.) — Berlin (1955).
- Heckel, Johannes: Initia iuris ecclesiastici protestantium = Sitzungsberichte der Bayer. Akad. d. Wiss. Phil.-histor. Kl. 1949, 5. — München 1949.
— Lex Charitatis. Eine juristische Unters. über das Recht in der Theologie Martin Luthers. = Abhandlungen der Bayer. Akad. d. Wiss. Phil.-histor. Kl. N. F. 36. — München 1953.
- Hefele, Carl Josef von: Konziliengeschichte. 2. Aufl. Bd 1—6. — Freiburg i. Br. (1873—1890).
- Hehlmann, Wilhelm: Wörterbuch der Pädagogik. 4. vollst. neu bearb. Aufl. = Kröners Taschenausgabe. Bd 94. — Stuttgart 1953.
- Hellmer, Joachim: Die Strafaussetzung im Jugendstrafrecht. Berlin-Spandau, Neuwied, Darmstadt 1959.
- Hellwig, Albert: Die bedingte Aussetzung der Strafvollstreckung in Preußen. Erlaß der Preuß. Staatsregierung vom 2. Aug. 1920 nebst allg. Verfügung d. Justizmin. vom 19. Okt. 1920. — Berlin 1921.
— Die bedingte Aussetzung der Strafvollstreckung in Preußen und im Reich nach den am 1. Juni 1922 geltenden Bestimmungen. — Berlin 1922.
— Die kriminalpsychologische Seite des Karl-May-Problems. In: Karl-May-Jahrbuch. Jg. 3 (1920), S. 187—250.
— Kriminelle Anlagen bei Karl May? In: Natur und Gesellschaft. Jg. 7 (1919/20), S. 53—56.
- Hennke, H.: Aus der Rechtssprechung zu § 23 StGB. In: DRiZ Jg. 33 (1955), S. 3—5.
- Herbart, Johann Friedrich: Pädagogische Schriften in chronologischer Reihenfolge. Hrsg.: Otto Willmann. Bd 2. — Leipzig 1875.
— Sämtliche Werke. Hrsg.: Gustav Hartenstein. Bd 9. Schriften zur praktischen Philosophie. T. 2. — Leipzig 1851.
- Hergentröther, Josef: Handbuch der allgemeinen Kirchengeschichte. Neu bearb. von Johann Peter Kirsch. 6. unveränd. Aufl. Bd 1: Die Kirche in der antiken Kulturwelt. — Freiburg i. Br. 1924.
- Hildebrandt, Wolfgang: Die Bedeutung geistlicher Gerichtsbarkeit in weltlichen Angelegenheiten nach Gerichtsverfassungsgesetz § 15 Absatz 3. <Geschichte, Rechtsvergleichung, Bedeutung.> — Ohlau i. Schl. (1931). Zugl. = Freiburg i. Br., Jur. Diss. 1931.

- Hiller, Rudolf (Mitarb.)
s. Biebl, Rudolf: Strafarten.
- Hinschius, Paul: Das Kirchenrecht der Katholiken und Protestanten in Deutschland. Bd 1–6, Abt. 1: System des katholischen Kirchenrechts mit besonderer Rücksicht auf Deutschland. — Berlin 1869–1893.
- Hippel, Ernst von: Geschichte der Staatsphilosophie in Hauptkapiteln. 2. Aufl. Bd 1. 2. — Meisenheim am Glan 1955–1958.
- Hippel, Robert von: Deutsches Strafrecht. Bd 1: Allg. Grundlagen. — Berlin 1925.
— Tagesfragen. In: ZStrWiss. Bd 42 (1921), S. 197–204.
- Hirschberg, Max: Das Fehlurteil im Strafprozeß. Zur Pathologie der Rechtsprechung. — Stuttgart (1960).
- Hörmann, Josef: Untersuchungen zur griechischen Laienbeicht. Ein Beitr. zur allg. Bußgeschichte. — Donauwörth 1913.
- Holl, Karl: Enthusiasmus und Bußgewalt beim griechischen Mönchtum. — Leipzig 1898.
- Huebner, Margarete: Untersuchungen über das Naturrecht in der altchristlichen Literatur, besonders des Abendlandes, vom Ausgang des zweiten Jahrhunderts bis Augustin. — Bonn, Phil. Diss. 1918.
- Jacobi, Gerhard: Die Erziehbarkeit der Erwachsenen. In: Jahrbuch der Gefängnisges. f. d. Provinz Sachsen u. Anhalt. 40. — Halle/Saale 1924.
— Gerichtshilfe für Erwachsene. Von G. Jacobi u. Friedrich Tromp, und Der Sinn der Strafe. Von Berthold Freudenthal. 2. Aufl. = Jahrbuch der Gefängnisges. f. d. Provinz Sachsen u. Anhalt. 41. — Halle/Saale 1925.
- Jacoby, Heinrich: Grundlagen einer schöpferischen Musikerziehung. In: Die Tat. Wege zum freien Menschentum. Jena. Bd 13 (1922), S. 889–909.
— Voraussetzungen und Grundlagen einer lebendigen Musikkultur. In: Zeitschr. f. Ästhetik u. allg. Kunstwiss. Bd 19 (1925), S. 281–336.
- Jagusch, Heinrich: Über die Strafaussetzung zur Bewährung (<§§ 23–25 StGB>). In: JZ 1953, S. 688–690.
— (Hrsg. u. Bearb. von § 23/III StGB)
s. *Strafgesetzbuch* (Leipziger Kommentar).
- James, William: The Varieties of religious experience. A study in human nature. (Reprint.) — New York o. J. (um 1950).
- Jauch, Rolf: Bedingte Verurteilung und bedingte Entlassung. In: Materialien zur Strafrechtsreform. Bd 2, 1: Rechtsvergleichende Arbeiten. Allg. Teil. — Bonn 1954, S. 125–148.
— Bedingte Verurteilung und bedingte Entlassung im ausländischen Recht. — Tübingen, Jur. Diss. 1953 (Maschinenschr.)
- Jellinek, Georg: Allgemeine Staatslehre. 3. Aufl., durchges. u. erg. v. Walter Jellinek. — Berlin 1922.
- Jörs, Paul s. *Recht*, Römisches.
- Josef, Konrad Günther: Gemütspflege bei schwererziehbaren Kindern durch einfaches Musizieren. — Zürich, Phil. Diss. 1958.
- Junker: Über das Gnadenwesen, insbesondere über den Beauftragten für Gnadensachen und über die bedingte Strafaussetzung der Gerichte. In: ZStrWiss. Bd 63 (1951), S. 428–455.

- Kant, Immanuel: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. Hrsg.: Karl Vorländer. 6. Aufl. = Philos. Bibliothek. (Neue Ausg.) 41. — Leipzig 1925.
- Kritik der reinen Vernunft. Hrsg.: Julius Hermann von Kirchmann. 7. Aufl. = Kant: Sämtl. Werke. Bd 1. Zugleich = Philos. Bibliothek. Bd 2. — Heidelberg 1891.
- Kapp, Alexander: Platons Erziehungslehre, als Pädagogik für die Einzelnen und als Staatspädagogik, oder dessen praktische Philosophie. Aus den Quellen dargest. — Minden & Leipzig 1833.
- Kármán, Elemér von: Einführung in die Kriminalpädagogik. (T. 1. 2.) = Pädagog. Reihe. Bd 20. 21. — München, Leipzig 1923.
- Kaßner, Rudolf: Das neunzehnte Jahrhundert. Ausdruck und Größe. — Erlenbach-Zürich (1947).
- Keilhacker, Martin: Pädagogische Psychologie. 2. erw. Aufl. — Regensburg 1950.
- Kempe, Fritz: Der Film in der Jugend- und Erwachsenenbildung. 1.—5. Taus. = Schriftenreihe d. Inst. f. Film und Bild in Wissenschaft u. Unterricht. — Seebuck/Chimsee 1952.
- Kirsch, Johann Peter (Bearb.)
s. Hergenröther, Josef: Handbuch.
- Klees, Karl-Friedrich: Das Wesen der Gnade und ihre Stellung im geltenden Recht. — Köln, Jur. Diss. 1953 (Maschinenschr.)
- Klein, Friedrich (Bearb.)
s. Mangoldt, Hermann von: Das Bonner Grundgesetz.
- Kleinknecht, Theodor: Kommentar zur Strafprozeßordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz. Hrsg.: Th. Kleinknecht, Hermann Müller, Leonhard Reitberger, 3. neu bearb. u. erw. Aufl. — Darmstadt (usw.) 1954. (KMR — Kommentar.)
- Kommentar zur Strafprozeßordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz. Von Th. Kleinknecht, Herm. Müller, mitbegr. von Leonh. Reitberger. 4. neu bearb. u. erw. Aufl. — Darmstadt (usw.) 1958.
- Kober, Franz: Die Deposition und Degradation nach den Grundsätzen des kirchlichen Rechts historisch-dogmatisch dargestellt. — Tübingen 1867.
- Koch, Hugo: Zur Geschichte der Bußdisziplin und Bußgewalt in der orientalischen Kirche. In: Hist. Jahrbuch der Görresgesellschaft. Bd 21 (1900), S. 58—78.
- Kohl, Robert: Die Grundlagen von Liebe und Gnade in der Strafrechtspflege. — Tübingen, Jur. Diss. 1951 (Maschinenschr.)
- Kornemann, Ernst: Weltgeschichte des Mittelmeer-Raumes von Philipp II von Makedonien bis Muhammed. Hrsg.: Hermann Bengtson. Bd 1. 2. — München 1948—1949.
- Krause, Werner: Die Berechtigung des Erziehungsgedankens beim Vollzug der Freiheitsstrafe unter besonderer Berücksichtigung der Erziehbarkeit erwachsener Strafgefangener. — Hamburg, Jur. Diss. 1951 (Maschinenschr.)
- Krauss, F. A. Karl: Im Kerker vor und nach Christus. Schatten und Licht aus dem profanen und kirchlichen Kultur- und Rechtsleben vergangener Zeiten. — Freiburg i. Br., Leipzig 1895.
- Kretschmer, Wolfgang: Psychologische Weisheit der Bibel = Dalp-Taschenbücher. 317. — München (1955).

- Kriek, Ernst: Philosophie der Erziehung. 1. u. 2. Taus. — Jena 1922.
- Kroh, Oswald: Revision der Erziehung. — Heidelberg 1952.
- Erziehung im Heere. Ein Beitr. zur Nationalerziehung der Erwachsenen. = Pädagog. Untersuchungen. Reihe 3. H. 1. = Fr. Mann's Pädagog. Magazin. H. 1091. — Langensalza 1926.
- Kroschel, Theodor: Die Abfassung der Urteile in Strafsachen. Bearb. v. Karl Doerner, 18. verb. Aufl. — Berlin, Frankfurt a. M. 1957.
- Krueger, Felix: Zur Philosophie und Psychologie der Ganzheit. Schriften aus den Jahren 1918—1940. Hrsg.: Eugen Heuss. — Berlin, Göttingen, Heidelberg 1953.
- Krüger, Gerhard: Zur Anwendung des § 346 StPO. In: NJ 1957, S. 105 f.
- Krüger, Hans: Kriminalpsychologie — ein neues Arbeitsgebiet der Psychologie? In: PsychR Jg. 1 (1949/1950), S. 251—255.
- Kunkel, Wolfgang (Bearb.)
s. *Recht*, Römisches.
- Kunze, Horst: Bibliotheksverwaltungslehre = Lehrbücher f. d. Nachwuchs an wissenschaftl. Bibliotheken. Bd 1. — Leipzig 1956.
- Kunzemann, Werner: Das Erwachen und die Entwicklung des religiösen Bewußtseins. — Innsbruck, Phil. Diss. 1952 (Maschinenschr.)
- Lackner, Karl: Die Strafaussetzung zur Bewährung und die bedingte Entlassung. In: JZ 1953, S. 428—432.
- Lahn, Lothar: Das Tätermotiv im Strafrecht. — Hamburg, Jur. Diss. 1949 (Maschinenschr.)
- Landsberg, Ernst (Mitarb.)
s. *Geschichte der Wissenschaften*.
- Lange, Richard: Das Dritte Strafrechtsänderungsgesetz (Strafrechtsbereinigungsgesetz). In: NJW 1953, S. 1161—1165.
- Lattke, Herbert: Soziale Arbeit und Erziehung. Ihre Ziele, Methoden und psychol. Grundlagen. — Freiburg i. Br. 1955.
- Leclercq, Henri: Elections épiscopales. In: DictAC T. 4, 2. Sp. 2618—2652.
- Lersch, Philipp: Der Mensch in der Gegenwart. — München 1947. (Ernst Reinhardt Bücherreihe.)
- Levy, Ernst: Die römische Kapitalstrafe = Sitzungsberichte der Heidelberger Akad. d. Wiss. Phil.-hist. Kl. 1930/31. 5. — Heidelberg 1931.
- Leyh, Georg: Randbemerkungen zum volkstümlichen Bibliothekswesen. In: G. Leyh: Aus 40 Jahren Bibliotheksarbeit = Beiträge zum Buch- u. Bibliothekswesen. 3. — Wiesbaden 1954.
- Lexikon der Pädagogik. Hrsg.: Dt. Institut f. Wiss. Päd., Münster u. Institut f. Vergl. Erziehungswiss., Salzburg. Unter Mithilfe folg. Facharbeiter: Josef Dolch (u. a.) Schriftl.: Heinr. Rombach. (Bd 1—4) — Freiburg: Herder (1952—1955).
- Lichtenstein, Ernst: Zur Metaphysik der pädagogischen Verantwortung. Antrittsvorl. bei Übern. d. Professur f. Päd. an der Univ. Erlangen am 5. 7. 1952. In: Päd. Rundschau Jg. 7 (1952/53), S. 49—57.
- Vom Sinn der erzieherischen Situation. In: Vierteljahresschr. f. wiss. Päd. Jg. 31 (1955), S. 22—34.

- Liermann, Hans: Zur Geschichte des Naturrechts in der Evangelischen Kirche. In: Festschrift, Alfred Bertholet zum 80. Geburtstag gew. von Kollegen und Freunden. Hrsg.: Walter Baumgartner (u. a.) — Tübingen (1950).
- Oekumene als rechtliche Erscheinung. In: Evng.-luth. Kirchenzeitung. Jg. 5 (1951), S. 117—120.
- Die Kirche, die Kirchen und der Ökumenische Rat der Kirchen. Die ekklesiologische Bedeutung des Ökumenischen Rates der Kirchen. In: Evng.-luth. Kirchenzeitung. Jg. 5 (1951), S. 120—122.
- Liehnert, Karl Michael: Der Rechtsbegriff in der Summa De bono des hl. Albertus Magnus. — Köln, Jur. Diss. 1954 (Maschinenschr.)
- Lindemann, Wilfred: Bewährung und Bewährungshilfe im Deutschen Strafrecht. — Köln, Jur. Diss. 1955 (Maschinenschr.)
- Linhardt, Robert: Die Sozialprinzipien des heiligen Thomas von Aquin. Aus den Quellen erarb. — Freiburg 1932.
- Liszt, Franz von: Bedingte Verurteilung und bedingte Begnadigung. In: VD AT Bd 3, S. 1—90. — Berlin 1908.
- Kriminalpolitische Aufgaben.
 (2): Die kurzzeitige Freiheitsstrafe. In: ZStrWiss Bd 9 (1889), S. 737—782.
 (3): Die Umgestaltung unseres Strafsystems. In: ZStrWiss Bd 10 (1890), S. 51—83.
- Litt, Theodor: Das Bildungsideal der deutschen Klassik und die moderne Arbeitswelt = Schriftenreihe der Bundeszentrale f. Heimatdienst. H. 15 — (Bonn 1955.)
- Die Methodik des pädagogischen Denkens. In: Kant-Studien. Bd 26. Berlin 1921.
- Livingstone, Richard Winn Sir: (The Future in education, deutsch) Zukunft der Erziehung. — Bonn (1949.)
- Loebell: Die bedingte Verurteilung. In: GA Bd 38 (1891), S. 20—42.
- Luther, Martin: Von der Freyhey eyñß Christen menschen. 1520. In: Mart. Luthers Werke. Krit. Gesamtausg. Bd 7. — Weimar 1897, S. 20—38.
- (De servo arbitrio, deutsch) Vom unfreien Willen. Eine Kampfschr. gegen den Mythos aller Zeiten aus dem Jahre 1525. Nach dem Urtext neu verdeutsch von Otto Schumacher — Das Wort der Reformation. 2. — Göttingen 1937.
- Tischreden. In: Mart. Luthers Werke. Krit. Gesamtausg. Bd 3. — Weimar 1914.
- Luther, Wilhelm Martin: Die Bibliotheksbenutzung. In: Handbuch der Bibliothekswissenschaft. Begr. von Fritz Milkau. 2. verm. u. verb. Aufl. Hrsg.: Georg Leyh. Bd 2. — Wiesbaden 1959 (S. 357—507).
- Maassen, Hermann: Erste Zweifelsfrage zum Strafrechtsbereinigungsgesetz. In: MDR 1954, S. 1—5.
- (Mitarb.) s. *Strafgesetzbuch*.
- Makarenko, Anton Semenovič: Werke. Bd 5. — Berlin (1956.)
- Mangoldt, Hermann von: Bonner Grundgesetz. <Kommentar>. Erl. 2. neu bearb. u. verm. Aufl. von Friedr. Klein. Bd 1. — Berlin, Frankfurt a. M. 1957.
- Mansi, Joannes Dominicus (Hrsg.)
 s. *Collectio, Sacrorum Conciliorum*.

- Materialien** zur Strafrechtsreform. Bd 2, 1: Rechtsvergleichende Arbeiten. Allg. Teil. — Bonn 1954.
- Maurach**, Reinhart: Deutsches Strafrecht. Allg. T. — Karlsruhe 1954.
- Mayer**, Paulus Mart. (Hrsg.)
s. *Theodosiani libri*.
- Meister**, Hans-Georg: Mängel der neuen §§ 23 ff. StGB. In: DRiZ Jg. 31 (1953), S. 218—219.
- Melsheimer**, Ernst: Sozialistische Gesetzlichkeit im Strafverfahren. In: NJ 1956, S. 289—296.
— Das Strafrechtsänderungsgesetz — ein Gesetz der sozialistischen Demokratie. In: NJ 1958, S. 41—49.
- Meng**, Heinrich (Hrsg.)
s. *Prophylaxe*, Die, des Verbrechens.
- Meng**, Heinrich: Zwang und Freiheit in der Erziehung. 2. erw. Aufl. = Bücher des Werdenden. Reihe 2, 1. — Bern 1953.
- Meurer**, Christian: Die rechtliche Natur der Pönitenzen der katholischen Kirche in historischer Entwicklung. In: Arch. f. kathol. Kirchenrecht. Bd 49. N. F. Bd 43 (1883), S. 177—217.
- Metzger**, Wolfgang: Psychologie = Wissenschaftl. Forschungsberichte. Naturwiss. R. Bd 52. — Darmstadt 1954.
- Meyer**, Hans: Thomas von Aquin. Sein System und seine geistesgesch. Stellung. — Bonn 1938.
- Migne**, Jaques Paul: Patrologiae Cursus Completus, sive bibliotheca universalis ... omnium SS. Patrum, Doctorum, Scriptorumque Ecclesiasticorum qui ab aevo Apostolico ad usque Innocentii III. tempora floruerunt ... Series (Latina) prima. 221 tom. — Parisiis 1844—1864.
— Patrologiae Cursus Completus ... Series Graeca. 162 tom. — Lutetiae Parisiorum 1857—1866.
- Mittelbach**, Hans: Zur Frage einer Neuregelung des Gnadenrechts. In: NJW 1951, S. 96—99.
— Die Strafaussetzung zur Bewährung durch den Richter. In: JR 1955, S. 5—8.
- Möhlenbrock**, S.: Die Bücherei als Mittelpunkt der städtischen Kulturpflege. In: Mitteilungsblatt d. Verb. der Bibliotheken des Landes NW. N. F. Jg. 6 (1955), Nr. 1, S. 13—20.
- Moers**, Martha: Die Entwicklungsphasen des menschlichen Lebens. Eine psychol. Studie als Grundlage d. Erwachsenenbildung. — Ratingen (1953.) (Kronenburger Schriften.)
- Momm sen**, Theodor (Mitarb.)
s. *Handbuch*, Systematisches, der dt. Rechtswiss.
— (Hrsg.) s. *Theodosiani libri* XVI.
- Musik** in der Medizin. Beiträge zur Musiktherapie. Hrsg.: H. R. Teirich. — Stuttgart 1958.
- Niemax**, Hans: Antike Humanität im Kampfe mit römischem Gefängniselend. — Neubrandenburg 1933. Zugl. = Rostock, Phil. Diss. 1933.
- Nohl**, Hermann: Pädagogik aus dreißig Jahren. — Frankfurt a.M. 1949, besonders S. 161—172 (Der Sinn der Strafe) und S. 173—180 (Die Pädagogik der Verwahrlosten).

- Nüse, Karl-Heinz: Zum Entwurf eines Strafrechtsbereinigungsgesetzes. In: JR 1952, S. 423—427.
- Oetker, Friedrich von: Rechtsgüterschutz und Strafe. In: ZStrWiss. Bd 17 (1897) S. 493—589.
- Strafe und Lohn. In: Der Gerichtssaal Bd 70 (1907), S. 321—369.
- Overbeck, Alfred von: Grundlagen und Grundfragen der Strafrechtsreform. In: Jahresbericht der Görres-Ges. z. Pflege der Wiss. im kathol. Deutschland. 1927/28. Anhang. Köln 1929.
- Patzelt, Erna: Die karolingische Renaissance = Deutsche Kultur. Histor. Reihe 1. — Wien 1924.
- Pauly, August s. *Realenzyklopädie*, August Paulys.
- Petermann, Bruno: Wesensfragen seelischen Seins. Eine Einf. in das mod. psychol. Denken. — Leipzig 1938.
- Peters, Karl: Die kriminalpolitische Stellung des Strafrichters bei der Bestimmung der Strafrechtsfolgen. — Berlin 1932.
- Kriminalpädagogik. In: Lexikon der Pädagogik (Bd 1—4). — Freiburg: Herder 1952—1954.
- Petzelt, Alfred: Grundzüge systematischer Pädagogik. 2. Aufl. — Stuttgart 1955.
- Pfenninger, Hans Felix: Bedingte Verurteilung oder bedingter Strafvollzug im Schweizerischen Strafrecht. In: Schweizerischer Juristentag 1928. Festgabe der rechts- u. staatswiss. Fakultät der Univ. Zürich. — Zürich 1928.
- Die Zürcherische Strafprozeßreform. In: SchwZStr. Jg. 32 (1919), S. 340 ff.
- Picht, Werner: Im Kampf um die Erwachsenenbildung 1912—1926. Von W. Picht u. Eugen Rosenstock. = Schriften für Erwachsenenbildung. Bd 1. — Leipzig 1926.
- Planitz, Hans: Deutsche Rechtsgeschichte. — Graz 1950.
- Pöggeler, Franz: Einführung in die Andragogik. Grundfragen der Erwachsenenbildung. = Beiträge zur Erwachsenenbildung (Bd 1). — Ratingen b. Düsseldorf (1957.)
- Pontvik, Aleks: Grundgedanken zur psychischen Heilwirkung der Musik. Unter bes. Berücks. der Musik von J. S. Bach. — Zürich 1948.
- Preiser: Zwei Grundfragen der Strafaussetzung zur Bewährung. In: NJW 1956, S. 1221—1224.
- Das öffentliche Interesse an der Strafvollstreckung (§ 23 Abs. 3 Ziff. 1 StGB). In: NJW 1956, S. 1009—1014.
- Previté-Orton, Charles William: Marsilius of Padua. — London (1935).
- Die Prophylaxe des Verbrechens = Psychohygiene. 8/9. Hrsg.: Heinrich Meng. — Basel 1948.
- Radbruch, Gustav: Rechtsphilosophie. 4. Aufl. nach d. Tode des Verf. besorgt und biogr. eingel. von Erik Wolf. — Stuttgart (1950.)
- Raederscheidt, Georg: Andragogik. Erwachsenenbildung. In: Lexikon der Pädagogik. In 4 Bdn. — Freiburg: Herder 1952—1954.
- Raybold, Sidney Griffith: The English Universities and adult education. — London 1951.

- (August) Pauly's Realenzyklopädie der klassischen Altertumswissenschaft. Neue Bearb. unter Mitw. zahlr. Fachgenossen hrsg. von Georg Wissowa. — Stuttgart 1893 ff.
- Römisches Recht. Römisches Privatrecht. Auf Grund des Werkes von Paul Jörs neu bearb. v. Wolfgang Kunkel. Abriß des röm. Zivilprozeßrechts v. Leopold Wenger. 3. Aufl. = Enzyklopädie d. Rechts- u. Staatswiss. Abt. Rechtswiss. 2, 3. — Berlin, Göttingen, Heidelberg 1949.
- Reimer, Ulrich: Rechtsstaatliche Garantien im Strafvollzug. — Hamburg, Jur. Diss. 1955 (Maschinenschr.)
- Reiner, Hans: Die „Goldene Regel“. Die Bedeutung einer sittl. Grundformel der Menschheit. In: Zs. f. philos. Forschung. Bd 3 (1948), S. 74—105.
- Reiwald, Paul: Die Gesellschaft und ihre Verbrecher = Internationale Bibliothek für Psychol. u. Soziologie. Bd 5. — Zürich (1948.)
- [Richtlinien der VELKD:]
 Ordnung des kirchlichen Lebens. Erarb. vom Ausschuß f. Gemeindeaufbau der VELKD unter Leitung v. Bischof Wester.
 XI: Von der Aufnahme und dem Austritt Erwachsener.
 XII: Von der Zucht in der Gemeinde.
 In: Evang.-luth. Kirchenzeitung. Jg. 5 (1951), S. 125.
- Roesen, Anton: Das öffentliche Interesse bei der Strafaussetzung zur Bewährung. In: NJW 1954, S. 866 f.
- Rosenstock, Eugen (Mitarb.)
 s. *Picht*, Werner: Im Kampf um die Erwachsenenbildung.
- Rosenfeld, Ernst: Welche Strafmittel können an die Stelle der kurzzeitigen Freiheitsstrafe gesetzt werden? = Abhandlungen des kriminalistischen Seminars. Bd 2, 2. — Berlin 1890.
- Ruprecht, Werner: Der Rechtsschutz des Strafgefangenen unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Beschwerdebefugnisse im Lande NRW. <Zugleich ein Beitrag zur Strafvollzugsreform.> — Köln, Jur. Diss. 1957 (1958) (Maschinenschr.)
- Sammlung kirchlicher Erlasse, Verordnungen und Bekanntmachungen für die Erzdiözese Köln. Zsgest. u. hrsg. v. Wilhelm Corsten. Amtl. Ausg. — Köln 1929—1935, nebst Erg. Bd 1929—1935.
- Sander, Richard: Die Landesbibliotheken und ihre Aufgaben. In: ZfB Jg. 54 (1937), S. 485—498.
- Sarstedt, (Buchbesprechung), in: NJW 1959, S. 539.
- Sauer, Wilhelm: Die Strafe als Steigerung von Pflichten. In: Der Gerichtssaal. Bd 97 (1928), S. 27—43.
- Savigny, Friedrich Carl von: System des heutigen Römischen Rechts. Bd 1. — Berlin 1840.
- Schäfer, Karl (Bearb.)
 s. *Dalcke*, Albert: Strafrecht und Strafverfahren.
- Schalscha, Erich: 10 Monate Gefängnis und § 23 StGB. In: DRiZ 1956, S. 11.
- Schaub, Gottfried: Erziehung zur Arbeit. — Basel 1945.
- Scheler, Max: Der Formalismus in der Ethik und die materiale Wertethik. 3. unveränd. Aufl. — Halle 1927. In: Jahrbuch f. Philos. und phänomenol. Forsch. 1. 2.

- Schellbach, Oscar: Mein Erfolgssystem. Positive Lebensführung in Theorie und Praxis. 18. Aufl. — Baden-Baden 1959.
- Scheuerl, Hans: Untersuchungen über das Wesen des Spiels, seine pädagogischen Möglichkeiten und Grenzen. — Hamburg, Phil. Diss. 1952 (Maschinenschr.)
- Schilling, Otto: Die Staats- und Soziallehre des hl. Augustinus. — Freiburg i. Br. 1910.
- Schmidt, Eberhard: Eröffnungsansprache auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft zur Reform des Strafvollzuges in Wolfenbüttel am 5. April 1951. In: ZStrWiss. Bd 64 (1952), S. 1—16.
- Schmitt, Carl: Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens. — Hamburg 1934. (Schriften der Akademie für Deutsches Recht.)
- Politische Theologie. 2. Ausg. — München, Leipzig 1934.
- Schmitz, Hermann Josef: Die Bußbücher und die Bußdisziplin der Kirche. Nach handschriftl. Quellen dargest. — Mainz 1883.
- Die Gefängnisstrafe in ihrer Beziehung zur Bußdisziplin. In: Der Katholik. Jg. 64 (1884). 1. Hälfte. Mainz 1884, S. 484—509 und S. 603—629.
- Schöllgen, Werner: Aktuelle Moralprobleme. — Düsseldorf (1955.)
- Schönfeld, Walther: Über die Heiligkeit des Rechts. — Göttingen (1957.)
- Grundlegung der Rechtswissenschaft. (2. völlig umgearb. Aufl. d. Buches Die Geschichte der Rechtswiss. im Spiegel der Metaphysik.) — Stuttgart u. Köln 1951.
- Schönke, Adolf: Strafgesetzbuch. Kommentar. Fortgef. v. Horst Schröder. 8. neu bearb. Aufl. — München, Berlin 1957.
- Schoeps, Hans-Joachim: Der moderne Mensch und die Verkündigung der Religionen. 2. Aufl. — Frankfurt a. M., Berlin (1948.)
- Schröder, Horst: Bedingte Verurteilung. In: NJW 1952, S. 6—10.
- (Bearb.) s. Schönke, Adolf: Strafgesetzbuch.
- Schubart, Wilhelm: Justinian und Theodora. — München (1943.)
- Schulz, Georg: Die Rechte des Angeklagten im Strafverfahren = Kesslers Schriften f. d. Praxis des Rechts u. der Wirtschaft. H. 4. — Mannheim (1953.)
- Schweitzer, Albert: Kulturphilosophie. T. 2: Kultur und Ethik. — München (1924.)
- Seiler, Karl: Die Arbeitsschule. Ihre psychol. Begründung. — Nürnberg (1948.)
- Comenius und die Erziehung von heute. In: Johann Amos Comenius 1657/1957. (Verf.: Heinr. Kunstmann, Karl Seiler.) Festschr. zur Comenius-Feier der Stadt Nürnberg am 16. Juni 1957 ... — (Nürnberg 1957).
- Der Erziehungsstaat Karls des Großen. Einrichtungen, Grundgedanken, letzte Ziele. — Erlangen 1937 (Zugl. Habil.-Schr.)
- Gesamtunterricht im Neubau der Schule = Erziehungswissenschaftl. Bücherei. Reihe 3. — Stuttgart (1950.)
- Die Schule als Kinderheimat. Unter Mitarb. v. Wilhelm Hauenstein (u. a.) = Blätter f. Lehrerfortbildung. Beih. 6. — Nürnberg 1952.
- „Ich bin ja so in dich verliebt“. Gedanken zur Psychologie des ehelichen Zusammenlebens. In: Unser Weg in die Ehe. Hrsg.: Hans Schmidt. H. 2. — München (1955.)
- Sieverts, Rudolf: Die Wirkungen der Freiheitsstrafe und Untersuchungshaft auf die Psyche der Gefangenen = Hamburgische Schriften zur gesamten

- Strafrechtswissenschaft. H. 14. — Mannheim, Berlin, Leipzig 1929. Zugl. = Hamburg, Jur. Diss. 1928 (1930).
- Singer, S.: Die karolingische Renaissance. In: German.-Roman. Monatsschr. Heidelberg Bd 13 (1925), S. 187—202 und S. 243—58.
- Spiller, Ferdinand: Medizinisch begründete Überlegungen und Voraussetzungen zum Institut der bedingten Verurteilung. — Zürich, Med. Diss. 1920.
- Spranger, Eduard: Zur Psychologie der Bildsamkeit der Erwachsenen. In: Bildungsfragen der Gegenwart. Hrsg.: Franz Arnold (u. a.), (Theodor Bäuerle zu s. 70. Geburtstag am 16. Juni 1952 ... dargeboten.) — Stuttgart 1953.
- Lebensformen. Geisteswissenschaftl. Psychol. u. Ethik der Persönlichkeit. 2. völlig neu bearb. u. erw. Aufl. — Halle 1925.
- Stählin, Wilhelm: Menschenführung als Aufgabe der Kirche. In: Kirche und Menschenbildung. (Verf.: Karl Bernhard Ritter u. Wilhelm Stählin). 2 Votr. — Eckartsberga 1933.
- Stahl, Friedrich Julius: Die Philosophie des Rechts. Bd 2, 1. 2: Rechts- und Staatslehre auf der Grundlage christl. Weltanschauung. 3. Aufl. — Heidelberg 1856.
- Staffelbach, Georg: Die Vereinigung mit Christus als Prinzip der Moral bei Paulus — Freiburger theol. Studien. 34. — Freiburg 1932.
- Steinhausen, Georg: Einiges über die Aufgaben der Landesbibliotheken und wissenschaftlichen Stadtbibliotheken. In: ZfB 39 (1922), S. 256—270.
- Strafgesetzbuch. Mit Erl. u. den wichtigsten Nebengesetzen. Von Ed. Dreher, Herm. Maassen. 2. neu bearb. Aufl. — München u. Berlin 1956.
- Strafgesetzbuch <Leipziger Kommentar.> Begr. v. Ludw. Ebermayer, Ad. Lobe, Werner Rosenberg; fortgef. v. Joh. Nagler. 8. neu bearb. Aufl. Hrsg.: Heinrich Jagusch u. Edmund Mezger gemeinschaftl. mit ... Bd 1: Einl. u. §§ 1—152. — Berlin 19(56)—1957. (Großkommentare der Praxis.)
- Stree, Walter: Deliktsfolgen und Grundgesetz. Zur Verfassungsmäßigkeit der Strafen und sonstigen strafrechtlichen Maßnahmen. — Tübingen 1960. (Ergänzte Jur. Habil.-Schr., Tübingen)
- Stromberg, Eberhard: Beiträge zur Geschichte der Seelsorge in der Strafrechtspflege. — Hamburg, Jur. Diss. 1953 (1954) (Maschinenschr.)
- Stumpf, Karl: Abgrenzung der Vollstreckung und des Vollzugs der Strafen und der mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregeln der Besserung und Sicherung. Ein Beitr. z. Klärung. In: Blätter für Gefängniskunde. Bd 64, H. 1. Heidelberg 1933.
- Süsterhenn, Adolf: Kommentar zur Verfassung für Rheinland-Pfalz. Mit Berücks. d. Grundges. f. d. Bundesrepublik Deutschland. Von A. Süsterhenn u. Hans Schäfer. — Koblenz (1950.)
- Theodosiani libri XVI [Theodosius II. Imperator: Codex] cum constitutionibus Sirmondianis et leges novellae ad Theodosianum pertinentes consilio et auctor. Acad. litt. regiae boruss. ed. Theod. Mommsen et Paulus Mart. Mayer. Vol. 1. 2. — Berolini 1905.
- (Thomas de Aquino:)
Die deutsche Thomas-Ausgabe. Summa theologica. (Lat. u. deutsch). Vollst. ungek. dt.-lat. Ausg. Übers. von Dominikanern und Benediktinern Deutsch-

- lands u. Österreichs. Hrsg.: Kath. Akademikerverb. Bd 1. Salzburg (usw.) (1933.)
- Bd 18: Recht und Gerechtigkeit. (Kommentiert von Arth. Fridol. Utz. II—II, 57—79.) — Heidelberg (usw.) 1953.
- Bd 20: Tugenden des Gemeinschaftslebens II—II, 101—122. 1943.
- Thomae, Hans: Über Daseinstechniken sozial auffälliger Jugendlicher. In: PsychForsch. Bd 24 (1952/53), S. 11—33.
- Die biographische Methode in den anthropologischen Wissenschaften. In: Stud.-Gen. Jg. 5 (1952/53), S. 163 ff.
- Tillich, Paul: (Systematic Theology, deutsch) Systematische Theologie. Bd 1. — Stuttgart (1955.)
- Tromp, Friedrich (Mitarb.)
s. Jacobi, Gerhard: Gerichtshilfe.
- Uhlhorn, Gerhard: Die christliche Liebestätigkeit in der alten Kirche. Bd 1—3. — Stuttgart 1882—1890. Bd 1: 1882. Bd 2: Das Mittelalter. 1884. Bd 3: Seit der Reformation. 1890.
- Utz, Arthur Fridolin (Mitarb.)
s. Thomas de Aquino: Summa theologica.
- Vargha, Julius: Die Abschaffung der Strafknechtschaft. Studien zur Strafrechtsreform. T. 2. — Graz 1897.
- Vorträge über die Wandlung des Menschen in Seelsorge und Psychotherapie. Hrsg.: Wilhelm Bitter. = Arbeitstagung der Gemeinschaft „Arzt und Seelsorger“ Stuttgart. 4. 1955. — Göttingen (1956).
- Wahl, Alfons: Begegnung mit dem Straffälligen. In: Bewährungshilfe. Jg. 2 (1955/56), S. 149—159.
- Die Rechtsprechung zur Bewährungshilfe bei Erwachsenen. In: Bewährungshilfe. Jg. 2 (1955/56), S. 255—260.
- Bewährungshilfe. In: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Hrsg.: Görres-Ges. 6. Aufl. Bd 1. — Freiburg 1957.
- Wasserschleben, Hermann: Die Bußordnung der abendländischen Kirche nebst einer rechtsgeschichtlichen Einleitung hrsg. von F. W. Herm. Wasserschleben. — Halle 1851.
- Weber, Helmut von: Der Dakalog als Grundlage der Verbrechenssystematik. In: Festschrift für Wilhelm Sauer zu s. 70. Geburtstag am 24. Juni 1949. — Berlin 1949.
- Weinstock, Heinrich: Arbeit und Bildung. Die Rolle d. Arbeit im Prozeß um unsere Menschwerdung. — Heidelberg 1954.
- Weippert, Georg: Die Bildung sozialer Gruppen = Schriftenreihe d. Hochschule f. Pol. Wiss., München. H. 6. — München 1950.
- Die Ideologien der „Kleinen Leute“ und des „Mannes auf der Straße“ = Schriftenreihe d. Dt. Hochschule f. Politik, Berlin (5.) — Berlin 1952.
- Weizsäcker, Victor von: Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde. Grundfragen der Naturphilosophie. (4.—7. Taus.) — Göttingen (1955.)
- Begegnungen und Entscheidungen. — Stuttgart 1949.
- Menschenführung. Nach ihren biologischen und metaphysischen Grundlagen betrachtet. — Göttingen (1955.)
- Natur und Geist. Erinnerungen eines Arztes. — Göttingen (1954.)

- Welzel, Hans: Das deutsche Strafrecht. Eine systematische Darstellung. 6. Aufl. — Berlin 1958. (T. 1 zugl. = 9. erw. Aufl. von: H. Welzel: Der Allg. Teil des deutschen Strafrechts in seinen Grundzügen.)
- Wendland, Heinz-Dietrich: Die Kirche in der modernen Gesellschaft = Soziale Wirklichkeit. 2. — Hamburg 1956.
- Wenger, Leopold (Bearb.)
s. *Recht*, Römisches.
- Weniger, Erich: Die Eigenständigkeit der Erziehung in Theorie und Praxis. — Weinheim/Bergstr. (1952.)
— Volksbildung im Lichte der Soziologie und Pädagogik. In: Bücherei und Bildung. Jg. 7 (1955), H. 12 A, S. 413—420.
- Wester (Bearb.)
s. *Richtlinien* der VELKD.
- Wichern: Johann Hinrich: Gesammelte Schriften. Bd 4: Zur Gefängnisreform. Reden, Denkschriften und Gutachten über das Gefängniswesen, speziell die Durchführung der Einzelhaft in Preußen. Hrsg.: J. Wichern. — Hamburg 1905.
- Widmer, Maria: Die bedingte Verurteilung im Kanton Zürich. — Zug 1925. Zugl. = Zürich, Jur. Diss. 1925.
- Wilda, Wilhelm Eduard: Das Strafrecht der Germanen = Wilda: Geschichte d. dt. Strafrechts. Bd 1. — Halle 1842.
- Willmann, Otto (Hrsg.)
s. *Herbart*, Johann Friedrich: Pädagogische Schriften.
- Wissowa, Georg (Bearb.)
s. *Friedländer*, Ludwig: Darstellungen. aus d. Sittengesch. Roms.
— (Mitarb.) s. *Realenzyklopädie*, August Paulys.
- Wolf, Erik: Das Problem der Naturrechtslehre. Versuch einer Orientierung. 2. erw. Aufl. = Freiburger rechts- u. staatswissenschaftl. Abhandlungen. Bd 2. — Karlsruhe 1959.
— Große Rechtsdenker der deutschen Geistesgeschichte. 3. neu bearb. Aufl. — Tübingen 1951.
— Theologie und Sozialordnung bei Calvin. In: Arch. f. Reformationsgesch. Bd 42 (1951), S. 11—31.
— (Bearb.) s. *Radbruch*, Gustav: Rechtsphilosophie.
- Wolf, Ernst: Naturrecht und Gerechtigkeit. Zum Problem des Naturrechts. In: Evang. Theologie. Jg. 7 (1947/48), S. 233—254.
- Wolff, Grete: Strafvollzug und Rechtsstaat = Strafrechtsl. Abhandlungen. H. 319. — Breslau-Neukirch 1933.
- Wulffen, Erich: Kriminalpädagogie = Ordentl. Veröffentlichung der Literaturges. „Neue Bahnen“. (13.) — Leipzig 1915.
— Psychologie des Verbrechers. Bd 1. 2. = Enzyklopädie der mod. Kriminalistik. 1. 2. — Groß-Lichterfelde (1908.)
- Wundt, Wilhelm: Ethik. 5. unveränd. Aufl. Bd 1—3. — Stuttgart 1923—24.
- Zech, Franz Xaver: De iure asyli ecclesiastici. (Ingolstadt 1761.) In: Schmidt, Antonius: Thesaurus Iuris Ecclesiastici potiss. Germanici ... Tom. 5. — Bamberg 1776, S. 284—425.

Zocher, Rudolf: Philosophie in Begegnung mit Religion und Wissenschaft
= Glauben und Wissen. Nr. 15. — München, Basel (1955.)

Zürcher, E.: Bemerkungen zum Institut der bedingten Verurteilung. In: Fest-
gabe für Emil Zürcher zu s. 70. Geburtstage <11. Juni 1920> . — Bern 1920.

* * *

SACHREGISTER

Ziffern = Seitenzahlen; A. = Anmerkung

Ablaßwesen 98 A. 77

Abschreckung

als Strafzweck 19; 63; 143; 144; 200

Amnestie 62

Amtshilfe 166; 169

Alphabet 167 A. 55; 169; 169 A. 58

Andragogik

— Begriff 28—34, bes. 29 f

— Unterschied zur Pädagogik 29

— an Stelle „Kriminalandragogik“ 31

— an Stelle „Sozialandragogik“ 32

— an Stelle „Erwachsenenpädagogik“ 29 A. 37

— als Hochschuldisziplin 35 f; 36 A. 52

Ansatzmöglichkeiten der — 32—37; 122; 161; 206

Macht der — 203—207; 206 f A. 6; 215; 228; 233

Grenzen der — 203; 206 f A. 6; 207—211; 215

moralisches Ziel der — 32

Inhalt der — der StzB 33 f; 35; 58; 64; 67; 69; 110; 113 ff; 120; 129; 131 A.
11; 132; 136; 143; 146; 147 f; 158; 159 ff; 171; 193—197; 199 f; 217; 227 f;
232

— der Gruppe 70 f; 121; 121 A. 27; 122; 124 A. 33; 126; 127

— des Geistes 123 f; 139; 204

— der Bußpraxis 88; 159

funktionale — 121 f; 121 f A. 30

immanente — 121 f; 121 f. A. 30

intentionale — 124 A. 33; 160; 196; 200; 205; 207 f

Zwangs — 159 f; 200; 227

— Lernvorgang 115; 117 f; 118 A. 15; 119; 120 f; 129; 132; 133 f; 135

— Erziehungsweg 110 f; 113; 115; 118; 119; 120 f; 127; 128; 128 A. 3; 129 f;
135; 190; 193

— andragogische Verantwortung 147 f; 160; 162; 201; 203; 229; (der Kirche:)
173 f; 173 A. 65; 174 A. 66; (des Staates:) 174; 175; 184; 202; (des Be-
währungspflichtigen:) 196 f; 200; 218; 232

— objektiver andragogischer Sachgehalt der Selbstvollstreckungsstrafe 113 ff;
120; 213

— andragogisches Mandat des Strafrichters 20; 48; 49 A. 14; 67; 69; 111;
131 A. 11; 132; 137 f A. 23; 159 f; 163; 175; 185; 196 A. 7; 199; 201;
227; 232

Anschuldigung, falsche 125

Antike, christliche

- und Bewährungsstrafe 22
- und Probation 22 A. 15
- und Sozialarbeit in USA 22 A. 15
- und heidnische Strafrechtspflege 71 ff; 74 A. 14

Arbeit, Arbeitsverhältnis

- als Auflage 24 A. 22; 136; 164—168; 181; 190; 210; 220

Arbeitslose 166; 181; 228

Arbeitslosenhilfe, wertschaffende 166

Arbeitsschule 119 A. 19

Arroganz 186; 188

Auflagen 47; 60; 118 A. 14; 120; 122 f A. 32; 128 A. 3 u. 4; 133; 135 f; 137 f A. 23; 148 A. 8; 160; 208 A. 9 u. 10

- und Weisungen (= intensivierende Maßnahmen) 24; 52; 54; 58; 60; 65; 127; 128 A. 3; 128 A. 4; 131 A. 11; 132; 133; 137; 137 f A. 23; 148; 149; 151; 192; 193; 195; 200; 206; 206 f A. 6; 208; 219—222; 230; (Katalog:) 159—185; 227; (verfassungsrechtlich:) 209—211
- Vorschlag des Staatsanwalts 27; 35; 53

Nur andragogisch sinnvolle — 131 A. 11; 132; 135; 148; 159 f; 161; 170 f; 206 f A. 6; 208; 208 A. 9; 208 f A. 11; 209 ff; 219; 227; 231

Absehen von — 132; 159 f; 169; 170 f; 227

Verstoß gegen — 55; 63; 64; 129; 222 f

Aufhebung, Änderung, Ergänzung intensivierender Maßnahmen 222

- und Amtshilfe 166; 169

Auflagenkatalog 159—185; 227

- Bewährung als generelle Auflage 54; 54 A. 6; 55; 60; 131; 160; 196; 219
- Bewährungshelfer 61 A. 12; 65 A. 24; 107; 120 A. 25; 122 f A. 32; 124 A. 33; 134; 134 A. 14; 136; 161—164; 171; 172 f; 181; 220
- Tagebuch, Monatsbericht 169; 173; 176; 190; 220 f
- Umgangsverbot 169; 210; 220
- Gruppenprozesse, Sozialprozesse 123; 135; 136
- Arbeit, Arbeitsverhältnis 24 A. 22; 136; 164—168; 181; 190; 210; 220
- Gleichstellung mit Schwerbeschädigten 167; 167 A. 53; 168; 168 A. 56; 220
- Seelsorge 136; 163; 172—176; 190; 195; 214; 220
- Psychotherapie 61 A. 12; 136; 163; 172; 185; 195
- Ärztliche Untersuchung oder Behandlung 210; 221
- Positive Lebensführung 177; 177 A. 77; 179
- Alkoholverbot 210

- Entziehungskur 163; 221
- Wohnsitzveränderungsanzeige 51 f; 54; 60; 131 f; 169; 210; 219
- Postverkehr 210
- Tätigkeitsbericht 169; 220
- Wiedergutmachung des Schadens 169 f
- Unterhaltspflichten 220
- Sparbuch anlegen 172
- Lohnabzug 220
- Geldbetrag (nachträglich angeordnet:) 128 A. 4; 184 A. 93; 230; (zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung:) 131 A. 9; 148 A. 8; 184 f; 206 f A. 6; 231
- Militärdienst, Wehrdienst 121 A. 26; 136; 163; 181—183; 190; 221
- Caritative Hilfsdienste 61 A. 12; 121 A. 26; 136; 170; 185; 220
- Caritas 171; 220
- Bergwacht 220
- Rotes Kreuz 136; 171; 220
- Feuerwehr 171; 220
- Johanniter-Unfall-Hilfe 171; 220
- Malteser-Hilfsdienst 171; 220
- Innere Mission 171; 220
- Arbeiter-Samariter-Bund 171; 220
- Arbeiterwohlfahrt 136; 171; 220
- Gefangenenfürsorge 136; 220
- Heilsarmee 136; 171; 220
- Technisches Hilfswerk 171; 220
- Bundesluftschutzverband 171; 220
- Lebensrettungsgesellschaft 171; 220
- Lernprozesse 132; 220 f
- Fremdsprachen 135; 176 f; 176 A. 74; 177 A. 75; 179; 179 A. 83; 185; 221
- Selbstbildung 176; 179 A. 83; 190; 220
- Berufsausbildung 135; 176; 210; 220
- Berufsf fortbildungslehrgang 121 A. 26; 135; 176; 179; 185; 210; 220

Auflagenkatalog

- Umschulung 189 f; 220
- Lesen, Schreiben, Rechnen 169 A. 58
- Kurzschrift, Maschinenschreiben 221
- Volkshochschule 61 A. 12; 176 f; 179 A. 83; 190; 221
- Musikinstrument 221
- Lektüre und Referat 133; 176—179; 177 A. 77; 178 A. 79 und 80; 179 A. 83; 190; 221
- Fernstudium 61 A. 12; 176 f; 220
- Referendarexamen 206 f A. 6
- Referendardienst und Assessorexamen 206 f A. 6
- Verkehrsunterricht, Fahrschule 171; 185; 220
- Verkehrspolizei-Unterricht 61 A. 12; 163; 220
- Eintritt in einen Zweckverband 121 A. 26; 124 A. 33; 134 A. 13; 134 A. 15; 136; 163; 221

- Kulturverein 221
- Orchester 121 A. 26; 136; 179; 221
- Chorvereinigung 123 A.; 136; 179
- Kirchenchor 180; 221
- Gesangverein 121 A. 26; 136; 179; 221
- Tierschutzverein 180
- Blumenpflegeverein 180; 221
- Tierzuchtverein 180; 221
- Sport- oder Spielvereinigung 121 A. 26; 123 A.; 180; 221
- Schützenverein 221
- Schachklub 136
- Wochenend-Einzelarrest, Besinnungshaft 128 A. 4; 193; 199; 208; 210
- Entschuldigung beim Verletzten? 184

Autobiographie
des Angeklagten 151; 154 f

Begnadigung, bedingte 41; 45

Belehrung
des Verurteilten 35; 54 A. 6; 55; 56

Beleidigung 125; 206 f A. 6

Beschluß, richterlicher
siehe *Gerichtsbeschuß*

Besserung
und Resozialisierung als Strafzweck 47; 71; 74; 74 A. 14; 80; 83; 86; 89

Besserungsarbeit 24 A. 22

Besserungsmittel 42; 43

Betrug 125; 189; 190

Bewährung
als generelle Auflage 54; 54 A. 6; 55; 60; 131; 160; 196; 219

Bewährungsfrist, Bewährungszeit 46; 47 A. 13; 54 A. 7; 56; 111; 139; 146; 159 f;
163; 171; 181 A. 87; 215; 221 f

- Westdeutschland 20
- Mitteldeutschland 23 A. 16
- als Strafvollzug und Selbstvollstreckung des Verurteilten 49; 51; 58; 60 f;
62; 65; 65 A. 24; 67; 106; 146; 159; 170 f; 208
- als „Strafvollzug durch den Bewährungshelfer“ 65 A. 24
- Verkürzung, Verlängerung 193; 200; 207 A. 7; 218; 222 f; (in der Ursi-
tuation:) 87
- der Bußpraxis 86 f; 90; 97

Aufenthaltswechsel während der — 51 f; 54; 60; 131 f; 169

Verurteilung während der — 55; 129

Bewährungshelfer

- und Bewährungspflichtiger 31; 61 A. 12; 65 A. 24; 107; 111; 122 A. 32; 124 A. 33; 129 A. 5; 132; 134; 134 A. 14; 136; 161–164; 169; 171 f; 173; 177; 179 A. 83; 181; 192 f; 214; 220; 222; 224
- und Bußpriester 84 ff; 107; 161
- Erziehungsplan 37

Bewährungshilfe

- im Erwachsenenrecht 34; 137 f A. 23; 162; 170 f; 216 f
- in Bayern 26 A. 26
- in der sozialen Ursituation 50; 69 f; 71 ff; 77; 84; 89–91 93; 107; 107 A. 97; 109; 172; 214; 232
- in der christlichen Gemeinde 100; 163; 175
- im patristischen Schrifttum 81–83; 82 A. 42; 87
- Erziehungsplan 35
- Verein in der BRD 26; 107 A. 97; 216 f
- als „Bewährungsaussetzung“ 58 A.; 130 A. 7

Bewährungspflichtiger, Verurteilter

- in der Erziehungssituation 31; 104 f; 104 f A. 89; 111; 115 f; 117; 117 A. 12; 118; 120 f; 121 f; 121 f A. 30; 124 f; 126; 129; 132 f; 134; 148; 170 f; 193–197; 201; 203–206
- Erziehungs- und Bildungslücke 34; 159; 200
- soziale Anpassungsschwierigkeiten 34; 125 f; 127; 134; 140; 146; 160; 183; 185 f; 227
- sozialethische Verantwortung 34; 47; 62; 105; 106; 110; 111; 118; 127; 129; 132; 160; 196; 224
- Selbsterziehung 32; 54 A. 7; 110; 141; 195; 196 f
- Erziehungsplan 37; 116 f
- rechtliches Gehör 66; 222; 230

Belehrung des — 35; 54 A. 6; 55; 56; 133; 192 f; 224

Beschränkungen der Freiheit des — 60 f; 61 A. 12; 63; 64; 67; 106; 196; 208; 210; 219

Selbstvollstreckung des — 49; 51; 58; 62; 65 f; 65 A. 24; 67; 84; 106; 107; 107 A. 97; 115 f; 118 f; 120 f; 126 f; 129 f; 131; 142; 146; 150 A. 10; 159; 168; 170 f; 189; 191; 193–197; 200 f; 205; 207; 219; 221; 224; 232

Nichtbewährung des — 55; 62; 65; 128 A. 4; 193 f; 221 f; 229

Entwicklungsstufe des — 136; 187

Vorstrafen des — 52; 190–192; 222

— siehe auch: *Sühnebedürfnis*
Sühneleistung

Beweisaufnahme 156

Bibliotheken, öffentliche 179; 179 A. 83

Bischof

- als Fürsprecher für Verurteilte 77; 79 f; 81; 82; 89; 96; 200; 214
- als Bußpriester 85 f; 87; 97
- kanonische Briefe 94; 94 A. 64
- Wahl und Bestallung 78; 78 A. 31

Blinde 166 A. 48; 167 A. 55

Bußkanones 77; 79; 84; 85—89; 94; 94 A. 62 und 64; 96; 109

Bußpraxis, kirchliche 22; 79; 81; 83 f; 84 A. 47; 85—89; 90; 93; 94 f; 96;
97 f; 98 A. 77; 172; 187; 198; 214

Bußpriester 84; 85; 86; 87; 97; 107; 161

Charakteristik des Rechtsinstituts der §§ 23 ff. StGB

siehe: *Selbstvollstreckungsstrafe*
Strafaussetzung zur Bewährung
Wesen, Wesensgehalt

DDR siehe *Strafrechtspflege, mitteldeutsche*

Dekalog 13; 99; 101; 102 A. 88; 144

Denkprodukt, soziales 71 (Begriff:) 70

Didaktik 116 f; 121 A. 30; 136; 140 A. 27; 147; 158 f; 176 A. 74

Diebstahl 125; 190

Eid 102 A. 88

Einarmige 167 A. 55

Encephalitis lethargica 157

Eingebildete 186

Eingriff, unzumutbarer 146

Einhänder 167 A. 55

Einsperrungsstrafe

- Schädlichkeit 17 f; 17 A. 3; 20; 24 A. 22; 46; 106; 119 A. 17; 143; 200
- in der Antike 72 f
- und § 23 StGB 25; 25 A. 24; 45; 46; 56; 57; 62; 66; 106; 129; 143; 145
- siehe auch *Internierungsstrafen*

Entlassenenfürsorge 216

Entlassung, bedingte 46; 215

Erhaltungsordnung 76; 88; 93

Ermittlungsverfahren 59; 130

Eröffnungsbeschluß 150

Erwachsenenbildung 29; 110; 115 A. 6; 159; 161; 203—206

- durch das Strafrecht 64; 64 A. 21; 110; 133; 134 A. 15; 160; 160 A. 34;
160 A. 35; 195; 199—201; 209; 227 f; 230—232
- und öffentliche Bibliotheken 179 A. 83
- Institutionalformen (F. Pöggeler) 32

Erwachsenenführung 30; 33 A. 46; 121; 128 f; 137 f A. 23; 174

Erwachsenenerziehung siehe *Erziehung*

„Erwachsenenpädagogik“ an Stelle von Andragogik? 29 A. 37

Erwachsenenstrafrecht

- Erziehungsgedanke 19; 23 A. 16; 24; 28–37; 199; 209; 227 f; 230–233
- Erziehungsnotstand 30; 34; 128 A. 2; 159; 169; 187; 200
- Praxis der Bewährungsstrafe 25; 27; 231
- gesetzliche Bestimmtheit der Strafe 54 A. 7

Erwachsener

- Erziehungsnotstand 30; 33 A. 48; 156; 160
 - Erziehbarkeit 19; 24 f; 28; 115 A. 6; 136; 160; 203–206; 233
 - Unmündiger 128 A. 2; 136; 160
 - Mündiger 135
 - Jungerwachsener 135
 - Reife 136; 160
 - Phase des Alters 136
- siehe auch: *Andragogik*

Erzieher

- im Dienste des Rechts 2–4; 137 f A. 23; 160 f

Erziehung

- als Strafzweck 19; 63; 73; 96; 115; 118 A. 16; 148; 199; 209; 228; 231; 233; (in Mitteldeutschland:) 23 A. 16
- durch Arbeit 23 A. 16; 24
- Erwachsener 28–37, bes. 32 f; 32 A. 46; 161; 199; 203–206; 227
- Lebensalter 28; 135; 203–206; 209
- Selbsterziehung Erwachsener 32; 128; 141; 195; 197

Erziehung

- des Volkes 73 f; 96; 174
- Wehrerziehung 182 f
- intentionale 121 f; 121 f A. 30; 203
- funktionale 121 f; 121 f A. 30
- immanente 121 f; 121 f A. 30
- und Musik 180 A. 84
- Ziel 147

Erziehungsmaßregel 45; 46; 49 A. 16

Erziehungsstrafe 43

Erziehungsplan 35; 37

Erziehungswirklichkeit

- methodische Erforschung 8
- der Bewährungsstrafe 31; 58; 115; 119; 119 A. 19
- und Richter 2–4

Fehlurteil 232; 232 A. 9

Freiheitsberaubung 125

Führungszeugnis, polizeiliches 60

Gefangenenfürsorge 216

Geldbuße 185; 223 f; 230 f

— durch Lohnabzug 24 A. 22; 220

— Tilgung durch freie Arbeit 227

Geldstrafe 53 A. 5; 62 A. 16; 195; 230

— in der Antike 72

Geltungsbedürftige 185—190

Generalprävention 19; 73; 143; 199

Genugtuung

— des Verletzten 19; 63; 67 f; 86 A. 51; 95; 220

— der Gesellschaft 90

Gerichtsbeschluß

— betr. Strafaussetzung zur Bewährung 149; 222; 224

— betr. Bewährungszeit 54; 54 A. 7; 56; 222—225

— während der Bewährungsfrist 149; 163; 222; 224 f

— betr. intensivierende Maßnahmen 149; 190; 222—224

— nach Ablauf der Bewährungsfrist 23 A. 16; 56; 66; 163; 221; 224

— Eröffnungsbeschluß 150

Gerichtshilfe 107 A. 97

Gesamtstrafenbildung 215

Gespräch 35; 124; 133; 137 ff, bes. 139 f; 140 A. 27; 156; 192

Geständnis 140

Gleichstellung

mit den Schwerbeschädigten 167; 167 A. 53; 168; 168 A. 56; 220

Gnade

— juristisch 22; 26 A. 26; 43; 44; 46; 46 A. 12; 57 A. 9; 62; 107 A. 97; 142; 142 A. 30

— theologisch 75; 75 A. 21; 80; 81; 88; 100; 139

Gnadenordnung, bayerische 26 A. 26

Goldene Regel 75; 104 f; 104 f A. 89; 106

Gruppe

— echte Gruppe 70 f; 120; 122; 134; 134 A. 14

— Gruppenprozeß 71; 71 A. 4; 91; 98; 107 A. 97; 117; 117 A. 10; 121; 122; 124 A. 33; 126; 132; 134; 134 A. 14; 135; 216

— Struktur 126

- im Aufstieg 126 f; 134
- im Abstieg 126 f; 134
- gemeinsames Gruppenerlebnis 70; 120; 122 f; 124; 232
- Gruppendeterminationen 70; 122; 125
- Gruppengeist 70; 122; 124; 124 A. 33
- Projektionsgruppe, Projektion 71; 90; 93; 99; 101 f; 106; 107; 107 A. 97; 110; 117; 117 A. 10; 120; 122 f A. 32; 124 A. 33; 126; 201; 213; 216; 232 (Begriff:) 70

Handlungsbereitschaften 119; 121; 129 f; 132; 133; 195

Hauptverhandlung 51; 53; 54 A. 6; 55; 158; 190; 223

Hilfeleistung, unterlassene 125

Hirntumor 157

Hirnverletzte 167 A. 55

Hochstapelei 189

Hohenrodter Bund 30; 30 A. 38

Humanität

in der Strafrechtspflege 22 A. 15; 59; 63; 81–85; 197; 199

Instinktausrüstungen 117

Intelligenz 125 f; 127

Interesse, öffentliches 52; 141–146; 231

Internierungsstrafen

- Begriff 52 A. 3
- des § 23 StGB 21 A. 12; 25; 49; 52; 53; 55; 58; 65; 66; 149; 222
- Sekundärentscheidung im Urteilsanspruch 149; 159; 219; 222
- Wegfall durch Selbstvollstreckung 56; 107; 143; 149; 208; 219; 222
- Vollzug bei Nichtbewährung 55; 62; 208; 221
- in der Antike 72 f; 72 A. 7; 79 f
- siehe auch: *Einsperrungsstrafe*

Intervention, bischöfliche siehe *Bischof*

Jurist

- nicht „Nur-Jurist“ 2–4; 10 f; 11 A. 22; 12 A. 30; 48; 227
- siehe auch: *Richter*
Staatsanwalt
Rechtsanwalt

Kategorischer Imperativ (Kant) 105 f; 105 A. 91

Kirche, christliche 9; 71; 77; 77 A. 28; 78 f; 80; 84; 85; 94; 96; 98 A. 77; 173 f; 173 A. 65; 174 A. 66; 175 f; 199 f; 214; 216

Kirchenväter 74; 76 A. 25; 81–84; 83 A. 45; 86 A. 51; 87; 91 f; 94 f; 94 A. 64 und 65; 96; 97; 98

Kriegsblinde siehe: *Blinde*

Kriegsopfer 166; 166 A. 48

Kriminalpädagogik
für Andragogik? 28 f; 30

Längsschnittanalyse 150 ff; 156; 158; 161; 169; 185

Lebensalter 28; 34 A. 51
— und seelische Entwicklung 135 f
— und Musikalität 180

Liebe 22 A. 15; 71; 75; 76; 79; 81; 92; 93; 137 ff; 137 f A. 23; 141; 192; 201; 204 f

Lohngedanke im Strafrecht 42; 45; 74; 87; 130 f; 130 A. 8

Maßnahmen, intensivierende siehe *Auflagen*

Meinung, öffentliche 130 A. 7; 144

Methode, biographische 151 ff.

Methodik 121 A. 30; 127; 128 ff; 128 A. 3; 130 A. 8; 132 A. 12; 133; 134; 136; 139; 141; 145; 146 ff; 155 f; 158 f; 161; 174; 185 f; 190 f; 195; 199; 201; 207; 215; 217
— methodische Grundsätze 130 ff; 146; 183; 192; 224

Minderwertigkeitskomplex 191

Montanismus 77 A. 28

Moral insanity 157

Motivationsprozeß 135 ff; 150; 156; 156 A. 28; 157; 158; 195

Naturrecht
— christliches 12; 90 f; 92 f; 94; 95; 97; 99 f; 104; 109; 201; 202; 202 A. 7; 229
— säkulare N.-Philosophie 100 ff; 109; 201; 202 A. 7; 232

Nörgelsucht 125

Oekumenischer Rat der Kirchen 216

Ohnhänder 167 A. 55

Opfer des Nationalsozialismus 166 A. 48

Pädagogik
— Begriff 29 f

- und Strafrechtspflege 49 A. 14
- Unterschied zur Andragogik 29
- „Jugendpädagogik“ 29 A. 37

Paideutisch (Begriff) 34 A. 51

Poenitentia publica 95

Probation 22; 22 A. 15

Psychologie

- und Strafrechtspflege 49 A. 14; 115; 117; 127; 191 f; 193—197; 195 A. 4
- Gestaltpsychologie 118; 118 A. 14; 119; 121; 124
- Assoziationspsychologie 118 A. 14
- Vermögenspsychologie 118 A. 14

Psychopathen 157

Querschnittanalyse 150 f; 153 A. 21; 155 ff; 158; 161; 169; 185

Querulantenfanatismus 125

Rache 47; 71; 89; 93; 200

Reaktionsbeweglichkeit (Strafrecht) 42; 89

Reaktionsökonomie (Strafrecht) 45 A. 11

Recht

- theonomes 3; 11; 13; 92; 100; 109; 213
- theonomes Verfassungsrecht 12; 102 f A. 88
- in der Krisis 10 f
- und Moral 9—15; 101; 102; 105; 109; 123
- und Ethik 10 f; 101; 102 A. 88; 199
- Rechtsbewährung als Strafzweck 19; 63; 232
- Rechtsbewährung durch Urteilsvollstreckung 58; 63; 66; 142; 190; 207
- und Strafe 59; 63; 66; 90; 93; 142
- siehe auch: *Naturrecht*

Rechtsanwalt 27 f; 35; 37; 48; 111; 120; 129 A. 5

Rechtsinstitut

- Begriff 5—7
- der Strafaussetzung zur Bewährung (Selbstvollstreckungsstrafe:) 15; 24; 65 f; 106 f; 142; 217; (lege lata:) 51 ff; 66 f; 69; 107 A. 97; 109—111; 145; 231—240; (de lege ferenda:) 199; 219—231
- siehe auch: *Selbstvollstreckungsstrafe*
Strafaussetzung zur Bewährung

Rechtsinstitut

- Entstehung, geistesgeschichtlich 50; 69; 71; 77; 89—91; 107 A. 97; 109
siehe auch *Gruppe: Projektionsgruppe*
- der bischöflichen Intervention 83; 83 A. 45; 89; 96; 200
siehe auch *Bischof*

- und Gnadenmaßnahme 26 A. 26; 46; 57 A. 9; 142 A. 30
siehe auch *Gnade*
- als erziehende Sozialordnung 33 A. 46; 36 A. 52; 61; 113 ff; 122; 159 f;
199; 203; 206 f A. 6; 209
siehe auch *Andragogik*

Rechtsmittel 146; 223; 224

Rechtsmittelbeschränkung 215

Rechtsnatur der StzB 21; 42; 67; 110; 193 f; 199 f; 213 ff
siehe auch *Rechtsinstitut*

Rechtsnorm

- Normgehalt involviert Erziehungs- und Bildungssituation 4 f; 144; 232
- als Kulturercheinung 6
- rechtsinstitutionell 6 f; 233

Rechtsordnung (Theonomie der R.) 13; 99; 102; 102 f A. 86; 109; 174; 196; 199 f

Reformatio in peius 215

Reue

- tätige Reue 46; 184
- und Sühneleistung 76; 85; 88; 89; 195; 195 A. 4

Richter

- als Erzieher 2—4; 48; 120; 138 f; 160; 163; 196; 227
siehe auch: *Jurist*
Andragogik
- als Strafrichter 14; 19 A. 7; 20 f; 48; 105; 111; 118 A. 14; 137 f A. 23;
138 f; 149 ff; 156; 158; 190; 196; 201 f; 227; 232; (andragogisches Mandat:)
20; 48; 67; 111; 137 f A. 23; 163; 175; 185; 196 A. 7; 201; 232; („Sozial-
arzt“:) 47; (in der Antike:) 77; 80; 83 f; 87; 89; 199 f

Richter

- und Strafurteil siehe *Urteil, richterliches*
- und StzB 25 f; 27; 35; 51; 57 A. 9; 59; 120; 124 A. 33; 134 A. 13; 144;
149 ff; 156; 158; 160; 163; 167 A. 53; 168; 169; 172 f; 174; 177; 179 A. 83;
185; 190; 192; 199 f; 201 f; 205 f; 214; 224; 227; 232
siehe auch: *Andragogik*
Selbstvollstreckungsstrafe
Strafaussetzung zur Bewährung
- und Bewährungspflichtiger 31; 120; 122 f A. 32; 124 A. 33; 129 A. 5;
132; 137 f A. 23; 160; 168; 192; 196; 201 f; 224
siehe auch *Bewährungspflichtiger*
- und Erziehungsplan 37
siehe auch: *Methodik*
Didaktik
Andragogik
- als Bewährungshelfer 163
siehe auch *Jurist*

- im Strafbefehlsverfahren 55
- und RiStV 51 A. 2; 240 A. 1
- kirchlicher Richter 83; 97
- und Staatsverfassung 12; 102 A. 88

Richtlinien für das Strafverfahren (RiStV) 51 A. 2; 57; 240—242; 240 A. 1

Rückfalltäter 190; 222

Rücktritt vom Versuch 46

Schemata, angeborene 117 f; 119

Schizophrenie 115 A. 6; 157

Schlüsselreiz 117; 129; 135

Schulderlebnis 140; 191 f; 195; 196 f; 200
— siehe auch *Bewährungspflichtiger*

Schutzaufsicht 107 A. 97

Schwerbeschädigte 166 ff.

Seelsorge

- im Gefängnis 102 A. 88
- als Auflage siehe *Auflagenkatalog: Seelsorge*

Sehbehinderte, pflegebedürftige Sehgeschwächte 167 A. 55

Selbstbewußtsein 125; 186 f

Selbsterziehung (des Erwachsenen) 32; 128; 141; 195; 197

Selbstvollstreckungsstrafe

- als Begriff an Stelle von „Strafaussetzung zur Bewährung“ 110; 113 ff; 116; 117; 126; 127; 130; 149; 171; 209; 225; 229; 231 f
- geistesgeschichtlich 93 f; 96 f; 99; 101 f; 104; 106; 107; 107 A. 97; 109; 110; 113; 117; 117 A. 10; 137; 142 A. 30; 199; 201 f; 213
siehe auch *Gruppe: Projektionsgruppe*
- in der christlichen Antike 80; 88; 90 f
siehe auch: *Bußkanones*
Bußpraxis, kirchliche
Kirchenväter
- de lege ferenda 199; 219—231
- als gesamtdeutsches Rechtsinstitut 24; 159
- Prinzip der S. 146; 148; 161
- individualpsychologisch 15; 59—62; 104 f; 104 f A. 89; 106 f; 110; 111; 115 f; 117 f; 119; 121; 126 f; 129; 140; 146; 150; 158 f; 170 f; 189; 191 f; 193—197; 199 f; 205; 219; 221; 231 f
siehe auch: *Auflagenkatalog*
Sühnebedürfnis
Sühneleistung

- sozialpsychologisch 120 f; 143; 145; 171; 182; 202; 217
- Strafdauer 159; 208; 215; 219 f; 221 f; 224; 228 f; 230
- Bewährungsfrist als Strafvollzug und Selbstvollstreckung 49; 51; 58; 60 f; 62; 65 f; 65 A. 24; 90; 106 f; 109–111; 127; 219; 221; 232
- siehe auch: *Sühneleistung*
 Strafanspruch, staatlicher

Selbstwertgefühl 125; 140; 182; 186 f; 190

Sexualdelikte 125; 178 A. 79

Sicherungs- und Besserungsmittel 42; 44

Sozialprozesse siehe *Gruppe: Gruppenprozeß*

Soziologie

- und Strafrechtspflege 49 A. 14
- und Naturrechtslehre 101

Spezialprävention 44; 45; 73

- Staatsanwalt 27; 46 A. 12; 48; 51 A. 2; 56; 111; 144; 151; 222; 240 A. 1
- und Bewährungspflichtiger 31; 35; 53; 111; 120; 122 f A. 32; 129 A. 5; 132; 151; 167 A. 53; 168; 169; 177; 193
 - siehe auch *Auflagenkatalog*
 - Sitzungsstaatsanwalt 53; 192; 224
 - im Strafbefehlsverfahren 55
 - siehe auch *Jurist*

Staatsgefährdung 125

Staatsverfassung

- Theonomie 12; 79; 84; 95; 174; 203
- und Staatsbürger 12
- und Rechtsprechung 146
- und Auflagen 208; 209 A.; 209–211

Strafanspruch, staatlicher

- Entstehung mit Rechtskraft des Urteils 59; 65 f; 106; 111; 142; 142 A. 30; 192
- Erledigung durch Einsperrung 149; 194
- Erledigung durch Selbstvollstreckung 49; 51; 52; 55; 56; 61; 62; 65 f; 65 A. 24; 67; 89; 106; 111; 163; 174; 189; 193–195; 200

Strafanstalt

 Nachteile der Einsperrung 17 f; 17 A. 3

Strafart, neue 43 f; 59; 142; 149; 199; 214; 227

- Freiheitsstrafe 63; 65; 65 A. 24; 67; 106; 208; 210; 219

Strafaussetzung, bedingte 41

Strafaussetzung zur Bewährung (StzB)

- Begriff 5f; 17; 57; 58 A.; 65; 67; 109–111; 116; 130; 171; 199; 225; 229; 231

- lege lata 26 A. 26; 33 A. 46; 46 A. 12; 51 ff; 56 f; 58 A.; 67; 69; 107 A. 97; 110; 130; 134 A. 14; 146 A. 1; 199; 202; 217; 225; 231; (Gesetzestext:) 235–244
- rechts- und geistesgeschichtlich 8; 22; 50; 69; 71; 84; 106 f; 107 A. 97
siehe auch *Gruppe: Projektionsgruppe*
- Wesensbestimmung siehe *Wesen, Wesensgehalt*
- wesensgleiche Rechtsinstitute 41; 95; 107; 107 A. 97; 110; 215
- Existenzberechtigung 47 A. 13
- Idee und Anwendung im Widerspruch 10; 217
- Rechtsnatur 21; 21 A. 13; 41 ff; 57 f; 66 f; 85; 110; 142; 142 A. 30; 213 ff
siehe auch *Selbstvollstreckungsstrafe*
- Theorien zur Rechtsnatur 42; 44; 45
- als Strafe 21 A. 13; 41; 43; 54 A. 7; 56–66; 130 A. 7; 142; 149
- als Bestandteil der Strafzumessung 21 A. 13; 42; 43; 44; 54 A. 7; 149 ff; 158
- als lohnweise Vergeltung 42; 45; 106; 130 f; 130 A. 8
- ohne Strafvollstreckung? 49; 49 A. 16; 57
- Vollzug und Vollstreckung des Strafurteils
siehe: *Strafvollstreckung*
Strafvollzug
Strafanspruch, staatlicher
- und Strafverfahren 45; 46 A. 12
- als andragogisches Mandat 20; 48; 67; 110; 111; 158; 160; 199 f; 227; 231 f
siehe auch *Andragogik*
- Anordnung (formelle Voraussetzungen:) 35; 51 ff; 149; (materielle Voraussetzungen:) 52; 56; 149; (prozessual:) 53; 57; 149; (intensivierende Maßnahmen:) 54–56; 149
- im Strafbefehlsverfahren 55
- Freiheitsbeschränkungen 60 f; 61 A. 12; 106
siehe auch *Auflagenkatalog*
- de lege ferenda siehe *Selbstvollstreckungsstrafe*
- und christliche Antike 22
- und öffentliche Bibliotheken 179; 179 A. 83
- und Gnade 22; 26 A. 26; 42; 43; 44; 46; 107 A. 97; 142; 142 A. 30
siehe auch *Gnade*
- Widerruf 22; 35; 55; 56; 129 A.; 184; 192; 193; 200; 221 ff; 229
- Versagung 35; 53

Strafbefehlsverfahren

- und StzB 55; 242

Strafe

- Voraussetzungen 56–59; 63; 67; 142; 209 A.
- Wesen 60; 63; 73 A. 8; 209 A.
- gesetzliche Bestimmtheit 54 A. 7; 224
- zur Bewährung „ausgesetzt“ 57; 57 A. 9; 65; 67; 111; 130; 172
- Strafdauer 159; 208; 215; 219; 221 f; 224; 228 f; 230

- in der Antike (heidnisch:) 71–73; (christlich:) 74 ff; 76 A. 25; 88; 91; (Straftheorien:) 73 f
- und Belohnung 42; 45; 74
- Pflichtensteigerung 60; 61; 63; 111; 127; 207; 228
- individualpsychologisch 59; 61; 64; 76; 76 A. 25; 101 f; 110 f; 130; 190–192

Straferlaß, bedingter (Bayern) 26 A. 26

Straffälligenhilfe 216 f

Strafökonomie 42; 45; 45 A. 11

Strafrechtsergänzungsgesetz (Mitteldeutschland) 23 A. 17; 24; 242–244

Strafrechtskommission, Große

- Arbeitstagungen 20
- Entwurf eines StGB 20 A. 9

Strafrechtslehrer

- nicht nur Jurist 48
- Philosophen der Antike 73 f

Strafrechtspflege

- in den deutschen Ländern 103 A.; 109; 131 A. 11; 132; 199 f; 215; 240 A. 1
- mitteldeutsche 22–24; 215; 242–244
- angelsächsische 22; 22 A. 15; 106
- Österreichs 215
- des Auslandes 107; 107 A. 97; 117 A. 10; 215; 216
- in der Antike 71 ff; 74 A. 14; 76; 84–89; 93; 104; 109
- und kanonische Bußpraxis 93; 94; 104
- und Humanität 22 A. 15; 59; 63; 81–85; 93
- und anthropologische Wissenschaften 48; 49 A. 14; 102; 151

Strafrechtsreform, Große 20; Vorwort

Strafregistervermerk 60; 62; 168; 206 A. 6; 228

- beschränkte Auskunft 56; 62 A. 17; 221; 228
- Tilgung 23 A. 16; 62 A. 17; 221

Strafrichter siehe: *Richter*
Jurist

Strafsanktion

- Begriff (arbeitshypothetisch) 51

Strafübel 43; 59–62; 63; 64; 79; 130; 131; 146; 208 A. 10

- siehe auch *Auflagenkatalog*

Strafurteil

- unbestimmtes (im Erwachsenenrecht:) 54 A. 7; (im Jugendrecht:) 229
- siehe auch *Urteil, richterliches*

Strafverfahren

- Generalprävention 47
- StzB als Anhang des St. 46 A. 12
- Nichtdurchführung 45; 49 A. 16; 57 A. 9
- Abschluß 66

Strafverteidiger siehe *Rechtsanwalt*

Strafvollstreckung

- und StzB 21 A. 13; 42; 43; 44; 56; 58; 58 A.; 64; 65 f; 65 A. 24; 67; 111; 142 f; 145; 193; 209 A.; 219; 221
- individualpsychologisch 59; 63 f; 65 f; 65 A. 24; 67; 80; 84; 89; 106; 115; 170 f; 190—192; 193—197
- in der Antike 71—73; 80; 84; 107; 111; 115 f; 127; 129
- im Mittelalter 97 f; 98 A. 77
- Verzicht auf St. 46; 49 A. 16; 57; 111; 142; 209 A.
- und öffentliches Interesse 52; 141—146
- St.-Plan 193
siehe auch *Auflagenkatalog*
- in der Strafanstalt (vollzugsbehördlich) 52 A. 3; 62 f; 65; 67; 106; 107; 118 A. 16; 119; 128 A. 4; 129; 131; 149; 192; 193 f; 221; 224

Strafvollzug 65; 208

- ambulant 43; 44; 46
- als Pflichtensteigerung 60; 64; 111; 127
siehe auch *Auflagenkatalog*
- Selbstvollzug 65 f; 65 A. 24; 80; 84; 88; 106; 107; 127; 208; 232
- St.-Plan 224
- in der Strafanstalt (vollzugsbehördlich) 52 A. 3; 62 f; 65; 107; 118 A. 16; 119; 129; 208
- Bewährungszeit als St. 49
siehe auch *Bewährungspflichtiger: Selbstvollstreckung*
- im vorchristlichen Strafrecht 71 ff.
- Verzicht auf St. 45; 49 A. 16; 57 A. 9

Strafzumessung

- StzB als St. 21 A. 13; 42; 43; 149 ff; 158
- St.-Gründe 191

Strafzwecke 19; 59; 63; 64; 65; 74; 74 A. 14; 115; 118 A. 16; 140; 143

Strenge 137; 140 f; 143

- Sühnebedürfnis 34; 64; 80; 84; 88; 89; 103; 105; 133; 160; 165; 170 f; 195 A. 4; 228
- siehe auch *Bewährungspflichtiger*

Sühneleistung

- des Verurteilten 19; 47; 58; 63; 64; 67; 76; 80; 84; 85—89; 90; 97 f; 104 A. 89; 105; 107; 110; 111; 129; 137; 140; 156; 159; 160; 165; 170 f; 195; 200; 207 A. 7; 219; 228; 229; 230

- auf Grund früherer Verurteilungen (Vorstrafen) 191; 229; 231
siehe auch *Strafregistervermerk*

Synoden 77 f; 84; 94; 94 A. 62; 94 A. 64

Tadel, öffentlicher

- in Mitteldeutschland 23; 23 A. 18; 243 f
- Tilgung des Strafregistervermerks 23 A. 16; 243

Tätermotiv siehe *Motivationsprozeß*

Tatanalyse siehe: *Längsschnittanalyse*
Querschnittanalyse
Methode, biographische

Todesstrafe (Antike) 72 ff; 80; 215

Toleranz 123; 125; 126

Überweisungstheorie (J. Hellmer) 21 A. 13

Umwelt 17; 18; 106; 117; 117 A. 12; 118; 129; 155; 157; 158; 169; 186 f; 200;
204

UNESCO 216

Ungehorsamsstrafen

- Einzelhaft-Wochenendkarzer 128 A. 4; 193; 208; 223
- Besinnungshaft 200; 210; 223 f; 230
- Geldbuße 223 f
- Androhung des Widerrufs 223
- Vollstreckung 223 f

Uniformtragen, unbefugtes 189

Urkundenfälschung 189

Urteil, richterliches 3; 43; 57; 58

- ohne Vollstreckung? 49; 49 A. 16; 57; 58; 64; 65 A. 24; 66; 142 f; 222
- Urteilsfindung 148 ff; 221; 232; 232 A. 9
- Tenor 53; 54 A. 6; 61; 66; 111; 130; 149 f; 159; 190; 222; 229
- Begründung 53; 190—192
- Verkündung 222; 224; 227
- und Beschluß gem. § 24/IV StGB, § 268 a/I StPO 54; 54 A. 7
- Strafurteil 12 A. 30; 43; 46 A. 12; 51; 54; 54 A. 6; 54 A. 7; 57 f; 66; 111;
118 A. 14; 127; 130; 142; 142 A. 30; 149 f; 190; 206 f A. 6; 222; 232
- Rechtskraft 59; 64; 65 f; 106 f; 142; 224
- Anfechtung 224; 230
- Fehlurteil 232 f; 232 A. 9

Vatikan 216

Verbrechen

- und Gesellschaft 10; 73 f; 76; 106; 160; 173; 191
- und Sünde 10; 22 A. 15; 74 ff; 77 A. 28; 81–85; 88; 93; 99; 187; 202 A. 6
- Einstellung zum V. 10; 156 ff; 201

Verbrecher

- und Ethik 200
- Vernehmung zur Sache 156 ff.
- Typ des V. 30; 126

Verfassung siehe *Staatsverfassung*

Vergehen

- wider das Leben, die pers. Freiheit, den Personenstand, die Ehe, die Familie 125

Vergeltung

- als Strafzweck 19; 59; 63; 64; 137; 201; 228
- Vergeltungsstrafe 46; 47; 64; 137 f A. 23
- sozialpsychologisch 64; 106
- lohnweise V. 42; 45; 130; 130 A. 8

Verkehrsunfallflucht 125

Vernehmung zur Sache 156 ff.

Verteidiger siehe *Rechtsanwalt*

Verurteilter siehe *Bewährungspflichtiger*

Verurteilung, bedingte 41

- in Mitteldeutschland 23; 23 A. 18; 242 f; 244
- Tilgung im Strafregister 23 A. 16

Volkshochschule 32; 61 A. 12; 176 f; 179 A. 83; 190; 221

Vorsatzplanung 192; 224

Vorstrafen 52; 190–192; 222; 228; 231

- siehe auch *Strafregistervermerk*

Wehrdienstpflicht 183

Wesen, Wesensgehalt (der StzB; der Selbstvollstreckungsstrafe:) 20; 21 A. 13; 22; 24; 48; 50; 54 A. 6; 55; 65; 65 A. 24; 69; 84; 87 f; 89–91; 107–111; 113; 115 f; 142 A. 30; 143; 146; 158; 159; 172; 184; 191–193; 199; 202; 205; 206 f A. 6; 209 A.; 211; 213–217; 224 f; 228; 232 f; (ähnlicher Rechtsinstitute:) 41; 69 f

Widerruf der Bewährungsfrist 22; 35; 55; 56; 129 A.; 184; 192; 193; 200; 221; 223 f; 229

Widerstand gegen die Staatsgewalt 125

Widerstandserlebnis 126; 129; 130 A. 8; 131 f; 134

Wiedervergeltung 71; 72; 93

Wohnungsbehörde 169

Zwangsarbeit

- ohne Einsperrung 24; 24 A. 22; 165
- in der Antike 72; 79 f

KONKORDANZ

GESETZLICHER VORSCHRIFTEN UND DEREN ERLÄUTERUNG IN DER VORLIEGENDEN UNTERSUCHUNG

Ziffern = Seitenzahlen; A. = Anmerkung

CODEX JUSTINIANUS 80

CODEX THEODOSIANUS 80

SACHSENSPIEGEL 13; 95

WEIMARER VERFASSUNG (WV)

— Art. 141: 102 A. 88

GRUNDGESETZ FÜR DIE BRD (GG)

— Präambel: 12 A. 27; 102 A. 88

— Art. 1: 1 A. 1; 183

— Art. 72 und 74: 103 A.

— Art. 140: 102 A. 88

STRAFGESETZBUCH (StGB)

— § 14: 52 A. 3; 150 A. 11

— §§ 16, 17, 18: 150 A. 11

— § 23: 21 A. 12; 22; 25 A. 24; 35; 47; 51; 52; 53; 53 A. 5; 131; 141; 142;
143; 145; 145 A. 34 und 35; 148 A. 7; 149; 150 A. 11; 158; 215; 235; 241

— §§ 23 ff: 46 A. 12; 51; 56; 57; 59; 62; 63; 64; 65; 142; 143; 193 f; 206 f
A. 6; 209

— § 24: 22; 27; 35; 54; 55; 56; 120 A. 25; 128 A. 4; 131 A. 9; 132; 134 A.
14; 150; 159; 161; 208; 209; 235 f; 238; 239; 242

— § 24 a: 22; 35; 54; 236

— § 25: 22; 35; 47; 55; 56; 62 A. 17; 66; 129 A.; 193; 236 f; 239

— § 27: 150 A. 11

— § 27 b: 43

— § 51: 115 A. 6; 136

— § 244: 190

— § 264: 190

STRAFRECHTSERGÄNZUNGSGESETZ DER DDR (StEG): 23 A. 17; 24

— § 1: 242 f

— §§ 2, 3, 4: 243

— § 5: 243; 244

— §§ 6, 7, 8, 9: 244

STRAFPROZESSORDNUNG (StPO)

— § 66 c/Abs. 1: 102 A. 88

— § 66 d/Abs. 1: 102 A. 88

— §§ 72 und 79: 102 A. 88

— § 160 Abs. 3: 27; 53; 237

- § 244 Abs. 2: 53
- § 260: 53; 237
- § 261: 53
- § 263: 44; 53; 238
- § 267 Abs. 3: 35; 43; 44; 53; 191; 238
- § 268 a: 35; 54; 54 A. 6; 55; 57; 132; 169; 192 f; 238; 239
- § 305 a: 146; 238 f
- § 408 Abs. 2: 55; 239
- § 453: 35; 56; 66; 146; 207 A. 7; 239
- § 453 a: 35; 54; 54 A. 6; 55; 56; 239 f
- § 460: 239

STRAFPROZESSORDNUNG DER DDR

- § 153: 23 A. 18
- § 233: 191
- § 346: 23 A. 18

DE LEGE FERENDA

Strafgesetzbuch

- § 18 a: 219; 221; 222; 224; 227; 229
- § 18 b: 219–221; 222; 224; 227 f; 230
- § 18 c: 221; 225; 228 f
- §§ 23 ff: 231
- § 23: 231
- § 24: 225; 227; 231
- § 24 a: 225
- § 27 c Abs. 1: 223
- § 28: 223
- § 28 b: 223

Strafprozeßordnung

- § 160 Abs. 3: 225
- § 260 Abs. 4: 222; 225; 229
- § 263 Abs. 4: 225
- § 267 Abs. 3: 222; 225
- § 268 a: 222–224; 227; 229
- § 305 a Abs. 1: 223; 224; 229; 230
- § 408 Abs. 2: 225
- § 453: 224 f
- § 453 a: 225
- § 460: 225

RICHTLINIEN FÜR DAS STRAFVERFAHREN (RiStV)

- Nr. 15: 27; 53; 240; 241
- Nr. 17: 241
- **Nr. 93 Abs. 4:** 242
- Nr. 109: 53; 240 f
- Nr. 115: 53; 241
- Nr. 119: 27; 53; 241 f

JUGENDGERICHTSGESETZ (JGG): 25; 26

GNADENORDNUNG VOM 6. 2. 1935: 46 A. 12

BEKANNTMACHUNG BETR. GNADENWESEN IN BAYERN VOM 18. 9. 1953
26 A. 26

BUNDESBEAMTENGESETZ (BBG)

— § 52: 2 A.

— § 58: 102 A. 88

SOLDATENGESETZ

— § 38: 181 A. 86

SCHWERBESCHÄDIGTENGESETZ (SBG)

— § 1: 166; 166 A. 48

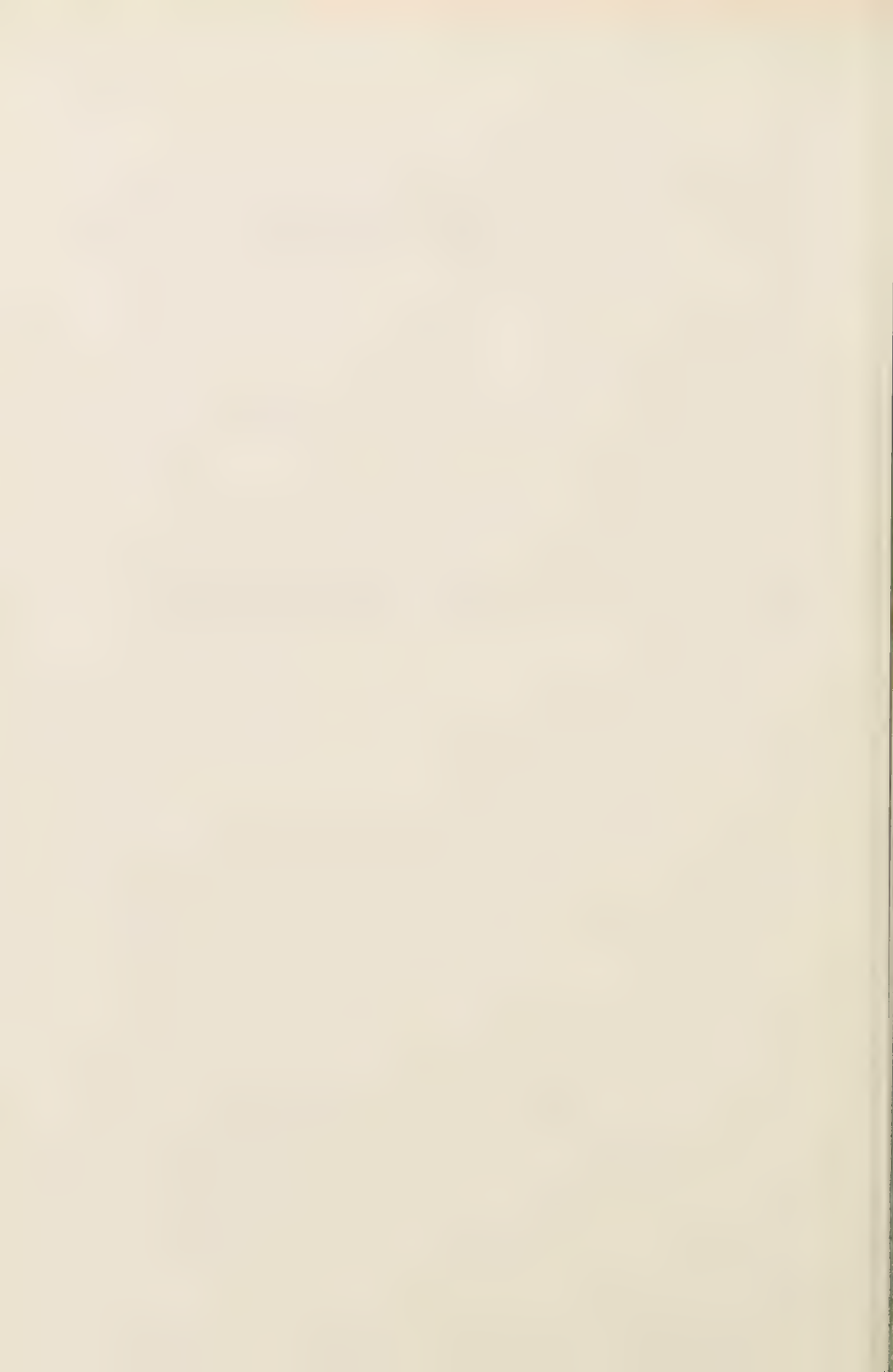
— § 2: 167; 167 A. 49

— § 13: 167 A. 53

— § 19 Abs. 3: 168 A. 57

BUNDESVERSORGUNGSGESETZ (BVG): 167 A. 55

GESETZ ÜBER ARBEITSVERMITTLUNG . . . (AVAVG): 166; 166 A. 47



SIGLENVERZEICHNIS

aaO.	= am aufgeführten Ort
Art.	= Artikel
AU	= Archiv für Urkundenforschung
AVAVG	= Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung vom 3. April 1957.
Bd	= Band
BBG	= Bundesbeamtengesetz
BGH	= Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen.
BH	= Zeitschrift „Bewährungshilfe“
C. I. P. P.	= Commission Internationale Pénale et Pénitentiaire. (Sitz: Bern).
DictAC	= Dictionnaire d'archéologie chrétienne et de liturgie. Hrsg.: Fernand Cabrol und Henri Leclercq. Paris 1916—1920.
DRiZ	= Deutsche Richterzeitung
GA	= Goldammers Archiv für Strafrecht und Strafprozeß
GBL	= Gesetzblatt
GG	= Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949.
GS	= Der Gerichtssaal (Zeitschrift)
GVBl.	= Gesetz- und Verordnungsblatt
Hrsg.	= Herausgeber; herausgegeben
JGG	= Jugendgerichtsgesetz
JMBL	= Justizministerialblatt
JR	= Juristische Rundschau
JZ	= Juristenzeitung
KMJb.	= Karl — May — Jahrbuch
KMR	= Kleinknecht — Müller — Reitberger, Kommentar zur Strafprozeßordnung.
LK	= Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch, (s. <i>Strafgesetzbuch</i> , im Lit.-Verz.)
MDR	= Monatsschrift für Deutsches Recht
MSL, MSGr.	= Migne, Patrologiae Cursus Completus, Series latina, series graeca (s. <i>Migne</i> , Jaques Paul, im Lit.-Verz.)
NJ	= Neue Justiz (Zeitschrift, DDR)
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift
PsychR	= Psychologische Rundschau
RE	= Realenzyklopädie (s. August Paulys <i>Realenzyklopädie</i> , im Lit.-Verz.)
RGBL	= Reichsgesetzblatt
RiStV	= Richtlinien für das Strafverfahren vom 1. 8. 1953 in der Neufassung vom 1. 10. 1953.

- RStGB, StGB = Reichsstrafgesetzbuch.
Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871
in der Fassung vom 4. Aug. 1953.
- s. = siehe
- StBG = Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter (Schwer-
beschädigtengesetz) vom 16. Juni 1953, in der geänderten
Fassung vom 3. Sept. 1953.
- SchwZStr. = Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. Bern.
- StEG = Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches — Strafrechts-
ergänzungsgesetz — vom 11. Dezember 1957 (DDR).
- StGB = s. RStGB.
- StPO = Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877 in der Fassung
vom 4. August 1953.
- Stud. Gen. = Studium Generale. Zeitschrift für die Einheit der Wissen-
schaften im Zusammenhang ihrer Begriffsbildungen und
Forschungsmethoden. Seit 1947.
- StzB = Strafaussetzung zur Bewährung.
- Theol. Z. = Theologische Zeitschrift (Basel).
- VD AT = Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen
Strafrechts. Hrsg. von Karl von Birkmayer (u. a.). Allge-
meiner Teil. Bd 3. Berlin 1908.
- VELKD = Vereinigte Ev. Luth. Kirche Deutschlands.
- WV = Weimarer Verfassung vom 11. August 1919.
- ZkTh. = Zeitschrift für katholische Theologie (Innsbruck).
- ZfB = Zentralblatt für Bibliothekswesen. Leipzig.
- ZStrWiss. = Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft.

LEBENS LAUF

Am 3. Juni 1926 wurde ich in Kitzingen am Main geboren. In der siebten Klasse des humanistischen Gymnasiums kam ich als Luftwaffenhelfer zum Flak-Einsatz nach Schweinfurt am Main. Es folgten daran anschließend die Ableistung der Reichsarbeitsdienstpflicht und — nach Einberufung zur Deutschen Wehrmacht als Soldat — Fronteinsatz im Osten, Verwundung und 1½jährige russische Kriegsgefangenschaft.

Am 2. April 1947 legte ich am Alten Gymnasium Würzburg die Reifeprüfung ab. Im Anschluß daran studierte ich an den Universitäten Würzburg und Erlangen Jurisprudenz, Erziehungswissenschaften, Psychologie, Slavistik und evangelische Theologie. Die erste juristische Staatsprüfung bestand ich am 22. Dezember 1954. Eine mehrjährige, teils neben den Universitätsstudien ausgeübte Tätigkeit als Verteidiger in Strafsachen (§ 138/II StPO), ging einer vorübergehenden Beschäftigung im Jahre 1958 als Direktionsassistent der Industrieverwaltung voraus.

Unmittelbar nach der am 22. Juli 1959 an der Universität Erlangen in den Studienfächern Erziehungswissenschaften, systematische Theologie und Osteuropäische Geschichte magna cum laude erfolgten Promotion zum Doktor der Philosophie wurde ich als Anwärter für den höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken an die Universitätsbibliothek Mainz, und seit 1. April 1960 an das Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln einberufen.

Köln-Lindenthal, September 1960

Georg Hum

1844
1845
1846

1847
1848
1849
1850
1851
1852
1853
1854
1855
1856
1857
1858
1859
1860
1861
1862
1863
1864
1865
1866
1867
1868
1869
1870
1871
1872
1873
1874
1875
1876
1877
1878
1879
1880
1881
1882
1883
1884
1885
1886
1887
1888
1889
1890
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897
1898
1899
1900

1901
1902
1903
1904
1905
1906
1907
1908
1909
1910
1911
1912
1913
1914
1915
1916
1917
1918
1919
1920
1921
1922
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000

1901

